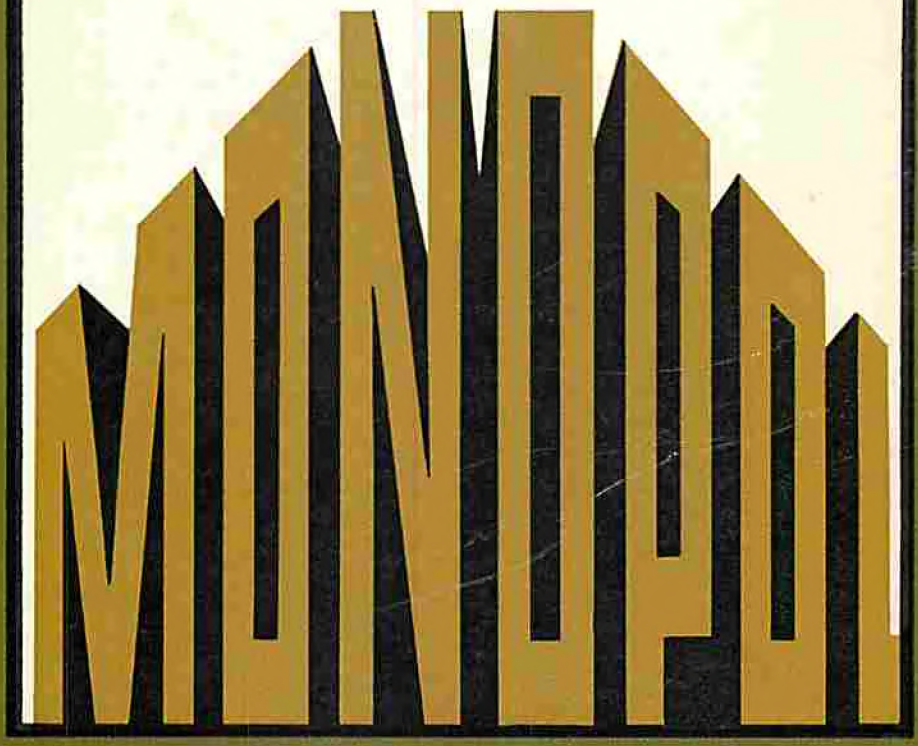
THEORIE DES MONOPOLS



DAS ARGUMENT AS 6

Georg Hauß

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:
Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:
Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Hans Dieter Boris (Marburg), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Peter Furth (Berlin/West), Manfred Hahn (Bremen), Heinz-Joachim Heydorn † (Frankfurt/Main), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Kurt Steinhaus (Marburg), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Verlagsleitung und Anzeigen:
Dr. Christof Müller-Wirth, 75 Karlsruhe 21, Postfach 21 0730,
Telefon 0721 / 55 59 55, Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:
Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Dieter Krause, Prof. Dr. Friedrich Tomberg, Gerhard Voigt

Redaktion dieses Bandes:
Anka Gronert, Frigga Haug, Dr. Robert Katzenstein, Michael Krüger, Eberhard Liebau, Bernd Schüngel, Jens Vetter

Redaktionssekretariat:
Rolf Nemitz, Marianne Kunz-Thoma

Redaktionsanschrift: 1 Berlin 33, Altensteinstraße 48 a
Telefon 030 / 8 31 49 15

Einem Teil dieser Ausgabe liegt der Gesamtprospekt des Argument-Verlages bei.

Georg Haup
7. Mai 1976

Zur Theorie des Monopols. Staat und Monopole (I)

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS 6

ISBN 3-920037-25-1

Copyright © Argument-Verlag GmbH Berlin 1975. Alle Rechte – auch das der Obersetzung – vorbehalten. Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH, 75 Karlsruhe 21, Rheinstraße 122. Umschlaggestaltung: Hans Förtsch und Sigrid von Baumgarten. –
1.–6. Tausend: Oktober 1975.

Inhalt

Editorial

Jörg Huffschmid
Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie 4

Robert Katzenstein
Zur Frage des Monopols, des Monopolprofits und der Durchsetzung des Wertgesetzes im Monopolkapitalismus 93

Elmar Altvater
Wertgesetz und Monopolmacht 129

Thomas Hagelstange
Probleme der Klassenanalyse. Anmerkungen zur Studie des IMSF . . 199

Editorial

Staat und Monopole (I)

So unumstritten heute sowohl die Zunahme staatlicher Aktivitäten im ökonomischen Bereich als auch die Existenz großer monopolistischer Unternehmern ist, so umstritten ist ihre kategoriale Erfassung im System der politischen Ökonomie des Kapitalismus. Gegenwärtig verbirgt sich die Auseinandersetzung hinter Begriffen, die fast zu sekundären Parteinamen erstarrt sind wie „antimonopolistischer Kampf" oder „Stamokap". Wer diese Begriffe benutzt, gibt sich als „dazugehörig zu erkennen, beziehungsweise hat zumindest der Begriff des „staatsmonopolistischen Kapitalismus" häufig nur die Funktion eines Etiketts, welches je nach Standpunkt Freund oder Feind markieren soll. In dieser Situation ist es notwendig, den theoretischen Weg zurückzuschreiten, die einzelnen Positionen in der Ableitung in Frage zu stellen. Für dieses Unterfangen hat der vorliegende Band geradezu lehrbuchartigen Charakter: er bietet nicht fertige Theorien, sondern er zeigt die unterschiedlichen politischen Standpunkte bei der Arbeit, die solcherart nachvollziehbar wird. Hinter den Gegensätzen stehen z. T. ungeklärte Fragen der Monopoltheorie, z. T. unterschiedliche Einschätzungen der Stellung und Funktion des Staates im heutigen Kapitalismus.

Die Autoren der drei theoretischen Abhandlungen des Bandes, Altvater, Huffschmid und Katzenstein, gehen z. T. von mehr oder weniger unterschiedlichen Einschätzungen aus; andererseits zeigt sich, daß selbst bei nahezu identischer politischer Position ein unterschiedlicher theoretischer Zugang zum Monopolproblem möglich ist. Die Form dieser Veröffentlichung — das Monopol von unterschiedlichen theoretischen und politischen Ausgangspunkten zu behandeln —, erlaubt dem leser, sich differenzierte Kenntnisse über den erreichten Diskussionsstand zu verschaffen. Im Ergebnis zeigt sich, daß früher in der BRD geführte Kontroversen sich um Scheinprobleme gedreht haben. Neue Brennpunkte der Auseinandersetzung treten zutage, Diskussionszusammenhänge sind reicher fundiert mit Bestandteilen eines gemeinsamen Dritten, nämlich der Marxschen Theorie. Möglicherweise wird sich zeigen, daß es, um voranzukommen, weitergehender Einsichten über theoretische Details bedarf.

Im Zentrum der jeweiligen Überlegungen stehen einmal der Akkumulationsprozeß des Kapitals, dann die Grundrente und die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion und schließlich die Bedeutung der Kategorie der Durchschnittsprofitrate. Damit ist gleichzeitig der Schwerpunkt dieses Bandes genannt: die Bedeutung und die immanente Begründbarkeit des Monopolbegriffs im System der Kapitalkategorien steht im Vordergrund.

Im Zusammenhang mit dem genannten Schwerpunkt stehen Fragen zur Aktualität der Leninschen Imperialismustheorie sowie zur Bedeutung des

Monopols für die Entwicklung der Produktivkräfte, die kapitalistischen Krisen, das Verhältnis von Politik und Ökonomie etc. Daß die einschätzung der Bedeutung von Monopolen außerordentlich wichtig ist für die strategische und taktische Orientierung der Arbeiterbewegung und überhaupt aller radikaldemokratischer und sozialistischer Politik, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Wenn dennoch darauf verzichtet wurde, diese politischen Fragen zentral zu behandeln, dann nicht nur, weil es den Rahmen dieses Bandes gesprengt hätte; sondern der Nutzeffekt soll gerade darin bestehen, angesichts des nicht hinreichend geklärten theoretischen Fundaments, vorschnelle Zurückweisungen anders gearteter Standpunkte zu vermeiden und eilfertig konstruierte politische Gegensätze aufzuheben.

Wir eröffnen damit eine neue Reihe „Staat und Monopole", deren Titel nicht nur den Zusammenhang der im Begriff „staatsmonopolistischer Kapitalismus" schon scheinbar eindeutig zusammengesetzten Elemente neu zur Diskussion stellt; gleichzeitig wird auch als Aufgabe benannt, daß der Auseinandersetzung um den Begriff des Monopols die Diskussion über den Staat folgen muß. Fürs erste Halbjahr 1976 planen wir die Bearbeitung dieses Komplexes in einem Sonderband.

Jörg Huffschmid

Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie[1]

Gliederung

Vorbemerkung

1. Mißverständnisse und Kurzschlüsse in der Kritik am Monopolbegriff und seiner Verwendung in der Imperialismustheorie
1.1. Das Monopol als Grundlage einer „qualitativ neuen Stufe" in der Entwicklung des Kapitalismus
1.2. Das Monopol als „Herrschaftsverhältnis"
1.3. Die mangelnde Entwicklung des Monopolbegriffs

2. Entwicklung des Monopolbegriffs auf der Grundlage der Marxschen Theorie
2.1. Konzentration und Zentralisation als wesentliche Elemente der kapitalistischen Akkumulation
2.2. Die Herausbildung der Monopole in Krise und Konkurrenz
2.3. Exkurs: Zum Verhältnis von Konkurrenz und Monopol

3. Monopolpreis und Monopolprofit
3.1. Wesen und Herkunft von Monopolpreisen und Monopolprofiten
3.2. Bedingungen für die Erzielung von Monopolprofiten
3.3 Monopolprofit und Gesetze der kapitalistischen Entwicklung

4. Die Bedeutung der Monopole für die Entwicklung des Kapitalismus
4.1. Die Bedeutung der Monopole für die Entwicklung der Produktivkräfte
4.2. Der Einfluß der Monopole auf den zyklischen Verlauf des Reproduktionsprozesses
4.3. Die Bedeutung der Monopole für das Verhältnis von Ökonomie und Politik

Vorbemerkung

In den folgenden Überlegungen werde ich zu zeigen versuchen, daß und wie der Begriff des Monopols in der Marxschen Analyse des Kapitalismus angelegt ist und sich aus ihr entwickeln läßt, und zwar nicht als Nebenbestimmung, sondern als zentraler Begriff der politischen Ökonomie des Kapitalismus. Dabei wird es sich in der Hauptsache um allgemeine Überlegungen handeln, die zum Zwecke der wissenschaftlichen Erfassung konkreter historischer Realität noch nicht in ausreichendem Maße theoretisch ausgeleuchtet und differenziert sind. Sie sollen vielmehr die zentralen begrifflichen Schritte bestimmen, die von der Analyse des allgemeinen

Wesens des Kapitals zur Untersuchung realer historischer Prozesse und empirischer Realität des Kapitalismus der Gegenwart führen. Wie eine genauere Erfassung historischer Entwicklungsprozesse des Kapitalismus mit Hilfe des Monopolbegriffs möglich wird und notwendigerweise auf ihn verweist, wird im Schlußteil dieses Aufsatzes kurz und thesenartig skizziert.

Derartig allgemeine Überlegungen über die Grundlagen und den Inhalt des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie scheinen mir gegenwärtig aus zwei Gründen erforderlich zu sein:

Zum einen ist das Monopolproblem in der marxistischen Theorie nicht so lückenlos und stringent aufgearbeitet, als daß man bestimmte Grundaussagen als umfassend begründet und bestimmte Ableitungszusammenhänge als allgemein bekannt voraussetzen könnte:

— Bei Marx findet sich keine ausformulierte Theorie der Monopole als wesentliche Faktoren und Produkte der kapitalistischen Entwicklung, was die Frage aufwirft, ob Monopole überhaupt auf der Basis der Marxschen Theorie erklärbar sind;

— bei Lenin, in dessen Imperialismustheorie das Monopol bekanntlich zentralen Stellenwert hat, wird der Zusammenhang zur Marxschen Theorie zwar immer wieder herausgestellt; es erfolgt aber keine unmittelbar stringent nachvollziehbare Entwicklung des Monopolbegriffs aus der Entfaltung der Kategorien des Kapitals, was die Frage aufwirft, ob Lenin sich tatsächlich auf die Marxsche Theorie berufen kann und insofern eine Kontinuität zwischen Marxscher Kapitalanalyse und Leninscher Imperialismustheorie besteht;

— in den theoretischen Grundaussagen der gegenwärtigen kommunistischen Weltbewegung, die sich, was die Analyse des imperialistischen Systems angeht, in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zusammenfassen lassen, wird der Begriff des Monopols in der Regel in strenger Anlehnung an die Leninsche Imperialismustheorie verwendet und seine Ableitung nicht weiter problematisiert; insofern stellt sich hier — aktualisiert — die Frage nach der Tragfähigkeit der theoretischen Hauptaussagen über den gegenwärtigen Kapitalismus, die der kommunistischen Weltbewegung als Grundlage zur Bestimmung ihrer Strategie und Taktik dienen[2].

Zum anderen haben sich in den letzten Jahren in der Diskussion der nicht im Rahmen oder Umkreis der kommunistischen Partei arbeitenden marxistischen Intellektuellen in der BRD und in Westberlin Positionen herausgebildet, die unter Hinweis auf den in dieser Hinsicht unbefriedigenden Stand der Theorie die zentrale Bedeutung des Monopolbegriffs für die marxistische Kapitalismusanalyse bestreiten, die auf dem Monopolbegriff aufbauende Imperialismustheorie zurückweisen, die auf dieser aufbauende Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus für unzulänglich und inkonsistent erklären und sich damit mehr oder minder deutlich und mehr oder minder solidarisch von den strategischen und taktischen Vorstellungen der kommunistischen Parteien, der SEW in Westberlin und der DKP in der Bundesrepublik, distanzieren[3].

Ich halte diese Positionen und die ihnen zugrundeliegenden Argumentationen zu einem Teil für Mißverständnisse der eigentlichen Problemstellun-

gen (wobei diese Mißverständnisse durchaus durch vage und lückenhafte Ausführungen in den kritisierten Theorien erleichtert werden); zum anderen Teil halte ich sie für vorschnelle und unbegründete Schlußfolgerungen aus bestimmten unbefriedigenden Aussagen der marxistischen Monopoltheorie der Gegenwart. Und es ist ein Ziel dieses Aufsatzes, zu zeigen, daß diese Positionen und Argumentationen falsch sind, sich die marxistische Monopoltheorie aus der Marxschen Theorie entwickeln läßt und die Imperialismustheorie Lenins sowie die gegenwärtige Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus in dieser Hinsicht durchaus auf einem sicheren theoretischen Fundament aufbauen.

Die Stoßrichtung der folgenden Ausführungen zielt daher auf die Klärung der grundsätzlichen Begründbarkeit und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie; diese Stoßrichtung verhindert trotz aller Breite der Argumentation, daß bestimmte Konkretisierungen und Weiterentwicklungen der Imperialismustheorie und der ihr zugrundeliegenden Monopoltheorie an dieser Stelle behandelt werden, die für die Untersuchung konkreter historischer Realität von großer Bedeutung sind. Ich möchte hier vor allem auf drei Bereiche hinweisen, die nicht einmal andeutungsweise behandelt werden, zu einer umfassenden Erörterung der Bedeutung des Monopolproblems für den gegenwärtigen Kapitalismus aber unbedingt hinzugenommen werden müssen:

1. der Bereich der konkreten Formen und Strategien der Monopole (Kartelle, Finanzkapital, Kapitalexport usw.);

2. der Bereich der Wirkungen der Monopolisierung auf die Arbeiterklasse, insbesondere auf den Teil, den Lenin mit Arbeiteraristokratie bezeichnete; also der Bereich des Zusammenhanges von Imperialismus und Opportunismus;

3. der Bereich der zunehmenden staatlichen Intervention in die Ökonomie und Politik des gegenwärtigen Kapitalismus, die zwar von den Monopolen mitverursacht (vgl. Teil 4.3.), nicht aber allein durch die Monopole zu erklären sind.

Diese Bereiche und eine Reihe anderer müßten selbstverständlich noch gründlich theoretisch ausgeleuchtet werden, ehe es möglich wäre, eine umfassende theoretische und historisch-empirische Darstellung des Kapitalismus und seiner Entwicklung in der Gegenwart zu geben. Aber wie immer diese Gesamtdarstellung auch aussehen würde, das Monopol müßte unter allen Umständen eine Schlüsselrolle in ihr spielen: dies ist die These, um deren Begründung es im folgenden gehen soll. Dabei soll der eigentlichen positiven Behandlung des Problems eine kurze Auseinandersetzung mit jenen der Monopoltheorie entgegengebrachten Mißverständnissen und unbegründeten Zurückweisungen vorausgehen. Die Kritik an diesen Positionen wird nicht nur zeigen, daß zum Problem des Monopols nach wie vor die gründliche theoretische Aufarbeitung auf der Tagesordnung steht; sie soll darüber hinaus zeigen, wie die Fragen gestellt werden müssen, wo die entscheidenden Probleme liegen, und uns so einen Leitfaden für die anschließende Erörterung der Begründung und der Relevanz des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie geben.

1. Mißverständnisse und Kurzschlüsse in der Kritik am Monopolbegriff und seiner Verwendung in der Imperialismustheorie

Vorweg sei festgestellt: Die in diesem Abschnitt behandelte Kritik am Monopolbegriff und seiner Verwendung stellt die Phänomene nicht in Frage, die in der Imperialismustheorie als Monopole bezeichnet werden. Einige Kritiker stellen die Frage nach dieser Realität gar nicht[4], andere unterstreichen die Existenz und praktische Relevanz dieser Phänomene[5]: Großkonzerne, Abhängigkeiten anderer Unternehmen von ihnen, besondere, nur Großkonzernen mögliche Formen der Konkurrenz, monopolistische Praktiken wie Ausplünderung aller Schichten des Volkes durch monopolistische Preissetzung, Einfluß der großen Konzerne auf Parlamente, die Fähigkeit, Regierungen zu stürzen und einzusetzen, alle diese und viele andere Phänomene werden als real und relevant zugestanden oder nicht bestritten — es wäre ja auch schwierig, sie ernsthaft bestreiten zu wollen. Bestritten wird vielmehr ihre theoretische Faßbarkeit im Begriff des Monopols als Basis der Imperialismustheorie. Die Kritik läuft also darauf hinaus, daß die zentrale Verwendung des Monopolbegriffs es nicht erlaube, die unbestreitbar vorhandenen Phänomene der Realität wissenschaftlich zu erklären[6].

Im einzelnen werden — wenn ich richtig sehe — drei Haupteinwände gegen den Monopolbegriff und seine Verwendung in der Imperialismustheorie erhoben:

1. Der Begriff des Monopols und seine Verwendung in der Imperialismustheorie implizierten illegitimerweise den Begriff einer „qualitativ neuen Stufe" der Entwicklung des Kapitalismus, die weder begründbar sei noch real existiere.
2. Der Begriff und seine Verwendung dichteten dem Kapital über das ökonomische Ausbeutungs- und Aneignungsverhältnis hinaus illegitimerweise ein außerökonomisches Zwangs- und Herrschaftsverhältnis an, das den begrifflichen Rahmen des Kapitals sprenge und ihm äußerlich bleiben müsse.
3. Der Begriff des Monopols sei überhaupt ein illegitimes, möglicherweise sogar untergeschobenes Kind der Marxschen Theorie, da seine Herkunft aus dieser Theorie nicht nachgewiesen, möglicherweise nicht einmal nachweisbar sei.

1.1. Das Monopol als Grundlage einer „qualitativ neuen Stufe" in der Entwicklung des Kapitalismus

Die erste Richtung der Kritik läßt sich kurz wie folgt zusammenfassen: Der Monopolbegriff nehme in der neueren Literatur seit Lenin eine zentrale Stelle ein, die ihm von der Sache her nicht zukomme. Insbesondere sei es nicht gerechtfertigt, davon zu sprechen, daß mit dem Aufkommen und der Durchsetzung der Monopole und ihrem relevanten Einfluß auf den gesamten Reproduktionsprozeß eine „qualitative Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise"[7], ein „qualitativer Sprung jenseits des Kapitalismus"[8], eine „wesensmäßig neue Bestimmung der gegenwärtigen Produktionsverhältnisse"[9], kurz eine qualitativ neue Phase in der Entwicklung des Kapitalismus begonnen habe, die des Monopolkapitalismus oder *Imperialismus*[10].

Diese Kritik an der Verwendung des Monopolbegriffs impliziert eine grundsätzliche, weitergehende methodische Kritik: Es wird nämlich nicht nur die begriffliche Konstitution einer neuen Phase der Entwicklung des Kapitalismus *durch das Monopol* zurückgewiesen, sondern die Vorstellung von begrifflich aus dem Kapitalverhältnis begründbaren *besonderen Phasen der Entwicklung des Kapitalismus überhaupt*[11]. Einer derartigen Etappenkonstruktion gegenüber wird geltend gemacht, daß sie auf Kosten der Entwicklung und Erklärung der jeweiligen konkreten Situation aus den allgemeinen Kategorien des Kapitals und seinen besonderen Verwertungsbedingungen gehen müsse, also begrifflich nicht sauber vorgehen könne, vielmehr unabgeleiteter Zwischenschritte bedürfe, die die Analyse ersetzen solle[12].

Das dieser Kritik zugrundeliegende Mißverständnis besteht m. E. darin, daß sie von einem nicht näher erklärten, aber dennoch in einem ganz bestimmten emphatischen — auf den Wesenskern des Kapitalismus zielenden — Sinne gebrauchten Begriff des „qualitativ Neuen", der „qualitativ neuen Stufe" ausgeht und diesen Sinn den kritisierten Theoretikern und Theorien ebenfalls unterstellt. Jedoch: Wird der Begriff der Qualität ausschließlich auf das von den historischen Strukturen und konkreten Erscheinungen abstrahierende allgemeinste Wesen des Kapitalismus bezogen, so gibt es selbstverständlich in der gesamten Entwicklung des Kapitalismus keine qualitativen Änderungen und demnach auch keine qualitativ neuen Phasen.

Diese Trivialität ist weder Lenin noch den ihm folgenden gegenwärtigen Theoretikern des Imperialismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus verborgen geblieben; sie betonen bei aller Verschiedenheit ihrer Ausführungen in einzelnen Punkten geradezu unablässig, daß das Wesen des Kapitalismus in allen Epochen seiner Entwicklung gleichbleibe und sich weder durch das Monopol noch durch die Interventionen des Staates geändert habe oder ändern werde[13].

Fraglich ist allerdings der Nutzen einer derartig allgemeinen und trivialen Aussage für die Weiterführung der Untersuchungen über den Kapitalismus und seine Entwicklung, auf die es der Imperialismustheorie und der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als wissenschaftliche Grundlage für politisches Handeln ankommt. Ich meine, daß man, ehe der These vom „qualitativ neuen Stadium" eine eigentlich unfaßbare Unkenntnis der banalsten Implikationen des Begriffs „kapitalistische Produktionsweise" und damit eine unerträgliche Dummheit unterstellt wird, doch zu prüfen hätte, ob nicht vielleicht ein anderer Begriff von Qualität gemeint ist als der von den Kritikern unterstellte.

Für eine derartige Vermutung scheinen mir gute Gründe zu sprechen: Wenn es das Ziel — besonders für eine Organisation der Arbeiterbewegung — ist, auf der Basis des wissenschaftlichen Sozialismus eine theoretisch ausweisbare politische Praxis zu machen, so ist es notwendig, über die Bestimmung des allgemeinen Wesens des Kapitalismus hinaus (die von Marx im „Kapital" weitgehend geleistet worden ist) eine konkrete historische Etappenbestimmung wissenschaftlich zu erarbeiten, auf der konkrete strategische und taktische Entscheidungen aufbauen können. „Es ist wichtig, nachzuweisen, daß der Kapitalismus nach wie vor Kapitalismus ist; noch

wichtiger ist der Nachweis, *was* für ein Kapitalismus er ist, auf welcher Stufe der Überlebtheit er sich befindet."[14] Es ist also zu untersuchen, *wie* das Wesen des Kapitalismus historisch erscheint, aus welchen Gründen es welche besonderen historischen Formen annimmt. Es ist nicht damit getan, die Konkurrenz als allgemeinen Durchsetzungsmechanismus der allgemeinen Gesetze des Kapitals in der realen Bewegung festzustellen, sondern es müssen darüber hinaus die verschiedenen historischen Erscheinungsformen der Konkurrenz untersucht *und wissenschaftlich erklärt* werden, was selbstverständlich das Zurückgehen hinter ihre bloß konkrete Erscheinung erfordert.

Damit ergibt sich die Notwendigkeit, den Abstraktionsgrad bei der Untersuchung des Kapitalismus schrittweise zu verringern, um schließlich die konkrete heutige Realität wissenschaftlich erfassen zu können.

Die höchste Abstraktionsstufe stellt die Marxsche Untersuchung des „Kapitals im allgemeinen" dar, wie sie in den drei Bänden des „Kapital" ausgearbeitet worden ist. Sie umfaßt sowohl die Darstellung des Wesens der kapitalistischen Form gesellschaftlicher Reproduktion und ihrer Widersprüche als auch die Durchsetzung dieses Wesens in der Konkurrenz der Einzelkapitale und damit die Konstitution der realen kapitalistischen Erfahrungswelt.

Diese Entwicklung der allgemeinen Strukturen des Kapitalverhältnisses reicht aber nicht aus, um konkrete historische Realität zu erfassen und damit festen Boden für politisches Handeln zu gewinnen. Es muß vielmehr darüber hinaus untersucht werden, wie die innersten Gesetze des Kapitals dieses selbst *historisch* entwickeln, d. h. ganz bestimmte Strukturen und historische Bewegungsformen hervorbringen — und wieder verändern —, die die konkreten historischen Entwicklungsprozesse des Kapitalismus unmittelbar strukturieren und die unbestreitbaren massiven Veränderungen im historischen Erscheinungsbild des Kapitalismus verursachen. Eine derartige notwendige Untersuchung der historischen Veränderungstendenzen der kapitalistischen Bewegungsformen verringert zwar weiterhin das Abstraktionsniveau der Analyse insgesamt, nähert sich konkreter historischer Realität, jedoch ohne sie bereits im einzelnen zu thematisieren. Letzteres geschieht erst auf der niedrigsten Abstraktionsstufe der Untersuchung kapitalistischer Verhältnisse — als Untersuchung jeweils bestimmter konkreter Umstände in einer bestimmten Zeit und Region.

Die historischen Strukturprinzipien der Kapitalbewegung, oder die historischen Formen der Konkurrenz können nicht als bloße Faktizität zur Kenntnis genommen, sondern müssen selbst aus den allgemeinen Gesetzen des Kapitals entwickelt werden, wenn der Anspruch auf wissenschaftliche Erklärung historischer Entwicklung nicht aufgegeben und keine bloße subsumtionslogische Anwendung Marxscher Begriffe auf beliebige historische Realitäten betrieben werden soll[15].

Daß es sinnvoll und wichtig ist, Schritte auszuarbeiten, die die Vermittlung leisten zwischen der abstrakten Analyse der allgemeinsten Bestimmungen des Kapitals und ihrer ebenso allgemeinen Durchsetzungsmechanismen auf der einen und der Ebene der empirisch vorfindlichen Realität auf der anderen Seite, müßte auch außerhalb der Notwendigkeiten der praktisch-organisatorischen Tätigkeit klar sein und folgt im übrigen unmittelbar aus

dem Argumentationsgang der referierten Kritik am Monopolbegriff selber. Gerade durch die Schaffung einer solchen Vermittlungsebene wird das Übel vermieden, das Wirth der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) vorwirft, die Unfähigkeit nämlich, „mehr zu tun, als die jeweils auftretenden Phänomene empiristisch nachzuzeichnen und sie dann Marxschen Kategorien auf der allgemeinsten Ebene zuzuordnen"[16]. Wenn Wirth demgegenüber bei der Behandlung des SMK darauf besteht, daß „die ökonomischen Funktionen des Staates ... nicht dem Kapitalismus ‚fremde' Elemente, sondern unter bestimmten historischen Bedingungen notwendige Formen der Durchsetzung des Kapitalverhältnisses, also Bestandteil des Kapitalverhältnisses"[17] seien, gleichzeitig aber darauf verzichtet, die Entstehung dieser historischen Bedingungen als *durch die Entwicklung des Kapitalismus selbst produzierte* zu untersuchen oder auch nur eine solche Untersuchung als notwendig zu thematisieren, dann geraten ihr unter der Hand eben „jene bestimmten historischen Bedingungen" zu nur noch empiristisch nachzuzeichnenden Phänomenen. Diese können, wenn man sich überhaupt an ihre konkrete Bestandsaufnahme macht, in der Tat nur noch den allgemeinsten Kategorien der Marxschen Analyse zugeordnet werden, ihre Funktion besteht also darin, die Einschlägigkeit der Marxschen Theorie für alle beliebigen Situationen des Kapitalismus nachzuweisen, was niemand bestreitet, was allerdings auch keinen Schritt in der notwendigen Erforschung der konkreten Bedingungen der Entwicklung des Kapitalismus weiterhilft!

Die kritisierte Hypothese der Imperialismustheorie, daß es eine bereits durch die Gesetze des Kapitalismus produzierte, spezifische historische Strukturierung der sich historisch verändernden Realität gibt, erfüllt dagegen das methodische Postulat, zwischen die allgemeine Untersuchung der Grundkategorien des Kapitals und das Aufgreifen der unmittelbaren historisch-empirischen Realität eine Ebene der Vermittlung einzuschalten, die selber — soll die ganze Erklärung nicht im Verweis auf theoretisch nicht Erklärbares versanden — aus der Gesetzmäßigkeit der Kapitalentwicklung ableitbar sein muß. Diese Vermittlung soll in der Imperialismustheorie der Begriff des Monopols leisten (ob dies tatsächlich gelingt, müssen wir noch untersuchen). Auf der Basis dieses methodischen Postulates und seiner Einlösung durch den Monopolbegriff könnte die Einteilung der Entwicklung des Kapitalismus in Etappen mit verschiedenen historischen Strukturmerkmalen auf der Grundlage der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung nicht beanstandet werden, und sofern der Begriff des „Qualitativen" und der „qualitativ neuen Phase" sich auf eben jene historische — d. h. aber nicht unerklärbare — Ebene bezieht, kann er ebenfalls nicht beanstandet werden.

Die Kritik beruht auf einem Mißverständnis des Stellenwertes des Begriffs des „Qualitativen", einem Mißverständnis, dessen Wurzeln in der Vorstellung liegen, daß zwischen der Ebene des Kapitals im allgemeinen (allgemeine Gesetze, Konkurrenz schlechthin)und den empirischen Phäomenen keine ableitbaren Zwischenstufen mehr gibt. Ob es diese Zwischenstufen gibt und wie eine wesentliche von ihnen abzuleiten ist, wird später zu untersuchen sein; hier gilt es zunächst einmal festzustellen, daß die Existenz einer solchen Zwischenstufe von der Imperialismustheorie und der Theorie

des SMK behauptet wird, und die These von der „qualitativ neuen Stufe" sich auf sie und nicht auf irgendwelche Änderungen des grundlegenden Wesens des Kapitalismus bezieht. Eine Kritik, die diesen Stellenwert des Begriffs des „Qualitativen" nicht erkennt und daher auch nicht thematisiert, muß notwendigerweise am Punkt vorbeigehen.

Die Zurückweisung der Kritik bezüglich dieses Punktes impliziert natürlich noch nicht die Richtigkeit der These von der qualitativ neuen Phase der Kapitalentwicklung. Diese bleibt uns vielmehr als Fragestellung erhalten und muß von uns im weiteren Verlauf der Untersuchung des Monopolbegriffs erst inhaltlich geprüft werden.

1.2. Das Monopol als „Herrschaftsverhältnis"

Eng verbunden mit der Kritik am angeblich übermäßigen Stellenwert des Monopolbegriffes in der Imperialismustheorie ist die Zurückweisung des „außerökonomischen" Elementes der Machtausübung durch die Monopole, ihrer nicht nur ökonomischen, sondern auch politischen Herrschaft. Die Herrschaft der Monopole gründet sich zwar auch nach der traditionellen Imperialismustheorie und der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die *ökonomische* Macht[18], sie erstreckt sich aber auch auf nichtökonomische Bereiche, beeinflußt das ganze politische, gesellschaftliche, kulturelle etc. Leben und kann sich — so die Imperialismustheorie — auch über diesen außerökonomischen Hebel Monopolprofit aneignen und sichern. Von den Kritkern wird die Feststellung eines derartigen Herrschaftsverhältnisses als Widerspruch zu den Grundlagen des Kapitalismus[19], als Rückkehr zu den Dimensionen des auf „Prellerei, Plünderung und Raub" angewiesenen Handelskapitals[20] und damit als grundlegender Verstoß gegen das Grundgesetz des Kapitalismus, das Wertgesetz, interpretiert: Denn die Gesetze des Kapitalismus setzen sich prinzipiell vermittels unkoordinierter Aktionen der Einzelkapitale hinter ihrem Rücken durch. Wenn aber, so wird in aller Schärfe von Margaret Wirth und vom Projekt Klassenanalyse argumentiert, die Monopole einen bewußten Einfluß auf bestimmte Prozesse, z. B. die Preisbildung, nehmen könnten, dann würden die sich hinter dem Rücken der Agenten durchsetzenden Gesetzmäßigkeiten durch reine Willensakte, durch Voluntarismus ersetzt, und mit der politischen Ökonomie als Wissenschaft von den sich jenseits der bewußten Akte durchsetzenden Gesetzen der Kapitalverwertung sei es vorbei.

Diese Argumentation beruht m. E. auf einem Mißverständnis hinsichtlich des Verhältnisses von Wertgesetz und individueller Handlung. Wenn die „qualitativ neue Stufe" des Kapitalismus, die durch die Existenz und Dominanz der Monopole gekennzeichnet ist, ihre qualitative Bestimmung nicht aus einer Änderung des Wesens des Kapitalismus, sondern aus der bestimmten historisch notwendigen und ableitbaren Erscheinungsform seiner Verwirklichung erhält, muß auch die Frage nach den Eigenschaften des Monopols bzw. der „Monopolherrschaft" neu überdacht werden. Wenn das Monopol die Grundgesetze des Kapitalismus nicht außer Kraft setzt, sondern ihre Durchsetzung modifiziert und teilweise blockiert — die Schwierigkeiten, mit denen eine solche Blockierung verbunden ist, sind

geradezu handgreiflicher Ausdruck für das Weiterbestehen der Gesetze des Kapitals —, wenn also nur die Strukturprinzipien, in denen die kapitalistischen Grundgesetzmäßigkeiten erscheinen, sich ändern, dann ist nicht einzusehen, weshalb nicht die Maßnahmen und Instrumente, die die Einzelkapitale zur Verwirklichung des ihnen durch die Konkurrenz — freie und monopolistische — aufgezwungenen Verwertungsstrebens ergreifen, sich ebenfalls ändern, denn diese Maßnahmen bilden einen erheblichen Teil der unmittelbaren konkreten Erscheinungsformen der Kapitalentwicklung an der Oberfläche.

Politische wie ökonomische Prozesse sind jeweils vermittelt durch die Aktionen der Mitglieder der Gesellschaft, also durch Ereignisse und Handlungen auf der Oberfläche der Gesellschaft. Diese werden hervorgerufen durch die objektiven Existenzbedingungen der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft und die Rezeption dieser Existenzbedingungen durch die agierenden Personen und Gruppen sowie durch die in Abhängigkeit vom allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhang konstituierten subjektiven Zielsetzungen. Dies trifft für politische wie ökonomische Handlungen und Prozesse gleichermaßen zu. Wenn nun die ökonomischen Formen sich historisch ändern, ohne aufzuhören, Formen der Kapitalverwertung zu sein, so werden sich entsprechend auch die Existenzbedingungen der Mitglieder der Gesellschaft ändern und andere Maßnahmen — sowohl politische wie ökonomische — zur Kapitalverwertung erfordern und ermöglichen, ohne daß deshalb die allgemeinen Gesetze des Kapitals aufhören zu wirken.

Die Kritik von Margaret Wirth, in dieser „Subjektivierung des Kapitalbegriffs" verschwinde die „Differenz zwischen der erscheinenden und in den abgegebenen Grenzen auch *realen* Entscheidungsfreiheit des Subjekts und der Möglichkeit, mittels dieser Entscheidungen auch tatsächlich die Ziele des Subjekts erreichen zu können"[21], ist hier schlicht unzutreffend und verwechselt die Änderung der Struktur und des Umfangs der angegebenen Grenzen mit der Außerkraftsetzung der allgemeinen Gesetze des Kapitals selber.

Demgegenüber scheint mir die Berücksichtigung der Tatsache, daß im Kapitalismus schlechthin, ob im Stadium der freien Konkurrenz oder des Monopols, die ökonomischen und politischen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung *immer* durch die Willensakte der Menschen vermittelt werden und in dieser Hinsicht also kein Unterschied zwischen den verschiedenen Etappen der Entwicklung des Kapitalismus festzumachen ist, das Problem auf die Frage nach den Gesetzmäßigkeiten zurückzuführen, mit denen Willensakte selbst durch die objektiven Verhältnisse bestimmt werden. Es spricht nichts dafür und wird in der aktuellen Diskussion[22] von niemandem behauptet, daß diese Gesetzmäßigkeiten im Monopolkapitalismus, bei allen Möglichkeiten der partiellen Einschränkung bestimmter Formen der Konkurrenz, außer Kraft gesetzt sind. Die Frage ist nur, wie die Kräfteverhältnisse und Möglichkeiten innerhalb der Gesellschaft und innerhalb des Gesamtkapitals sich entwickeln, oder anders ausgedrückt, welche Instrumentvariablen welchen Kapitalen im Laufe der Entwicklung zur Verfügung stehen, um das allen durch den Druck der Konkurrenz aufgezwungene Ziel der Profitmaximierung zu realisieren. Daß

die Instrumente der Profitmaximierung prinzipiell nicht auf „rein ökonomische" Aktionen beschränkt sind — wo ist hier die Grenze zwischen rein ökonomischen und nicht mehr rein ökonomischen Aktionen? Ist eine Aussperrung während eines Tarifkampfes eine rein ökonomische Aktion oder nicht? —, läßt sich schwerlich bestreiten; dem Kapitalismus ist zur Erreichung seines Zieles jedes Mittel recht; er unterscheidet nicht in ökonomische und außerökonomische. Ob und in welchem Umfang neben den ökonomischen auch außerökonomische Maßnahmen zur Profitmaximierung eingesetzt werden können, hängt vom konkreten Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeiterklasse auf der einen und vom Verhältnis der Kapitale untereinander auf der anderen Seite ab. Es hängt beispielsweise davon ab, ob der Staat außer in seiner Funktion als ideeller Gesamtkapitalist für die Kapitalistenklasse und gegenüber der Arbeiterklasse zusätzlich noch als Hebel zur Durchsetzung bestimmter Spezialinteressen einzelner Monopole oder Monopolgruppen gegen die Interessen anderer Monopole oder Monopolgruppen eingesetzt werden kann. Auch wenn dies der Fall sein sollte (was noch nicht erwiesen, sondern erst noch zu untersuchen ist), hört das Kapital nicht auf, bestimmten Verwertungszwängen unterworfen zu sein, verschwinden nicht die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, Schwierigkeiten und Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise. Nur die Form, in der die Kapitale auf sie reagieren, ändert sich als Folge veränderter Bedingungen und Möglichkeiten der Kapitalverwertung.

Das Monopol als Herrschaftsverhältnis ist genausowenig eine subjektivistisch-voluntaristische Konstruktion, wie das Kapital als Herrschaftsverhältnis der stummen ökonomischen Zwänge es ist. Und das Monopol, das sich auf dem Wege der Preiserhöhung und Angebotskontrolle *individuell* durch die Erzielung eines Monopolprofits dem Ausgleich der Profitrate ebenso wie dem allgemeinen Fall der Profitrate entziehen kann, hat um nichts mehr die allgemeinen Gesetze der Kapitalentwicklung außer Kraft gesetzt als das „normale" Einzelkapital, das sich durch Produktivitätssteigerung einen Extraprofit sichern kann. Denn die allgemeinen Gesetze der Kapitalentwicklung besagen, daß sich die *allgemeinen* Bedingungen der Kapitalverwertung verschlechtern, sie sagen aber nicht, welches Einzelkapital davon in welcher Weise betroffen ist, noch behaupten sie gar, daß sich kein Einzelkapital individuell dieser Verschlechterung über kürzere oder längere Zeit entziehen könne.

Monopolistische und nichtmonopolistische Kapitale stehen beide unter Verwertungs- und Profitmaximierungszwang, beide setzen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zur Realisierung dieses Ziels ein, für beide sind die ökonomischen und politischen Prozesse durch die Handlungen der Individuen vermittelt, und beide können nicht verhindern, daß die Verwertungsbedingungen des Gesamtkapitals sich insgesamt verschlechtern. Was sie unterschiedlich beeinflussen können, ist der Grad und das Ausmaß, mit dem sie individuell von dieser allgemeinen Verschlechterung betroffen werden. Dieser Umfang hängt ab von der Art und dem Umfang der Mittel, die sie insgesamt zu ihren eigenen Gunsten einsetzen können. In einer derartigen Differenzierung wird keine entscheidende Bestimmung der kapitalistischen Produktionsweise verletzt: Es handelt sich nach wie vor um den Vollzug gesellschaftlicher Reproduktion in der Form der Kapitalver-

wertung, vermittelt über Markt und Profit, also Konkurrenz der Einzelkapitale. Auf den Profit und damit die Stärkung der Position des individuellen Kapitals zielt letztlich auch jeder Einsatz außerökonomischer Mittel ab. Dies Abzielen auf die Aneignung von Profit ist die wesentliche Formbestimmtheit der kapitalistischen Produktionsweise, alles andere ist eine Frage der — historisch in ihrer sich verändernden Struktur durchaus erklärbaren — Verlaufsform bestimmter, durch die allgemeinen Gesetze abgesteckter Prozesse.

Für die inhaltliche Untersuchung der Monopolproblematik können wir aus der Zurückweisung der auf einem Mißverständnis über das Verhältnis zwischen allgemeinem Gesetz und individueller Aktion beruhenden Kritik am Monopolbegriff als Herrschaftsverhältnis folgende Fragestellungen festhalten: Wie verändern sich die Möglichkeiten und Formen der Kapitalverwertung für die Einzelkapitale unter den Bedingungen bestimmter historischer Entwicklungen, die wir — als vorläufige Hypothese — als durch das Aufkommen und die Dominanz der Monopole im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß gekennzeichnet ansehen? Oder spezieller auf das „Herrschaftsverhältnis" bezogen: Gibt es unter den Bedingungen der Monopolisierung bestimmte, von der vorangehenden Phase der Entwicklung des Kapitalismus unterschiedene Möglichkeiten des Zugriffs von bestimmten Einzelkapitalen auf politische Entscheidungen und Aktionen, vornehmlich natürlich auf die staatliche Gewalt, also bestimmte Möglichkeiten der Instrumentalisierung staatlicher Hoheitsgewalt für die Interessen einzelner Monopole oder Monopolgruppen; worin sind solche Möglichkeiten begründet, und wie sehen sie aus?

1.3. Die mangelnde Entwicklung des Monopolbegriffs

Die Kritik an der Verwendung des Monopolbegriffs zur Kennzeichnung einer qualitativ neuen Stufe des Kapitalismus hat sich als Mißverständnis der methodischen Intention dieser Verwendung erwiesen. Auch die Kritik am „Herrschaftsverhältnis", das das Monopol auszeichnet, konnte nicht greifen, weil ihr ein Mißverständnis über die Abstraktionsstufen zugrunde liegt, auf die Wertgesetz und politisches wie ökonomisches Handeln sich jeweils beziehen. In beiden Fällen beruht die Kritik auf impliziten methodischen und theoretischen Voraussetzungen, die selbst nicht thematisiert und begründet wurden und wohl auch nicht begründet werden können.

In beiden Fällen kann die Zurückweisung der falschen Kritik aber erst Teile der eigentlichen Problemstellung freilegen, nicht etwa in einem Zug die Richtigkeit der Vorstellungen, deren Kritik sich als unzutreffend erwiesen hat, nachweisen oder nur plausibel machen. Dazu bedarf es erst einer selbständigen Entwicklung des Monopolbegriffs, die noch nicht in der Zurückweisung an unzureichenden Kritikpositionen enthalten ist.

Darauf, daß eine solche begriffliche Entwicklung nicht oder jedenfalls nicht in der gebotenen Stringenz und Detailliertheit vorliege, richtet sich der dritte Haupteinwand gegen die Verwendung des Monopolbegriffs, ein Einwand, der methodisch am weitestgehenden ist, wenngleich er inhaltlich am wenigsten aussagt. Es wird argumentiert[23], das theoretische Fundament für einen Begriff, der mit solchem Nachdruck gebraucht wird und

ein solches Gewicht in der Imperialismustheorie und der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus hat, sei viel zu dünn, der Begriff sei nicht politökonomisch abgeleitet, woraus zumindest folge, daß über seine Richtigkeit oder Falschheit gar nicht kompetent entschieden werden könne.

An dieser fehlenden Ableitung macht sich vor allem die Kritik an Lenin fest, dem fast durchgängig eine falsche Marx-Rezeption vorgeworfen wird, was zu schwerwiegenden Differenzen zwischen der Marxschen Theorie des Kapitals und der Leninschen Imperialismustheorie führe und letztere keinesfalls als Fortführung der ersteren erscheinen lasse[24].

Selbst wenn dem Ausgangspunkt einer solchen Kritik — der Behauptung, die Entwicklung des Monopolbegriffs sei bisher in der wissenschaftlichen Literatur nicht genau genug auf die Marxsche Theorie bezogen und die einzelnen Schritte dieser Begriffsentwicklung seien im einzelnen methodisch und inhaltlich nicht genau genug vermittelt worden — zuzustimmen ist, muß es fraglich sein, ob die aus ihr gezogenen Konsequenzen einer Überprüfung standhalten. Aus dem Mangel an detaillierter und stringenter Ableitung des Monopolbegriffs aus den allgemeinen Begriffen des Kapitals schon auf die Unbrauchbarkeit dieses Begriffes für die Untersuchung bestimmter Etappen der kapitalistischen Entwicklung oder gar auf die Falschheit und strategische Irreführung eines solchen Begriffes in der Untersuchung einer Epoche des Kapitalismus schließen zu wollen, wäre voreilig und methodisch nicht gerechtfertigt. Ein solcher Schluß würde die Konstatierung der faktisch unzureichenden Ableitung zum Beweis der Unableitbarkeit des Monopolbegriffes im System der politischen Ökonomie erweitern, eine Erweiterung, die erst begründet werden müßte.

Interessanterweise wird eine derartige Behauptung, deren Richtigkeit überhaupt erst die Basis für die Zurückweisung der Leninschen Theorie darstellte, von den meisten Kritikern auch gar nicht explizit aufgestellt. Das Projekt Klassenanalyse zeichnet im Gegenteil vielmehr den Weg einer hinsichtlich der Monopolfrage vorzunehmenden Untersuchung detailliert vor[25], ohne sich allerdings selbst an die Einlösung der so beschriebenen Aufgabe heranzumachen. Es bleibt so offen, ob ein solcher Weg gangbar und demnach der von Lenin behauptete außerordentliche Stellenwert, der dem Monopol in der Weiterführung der Marxschen Theorie für die Phase des Imperialismus zukommt, nicht doch begründ- und beweisbar ist[26].

Anders bei Dirk Jordan, der, von derlei Zweifeln nicht geplagt, die Frage nach der Ableitbarkeit des Monopolbegriffs stellt und positiv beantwortet, diese Ableitung gleich selber leistet und sie der in der Theorie des SMK üblichen „völlig obsoleten"[27] Erklärung des Monopols aus Konzentration und Zentralisation entgegenstellt. Sein Ansatz läuft darauf hinaus, den Monopolbegriff mit Hängen und Würgen noch eben im System der politischen Ökonomie unterzubringen, ihm aber einen absolut untergeordneten Stellenwert zuzuordnen. Jordan versucht nämlich, den Monopolbegriff über das 10. Kapitel des dritten Bandes des „Kapital" einzuführen. Dieses Kapitel wird — zutreffend, wie ich meine — interpretiert als Darstellung der Konkurrenz schlechthin und der von ihr bewirkten Tendenzen, nämlich der Bildung der Durchschnittsprofitrate und der Produktionspreise.

In dieser Tendenz, der jedes Einzelkapital individuell unterworfen ist, stellen sich die gesellschaftliche Macht und der gesellschaftliche Zusammenhang des Kapitals, der Einzelkapitale als gesellschaftlich dominante und voneinander abhängige Einheiten, dar. Da die Ebene der Darstellung die der „Konkurrenz schlechthin" ist, und die Darstellung der wirklichen Verhältnisse nur erfolgt, sofern sie ihrem Begriff entsprechen, kann es in den empirischen Verhältnissen durchaus Abweichungen von diesem idealen Durchschnitt geben. Genaugenommen bestehen die wirklichen Verhältnisse nur aus immer neuen sich gegeneinander ausspielenden und tendenziell gegeneinander aufwiegenden Abweichungen von den Idealbedingungen der Konkurrenz schlechthin, als die auch die freie Konkurrenz verstanden wird. Eine historische Etappe der freien Konkurrenz, in der die Idealbedingungen real erfüllt waren, hat es nie gegeben[28].

Auf der Basis dieser Interpretation ist das Monopol als längerdauernde Abweichung zu definieren, bei der es aus bestimmten (in Analogie zum Grundrenten-Abschnitt verdeutlichten) natürlichen oder künstlichen Bedingungen nicht zum Ausgleich der Profitraten, nicht zur Durchschnittsprofitrate und den Produktionspreisen kommt, statt dessen ein längerfristiger Monopolprofit auf der Grundlage eines Monopolpreises erzielt wird. Monopol und Monopolprofit sind damit Bestandteil — wenn auch durchaus Nebenbestandteil — des Systems der politischen Ökonomie geworden, und die Frage der Ableitbarkeit des Monopolbegriffes scheint beantwortet.

Diese Darstellung hat allerdings einen Nachteil: es handelt sich mitnichten um eine begriffliche Entwicklung, sondern um eine *Definition* des Monopols, die zutreffen mag, mit der aber nichts gewonnen ist als möglicherweise nur der Ausgangspunkt (den ich übrigens auch der folgenden inhaltlichen Untersuchung zugrunde legen werde). Das, was eigentlich zu untersuchen wäre, ist als bereits untersucht und bekannt vorausgesetzt, nämlich der Stellenwert des Begriffs des Monopols im System der politischen Ökonomie: Das Monopol ist definiert als eine keiner weiteren gesetzmäßigen Erklärung zugängliche, besondere reale Erscheinungsform der Konkurrenz, gekennzeichnet durch die längerfristige Blockierung in der Realisierung der keinesfalls aufgehobenen Tendenz zum Ausgleich der Profitrate. Damit ist die Frage nach der Verankerung des Monopolbegriffs in den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalentwicklung, nämlich die Frage nach der aus den Kapitalgesetzen selbst folgenden Notwendigkeit der Entstehung solcher Kapitale, die den Ausgleich der Profitrate für sich dauerhaft verhindern können, allerdings implizit negativ beantwortet:

Da der Monopolbegriff von vornherein als Zufälligkeit auf der Oberfläche konkret empirischer Realität angesiedelt wird, ist es nur eine Tautologie, hinterher zu behaupten, daß er aus den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalentwicklung nicht abzuleiten sei. Wenn man den Begriff des Monopols, dem ja eine unleugbare Realität der Erscheinungen entspricht, theoretisch destruieren will, dann muß man genauso verfahren: man räumt ihm auf der Oberfläche der Erscheinungen einen gewissen Platz ein und kann sich damit dem Vorwurf entziehen, die Realität der Monopole leugnen zu wollen. Implizit hat man damit aber schon die theoretische Irrelevanz dieses weiter nicht erklärbaren Fakts konstatiert und braucht sich weiter nicht um eine Erklärung zu bemühen.

Diese Art der „Ableitung" des Monopolbegriffes kann nicht akzeptiert werden, weil die eigentlich interessante Frage dabei ausgeklammert wird. Sie lautet: Sind im Wesen und auch somit im Begriff des Kapitals Gesetzmäßigkeiten angelegt, die die reale Erscheinung der Monopole mit Notwendigkeit hervorrufen, die den — vom Standpunkt der Konkurrenz schlechthin aus gesehen — Sonderfall des Monopols gesetzmäßig produzieren und zum Regelfall machen oder zumindest zu einem für den gesamten Reproduktionsprozeß bestimmenden Fall? Das Projekt Klassenanalyse sieht die Notwendigkeit dieser Frage, geht aber nicht an ihre Untersuchung heran, sondern begnügt sich mit der Feststellung, daß Lenin den definitorischen Ausgangspunkt zur Ableitung des Monopolbegriffs, den dauerhaften Nichtausgleich der Profitrate, nicht sauber herausgearbeitet und daher auch den korrekten Weg der Ableitung nicht eingehalten habe. Jordan dagegen stellt am Ende seines Aufsatzes fest, daß die von ihm vorgelegte Ableitung des Monopols die einzig mögliche und eine Erklärung aus der Konzentration und Zentralisation des Kapitals weder statthaft noch möglich sei[29].

Aus der — wie auch ich meine — unbestreitbaren Tatsache, daß in der genauen und detaillierten Entwicklung des Monopolbegriffs und seines Stellenwertes für die Entwicklung des Kapitalismus noch einige Lücken vorhanden sind und vor allem der Bezug auf die Marxsche Theorie nur unzureichend und unvollständig hergestellt ist, sind einerseits voreilige und unbegründete Schlüsse auf die wissenschaftliche Bedeutung der Imperialismustheorie und der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus gezogen worden; andererseits wurde versucht, die vorhandene Lücke durch eine unzureichende — weil tautologische — Ersatzvornahme in einer Weise zu füllen, die vom Monopolbegriff nur den Namen, von seiner Stellung in der Imperialismustheorie nichts mehr übrig läßt.

Aus der Zurückweisung dieser beiden verfehlten Versuche, bestimmte Schwächen in der begrifflichen Konstitution des Monopols bei Lenin und in der gegenwärtigen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu korrigieren, stellt sich aber die eigentliche positive Aufgabe dieses Aufsatzes: es soll untersucht werden, ob die Möglichkeit und Notwendigkeit einer allgemeinen Herleitung des Monopolbegriffs aus dem Kapitalbegriff selber besteht, wie diese Herleitung in der Analyse der inneren Wesensgesetze und Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation angelegt ist und wie sich in der Untersuchung der krisenhaften Bewegung des Kapitalismus die Notwendigkeit der historisch-irreversiblen Konstituierung von Monopolen realisiert (Teil 2). Daran anschließend wird von einer anderen Seite, von den Kategorien des Monopolprofits und der Monopolpreise her, einerseits noch einmal die Eingebundenheit des Monopols in den Gesamtzusammenhang der kapitalistischen Verwertung und des sie beherrschenden Wertgesetzes gezeigt, andererseits werden die Veränderungen, die durch die Entstehung der Monopole sich allgemein im Prozeß der Profitaneignung, der Umverteilung von Mehrwert, vollziehen, dargestellt (Teil 3).

Auf der Basis dieser Überlegungen müßte dann die Bedeutung der Herausbildung und Herrschaft der Monopole für die weitere kapitalistische Entwicklung genauer theoretisch herausgebildet und historisch untersucht werden. Dies wird jedoch aus Raumgründen in diesem Aufsatz nicht mehr

geschehen. Im letzten Teil werde ich lediglich einige thesenartige Überlegungen über den Einfluß der Monopole auf drei wie ich meine zentrale Bereiche der kapitalistischen Entwicklung — Produktivkraftentwicklung, Zyklus bzw. Krise und das Verhältnis von Ökonomie und Politik — machen, deren genaue Untersuchung unverzichtbarer Bestandteil einer umfassenden Aufarbeitung des Monopolproblems als Basis jeder Theorie des gegenwärtigen Kapitalismus sein muß.

2. Entwicklung des Monopolbegriffs auf der Grundlage der Marxschen Theorie

2.1. Konzentration und Zentralisation als wesentliche Elemente der kapitalistischen Akkumulation

Die folgenden Überlegungen greifen die im vorangegangenen Abschnitt erwähnte äußere Kennzeichnung des Monopols als eines Einzelkapitals, das sich längerfristig dem Ausgleich der Profitraten entziehen kann, als vorläufige Definition auf. Es geht jetzt darum, zu untersuchen, ob die als Monopol bezeichnete besondere Erscheinungsform des Kapitals im Begriff des Kapitals angelegt ist, ob es also im allgemeinen Begriff des Kapitals und seiner Gesetzmäßigkeiten Momente gibt, die diese besondere Erscheinungsform mit Notwendigkeit hervorbringen, oder mit anderen Worten, ob das Kapital aus sich heraus das Monopol erzeugt.

Zur Beantwortung dieser Frage muß man sich zunächst in groben Zügen den Argumentationsgang des ersten Bandes des „Kapital" vergegenwärtigen:

Die Entfaltung der allgemeinen Kategorien und Gesetzmäßigkeiten des Kapitals geht aus von der Warenform des gesellschaftlichen Reichtums als der Keimform der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, führt über die Entwicklung der Wertform zur Geldform und zum zunächst ganz formal gefaßten Begriff des Kapitals als sich selbst verwertendem Wert. Der an dieser Stelle auftauchende Widerspruch zwischen Äquivalenzprinzip und Profitprinzip als allgemeinen gesellschaftlichen Formbestimmtheiten der kapitalistischen Produktionsweise wird durch die Entwicklung des Mehrwerts als Springpunkt der politischen Ökonomie des Kapitalismus gelöst; dies erfordert die Fortsetzung der Untersuchung des Kapitals als Untersuchung des kapitalistisch verformten Arbeitsprozesses, der Produktion von absolutem und relativem Mehrwert und der besonders in der Produktion des relativen Mehrwerts als der typisch kapitalistischen Form der Abpressung von Mehrarbeit enthaltenen Formen der Produktivkraftentfaltung (Kooperation, Manufaktur, Maschinerie und große Industrie), ebenso der Arbeitsformen sowie des Lohnes als grundlegender Mystifikation des Kapitalsverhältnisses, die dieses Verhältnis in der realen Erscheinung auf den Kopf stellt und für das Alltagsbewußtsein undurchsichtig macht. Der Prozeß schließlich, in dem kapitalistische Produktion ihre notwendige Kontinuität und Erweiterung — die immer zugleich geschichtliche Kontinuität und Erweiterung, also Entwicklung und Veränderung ist — erhält, in der also auch der Klassenantagonismus erhalten, ausgedehnt und verschärft wird, ist die Verwandlung von produziertem und angeeignetem Mehrwert in

Kapital, ist die kapitalistische Akkumulation, eine rastlose Bewegung, deren Rastlosigkeit bereits in der allgemeinen Formel des Kapitals angelegt ist, sich aber konkret dem einzelnen Kapitalisten durch den Druck der Konkurrenz aufzwingt.

Die Untersuchung des Problems, ob und wie die Monopole mit Notwendigkeit aus der Kapitalbewegung hervorgehen, hat folglich an der Analyse dieser Kontinuität und Erweiterung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses in der kapitalistischen Akkumulation anzusetzen.

Die Marxsche Analyse der Akkumulation im VI. Abschnitt des ersten Bandes des „Kapital" bewegt sich auf einer hohen Abstraktionsstufe, indem vorausgesetzt wird, erstens, „daß das Kapital seinen Zirkulationsprozeß in normaler Weise durchläuft"[30], daß der Kapitalist also auf den Märkten für Arbeitsmittel, Arbeitsgegenstände und Arbeitskräfte alles für die Produktion Benötigte einkaufen kann, daß er nach der Produktion die produzierten Waren zu ihren Werten auf dem Warenmarkt absetzen kann. Ferner ist vorausgesetzt, daß der „kapitalistische Produzent als Eigentümer des ganzen Mehrwerts" (23, 590) gilt, daß der Mehrwert also noch nicht in seine verschiedenen Verteilungsformen gespalten ist. „Wir betrachten also zunächst die Akkumulation abstrakt, d. h. als bloßes Moment des unmittelbaren Produktionsprozesses" (23, 590), was übrigens nicht nur eine ideelle Abstraktion, sondern eine wirkliche Voraussetzung tatsächlicher Akkumulation ist: „Was also bei unsrer Darstellung der Akkumulation unterstellt wird, ist bei ihrem wirklichen Vorgang unterstellt." (23, 590)

Auf der Basis dieser Voraussetzungen entwickelt Marx dann die kapitalistische Akkumulation in drei Schritten, von denen der erste die *Kontinuität,* der zweite die *Erweiterung* und der dritte die *Veränderung,* also neue Formbestimmtheiten des Prozesses der kapitalistischen Reproduktion und damit auch des Klassengegensatzes beinhaltet. Die beiden ersten Schritte bilden dabei die Grundlagen für den dritten, konstituieren ihn aber noch nicht, machen also noch nicht die volle theoretische Bestimmung der kapitalistischen Akkumulation aus.

1. Schon die *einfache Reproduktion* (21. Kapitel) — deren analytischen Stellenwert ich analog zur Analyse der einfachen Warenproduktion sehe: sie ist nicht kapitalistische Akkumulation, auch keine historische Phase vor dieser, liegt ihr aber als logische Keimform zugrunde und ist in ihr als realer Bestandteil enthalten — konstituiert die Kontinuität des kapitalistischen Reproduktionsprozesses: Der denknotwendige Ausgangspunkt der Begriffsentfaltung — zugleich historisch-realer Ausgangspunkt der kapitalistischen Entwicklung — nämlich die ursprüngliche Akkumulation, wird durch die von ihr geschaffene gesellschaftliche Struktur und Formbestimmheit in den Mechanismus der kapitalistischen Produktion und Reproduktion hineingezogen und verewigt, verliert ihren Ursprünglichkeitscharakter, ohne zu verschwinden; der historische und logische Ausgangspunkt wird zum historisch-reproduzierten Normalfall der Entwicklung und damit immanent logische Figur der Theorie, die diese Entwicklung begrifflich entschlüsseln will. „Was aber anfangs nur Ausgangspunkt war, wird vermittelst der bloßen Kontinuität des Prozesses, der einfachen Reproduktion, stets aufs neue produziert und verewigt als eignes Resultat der kapitalistischen Produktion." (23, 595) Oder: „Der kapitalistische

Produktionsprozeß, im Zusammenhang betrachtet, oder als Reproduktionsprozeß, produziert also nicht nur Ware, nicht nur Mehrwert, er produziert und reproduziert das Kapitalverhältnis selbst, auf der einen Seite den Kapitalisten, auf der andren den Lohnarbeiter." (23, 604)

2. Die zweite Stufe der Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation bildet die Analyse der Verwandlung von Mehrwert in Kapital, d. h. die *erweiterte Reproduktion* (22. Kapitel). Hier werden zum ersten Mal die beiden bisher nur formal verbundenen, inhaltlich aber noch weitgehend getrennt gehaltenen Argumentationsgänge der vorangegangenen Abschnitte des „Kapital" (Analyse der Ware bis zur Warenform der Arbeitskraft und damit die Analyse der Zirkulationsformen des gesellschaftlichen Reichtums bis an die Grenze der Zirkulation auf der einen, Analyse des Arbeitsprozesses als Verwertungsprozeß auf der anderen Seite) zusammengebracht; das Resultat ist der Umschlag der Gesetze der Warenproduktion in die Gesetze der kapitalistischen Aneignung: „Erst da, wo die Lohnarbeit ihre Basis, zwingt die Warenproduktion sich der gesamten Gesellschaft auf; aber auch erst da entfaltet sie alle verborgenen Potenzen. Sagen, daß die Dazwischenkunft der Lohnarbeit die Warenproduktion fälscht, heißt sagen, daß die Warenproduktion, will sie unverfälscht bleiben, sich nicht entwickeln darf. Im selben Maß, wie sie nach ihren eignen immanenten Gesetzen sich zur kapitalistischen Produktion fortbildet, in demselben Maß schlagen die Eigentumsgesetze der Warenproduktion um in Gesetze der kapitalistischen Aneignung" (23, 613).

Kapitalistische Akkumulation, d. h. erweiterte kapitalistische Reproduktion, ist also ständige Ausdehnung der Produktion von Mehrwert und seine Rückverwandlung in stets steigende Kapitalwerte und damit zugleich Ausdehnung des dem Kapital unterworfenen Menschenmaterials, des Proletariats. „Die Akkumulation ist Eroberung der Welt des gesellschaftlichen Reichtums. Sie dehnt mit der Masse des exploitierten Menschenmaterials zugleich die direkte und indirekte Herrschaft des Kapitalisten aus." (23, 619) Es handelt sich bei diesem Prozeß nicht um ein subjektives Wollen des Kapitalisten, sondern um eine sich ihm durch den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang der Konkurrenz aufzwingende geschichtliche Notwendigkeit: „Nur soweit der Kapitalist personifiziertes Kapital ist, hat er einen historischen Wert und jenes historische Existenzrecht, das, wie der geistreiche Lichnowski sagt, keinen Datum nicht hat. Nur soweit steckt seine eigne transitorische Notwendigkeit in der transitorischen Notwendigkeit der kapitalistischen Produktionsweise. Aber soweit sind auch nicht Gebrauchswert und Genuß, sondern Tauschwert und dessen Vermehrung sein treibendes Motiv. Als Fanatiker der Verwertung des Werts zwingt er rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen, daher zu einer Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und zur Schöpfung von materiellen Produktionsbedingungen, welche allein die reale Basis einer höheren Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprinzip die volle und freie Entfaltung jedes Individuums ist. Nur als Personifikation des Kapitals ist der Kapitalist respektabel. Als solche teilt er mit dem Schatzbildner den absoluten Bereicherungstrieb. Was aber bei diesem als individuelle Manie erscheint, ist beim Kapitalisten Wirkung des gesellschaftlichen Mechanismus, worin er nur ein Triebrad ist. Außer-

dem macht die Entwicklung der kapitalistischen Produktion eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermittelst progressiver Akkumulation." (23. 618)

3. Aufrechterhaltung der Kontinuität und Ausdehnung des Kapitalverhältnisses, d. h. der Klassenspaltung zwischen Lohnarbeit und Kapital sowie der gesellschaftlichen Reproduktion in kapitalistischer Formbestimmtheit, das sind Grundbestimmungen der kapitalistischen Akkumulation; sie erschöpfen das Wesen der kapitalistischen Akkumulation jedoch noch nicht. Vielmehr wird die Klassenspaltung der Gesellschaft durch die Ausdehnung der Akkumulation und Reproduktion nicht nur selber ausgedehnt, sondern verschärft (Tendenz zur Verelendung der Arbeiterklasse), und die Produktion wird nicht nur einfach ausgedehnt, sondern zusätzlichen *neuen Formbestimmungen* im realen Produktionsprozeß unterworfen. Beides wird im 23. Kapitel untersucht, das die Vollendung der Untersuchung der kapitalistischen Akkumulation auf der allgemeinsten Abstraktionsstufe und den Übergang zu Stufen geringeren Abstraktionsgrades darstellt: „Wir behandeln in diesem Kapitel den Einfluß, den das Wachstum des Kapitals auf das Geschick der Arbeiterklasse ausübt. Der wichtigste Faktor bei dieser Untersuchung ist die Zusammensetzung des Kapitals und die Veränderungen, die sie im Verlauf des Akkumulationsprozesses durchmacht." (23, 640)

Bevor Marx aber zur Untersuchung des Einflusses dieser Veränderungen und ihrer Auswirkungen kommt, holt er noch einmal aus. Die Argumentation dieses ersten ausholenden Gedankenganges im 1. Abschnitt des 23. Kapitels kann mit dem ganzen 21. Kapitel im Verhältnis zum 23. Kapitel verglichen werden: wie die *kapitalistischen Grundverhältnisse* schon durch die einfache Reproduktion verewigt werden, ohne durch diese schon voll ausgedrückt zu werden, so entwickelt sich das elende Los der Arbeiterklasse im Kapitalismus schon in der Akkumulation unter Bedingungen konstanter organischer Zusammensetzung des Kapitals, die es in der Realität der kapitalistischen Entwicklung — jedenfalls nach Marxens Konzeption — ebenfalls nicht gibt. Jede durch die vermehrte Nachfrage nach Arbeitskräften (infolge stürmischer Akkumulation) erfolgende „Erhöhung des Arbeitspreises bleibt also eingebannt in Grenzen, die die Grundlagen des kapitalistischen Systems nicht nur unangetastet lassen, sondern auch seine Reproduktion auf wachsender Stufenleiter sichern. Das in ein Naturgesetz mystifizierte Gesetz der kapitalistischen Akkumulation drückt also in der Tat nur aus, daß ihre Natur jede solche Abnahme im Exploitationsgrad der Arbeit oder jede solche Steigerung des Arbeitspreises ausschließt, welche die stetige Reproduktion des Kapitalverhältnisses und seine Reproduktion auf stets erweiterter Stufenleiter ernsthaft gefährden könnte" (23, 649). Denn: „Das Verhältnis zwischen Kapital, Akkumulation und Lohnrate ist nichts als das Verhältnis zwischen der unbezahlten, in Kapital verwandelten Arbeit und der zur Bewegung des Zusatzkapitals erforderlichen zuschüssigen Arbeit. Es ist also keineswegs ein Verhältnis zweier

voneinander unabhängiger Größen, einerseits der Größe des Kapitals, andrerseits der Zahl der Arbeiterbevölkerung, es ist vielmehr in lezter Instanz nur das Verhältnis zwischen der unbezahlten und der bezahlten Arbeit derselben Arbeiterbevölkerung." (23, 649)

Wenn also im Zuge der Akkumulation der Preis der Arbeitskraft, d. h. der bezahlte Teil der Arbeit, über ein Maß hinaus ansteigt, das dem Kapitalisten noch einen ausreichenden Anteil unbezahlter Arbeit garantiert, dann „(erschlafft) die Akkumulation infolge des steigenden Arbeitspreises, weil der Stachel des Gewinns abstumpft" (23, 648).

Unter den Voraussetzungen, die Marx in diesem ersten Abschnitt des 23. Kapitels setzt — konstante Zusammensetzung des Kapitals, d. h. Beschränkung der Produktion von Mehrwert auf die Produktion von *absolutem* Mehrwert, die nur formelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital — ist dies sicher richtig. Diese Voraussetzung selber wird aber durch die kapitalistische Realität aufgehoben. Eine jeweils gegebene technische und organische Zusammensetzung des Kapitals und damit Produktivität der menschlichen Arbeit ist bei steigenden Löhnen gerade eine Schranke der Verwertung, die das Kapital durch eine Erhöhung der Produktivität der Arbeit, daher des unbezahlten Teils der lebendigen Arbeit zu überwinden trachtet. Die Produktion des *relativen* Mehrwerts, die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital wird zur Hauptform der kapitalistischen Entwicklung. Daß die Steigerung der Produktivität der Arbeit für Marx mit einer Erhöhung der organischen Zusammensetzung verbunden ist, die über die Konkurrenz auf die anderen Kapitale übertragen wird und insofern die Verwertungsbedingungen insgesamt verschlechtert, dieser Mechanismus ist dem einzelnen Kapitalisten unbekannt und stellt sich ihm unmittelbar auch nicht dar: Er ist vielmehr gerade durch die Konkurrenz gezwungen, die Produktivität ständig zu erhöhen und damit die Schranke der Akkumulation und Verwertung, die durch steigende Löhne bei einer gegebenen Arbeiterzahl gesetzt ist, durch die relative Reduktion dieser Arbeiterzahl zu überwinden.

Im 2. Abschnitt des 23. Kapitels läßt Marx daher zur vollständigen Entwicklung der kapitalistischen Akkumulationsbewegung die Voraussetzung der konstanten technischen Zusammensetzung des Kapitals fallen („Aber der Prozeß schreitet über diese Phase hinaus" [23, 650]) und bezieht die Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Arbeit durch den Akkumulationsprozeß und seine Folgen für die Entwicklung der Formbestimmungen des kapitalistischen Produktionsprozesses und die Lage der Arbeiterklasse in die Analyse mit ein:

„Die allgemeinen Grundlagen des kapitalistischen Systems einmal gegeben, tritt im Verlauf der Akkumulation jedesmal ein Punkt ein, wo die Entwicklung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit der mächtigste Hebel der Akkumulation wird." (23, 650) Zunehmende Produktivität bedeutet aber Wachstum im „relativen Größenumfang der Produktionsmittel, welche ein Arbeiter ... in Produkt verwandelt," (23, 650) also steigende technische Zusammensetzung und damit verbunden steigende organische Zusammensetzung des Kapitals[31], oder, noch allgemeiner gesprochen, Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion, denn nur unter diesen Bedingungen ist steigende Produktivkraft überhaupt möglich. Aus-

dehnung der Stufenleiter der Produktion heißt aber in der warenproduzierenden Gesellschaft ganz allgemein nichts anderes als *Ausdehnung der individuellen Kapitale.* „Auf Grundlage der Warenproduktion, wo die Produktionsmittel Eigentum von Privatpersonen sind, wo der Handarbeiter daher entweder isoliert und selbständig Waren produziert oder seine Arbeitskraft als Ware verkauft, weil ihm die Mittel zum Selbstbetrieb fehlen, realisiert sich jene Voraussetzung (der Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion, J. H.) nur durch das *Wachstum der individuellen Kapitale,* oder im Maße, worin die gesellschaftlichen Produktions- und Lebensmittel in das Privateigentum von Kapitalisten verwandelt werden. Der Boden der Warenproduktion kann die Produktion auf großer Stufenleiter nur in kapitalistischer Form tragen." (23, 652, Hervorhebung von mir, J. H.)

Das Wachstum der individuellen Kapitale als kapitalistische Form der Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion und der Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Arbeit geschieht in zwei verschiedenen Formen, von denen die zweite die Überwindung der Schranken darstellt, die der ersten gesetzt sind:

Die erste Form der Ausdehnung der individuellen Kapitale ist die *Konzentration* des Kapitals oder das Wachstum bereits gegebener Kapitale. „Jede Akkumulation wird das Mittel neuer Akkumulation. Sie erweitert mit der vermehrten Masse des als Kapital funktionierenden Reichtums seine Konzentration in den Händen individueller Kapitalisten, daher die Grundlage der Produktion auf großer Stufenleiter und der spezifischkapitalistischen Produktionsmethoden. Das Wachstum des gesellschaftlichen Kapitals vollzieht sich im Wachstum vieler individuellen Kapitale. Alle andren Umstände als gleichbleibend vorausgesetzt, wachsen die individuellen Kapitale, und mit ihnen die Konzentration der Produktionsmittel, im Verhältnis, worin sie aliquote Teile des gesellschaftlichen Gesamtkapitals bilden." (23, 653)

Dieses Wachstum der bereits bestehenden Kapitale ist — ohne daß dies übrigens von Marx begründet würde — begleitet von der Bildung neuer Kapitale: „Mit der Akkumulation des Kapitals wächst daher auch mehr oder minder die Anzahl der Kapitalisten" (23, 653), die „einander als unabhängige und miteinander konkurrierende Warenproduzenten gegenüberstehen" (23, 654). Diese Form des Wachstums der individuellen Kapitale speist sich aus der Masse des Mehrwerts, der in den jeweils vorhergehenden Perioden produziert worden ist; sie ist daher einerseits entsprechend der unterschiedlichen organischen Zusammensetzung und der daher auch unterschiedlichen Mehrwertproduktion bei verschiedenen Kapitalen immer ungleichmäßiges Wachstum; sie findet daher andererseits auch ihre prinzipielle Grenze und Beschränkung in der Masse und der Expansion dieses Mehrwerts.

Eine Überwindung dieser prinzipiellen Beschränkung stellt die zweite Form des Wachstums der individuellen Kapitale dar, die *Zentralisation.* „Es ist dies nicht mehr einfache, mit der Akkumulation identische Konzentration von Produktionsmitteln und Kommando über Arbeit. Es ist Konzentration bereits gebildeter Kapitale, Aufhebung ihrer individuellen Selbständigkeit, Expropriation von Kapitalist durch Kapitalist, Verwandlung vieler kleineren in weniger größere Kapitale. *Dieser Prozeß unter-*

scheidet sich von dem ersten dadurch, daß er nur veränderte Verteilung der bereits vorhandnen und funktionierenden Kapitale voraussetzt, sein Spielraum also durch das absolute Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums oder die absoluten Grenzen der Akkumulation nicht beschränkt ist. Das Kapital schwillt hier in einer Hand zu großen Massen, weil es dort in vielen Händen verlorengeht. Es ist die eigentliche Zentralisation im Unterschied zur Akkumulation und Konzentration." (23, 654, Hervorhebung von mir, J. H.)

Mit diesen Ausführungen ist der uns interessierende Argumentationsgang abgeschlossen und im übrigen auch die eine Seite der Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation, die Seite der Kapitalentwicklung: Es bleibt Marx noch die Untersuchung der Konsequenzen dieser Ableitungen für die Lage der Arbeiterklasse, eine Untersuchung, die sich in den folgenden Teilen des Kapitels anschließt, hier aber nicht mehr referiert werden soll. Auch die dem letzten Zitat unmittelbar folgenden Ausführungen über Konkurrenz und Kredit als Medien der Durchsetzung der Zentralisation des Kapitals haben hier nur den Stellenwert einer „Andeutung" von „Gesetzen dieser Zentralisation der Kapitale", die „hier nicht entwickelt werden können"[32] (23, 654) und für unsere Fragestellung gegenwärtig nicht von Belang sind.

Als Ergebnis dieser ersten Stufe der Argumentation können wir festhalten:

Die kapitalistische Akkumulation ist ein Prozeß, in dessen Verlauf bestimmte Schranken der weiteren Expansion und Verwertung auftauchen, die durch eine Formveränderung der Kapitalentwicklung überwunden werden: Der grenzenlosen Weiterführung der erweiterten Reproduktion bei konstanter organischer Zusammensetzung des Kapitals, also der grenzenlosen Ausdehnung des absoluten Mehrwerts, stellen sich als Schranken die verfügbare Arbeiterbevölkerung und die Ausdehnungmöglichkeiten des Arbeitstages entgegen; diese Schranken werden durch die Produktion des relativen Mehrwerts, die Zusammenpressung des bezahlten Teils des Arbeitstages, durch die Entwicklung der Produktivkraft der menschlichen Arbeit und damit durch die Umwälzung der gesamten technologischen Basis der Produktion überwunden. Der weiteren Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion durch das Wachstum individueller Kapitale stellt sich als Schranke die begrenzte Masse des zur Aneignung verfügbaren Mehrwerts entgegen; diese Schranke wird durch die Einverleibung und Vereinigung bislang selbständiger Kapitale in der Zentralisation überwunden.

Die volle Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation führt also mit Notwendigkeit zur Zentralisierung als weitestgehender Möglichkeit der Ausdehnung der individuellen Kapitale, die wiederum die kapitalistische Form der durch die Akkumulationsbewegung und ihre Tendenz zur Steigerung der Produktivkräfte der menschlichen Arbeit erzwungenen Ausdehnung der Produktion darstellt. Damit ist aber aus der Akkumulation des Kapitals der Zwang zur *inneren Differenzierung der Struktur des Gesamtkapitals* abgeleitet, die die *Grundlage* für die Monopoltheorie und für die Einteilung des Gesamtkapitals in monopolistische und nichtmonopolistische Kapitale bildet. Zu der Unterschiedlichkeit der einzelnen Kapitale, die in

ihrer besonderen historischen Situation, ihrem Produktivitätsniveau, ihrer historischen zufälligen Größe und ihren Ausbreitungsmöglichkeiten sowie ihrer verschiedenen organischen Zusammensetzung begründet liegt, und die im Begriff des ideellen Durchschnitts verschwindet, tritt mit der Zentralisation des Kapitals eine Unterschiedlichkeit, die nicht mehr historisch mehr oder minder zufällig und nebensächlich, sondern von der Akkumulationsbewegung selbst systematisch produziert wird und daher auch nicht im Begriff des ideellen Durchschnitts aufhebbar ist.

Die Tatsache, daß neben der Zentralisation der Kapitale im Prozeß der Kapitalentwicklung als Nebenfolge der Konzentration ständig neue Kapitale entstehen, führt keineswegs dazu, daß die Zentralisation dadurch neutralisiert und die gesamte Tendenz der Entwicklung unbestimmbar wird, wie Jordan fälschlich meint[33]. Sie wirkt im Gegenteil in dieselbe Richtung, nämlich in Richtung der — neben alle sonstigen Unterschiedlichkeiten der Kapitale tretenden — inneren Strukturdifferenzierung des Kapitals in große zentralisierte Kapitale auf der einen *und* andere, alte und neue, nicht zentralisierte Kapitale auf der anderen Seite.

Die Ableitung dieser systematischen Strukturdifferenzierung des Gesamtkapitals aus der Akkumulation des Kapitals — eine Ableitung, die vollständig von Marx selbst geleistet wird und an keiner Stelle intervenierender Zwischenschritte bedarf — bildet das Fundament für die Monopoltheorie und die Grundlage für die Behauptung, daß es sich bei der Herausbildung der Monopole um wesentliche und gesetzmäßige Entwicklungen des Kapitals handelt und nicht um aus dem Wesen des Kapitals nicht erklärbare historische Zufälligkeiten. Mit diesem ersten Schritt der Analyse ist allerdings das Monopol als erscheinende Realität noch nicht entwickelt; es ist vielmehr im nächsten Schritt zu untersuchen, wie sich Konzentration und Zentralisation des Kapitals, erstere als ungleichmäßiges Wachstum individueller Kapitale und letztere als innere Strukturdifferenzierung des Gesamtkapitals in der realen Bewegung, der Konkurrenz, reproduzieren und dort zur Konstitution des Monopols führen.

2.2. Die Herausbildung der Monopole in Krise und Konkurrenz

Konzentration und Zentralisation sind als unmittelbare Momente der kapitalistischen Akkumulation auf der allgemeinsten Ebene der Kategorien und Gesetzmäßigkeiten der Kapitalbewegung dargestellt worden. Die Weiterführung der Analyse erfordert es, die im Akkumulationsprozeß enthaltenen Schranken und Widersprüche als Schranken und Widersprüche der Profitaneignung von Einzelkapitalen zu zeigen, d. h. zu untersuchen, wie die widersprüchliche Bewegung der Akkumulation die real erscheinenden Prozesse zustande bringt, spezieller, wie Konzentration und Zentralisation als Momente der real prozessierenden Kapitale erscheinen und das Monopol konstituieren.

Die grundsätzliche Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Akkumulation besteht im Kapitalcharakter der gesellschaftlichen Reproduktion, das heißt also darin, daß Produktion und Reproduktion, die gesellschaftlich betrieben werden, dem Verwertungszwang des Einzelkapitals unterworfen sind, daß ihr Ergebnis privat angeeignet wird. Die genauere Analyse der

hierin enthaltenen weiteren inneren Widersprüche wird von Marx im ersten Band des „Kapital" durch die These von der mit der Entwicklung der Produktivkraft der menschlichen Arbeit einhergehenden steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals vorbereitet und später als „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate" ausformuliert: Der zwanghafte Prozeß der Vergegenständlichung, Aneignung, Versilberung und Wiederanlage unbezahlter menschlicher Arbeit durch das Kapital führt auf der einen Seite zu einem immer weiteren und prinzipiell — vom Gesamtkapital aus betrachtet — nur durch die Masse an akkumulationsfähigem Mehrwert begrenzten Wachstum des Kapitals, das als Wertgröße einer immer größeren Mehrwertmasse bedarf, um sich weiter zu verwerten; auf der anderen Seite verringert sich durch die der Akkumulation eigene Entwicklung der Produktivkraft die allein Mehrwert schaffende lebendige Arbeit relativ zur vergegenständlichten Arbeit und ist ihre Ausbeutbarkeit bestimmten physischen und politischen Grenzen unterworfen.

Auf der Ebene der *Profitrate* (als Verhältnis von Mehrwertmasse zu vorgeschossenem Kapital) zunächst für das ganze Kapital betrachtet, lassen sich die Schwierigkeiten und Widersprüche der Kapitalverwertung als im Prozeß der Kapitalentwicklung notwendig mit einbegriffene Tendenz zur *Überakkumulation* darstellen, die Marx im 3. Abschnitt des dritten Bandes des „Kapital" unter der generellen Überschrift: „Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate" abhandelt. Ohne auf die Ableitung dieses Gesetzes und seine Schwierigkeiten im einzelnen einzugehen, kann das Problem der Überakkumulation, das sein umfassenderer Ausdruck ist, wie folgt zusammengefaßt werden[34]:

Die durch die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Kapitals erzwungene und immer weiter forcierte Akkumulation und Ausdehnung des Kapitals muß mit Notwendigkeit an den Punkt führen, an dem es nicht mehr möglich ist, mit der aus einer historisch gegebenen Arbeiterbevölkerung zu einem bestimmten Zeitpunkt herauspreßbaren Mehrtwertmasse das vorgeschossene Kapital angemessen zu verwerten, d. h. auf den existierenden vorgeschossenen Kapitalwert eine angemessene (mindestens im Vergleich zu früheren Perioden nicht sinkende) Profitrate zu erzielen. Das Kapital ist überakkumuliert worden, das „über" bezieht sich dabei auf seine Verwertbarkeit, es ist zuviel akkumuliert worden, als daß es noch zur alten Profitrate verwertet werden könnte[35].

Die Profitrate hat folglich die Tendenz zu sinken, und dies, obwohl — vielmehr weil — das Kapital in Gestalt der vielen Einzelkapitale durch die Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Arbeit alles getan hat, die Verwertung der vielen Einzelkapitale zu erhöhen.

Diese in der Akkumulationsbewegung enthaltene Tendenz zum Fall der Profitrate muß aber Gegenkräfte und Gegenbewegungen hervorrufen, die die mit der Überakkumulation gegebene Tendenz zur Blockierung des Akkumulationsprozesses zumindest zeitweilig lösen. Das Kapital steht dabei — ganz allgemein gesprochen — vor der Notwendigkeit, zur Aufrechterhaltung des Akkumulationsprozesses, d. h. seines Verwertungsprozesses, entweder die Masse des Mehrwerts zu steigern oder den Wert des Kapitals zu senken. Aus dieser Notwendigkeit, den inneren Widerspruch der Kapitalakkumulation zu lösen und die ihm historisch gesetzten Schran-

ken zu überwinden, ergibt sich ein zweiseitiger Verlauf der Kapitalentwicklung:

Zum einen die immer wieder gelingende Überwindung der jeweils gegebenen historischen Schranken der Produktion und Realisierung von Mehrwert (Intensivierung und Rationalisierung der menschlichen Arbeit, Erschließung neuer Arbeitskräfte sowie neuer Beschaffungs- und Absatzmärkte) durch die kapitalistische *Expansion*[36]. Zum anderen die *Überproduktionskrise,* in der der Wert des Gesamtkapitals auf gewaltsame Weise (durch Preisverfall, Vernichtung, Konkurse) gesenkt, ein Teil des Gesamtkapitals also entwertet wird, bis der Restwert des Kapitals mit dem erzielbaren Mehrwert wieder angemessen verwertet werden kann.

Die Vermittlung dieser ganz abstrakten Lösungsmöglichkeiten des allgemeinen Widerspruchs der Kapitalakkumulation in der konkreten Kapitalbewegung leistet die Konkurrenz der Einzelkapitale als Bewegungsform des Kapitals überhaupt. Diese Konkurrenz agiert in normalen Zeiten „wie sich bei der Ausgleichung der allgemeinen Profitrate gezeigt, als praktische Brüderschaft der Kapitalistenklasse, so daß sie sich gemeinschaftlich im Verhältnis zur Größe des von jedem eingesetzten Loses, in die gemeinschaftliche Beute teilt" (25, 263). In der Situation der Überakkumulation jedoch, in der die allgemeine Profitrate sinkt und die sich dem Einzelkapitalisten konkret als Schwierigkeit der Produktion und Realisierung von Mehrwert, oder noch konkreter, als zu hohe Kosten und/oder zu niedrige Erlöse darstellt, wird die Konkurrenz zur Konkurrenz der feindlichen Brüder: Die Situation der Überakkumulation, die Marx im Abschnitt über die „inneren Widersprüche des Gesetzes" ausdrücklich behandelt (und zwar unter der Annahme, eine weitere Expansion von Mehrwert sei nicht mehr möglich), erfordert unter diesen von Marx angenommenen Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung des Akkumulationsprozesses eine Reduzierung des Wertes des Gesamtkapitals. Da das Gesamtkapital allerdings real nur als Vielfalt von Einzelkapitalen exisitert, die unabhängig voneinander agieren, bedeutet die Reduzierung des Wertes des Gesamtkapitals nichts anderes als Entwertung von Einzelkapitalen. Für das Einzelkapital bedeutet Entwertung aber nicht — wie für das Gesamtkapital — Voraussetzung für die Belebung des ins Stocken geratenen Akkumulationsprozesses und somit Lösung der durch den Akkumulationsprozeß selbst verursachten Schwierigkeiten zumindest für eine gewisse Zeit, für das Einzelkapital bedeutet Entwertung vielmehr Nichtverwertung, Nichterfüllung seiner Existenzberechtigung und damit unmittelbare Bedrohung seiner Existenz als fungierendes Kapital. Entsprechend wird die Entwertung — die Selbstheilung vom Standpunkt des Gesamtkapitals, den es aber im realen Prozeß nicht gibt — von jedem Einzelkapital mit allen Mitteln bekämpft: „Es ist aber klar, daß diese tatsächliche Entwertung des alten Kapitals nicht ohne Kampf stattfinden, daß das zusätzliche Kapital von ΔC nicht ohne Kampf als Kapital fungieren könnte. Die Profitrate würde nicht sinken wegen Konkurrenz infolge der Überproduktion von Kapital. Sondern umgekehrt, weil die gesunkne Profitrate und die Überproduktion von Kapital aus denselben Umständen entspringen, würde jetzt der Konkurrenzkampf eintreten. . .

Eine Brachlegung von einem Teil des alten Kapitals müßte unter allen Umständen stattfinden, eine Brachlegung in seiner Kapitaleigenschaft, soweit es als Kapital fungieren und sich verwerten soll. Welchen Teil diese Brachlegung besonders träfe, entschiede der Konkurrenzkampf. Solange alles gut geht, agiert die Konkurrenz, wie sich bei der Ausgleichung der allgemeinen Profitrate gezeigt, als praktische Brüderschaft der Kapitalistenklasse, so daß sie sich gemeinschaftlich, im Verhältnis zur Größe des von jedem eingesetzten Loses, in die gemeinschaftliche Beute teilt. Sobald es sich aber nicht mehr um Teilung des Profits handelt, sondern um Teilung des Verlustes, sucht jeder soviel wie möglich sein Quantum an demselben zu verringern und dem andern auf den Hals zu schieben. Der Verlust ist unvermeidlich für die Klasse. Wieviel aber jeder einzelne davon zu tragen, wieweit er überhaupt daran teilzunehmen hat, wird dann Frage der Macht und der List, und die Konkurrenz verwandelt sich dann in einen Kampf der feindlichen Brüder. Der Gegensatz zwischen dem Interesse jedes einzelnen Kapitalisten und dem der Kapitalistenklasse macht sich dann geltend, ebenso wie vorher Identität dieser Interessen sich durch die Konkurrenz praktisch durchsetzte." (25, 262/3)

Die Überproduktionskrise, die nichts anderes ist als die Erscheinungsform der in der Akkumulation als Tendenz eingeschlossenen Überakkumulation, stellt gewaltsam das „Gleichgewicht" zwischen zu verwertendem Kapitalwert und verfügbarem Mehrwert wieder her. „Sie schließt eine Brachlegung und selbst eine teilweise Vernichtung von Kapital ein" (25, 263). Aber diese Brachlegung, Entwertung und Vernichtung sind keine die verschiedenen Einzelkapitale gleichmäßig betreffenden Vorgänge, es sind im Gegenteil Prozesse, in denen „wie schon aus der Darstellung des Konflikts hervorgeht, die Verteilung dieses Verlusts in keiner Weise sich gleichmäßig auf die einzelnen Sonderkapitalien erstreckt, sondern sich in einem Konkurrenzkampf entscheidet, worin je nach *den besondren Vorteilen* oder *bereits errungnen Positionen* der Verlust sich sehr ungleich und in sehr verschiedner Form verteilt, so daß ein Kapital brachgelegt, ein andres vernichtet wird, ein drittes nur relativen Verlust hat oder nur vorübergehende Entwertung erfährt usw." (25, 263/4, Hervorhebung von mir, J. H.)

Diese letzte Aussage scheint mir zentral zu sein: Es gibt — ohne daß dies zunächst einer besonderen Erklärung bedürfte — bestimmte Einzelkapitale mit bestimmten Vorteilen und Positionen, die sie in die Lage versetzen, die in der Krise auf das Gesamtkapital zukommenden Verluste für sich individuell zu vermeiden, möglicherweise in der Situation der Krise noch Gewinne zu machen oder ihre Gewinne sogar zu steigern, auf jeden Fall aber in der Gesamtentwicklung besser abzuschneiden als die Masse der anderen Kapitale, von denen eine Reihe teilweise brachgelegt oder ganz vernichtet wird, beides schließt Entwertung ein. Der allgemeine Fall der Profitrate verteilt sich also ungleichmäßig auf die Einzelkapitale, von denen sich die stärksten mit zumindest gleichbleibender — d. h. aber relativ steigender Profitrate — behaupten und ausdehnen können, während andere sich weniger erfolgreich in der verschärften Konkurrenz halten und wieder andere untergehen. Ein Ausgleich der Profitraten findet also in einer der-

artigen Situation nicht nur zufällig, wegen der Marktoszillationen, nicht statt, sondern systematisch wegen der Verschärfung der Konkurrenz zum Kampf auf Leben und Tod und der unterschiedlichen Kampfbedingungen verschiedener Kapitale. Hieraus ergeben sich zwei für unsere Fragestellung zentrale Folgerungen:

1. Für die Kapitale, die einen „besonderen Vorteil" besitzen, ist die materielle Konsequenz ihres vergleichsweise besseren Abschneidens eine stärkere individuelle Akkumulationskraft im Vergleich zu anderen Kapitalen; da diese Akkumulationskraft unter dem Zwang der gesellschaftlichen Verhältnisse, d. h. der Konkurrenz, unbedingt eingesetzt werden muß, bedeutet dies eine größere tatsächliche Akkumulation dieser Kapitale im Vergleich zu andern und damit bessere Voraussetzungen zur weiteren Entwicklung der Produktivkräfte; und d. h. vor allem zur Erzielung eines zusätzlichen, weiteren Vorsprung verschaffenden Extraprofits. Der einmal gegebene Vorteil kann und muß unter dem Zwang der nach wie vor bestehenden Konkurrenz ausgebaut und erweitert werden und ist in den späteren Perioden schon nicht mehr ein von außen mehr oder weniger zufällig vorgegebener Vorteil, sondern eine „bereits errungene Position", die dafür sorgt, daß das betreffende Kapital sich auch einer neuen krisenhaften Zuspitzung individuell besser entziehen kann.

Was als historisch zufällige, für die begriffliche Entfaltung des Kapitalverhältnisses unerhebliche Ungleichmäßigkeit des individuellen Wachstums der Kapitale in der Konzentration begonnen hat, wird in der krisenhaften Bewegung der Einzelkapitale zur systematischen Ungleichmäßigkeit, zur systematisch bedingten und sich verstärkenden inneren Strukturdifferenzierung. Diese verschafft den stärksten Kapitalen zunehmend bestimmte systematische Verwertungsvorteile; es bilden sich in diesem Prozeß Kapitale heraus, die durch ihren Größen- und Akkumulationsvorsprung immer größere Teile der gesellschaftlichen Produktion in bestimmten Bereichen auf sich vereinigen, die immer größere Anteile an den gesamten Produktionsmitteln in einem Bereich besitzen und daher auch die Produktions- und Verwertungsbedingungen in diesem Bereich in zunehmendem Maße bestimmen und gegenüber anderen Kapitalen beherrschen — ohne sich damit den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Kapitalentwicklung entziehen zu können.

2. Die andere Seite dieses Prozesses der in der Akkumulation enthaltenen Tendenz zur Überakkumulation und Überproduktionskrise besteht darin, daß bestimmte Einzelkapitale in der Verschärfung der Konkurrenz, die die Verschärfung der Verwertungsschwierigkeiten mit sich gebracht hat, nicht mehr mithalten können und entweder zusammenbrechen oder noch gerade eben sich an andere leistungsfähigere Kapitalisten verkaufen können. In beiden Fällen findet eine Aufgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit ehemals selbständiger Kapitale statt. Soweit im ersten Fall der von dem ruinierten Kapitalisten angewandte stoffliche Produktionsapparat nicht der Vernichtung (Verschrottung) anheimfällt, wird er „unter Wert" (nämlich unter dem um die realen Abschreibungen verminderten Preis, den der erste, mittlerweile ruinierte Kapitalist für seine Erstellung oder seinen

Erwerb zahlen mußte, und der den Preisausdruck für den ursprünglichen, mittlerweile durch die Krise „entwerteten" Wert darstellte) an andere leistungsfähigere Kapitalisten verkauft, um unter deren Kommando als entwertetes Kapital erneut in den Prozeß der Produktion von Mehrwert einzugehen. Zwischen diesem und dem zweiten Fall der mehr oder minder freiwilligen Geschäftsaufgabe durch rechtzeitigen Verkauf besteht also prinzipiell kein Unterschied. In beiden Fällen verringert sich die Zahl der selbständig fungierenden Kapitalisten und vergrößert sich der Anteil bestimmter Einzelkapitale am gesellschaftlichen Gesamtkapital.

Die Zentralisation der Kapitale als wesentliches Moment der Akkumulationsbewegung des Kapitals setzt sich also in der krisenhaften Bewegung des Einzelkapitals und in der durch sie erzwungenen Verschärfung der Konkurrenz durch als mehr (Verkauf, Beteiligungsaufnahme, Fusion) oder minder (Ruin) freiwillige Aufgabe der Selbständigkeit bestimmter Einzelkapitale und als Zentralisation früher auf mehrere Kapitale verteilter und jetzt entwerteter Produktionsmittel bei bestimmten Einzelkapitalisten, die dadurch im Spektrum der das Gesamtkapital konstituierenden vielen Einzelkapitale einen *systematischen* Vorteil vor den anderen Kapitalen erhalten und so — ebenso wie in der Konzentration — eine immer größere Verfügung über die Produktionsmittel und damit die Produktionsbedingungen in bestimmten Bereichen erlangen, was natürlich für die längerfristige Sicherung einer Profitrate über dem allgemeinen Durchschnitt unabdingbar ist und insofern die Basis für die Bestimmung des Monopolbegriffs ausmacht[37].

Die reale Durchsetzung von Konzentration und Zentralisation wurde hier für den Fall der Überproduktionskrise entwickelt, die mit der Erschöpfung der historischen disponiblen Reserven an unbezahlter Arbeit eintreten muß. Sie gilt aber ganz allgemein für die mit der Zunahme der Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals notwendig einsetzende krisenhafte Verschärfung der Konkurrenz, und zwar auch schon in Phasen, die der akuten Überproduktionskrise vorhergehen. Auch die Überwindung historisch erreichter Schranken der Produktion und Aneignung von Mehrwert als denkbare und reale Alternative zum Ausbruch der Überproduktionskrise führt zu den gleichen systematischen Differenzierungen des Gesamtkapitals, wie man an der Herstellung des kapitalistischen Weltmarktes zeigen kann: Der Druck in Richtung auf internationale Expansion erfordert die Mobilisierung zusätzlicher Mittel zum Zwecke eben dieser Expansion, und die Kapitale, die — aus welchen Gründen auch immer — über diese Mittel verfügen, befinden sich in einem Vorteil gegenüber ihren Konkurrenten, die über derartige Mittel nicht verfügen. Der aus diesem Vorteil materialisierte Profit gibt ihnen die Mittel an die Hand, diesen ihren ersten Vorteil auszubauen, indem z. B. zusätzliche neue Märkte im Ausland aufgetan werden und so der Vorsprung vor den Konkurrenten erhalten und erweitert wird, auch wenn diese mittlerweile die Mittel zur ersten Expansion auch aufgebracht haben. Dieser Vorsprung bringt wieder einen höheren Profit, der wiederum zum Ausbau des Vorsprungs, etwa zum Vorstoß in ein bisher noch unzugängliches Land, verwendet wird. Methodisch entscheidend ist dabei, daß ein zunächst nicht erklärter besonderer Vorteil

zum systematischen Vorsprung wird: Die Konstellation der den Systemablauf bestimmenden Faktoren ist derart, daß eine ursprünglich als exogen vorgegebene Größe („besonderer Vorteil") durch den Funktionsmechanismus des Systems endogenisiert, beständig reproduziert, zur „bereits errungenen Position" und sogar noch erweitert wird und dieser Prozeß nur durch neue exogene Faktoren modifiziert werden kann, denen aber dann im übrigen das gleiche Schicksal widerfährt.

Das Ergebnis dieser Prozesse, in denen sich Konzentration und Zentralisation als wesentliche Bestimmungen der kapitalistischen Akkumulation in der krisenhaften und expansiven Bewegung der kapitalistischen Entwicklung real durchsetzen, ist die Vertiefung der systematischen Strukturdifferenzierung innerhalb des Gesamtkapitals: einigen Großunternehmen steht die Masse der kleineren und mittleren Unternehmen gegenüber, und der Abstand zwischen diesen beiden Polen wird in der weiteren kapitalistischen Entwicklung mit Notwendigkeit immer größer.

Dieses systematisch ungleiche absolute und relative Wachstum der verschiedenen Kapitale hat weitere Folgen: Je nach ihren verschiedenen Größen verfügen die einzelnen Kapitale auch über unterschiedliche Möglichkeiten des Zugriffs auf die einzelnen Momente des Reproduktions- und Verwertungsprozesses. In dem Maße, wie sich die Größenstrukturen systematisch differenzieren und polarisieren, findet auch eine systematische Differenzierung und Polarisierung im Zugriff auf die Bedingungen und Positionen kapitalistischer Konkurrenz statt. Das gilt prinzipiell für alle Phasen der Reproduktion und Verwertung:

— die Möglichkeiten der *Finanzierung,* also der Beschaffung von Geldkapital (über den Rahmen des unmittelbar durch den Warenverkauf angeeigneten Profits, der Eigenfinanzierung, hinaus) sind für die großen Kapitale wegen ihrer engeren Verbindung mit den Finanzinstitutionen, wegen ihres Zuganges zu den größeren nationalen Geld-, Kredit- und Kapitalmärkten und wegen der ihnen eingeräumten günstigeren Schuldnerkonditionen besser als für kleine und mittlere Unternehmen;

— der Zugang zu den *Beschaffungsmärkten* für Rohstoffe, Produktionsmittel und Arbeitskräfte ist denjenigen Unternehmen erleichtert, die aufgrund ihrer Größe Marktübersicht haben und Marktmacht ausüben können und aufgrund ihrer weiten Verbreitung nicht auf bestimmte lokale oder regionale Besonderheiten und Beschränkungen Rücksicht nehmen müssen;

— da die Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung und damit der Stückkostensenkung entscheidend von der Stufenleiter der Produktion abhängen, haben die Großunternehmen auch im Hinblick auf den *Produktionsprozeß* Vorteile gegenüber kleinen und mittleren Kapitalen, indem ihnen der Zugriff zu technologisch neuen und ökonomisch günstigeren Produktionsverfahren offensteht;

— schließlich kann sich ein Riesenunternehmen durch territoriale Expansion, durch Marktforschung, Produktdifferenzierung, durch Werbung und andere Absatzstrategien einen ganz anderen und umfassenderen Zugriff auf die Kaufkraft der Verbraucher sichern als andere Kapitale und

damit auch im Bereich der *Realisierung* von Profit bestimmte systematische Vorteile der Größe ausnutzen.

Der Zugang zu diesen einzelnen stoff- und wertmäßigen Bestimmungsfaktoren des Produktionsprozesses ist ein lebensnotwendiges Erfordernis für die Existenzfähigkeit der um den Profit konkurrierenden Einzelkapitale. In dem Maße, wie die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals unter dem Einfluß der Überakkumulation (oder des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate) zunehmen, verengt sich der Spielraum der Verfügbarkeit der verschiedenen stofflichen und wertmäßigen Erfordernisse der kapitalistischen Reproduktion insgesamt, verschärft sich die Konkurrenz um die einzelnen Positionen; die Zunahme des Anteils der großen Einzelkapitale an der gesamten Produktion eines Bereichs bedeutet aber zugleich die Verfügung dieses Einzelkapitals über immer größere Teile der einzelnen Bestimmungsfaktoren, die für die stoffliche und wertmäßige Reproduktion in diesem Bereich erforderlich sind. Der allmähliche Übergang immer größerer Verfügungsgewalt über die wesentlichen Bedingungen der Reproduktion in bestimmten Bereichen auf einzelne Großkapitale bedeutet auf der einen Seite die Herausbildung der *Herrschaft* dieser Großkapitale über die Reproduktions- und Verwertungsbedingungen, auf der anderen Seite die Herstellung der *Abhängigkeit* der kleinen und mittleren Kapitale von den Großunternehmen, von deren Maßnahmen und Bedürfnissen.

Aus der systematischen Strukturdifferenzierung des Gesamtkapitals im krisenhaften Fortgang der kapitalistischen Akkumulation wird auf diese Weise ein systematischer irreversibler Konkurrenz- und Profitvorteil der großen, die Produktionsbedingungen weitgehend kontrollierenden Kapitale gegenüber den Unternehmen, die sich wegen mangelnden Einflusses an die jeweils gegebenen und von den Großunternehmen maßgeblich beeinflußten Marktbedingungen anpassen müssen und ihren Profit in Abhängigkeit von den Bedürfnissen und Maßnahmen der Großunternehmen erzielen.

Dieser Prozeß widerspricht übrigens in keiner Weise dem Mechanismus, der zum Verschwinden von bestimmten *Extraprofiten* durch die verschärfte Konkurrenz der Nachahmer führt. Denn es handelt sich bei der Vernichtung von Extraprofit um die allmähliche Verringerung einer in früheren Perioden erreichten Profitspanne, eine Verringerung, die in späteren Perioden stattfindet und den bereits vorher als Extraprofit einkassierten (und wieder akkumulierten) Kapitalwert nicht mindert. Durch die Konkurrenz der Nachahmer wird verhindert, daß immer wieder *aufs Neue* aus *derselben Quelle* ein Extraprofit für ein bestimmtes Kapital fließt. Was damit nicht verhindert wird, ist die Akkumulation der in den ersten Perioden erzielten zusätzlichen Profite und eine durch diese Akkumulation erreichte Erschließung *neuer Quellen* zusätzlichen Profits, unter Umständen sogar Extraprofits, der dann erneut dem Prozeß der Nachahmung und allmählichen Vernichtung unterliegt, nachdem er seinem Eigentümer zunächst zusätzliche und dauerhafte Akkumulationskraft und damit zusätzliche und dauerhafte Chancen zur Vergrößerung des Profits insgesamt verschafft hat. Was dabei verschwindet, ist der einzelne individuelle Extraprofit, was aber nicht verschwindet, sondern durch jeden einzelnen neuen Extraprofit verfestigt und verstärkt wird, ist die Strukturdifferenzierung, sind die

damit verbundenen Konkurrenz- und Profitvorteile einer bestimmten Gruppe von Kapitalen. Das gilt auch dann, wenn einzelne dieser Kapitale etwa in neuen Formen der Konkurrenz ruiniert, von ihren Konkurrenten liquidiert oder vereinnahmt werden. Hierdurch verschwinden zwar einzelne Großkapitale, durch die damit verbundene Stärkung der Position anderer Großkapitale wird die systematische Strukturdifferenzierung innerhalb des Gesamtkapitals aber gerade bestätigt und gefestigt.

Eine Argumentation, die einen derartigen Zusammenhang bestreiten würde, liegt im Grunde auf der Linie der Schumpeterschen Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung[38]: Der schöpferische Unternehmer (Pionierkapitalist) macht eine Innovation, die statischen Wirte als konkurrierende Einzelkapitale sind gezwungen, diese Innovation nachzuahmen, und im Prozeß der Nachahmung verschwindet der von dem schöpferischen Unternehmer anfangs kassierte Unternehmergewinn (von der Abstrusität, daß im Schumpeterschen Modell überhaupt kein Durchschnittsgewinn existiert, wollen wir einmal absehen, der Unternehmergewinn ist hier zu interpretieren als der Extraprofit, der über den normalen Profit — bei Schumpeter gleich 0 — hinausgeht). Der Zustand ist ökonomisch wieder wie am Anfang, die neue Produktionsmethode hat sich durchgesetzt und das System wartet auf den nächsten Anstoß des schöpferischen Unternehmers, der von Schumpeter bekanntlich nicht durch seine besondere Akkumulationskraft, sondern durch seinen schöpferischen Genius charakterisiert wird. Was die Marxsche und die Schumpetersche Theorie im wesentlichen unterscheidet — abgesehen einmal von der Kenntnis bzw. Unkenntnis des Ursprungs des Mehrwerts —, das ist gerade das Vorhandensein bzw. Fehlen der systematischen *Akkumulation*, der zwanghaften Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital. Und in einer Theorie, in der diese Rückverwandlung im Mittelpunkt steht, kann der Unterschied in den absoluten und relativen Massen des rückzuverwandelnden Mehrwerts bei verschiedenen Kapitalen nicht gleichgültig und nicht folgenlos sein, denn dieser Unterschied macht die Akkumulationskraft und damit den besonderen Vorteil und die errungenen Positionen aus, die über das Abschneiden in der krisenhaft verschärften Konkurrenz entscheiden.

Fassen wir die Argumentation noch einmal zusammen: Die inneren Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation — die im Begriff der Überakkumulation oder des tendenziellen Falls der Profitrate ganz allgemein zusammengefaßt werden können — stellen das Einzelkapital immer wieder vor Verwertungsschwierigkeiten und Existenzbedrohungen, deren Überwindung verschärften Kampf gegen die Konkurrenten, die Intensivierung der Konkurrenz verlangt. In dieser verschärften Situation findet der Ausgleich der Profitraten auch der Tendenz nach nicht statt, sondern die besten Kapitale setzen sich mit hoher Profitrate durch, und die schlechtesten werden ruiniert, während der Rest sich im Mittelfeld halten kann. Dieser durch die Krise und die verschärfte Konkurrenz zeitweise bewirkte systematische Nichtausgleich der Profitrate hat Folgen: Er verschafft den Kapitalen mit der höchsten Profitrate einen absoluten und relativen Vorsprung vor anderen Kapitalen und damit verstärkte Akkumulationskraft, die sich im inneren Wachstum (Konzentration) und/oder in der Aufsaugung

anderer Kapitale (über Erwerb, Beteiligung, Fusion), Zentralisation, äußern kann und wegen des nach wie vor bestehenden Zwangs zur Akkumulation und der nach wie vor bestehenden Konkurrenz auch äußern muß. Eine absolute und relative Vorzugsposition, die zunächst mehr oder minder unerklärt gegeben sein mag, wird so durch die bloße Kontinuität der krisenhaften Bewegung des Kapitals zementiert und liefert die finanzielle, beschaffungsmäßige, produktionstechnische und absatzpolitische Basis, sich in der nächsten Krise wiederum erfolgreich gegenüber den Konkurrenten durchzusetzen und den kapitalmäßigen Vorsprung ausbauen zu können. So werden die Folgen eines „ursprünglichen" Nichtausgleichs der Profitraten zur Ursache für den nächsten, jetzt schon systematisch bedingten Nichtausgleich der Profitrate und für eine dauerhafte, wenn auch nichtautomatische Verhinderung des Ausgleichs der Profitrate für bestimmte Kapitale.

Angesichts der notwendig durch die Akkumulation bewirkten Überakkumulation und des Sinkens der allgemeinen Profitrate erschwert diese vorteilhafte Position einzelner Kapitale die Verwertung für den Rest der Kapitale im besonderen Maße und macht sie besonders für Krisen und Konkurse anfällig; dies wiederum kommt den mittlerweile schon systematisch im Vorteil befindlichen Kapitalen zugute, die sich aus der Konkursmasse bereichern und damit ihren Vorsprung vor anderen Kapitalen weiter ausbauen können. Diese systematische und dauerhafte Verhinderung des Ausgleichs der Profitrate ist aber das, was wir als äußeres Kennzeichen des Monopols gefaßt haben.

Die kumulative Wirkung der Durchsetzung eines Kapitals gegenüber anderen Kapitalen in der krisenhaften Gesamtentwicklung, d. h. den Bedingungen verschärfter Konkurrenz, ist von Marx in dieser Weise nicht ausdrücklich abgeleitet worden. Sie scheint mir aber zwingend aus seiner Entfaltung der inneren Widersprüche des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate hervorzugehen, wenn der Prozeß der Akkumulation, in dem diese Widersprüche sich entfalten, überhaupt eine geschichtliche Dimension haben soll. Daß Marx diese geschichtliche Dimension aber bei der Darstellung des Kapitals im Auge hat, geht wiederum m. E. mit aller Klarheit aus dem mit „Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation" überschriebenen 7. Abschnitt des 24. Kapitels im ersten Band des „Kapital" hervor, der eine große Verlegenheit für alle diejenigen bedeutet, die im „Kapital" nur die Entfaltung des Kapitalbegriffs vom Wesen zur Oberfläche und nicht die Analyse der Entfaltung des Kapitalismus in der Zeit sehen wollen. In diesem Abschnitt umreißt Marx die Perspektive der Akkumulation auf dem Boden des hergestellten Kapitalverhältnisses, und diese beinhaltet — ohne daß der Mechanismus im einzelnen dargestellt würde — nichts anderes als die Herausbildung der Monopole, die nicht nur die Arbeiterklasse ausbeuten, sondern auch die anderen Kapitale in zunehmendem Maße enteignen und vernichten:

„Was jetzt (d. h. nachdem die allgemeinen Grundlagen des Kapitalverhältnisses einmal hergestellt sind, J. H.) zu expropriieren, ist nicht länger der selbst wirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitierende Kapitalist.

Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot." (23, 790)

Wie aber kann diese Enteignung und Vernichtung anders begründet werden, als durch die systematische Aneignung von Profit, der, ginge es nach der Verteilung des Profits entsprechend der Größe der eingesetzten Kapitale, auf andere Kapitale fallen müßte, durch die großen Kapitale, also durch systematischen und dauerhaften Nichtausgleich der Profitraten, wodurch die benachteiligten Kapitale in ihrer Akkumulationskraft auf die Dauer so geschwächt werden, daß sie zur Vernichtung und Enteignung reif werden?

Daß Marx diese historische Dimension der Akkumulation auch bei der Darstellung des kapitalistischen Gesamtprozesses im dritten Band beibehalten hat, geht aus der Stelle hervor, in der er von der Zentralisation als dem Prozeß spricht, in dem „in einer zweiten Potenz die Scheidung der Arbeitsbedingungen von den Produzenten" vollzogen wird, und fortfährt: „Es ist diese Scheidung zwischen Arbeitsbedingungen hier und Produzenten dort, die den Begriff des Kapitals bildet, die mit der ursprünglichen Akkumulation (Buch I, Kap. XXIV) sich eröffnet, dann als beständiger Prozeß in der Akkumulation und Konzentration des Kapitals erscheint und hier endlich sich als Zentralisation schon vorhandener Kapitale in wenigen Händen und Entkapitalisierung (dahin verändert sich nun die Expropriation) vieler ausdrückt." (25, 256)

Abschließend noch zwei Bemerkungen zur Kennzeichnung des Stellenwertes der bisherigen Überlegungen:

1. Es sollte bemerkt werden, daß die Ableitung des Monopols aus dem Zusammenhang der Marxschen Argumentation nicht die unmittelbare Nachzeichnung eines empirisch-historischen Prozesses bedeutet, wenn sie auch die Struktur dieses Prozesses angibt. Natürlich ist es möglich, daß, gerade solange das einzelne Kapital noch relativ geringen Größenumfang hat und einigermaßen flexibel ist, und solange Produktivitätssteigerung noch teilweise Angelegenheit genialer Einfälle und Erfindungen von Einzelpersonen ist, einmal bestehende Vorteile und errungene Positionen nicht in alle Ewigkeit fortbestehen und durchaus von anderen Kapitalen eingeholt und überholt werden können. In der Tat wäre sonst nicht zu erklären, weshalb die Monopolisierung in manchen Bereichen erst so relativ spät eingesetzt hat. Nur, dies ist nicht die grundlegende Struktur des Gangs der Dinge, sondern Ausdruck einer bestimmten, durch die Flexibilität der Kapitalgrößen und -strukturen gekennzeichneten Phase des Kapitalismus; sie wird daher mit fortschreitender Entwicklung des Kapitalismus immer mehr zur Ausnahmeerscheinung.

Die grundlegende Struktur der Dinge und ihre Gesetzmäßigkeit ist die Tendenz zur Herausbildung, Verfestigung und Erweiterung von Vorteilspositionen in der Konkurrenz, zur Monopolisierung also, und je mehr sich kapitalistische Produktion als wahrhaft gesellschaftliche Produktion entwickelt, je mehr also Kapitalminimum, Umfang und Komplexität der Produktion, Fixität des konstanten Kapitals und die Systematik, Arbeits-

teilung und Befreiung von individuellen Einfällen in der Produktion des technischen Fortschritts steigen, desto reiner bildet sich diese Grundstruktur und Tendenz der Monopolisierung auch in der realen Bewegung heraus. Daß sich auch dem Monopol, gerade mit seiner vollen Entwicklung zur gesellschaftlich dominierenden Produktionsform, die prinzipiellen Schwierigkeiten der Kapitalverwertung, die wir in Anlehnung an Boccara zusammenfassend mit dem Begriff der Überakkumulation bezeichnet haben, in neuer und, entsprechend dem historischen Entwicklungstrend des Kapitalismus, verschärfter Form stellen, ist damit nicht bestritten; hier ging es zunächst einmal darum zu zeigen, daß die Monopolisierung als Form der Behauptung des Einzelkapitals in der krisenhaften Verschärfung der Konkurrenz notwendigerweise in der Marxschen Theorie angelegt ist.

2. Es sollte ebenfalls bemerkt werden, daß in der bisherigen Darstellung nicht gezeigt worden ist, *wie*, d. h. mit welchen Mechanismen und Strategien der Ausgleich der Profitrate verhindert wird. Dies im einzelnen zu zeigen, war auch zunächst gar nicht unser Interesse. Es ist bisher vielmehr nachgewiesen worden, daß sich — als Momente der inneren Bewegungsgesetze und der realen krisenhaften Bewegung in der Akkumulation des Kapitals — Positionen für einzelne Kapitale herausbilden müssen, die bestimmte, historisch ursprüngliche Vorteile oder Vorsprünge systematisieren und zu dauerhaften Vorteilen gegenüber anderen Kapitalen machen. Diese Positionen bilden die Basis für die Erzielung einer Profitrate, die dauerhaft über dem allgemeinen Durchschnittsprofit liegt, und sie bilden die Basis für den Prozeß der Niederkonkurrierung und Enteignung anderer in weniger vorteilhafter Position befindlicher Kapitale. Dies aber war zu Beginn unserer Überlegungen als Kennzeichen von Monopolen und Monopol-Positionen aufgegriffen worden. Ich meine also, hiermit auf der abstrakten Stufe der Analyse des Kapitals im allgemeinen — zu der ich die Analyse der Kategorien und inneren Gesetzmäßigkeiten des Kapitals sowie ihre allgemeinen Durchsetzungsformen, die Konkurrenz, rechne — gezeigt zu haben, daß Monopole keine zufälligen Oberflächenerscheinungen des Kapitalismus sind, sondern notwendige Produkte der widersprüchlichen und zwanghaften Bewegung der Akkumulation und in ihrer krisenhaften realen Durchsetzung. Die Wege und Strategien, auf denen und mit Hilfe derer einzelne Kapitale diese Monopol-Positionen aufbauen und erhalten, gehören in sehr viel konkretere Untersuchungen über die wirkliche Konkurrenz und die verschiedenen Strategien der Einzelkapitale. In diesem Abschnitt kam es auf den Nachweis an, *daß* die Entwicklung des Kapitalverhältnisses notwendigerweise die Entwicklung der Monopole umfaßt. In den nächsten Abschnitten werden wir uns dann mit der Frage zu beschäftigen haben, *wie* und in welchem Rahmen dies geschieht und was es für den kapitalistischen Reproduktionsprozeß konkret bedeutet. Zuvor sollen jedoch noch einige methodische Überlegungen hinsichtlich des Verhältnisses von Konkurrenz und Monopol angestellt werden, die sich aus der bis jetzt entwickelten Darstellung ergeben.

2.3. Exkurs: Zum Verhältnis von Konkurrenz und Monopol

Aus den bisherigen Überlegungen geht hervor, daß das Monopol die Form ist, in der sich Konzentration und Zentralisation der Kapitale in

der krisenhaften Bewegung der Konkurrenz der einzelnen Kapitale durchsetzen. Monopole sind nicht in der Konkurrenz begründet, aber als Erscheinungsform der konzentrierten und zentralisierten Kapitale sind auch sie, wie alle anderen Kapitale, Resultat der Konkurrenz, Element und Instrument der Konkurrenz; sie sind besonders geartete Ergebnisse, Elemente und Instrumente der Konkurrenz, nämlich solche, die sich einen dauerhaften Vorsprung in der Konkurrenz der Kapitale aufbauen können.

Es kann daher zunächst einmal keine Rede davon sein, daß Monopol und Konkurrenz ineinander umschlagen und sich damit ausschließen oder ausschalten. Etwas derartiges kann man schon deshalb nicht sagen, weil Monopol und Konkurrenz „als solche" gar nicht auf der gleichen Bezugsebene liegen: Die Konkurrenz bezeichnet den grundsätzlichen Mechanismus der Durchsetzung der wesensmäßigen Gesetze der Kapitalentwicklung auf der Ebene der Erscheinungen, ihre grundsätzliche *reale Bewegungsform* als Einzelkapitale; das Monopol dagegen bezeichnet ein Moment, oder besser eine *Position* in dieser Bewegung der Einzelkapitale.

Andererseits wird man sich folgenden Hinweisen nicht verschließen können: Zwar setzen sich Konzentration und Zentralisation der Kapitale in der Konkurrenz als Monopolisierung durch, das so konstituierte Monopol bewegt sich zwar auch dann noch, wenn es andere bisher konkurrierende Kapitale ruiniert und verändert hat, als Einzelkapital in Konkurrenz zu anderen Einzelkapitalen. Aber andererseits wird doch eben durch die erfolgreiche Ruinierung und Vereinnahmung bisher konkurrierender Kapitale die Konkurrenz zwischen *bestimmten* Kapitalen abgeschafft. Anders ausgedrückt: Arbeitskräfte und Produktionsmittel, die vorher unabhängig voneinander, unter verschiedenen Kommandos gegeneinander eingesetzt worden waren, stehen nach erfolgter Zentralisation unter einem einheitlichen Kommando, werden nach einem einheitlichen Plan arbeitsteilig eingesetzt — natürlich nach wie vor unter kapitalistischer Ziel- und Formbestimmung, nämlich zum Zwecke der Profitmaximierung und in der Form der reellen Subsumtion des Arbeitsprozesses unter die Profitbedürfnisse des Kapitals. Die Disziplin und Arbeitsteilung der kapitalistischen Fabrik wird jetzt zum Zusammenhang zwischen Prozessen und Elementen der gesellschaftlichen Produktion, die vorher nur anarchisch über den Markt vermittelt waren. *Für diesen Bereich* ist die Konkurrenz tatsächlich in ihr Gegenteil umgeschlagen, in einheitliche Planung und Leitung, die sich nicht nur auf den durch Zentralisation erweiterten Bereich der unmittelbaren Produktion erstreckt, sondern auch auf außerhalb dieser liegende Sphären ausgedehnt wird: „Das ist schon etwas ganz anderes als die alte freie Konkurrenz zersplitterter Unternehmer, die nichts voneinander wissen und für den Absatz auf unbekanntem Markt produzieren. Die Konzentration ist so weit fortgeschritten, daß man einen ungefähren Überschlag aller Rohstoffquellen (beispielsweise der Eisenerzvorkommen) in dem betreffenden Lande und sogar, wie wir sehen werden, in einer Reihe von Ländern, ja in der ganzen Welt machen kann. Ein solcher Überschlag wird nicht nur gemacht, sondern die riesigen Monopolverbände bemächtigen sich dieser Quellen und fassen sie in einer Hand zusammen. Es wird eine annähernde Berechnung der Größe des Marktes vorgenommen, der durch vertragliche Abmachungen unter diese Verbände ‚aufgeteilt' wird.

Die qualifizierten Arbeitskräfte werden monopolisiert, die besten Ingenieure angestellt, man bemächtigt sich der Verkehrswege und -mittel — der Eisenbahnen in Amerika, der Schiffahrtsgesellschaften in Europa und in Amerika. In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet."[40]

Bei allen diesen Tendenzen zur offeneren und direkteren Erscheinung der Gesellschaftlichkeit der — immer schon — gesellschaftlichen Reproduktion in der Monopolisierung bleiben die allgemeinen Verkehrsverhältnisse erhalten: „Der allgemeine Rahmen der formal anerkannten freien Konkurrenz bleibt bestehen."[41] Durch die Entstehung der Monopole verändern sich jedoch die Formen, in denen sich die Konkurrenz der Einzelkapitale abspielt; da aber die Entstehung von Monopolen nicht zufällig, sondern Ausdruck unmittelbarer Momente der kapitalistischen Akkumulation ist, wird man auch diese Veränderungen nicht als zufällige Abweichungen von der „normalen" Art der Konkurrenz abtun können, sondern sie als Reproduktion systematischer Elemente der Kapitalentfaltung untersuchen müssen.

Offensichtlich kann man es sich also nicht so einfach machen, zu sagen, daß Konkurrenz und Monopol als auf ganz verschiedenen Bezugsebenen liegend gar nichts miteinander zu tun hätten und sich gegenseitig nicht beeinflußten. Wenn die Entstehung von Monopolen notwendigerweise mit der Aufhebung der Konkurrenz in bestimmten Bereichen verbunden, ja, mit ihr identisch ist, ohne die Konkurrenz als grundlegenden gesellschaftlichen Vermittlungsmechanismus der gesellschaftlichen Reproduktion aufzuheben — dann wird man sich den Zusammenhang zwischen Konkurrenz und Monopol genauer anschauen und überlegen müssen, *ob* und *wie* der grundlegende Bewegungsmechanismus des Kapitals als konkurrierendes Einzelkapital durch Konzentration und Zentralisation bzw. die Bildung von Monopolen beeinflußt wird; denn wenn es einen — obgleich nur partiellen — Umschlag von Konkurrenz in Monopol und eine — wenngleich nur partielle — Modifikation in der konkreten Ablaufform der Konkurrenz durch das Monopol gibt, dann muß das Bestehen eines solchen Zusammenhangs unterstellt werden.

Die Schwierigkeiten, die sich dem Verständnis hier stellen, reflektieren sich in den verschiedenen Ansätzen zu ihrer Lösung in modernen Marx-Rezeptionen: Der einfachste, aber auch fragwürdigste dieser Ansätze besteht darin, die Schwierigkeit überhaupt zu leugnen, indem der zur Debatte stehende Zusammenhang gar nicht zur Kenntnis genommen wird: Aus der Interpretation der Konkurrenz als „Konkurrenz schlechthin" (vor allem in Anlehnung an das 10. Kapitel des dritten Bandes des „Kapital") wird gefolgert, daß es mehr über die Konkurrenz auf der Ebene des Kapitals im allgemeinen nichts zu sagen gäbe und alle historischen Modifikationen des konkreten Auftretens der Konkurrenz als weiter nicht begründbar aus der Behandlung ausgeschlossen zu bleiben hätten. Die Konkurrenz schlechthin, so argumentiert Margaret Wirth[42], gehört noch zu der Analyse des Kapitals im allgemeinen und taucht als solche ohnehin nie in der Realität

auf, sie ist vielmehr immer nur als Tendenz durch ihre Oszillationen und Abweichungen hindurch, „also unter Abstraktion von möglichen anomalen Verläufen"[43] erkennbar. Das Monopol ist eine solche Abweichung, die aus unerfindlichen — jedenfalls nicht aus der Kapitalbewegung systematisch ableitbaren — Gründen eine gewisse Ausdauer und Fixiertheit erhält, im übrigen aber weder die allgemeinen Bestimmungen der Konkurrenz aufhebt, noch die Formen ihrer Realisierung systematisch modifiziert. Für eine derartige Argumentation kann es überhaupt nicht zu Problemen des Zusammenhangs zwischen Monopolen als „möglichen anomalen Verläufen" der Konkurrenz einerseits und Konkurrenz an sich andererseits kommen, da ein solcher Zusammenhang ausdrücklich als gar nicht existierend erklärt wird.

Ein anderer, m. E. ebenfalls fragwürdiger Ansatz — der von einer Reihe der Vertreter der Theorie des SMK, so z. B. von Raisin[44] vertreten wird — besteht darin, zwei Phasen der Konkurrenz anzunehmen, die freie oder vormonopolistische und die monopolistische Konkurrenz, und die von Marx gegebene Analyse der Konkurrenz als ausschließich auf die vormonopolistische Phase bezogen zu interpretieren. Nach dieser Auffassung sind die von Marx im dritten Band des „Kapital" ausgeführten Bestimmungen der Konkurrenz — Herstellung der Durchschnittsprofitrate und der Produktionspreise — nur für die vormonopolistische Phase des Kapitalismus zutreffend und werden in der Phase des monopolistischen Kapitalismus durch neue Bestimmungen und Gesetze — der Bildung des Monopolprofits und der Monopolpreise ersetzt[45].

So richtig es zwar ist, an der Konkurrenz als der grundsätzlichen Bewegungsform des Kapitals festzuhalten, also nicht Konkurrenz und Monopol als zwei verschiedene Bewegungsformen gegeneinanderzustellen, sondern die Art der Konkurrenz als freie oder monopolistische Konkurrenz als Phasenkriterium festzuhalten, so richtig ferner die Einteilung der Entwicklung des Kapitalismus in eine vormonopolistische und eine monopolistische Phase ist, so stellt diese Interpretation doch erhebliche Probleme, die sich vor allem auf die Marx-Rezeption beziehen: Es muß bezweifelt werden, daß Marx in der Darstellung der freien Konkurrenz, insbesondere in seinen Ausführungen im 10. Kapitel des dritten Bandes des „Kapital" tatsächlich, wie Raisin behauptet, nur eine bestimmte historische Phase des Kapitalismus im Auge hatte, die von der Phase der monopolistischen Konkurrenz abgelöst werden würde (ohne daß Marx die besonderen Bestimmungen und Tendenzen dieser monopolistischen Konkurrenz näher untersucht hätte, wozu er ja aufgrund der noch nicht entwickelten historischen Verhältnisse auch nicht in der Lage war). Die Auffassung der freien Konkurrenz als historischer Kategorie der Bewegung des Kapitals in einer bestimmten Phase seiner Entfaltung, die von anderen Phasen mit anderen Bewegungen abgelöst würde, widerspricht nicht nur zu vielen verstreuten Bemerkungen über die Natur der Konkurrenz — und hier ist, wie aus den von Raisin selbst herangezogenen Stellen hervorgeht, auch immer die freie Konkurrenz mit gemeint — als „innere Natur", „Exekutor der Gesetze", „Motor" etc., die so sattsam bekannt sind, daß sie hier nicht im einzelnen angeführt werden müssen[46]: sie widerspricht darüber hinaus insbesondere der Programmatik des dritten Bandes des „Kapital", der beabsichtigt, die

„konkreten Formen aufzufinden und darzustellen, welche aus dem *Bewegungsprozeß des Kapitals, als Ganzes betrachtet,* hervorwachsen... Die Gestaltungen des Kapitals, wie wir sie in diesem Buch entwickeln, nähern sich also schrittweis der Form, worin sie auf der Oberfläche der Gesellschaft in der Aktion der verschiedenen Kapitale aufeinander, der Konkurrenz, und im gewöhnlichen Bewußtsein der Produktionsagenten selbst auftreten" (25, 33). Hier ist, wie auch in den folgenden Kapiteln, von „der" Konkurrenz die Rede, und es scheint mir falsch zu sein, in den Ausführungen über die Konkurrenz insbesondere im 10. Kapitel des dritten Bandes, die Darlegung nur einer bestimmten historischen Form der Konkurrenz sehen zu wollen. Bei dieser Kritik soll nicht in Abrede gestellt werden, daß es notwendig ist, die geschichtlichen Dimensionen der kapitalistischen Entwicklung in der Anlage des Kapitals selber enthalten zu sehen. Hierin unterscheidet sich der Ansatz Raisins, wie ich meine, sehr vorteilhaft von den Thesen des Projekts Klassenanalyse und anderer moderner Leninkritiker. Diese Intention aber braucht die Tendenz zum Ausgleich der Profitrate nicht als geschichtlich auf eine bestimmte Epoche fixiert anzusehen, sondern muß erstens die vom Kapital selbst produzierten Hindernisse in der *Realisierung* dieser Tendenz, zweitens die ebenfalls vom Kapital produzierten *Gegentendenzen* und drittens die durch beides bewirkten notwendigen Modifikationen in der realen Bewegung thematisieren, um seinem Anspruch gerecht zu werden und den Begriff der Konkurrenz nicht auf die leere Abstraktion der realen Bewegung des Kapitals zu reduzieren.

Das eigentliche Problem ergibt sich überhaupt erst als Problem aus der Kritik an den beiden referierten unzureichenden, weil vereinfachenden Ansätzen, eine Kritik, deren Konsequenz es sein muß, an folgenden beiden Grundsätzen festzuhalten:

1. Der Begriff der Konkurrenz — und auch der freien Konkurrenz — ist eine Kategorie des Kapitals im allgemeinen, ihre Bestimmungen sind Bestimmungen des Kapitals als solches;

2. Es existiert ein Zusammenhang zwischen Konkurrenz und Monopol derart, daß die Zentralisierung und Monopolisierung die Konkurrenz und ihre Bestimmungen partiell aufhebt und partiell beeinflußt, ohne daß diese als Bewegungsmechanismus im Kapitalismus verschwindet.

Das Problem besteht nun darin, die Vereinbarkeit dieser beiden auf den ersten Blick widersprüchlich und unvereinbar erscheinenden und doch beide zum Wesen des Kapitals gehörenden Bestimmungen herzustellen.

Kommen wir zum zweiten Blick. Ausgangspunkt ist die Darstellung der Konkurrenz als Konkurrenz, als innere Natur des Kapitals etc, etc. Die Existenzweise des Kapitals als konkurrierende Einzelkapitale schließt *begrifflich,* nicht als historische Phasenbestimmung, ein die Tendenz zum Ausgleich der Profitrate und zur Herstellung der Produktionspreise. Diese Tendenzen wirken also in jeder beliebigen Phase des Kapitalismus, wobei vorausgesetzt wird, „daß die wirklichen Verhältnisse ihrem Begriff entsprechen" (25, 152).

Die begriffliche Analyse des Kapitals im allgemeinen beschränkt sich aber nicht nur auf diese Seite der Durchsetzung der allgemeinen Gesetze. Begrifflich eingeschlossen in das Kapital ist auch die notwendige Bewegung der Konzentration und der Zentralisation als Wachstum der individuellen

Kapitale, die wiederum die kapitalistische Form der Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion und der Entwicklung der Produktivkräfte im Verlaufe der kapitalistischen Akkumulation sind. Konzentration und Zentralisation stellen sich auf der Ebene der realen Prozesse dar als über verschärfte Konkurrenz (erzwungen durch Expansionszwänge und Krisen) vermittelte Monopolisierung und damit partielle Ausschaltung der Konkurrenz, ohne daß der Gesamtzusammenhang der Konkurrenz der Einzelkapitale damit aufgehoben wäre. Die partielle Aufhebung der Konkurrenz durch die Monopolisierung erfolgt aber selbst noch in kapitalistischer Form, nämlich in der Bewegung konkurrierender Kapitale, und das Resultat dieser Aufhebung, die Herstellung der Einheit und planmäßigen Koordination ehemals konkurrierender Kapitale, verharrt noch in kapitalistischer Form, in Markt- und Konkurrenzverhältnissen.

Man kann sich also weder damit begnügen, zu sagen, Konkurrenz ist Konkurrenz und schließt die Tendenz zum Ausgleich der Profitrate ein und damit basta, alle realen Prozesse sind mehr oder weniger zufällige Abweichungen von diesem Idealbegriff der Konkurrenz; noch kann man sich mit der phänomenologisch plausiblen und zutreffenden Beschreibung zweier verschiedener Phasen der Konkurrenz zufriedengeben und feststellen, daß in beiden Phasen Konkurrenz herrscht, dem Prinzip der Konkurrenz als grundsätzlicher Bewegungsform des Kapitals also Genüge getan wurde, im übrigen aber ganz verschiedene Formen der Konkurrenz herrschen, deren Zusammenhang nicht vermittelt wird. Gegenüber dieser letzten Position muß man gerade diesen Zusammenhang zwischen den beiden verschiedenen Formen der Konkurrenz untersuchen und die Bedeutung der einen für die andere Form analysieren.

Es handelt sich bei den o. a. scheinbar unvereinbaren Sätzen um Aussagen über die Wirkungen zweier wesentlicher Prinzipien der Kapitalentfaltung, von denen das eine sich formal im Rahmen des zweiten bewegt und gleichzeitig in dieser Bewegung dem zweiten den Boden entzieht: Monopolisierung bewegt sich als monopolistische Konkurrenz im Rahmen der Konkurrenz im allgemeinen und daher auch im Rahmen jener Kräfte, die durch ihr Gegeneinanderwirken auf einen Ausgleich der Profitrate hinarbeiten. Gleichzeitig entzieht sie bestimmte Bereiche und mit zunehmender Monopolisierung zunehmende Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion der Konkurrenz, um eben diese Konkurrenz als Konkurrenz zusammengefaßter größerer Teilbereiche der gesellschaftlichen Reproduktion (in der Form der monopolistischen Konkurrenz) auf eine höhere Ebene zu heben. Hierdurch werden aber die Konkurrenzbeziehungen zwischen den Monopolen und den nicht monopolistischen Kapitalen verändert, wird der Ausgleich der Profitraten unter dem Einfluß der Monopolmacht systematisch verhindert; damit entsteht ein bestimmter modifizierender Einfluß der Monopole auf den gesamten Reproduktionsprozeß der Gesellschaft, der bei fortgeschrittener Ausdehnung und Bedeutung der monopolistischen Kapitale rechtfertigt, von einer eigenständigen Phase des Monopolkapitalismus zu sprechen.

In der Entfaltung des Kapitals liegt die Tendenz zur Entwicklung der Verhältnisse in Richtung auf die Realisierung ihres Begriffes eingeschlossen. In der Konkurrenz ist die Tendenz zur Herstellung der freien Konkurrenz

und der Durchschnittsprofitrate enthalten, die das Gravitationszentrum aller Schwankungen ist. Gleichzeitig liegt aber in der Akkumulation die Tendenz zur Ausdehnung der Produktion in gesellschaftlichem Maßstab, zur gesellschaftlichen Planung, kurz zur Aufhebung der Konkurrenz als der Negation der gesellschaftlichen Planung eingeschlossen, eine Tendenz, die sich allerdings unter den Bedingungen des Kapitalismus nur in kapitalistischer Form, in der Konkurrenz, als monopolistische Konkurrenz und damit als systematischer Nichtausgleich der Profitraten ausdrücken kann. Die monopolistische Konkurrenz ist Ausdruck dieser widersprüchlichen Tendenzen: Einerseits der zunehmenden Herstellung des materiellen Zusammenhangs, der Planmäßigkeit und Arbeitsteiligkeit, die sich mit zunehmender Entwicklung der gesellschaftlichen Reproduktion und der Entwicklung der Produktivkräfte durchsetzt, allerdings — dies ist die andere Seite, die kapitalistische Form, in der sich gesellschaftliche Produktivitätsentwicklung bewegt — als Unterwerfung immer größerer Teilbereiche der gesellschaftlichen Reproduktion unter das Kommando von immer größeren Einzelkapitalen, die als Kapitale „naturgemäß" mit allen anderen Kapitalen in Konkurrenz stehen.

Dieser Widerspruch zwischen den beiden dem Kapital immanenten Tendenzen ist nichts anderes als die entwickeltere Form des Grundwiderspruchs des Kapitalismus zwischen unmittelbar gesellschaftlicher Dimension der Produktion und privater Dimension der Aneignung: Das Monopol ist die durch das Kapitalverhältnis vorangetriebene fortgeschrittene Form der Vergesellschaftung, die eben wegen dieser Fortgeschrittenheit zunehmend in einen Gegensatz zur Form ihrer Bewegung, zur Profiterzielung, d. h. zur nach wie vor privaten Aneignung gerät.

Die Exekution der Gesetzmäßigkeiten des Kapitals (zu denen auch Konzentration und Zentralisation und ihre Erscheinungsform, das Monopol, gehören) in der Konkurrenz entzieht dem Kapital zugleich seine reale Existenzbasis, untergräbt und paralysiert das Medium seiner Entfaltung, was unter den Bedingungen des Kapitalismus allerdings nur in einer *Formveränderung* der Konkurrenz zum Ausdruck kommen kann. Diese Formveränderung wird ausgelöst durch eine *Strukturveränderung* des Gesamtkapitals: Nach wie vor konkurriert tendenziell jedes Einzelkapital gegen jedes andere Einzelkapital, aber die Strukturverhältnisse zwischen den verschiedenen Einzelkapitalen sind nicht mehr zufällig, sondern systematisch beeinflußt durch die Existenz von großen monopolistischen Kapitalen auf der einen und nichtmonopolistischen Kapitalen auf der anderen Seite. Es konkurrieren jetzt also nicht mehr einfach nur Einzelkapitale gegeneinander, sondern:

a) Nichtmonopolistische gegen nichtmonopolistische Einzelkapitale (freie Konkurrenz)[47]

b) monopolistische gegen monopolistische Einzelkapitale

c) nichtmonopolistische gegen monopolistische Einzelkapitale

d) verschiedene Gruppen und Abteilungen innerhalb der monopolistischen Einzelkapitale gegeneinander.

Diese Strukturveränderung in der Komposition des Gesamtkapitals aus Einzelkapitalen hat Änderungen des Verlaufs der kapitalistischen Entwicklung zur Folge: Die grundsätzlichen Tendenzen der Konkurrenz als solcher

verschwinden nicht, denn der gesellschaftliche Zusammenhang der Produktion wird durch die Konkurrenz der Einzelkapitale vermittelt, der die Tendenz zur Herstellung der Durchschnittsprofitrate und der Produktionspreise immanent ist. Aber die Realisierung dieser immanenten Tendenz wird in bestimmter, nicht zufälliger Weise durch die dem Kapitel ebenfalls immanente Gegentendenz zur Monopolisierung und zum Nichtausgleich der Profitraten blockiert; diese zweite Tendenz gewinnt im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung an Gewicht und modifiziert den bisherigen Reproduktionsprozeß in doppelter Hinsicht:

1. *Wertmäßig* bedeutet der systematische Vorteil, den monopolistische Kapitale gegenüber nichtmonopolistischen Kapitalen haben, und der es ihnen erlaubt, sich in der Konkurrenz besser zu behaupten und durchzusetzen als diese, daß sie sich überdurchschnittlich große Anteile des insgesamt produzierten Mehrwerts als Profit aneignen können, daß der Umverteilungsprozeß des Mehrwerts, der ja auch im vormonopolistischen Kapitalismus stattfindet und durch die Herausbildung der Produktionspreise zur Herstellung einer gleichen Profitrate für alle Kapitale führt, zugunsten des Monopolkapitals verändert wird; die Herausbildung und Herrschaft der Monopole führt zu einer systematischen Veränderung der bisher üblichen Mehrwertübertragung zugunsten der Monopole und damit zu einer unterdurchschnittlichen Verwertung der nichtmonopolistischen Kapitale. Diese Wert- bzw. Profitpolarisierung zwischen monopolistischen und nichtmonopolistischen Kapitalen hat Folgen sowohl für den stofflichen Reproduktionsprozeß als auch für die politischen Formierungen und Bewegungen in der Gesellschaft.

2. *Stofflich* bedeutet der systematische Nichtausgleich der Profitraten die Störung der bisherigen „normalen" Proportionen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Derartige Störungen sind natürlich auch in der vormonopolistischen Entwicklungsetappe des Kapitalismus an der Tagesordnung gewesen, weil sie überhaupt ein Kennzeichen nicht gesellschaftlich geplanter, nur über den Markt vermittelter Reproduktion sind. Sie waren aber im vormonopolistischen Kapitalismus durch die Kapitalwanderungen, durch die Änderungen von Angebotsmengen und -preisen, eben durch die Herstellung der Produktionspreise und der Durchschnittsprofitraten beseitigt worden. Die Richtschnur für die Proportionalität der gesellschaftlichen Reproduktion war dabei nicht ein überhistorisches allgemeines gesellschaftliches Bedürfnis, sondern das Bedürfnis der herrschenden Klasse, die materiellen Erfordernisse zur Reproduktion der herrschenden Produktionsverhältnisse. Der Maßstab für die Proportionalität der gesellschaftlichen Reproduktion im Sinne der herrschenden Klasse war im vormonopolistischen Kapitalismus die Ausgeglichenheit der Profitraten; im monopolistischen Kapitalismus dagegen ist die Aneignung von Monopolprofit Richtschnur für den Umfang und die Struktur der gesellschaftlichen Reproduktion[48]. Der Prozeß der materiellen gesellschaftlichen Reproduktion bricht unter dem Einfluß der Monopolherrschaft und dem damit verbundenen Nichtausgleich der Profitraten nicht zusammen, er nimmt nur andere, dem Bedürfnis der Monopole mehr entsprechende Formen und Proportionen an als die früher vorherrschenden. Ob und wie diese neuen monopolistischen Formen und Proportionen die Schwierigkeiten der stoff-

lichen Reproduktion der Gesamtgesellschaft steigern und damit die Widersprüche zwischen den materiellen Bedürfnissen der herrschenden und der beherrschten Klassen und Schichten verschärfen, dies bedarf einer ins Einzelne gehenden konkreten Untersuchung, die hier nicht beabsichtigt ist.

Auf jeden Fall aber bedeutet der systematische Nichtausgleich der Profitraten durch die Herausbildung und zunehmende Bedeutung der Monopole, daß das Kapital sich in zunehmendem Maße selbst im Wege ist, sich in seiner Entfaltung selbst die Hindernisse seiner eigenen Weiterentwicklung schafft und den Boden unter den Füßen fortzieht:

Die Kapitaleigenschaft des Kapitals umschließt die Tendenz zur freien Konkurrenz. Die Entwicklung des Kapitals aber stellt eben mit der systematischen Produktion der Hindernisse gegenüber der Realisierung dieser Tendenz des Kapitals zur freien Konkurrenz die Kapitaleigenschaft des Kapitals zunehmend in Frage. Dies aber bedeutet die Infragestellung der Eingeschlossenheit der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion in den Rahmen der Kapitalverwertung überhaupt. Und die Verkörperung dieser Infragestellung der Kapitaleigenschaft *innerhalb der kapitalistischen Formen*, das ist das Monopol, das sich notwendigerweise widersprüchlich als Aufhebung und Beschränkung der Konkurrenz (also Negierung der Kapitaleigenschaften der gesellschaftlichen Produktion) und gleichzeitig als ihre veränderte Verlängerung und Aufrechterhaltung darstellen muß. Das Monopol ist so in der Tat der begriffliche Ausdruck der Niedergangsphase des Kapitalismus, gegen deren Konstruktion soviel Kritik geltend gemacht wird[49]: Als Einzelkapital sich im Rahmen der kapitalistischen Verkehrsverhältnisse bewegend, entzieht es der vollen Entfaltung dieser Verkehrsverhältnisse — die im permanenten Ausgleichsprozeß der Profitraten bestünde — durch seine eigene gesetzmäßige, aus der Akkumulation sich ergebende und in der Krise sich durchsetzende Bewegung den Boden[50]:

„Sobald es (das Kapital, J. H.) anfängt, sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und gewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Züglung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind."[51]

3. Monopolpreis und Monopolprofit

3.1. Wesen und Herkunft von Monopolpreisen und Monopolprofiten

Bei der Auseinandersetzung mit den modernen Kritikern der marxistischen Monopoltheorie sind wir auf die Bestimmung des Monopols als eines Kapitals gestoßen, das in der Lage ist, sich dauerhaft einen überdurchschnittlichen Profit, eben den Monopolprofit, anzueignen und sich damit dem Ausgleich der Profitrate längerfristig zu entziehen. Diese Kennzeichnung haben wir zunächst übernommen und nach ihrer notwendigen Konstitution in der Entwicklung des Kapitals gefragt. Es wurde dann festgestellt, daß die Herausbildung und zunehmende Bedeutung von Monopolen sich aus der krisenhaften Bewegung kapitalistischer Akkumulation ergibt: Die in der Krise und durch die Krise verschärfte Konkurrenz der Einzelkapitale

führt dazu, daß sich bestimmte Kapitale einen systematischen Akkumulationsvorsprung vor anderen schaffen, ihn festigen und erweitern und so allmählich einen immer größeren Anteil der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen in bestimmten Bereichen vereinnahmen und beherrschen. Diese Verfügung über maßgebliche Produktionsbedingungen sichert diesen Kapitalen einen bevorzugten Zugriff auf einzelne notwendige Bestimmungsfaktoren und Phasen der stofflichen und wertmäßigen Reproduktion, während andere Kapitale durch den gleichen Tatbestand in Abhängigkeit zu den Monopolkapitalen geraten. Der beherrschende Zugriff auf die in der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus in immer geringerem Umfang zur Verfügung stehenden Faktoren des Verwertungsprozesses macht den Konkurrenzvorteil der großen Unternehmen aus, der ihnen einen höheren Profit bringt als anderen Kapitalen.

Die Entwicklung des Monopolbegriffs aus der Analyse kapitalistischer Akkumulation und Krise bedeutet gleichzeitig eine erhebliche Relativierung der anfänglichen Kennzeichnung des Monopols als eines überdurchschnittlichen Profits erzielenden Kapitals: Das *Wesen* des Monopols ist nicht der Monopolprofit, sondern die sich im Verlaufe der krisenhaften Akkumulationsprozesse herausbildende Herrschaft einzelner Kapitale über die entscheidende Masse der Produktionsbedingungen und damit über ganze Reproduktionszusammenhänge[52]. Der Monopolprofit ist eine *Folge* und ein Ausdruck dieses Wesens, eine Erscheinungsform, die sich — ebenso wie der Durchschnittsprofit im vormonopolistischen Kapitalismus — als Tendenz in der konkreten Entwicklung durch alle Oszillationen und Schwankungen durchsetzt und festigt[53].

Nicht weil ein Kapital Monopolprofit erzielt, ist es ein Monopol, sondern weil es entscheidende Positionen der kapitalistischen Reproduktion beherrscht, ist es ein Monopol, und aus diesem Grunde erzielt es auch Monopolprofit.

Diese Relativierung des Monopolprofits als Folge einer Monopolposition macht seine besondere Untersuchung allerdings nicht überflüssig. Wie der kapitalistische Profit überhaupt ist auch Monopolprofit das Medium, in dem die herrschende Klasse sich unter Aufrechterhaltung des formalen Rahmens der Konkurrenz, des Äquivalententausches und der „Marktwirtschaft" das Ergebnis der kapitalistischen Ausbeutung aneignet, den Mehrwert zu seinen Gunsten umverteilt. Die Herrschaft des Monopols über bestimmte Reproduktionszusammenhänge mag noch so offen und direkt ausgeübt werden, sie führt im Ergebnis allemal zu einer Verbesserung der monopolistischen Positionen auf den verschiedenen Märkten, auf denen formal Äquivalente getauscht werden. Solange das Milieu des Äquivalententausches als Schleier kapitalistischer und monopolkapitalistischer Klassenherrschaft weiterexistiert, sind Preise und Profite die entscheidenden Vehikel zur Verteilung und Aneignung des gesellschaftlichen Mehrproduktes. Das gilt für die vormonopolistischen Produktionspreise und Durchschnittsprofite ebenso wie für die monopolistischen Marktpreise und Monopolprofite. Nicht *daß* Preise und Profite die Aneignung des gesellschaftlichen Mehrproduktes vermitteln, ändert sich im monopolistischen gegenüber dem vormonopolistischen Kapitalismus, sondern *wie* sie sie vermitteln. In beiden Phasen der Entwicklung des Kapitalismus handelt es sich um

die Umverteilung des gesellschaftlich produzierten Mehrproduktes auf die herrschenden Klassen und Schichten der Gesellschaft mit dem Mittel der Mengen- und Preisbewegungen auf den Märkten. Im ersten Fall wird der Mehrwert als Durchschnittsprofit gleichmäßig auf die Kapitalbesitzer je nach der Größe ihrer vorgeschossenen Kapitale verteilt, im zweiten Fall wird er als überdurchschnittlicher und unterdurchschnittlicher Profit ungleichmäßig je nach der Stärke der Herrschafts- und Konkurrenzposition der einzelnen Kapitale verteilt.

Hieraus folgt, daß Monopolprofite selbst noch das Ergebnis von Mengen- und Preisbewegungen sind — wie auch der Durchschnittsprofit sich erst über die Produktionspreise konstituiert.

Was also sind Monopolpreise? Eine allgemeine Antwort lautet: Monopolpreise sind Marktpreise, die dauerhaft über den jeweiligen Produktionspreisen bestimmter Waren liegen. Die Abweichungen vom Produktionspreis hat der Monopolpreis dabei mit anderen Marktpreisen gemeinsam, die ja auch in der Regel nicht mit dem Produktionspreis identisch sind, sondern um ihn als ihr Gravitationszentrum schwanken. Was den monopolistischen Marktpreis von anderen Marktpreisen unterscheidet, ist die *Einseitigkeit* — als positive Abweichung — und die *Dauerhaftigkeit* der Abweichung vom Produktionspreis.

Diese dauerhafte positive Abweichung des Monopolpreises vom Produktionspreis kann zwar zunächst auf ganz verschiedene Ursachen zurückgeführt werden, die aber bei genauerer Analyse alle auf die wesentliche Bestimmung des Monopols zurückführen, auf die Beherrschung und alleinige oder maßgebliche Verfügung über bestimmte notwendige Bedingungen und Zusammenhänge der kapitalistischen Reproduktion, auf den vollständigen oder weitgehenden Ausschluß anderer Kapitale von diesen Bedingungen und Zusammenhängen:

— Die Abweichung des Monopolpreises vom Produktionspreis kann ihren Grund in den überdurchschnittlich günstigen Einkaufs- und Beschaffungsmöglichkeiten der Monopole gegenüber anderen Kapitalen — z. B. auf dem Gebiet der Rohstoffversorgung — haben. Hierdurch sinkt der Kostpreis und damit der Produktionspreis der monopolistischen Waren. Da die monopolisierten Beschaffungsbedingungen anderen Kapitalen aber nicht zur Verfügung stehen, entsteht kein Konkurrenzdruck, der die Weitergabe der Kostensenkungen in Marktpreissenkungen erzwingt, der Marktpreis bleibt bei sinkendem Kostpreis und Produktionspreis konstant. Die Differenz zwischen monopolistischem Marktpreis und Kostpreis ist der Monopolprofit, die Differenz zwischen monopolistischem Marktpreis und Produktionspreis ist der monopolistische Zusatzprofit.

— Die Abweichung des monopolistischen Marktpreises vom Produktionspreis kann auch durch besonders kostengünstige Produktionsverfahren verursacht werden, durch monopolistische Entwicklung der Produktivkraft der menschlichen Arbeit, die — etwa wegen des hohen erforderlichen Kapitalminimums oder monopolistischer Patentpolitik — von anderen Kapitalen nicht imitiert werden kann. Die fehlenden Möglichkeiten zur Verallgemeinerung der Kostensenkungen führt dazu, daß der Marktpreis trotz der monopolistischen Kostensenkungen aufrechterhalten werden kann;

die Differenz zwischen Kostpreis und monopolistischem Marktpreis ist wiederum der Monopolprofit (oder der monopolistische Extraprofit)[54].

— Schließlich kann die dauerhafte Abweichung des monopolistischen Marktpreises vom Produktionspreis auch dadurch bedingt sein, daß bei konstanten Produktionspreisen bestimmte marktstrategische Maßnahmen der Monopole zur Attraktion zusätzlicher Kaufkraft und damit zu steigenden Marktpreisen führen, ohne daß andere Kapitale in der Lage wären, ihrerseits in das Gebiet der monopolistischen Warenproduktion einzudringen.

Mit der Bestimmung der monopolistischen Marktpreise als dauerhafter und positiver Abweichungen von den Produktionspreisen ist aber gleichzeitig eine Bestimmung der unmittelbaren Herkunft[55] monopolistischer Profite verbunden: der positiven Abweichung der monopolistischen Marktpreise von den Produktionspreisen muß — da nach wie vor die Summe aller Werte und Produktionspreise gleich der Summe aller Marktpreise ist — eine negative Abweichung der tatsächlichen Marktpreise von den Produktionspreisen entsprechen, die bei den nichtmonopolistischen Warenverkäufern auftritt.

Sofern diese nichtmonopolistischen Warenverkäufer kapitalistisch hergestellte Waren verkaufen, taucht diese Differenz als unterdurchschnittliche Profitrate auf; sofern sie — als einfache Warenproduzenten — Produkte eigener Arbeit verkaufen, erscheint sie als Abzug vom Wert der Waren; und sofern sie als Lohnabhängige ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen, manifestiert sie sich als Sinken des Lohnes unter das historisch herrschende Existenzminimum.

Wenn die Senkung des Lohnes unter den Wert der Arbeitskraft langfristig sowohl aus immanenten (Akkumulationsgesetze) als auch aus Gründen des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen nicht durchsetzbar ist, und wenn die Bedeutung der kleinen Warenproduzenten jedenfalls innerhalb der imperialistischen Metropolen abnimmt[56], so bleibt als hauptsächliche Herkunft des monopolistischen Profits innerhalb der imperialistischen Länder der produzierte Mehrwert, und zwar der bei den monopolistischen ebenso wie bei den nichtmonopolistischen Kapitalen produzierte Mehrwert[57].

Rekapitulieren wir: Erstens: Monopolprofit ist Ergebnis und Ausdruck der monopolistischen Herrschaft über bestimmte Reproduktionszusammenhänge. Zweitens: Die hautpsächliche Herkunft von Monopolprofit ist der produzierte Mehrwert. Drittens: Die Umverteilung des Mehrwerts zugunsten der Monopole, seine Verwandlung in Monopolprofit erfolgt über die Mechanismen des Marktes und wird durch monopolistische Preise vermittelt.

Monopolprofit ist somit in der Hauptsache das Ergebnis von *Umverteilungsprozessen* zwischen Kapitalen, von Prozessen, die aufgrund der Beherrschung entscheidender Verwertungsdeterminanten durch große Einzelkapitale zustande kommen[58].

Wohlgemerkt, nicht die Tatsache der Umverteilung von Mehrwert überhaupt kennzeichnet Monopolprofite; eine Umverteilung von Mehrwert gegenüber der ursprünglichen Verteilung auf die Kapitale, bei denen der Mehrwert produziert worden ist, kennzeichnet auch nichtmonopolistische

kapitalistische Verhältnisse, denn durch diese Umverteilung entsteht erst der Durchschnittsprofit. Beim Monopolprofit handelt es sich um eine zweite, über die „normale" hinausgehende Umverteilung; für die nicht mehr allein die Größe der beteiligten Kapitale, sondern darüber hinaus ihre Beherrschung entscheidender Faktoren des Reproduktions- und Verwertungsprozesses maßgebend ist.

Mit diesen Bestimmungen sind aber nicht nur die Möglichkeiten der Monopole zur Aneignung von Monopolprofit umrissen, sondern zugleich die Grenzen der Erzielung von Monopolprofiten angedeutet. Denn auch das stärkste Monopol bleibt immer noch in gewissen Grenzen an die Mechanismen und die Bedingungen des Funktionierens der Märkte gebunden, es ist z. B. darauf angewiesen, daß für seine monopolistischen Waren auch eine Nachfrage besteht und erhalten bleibt und kann diese nicht beliebig schaffen und grenzenlos erweitern.

Die Aneignung von Monopolprofit über den Warenverkauf zu Monopolpreisen ist an die Existenz und Festigkeit monopolistischer Märkte gebunden, die ihrerseits wieder von ganz bestimmten Bedingungen abhängen. Diese Bedingungen wollen wir im folgenden untersuchen, um dabei einerseits die Möglichkeiten konkreter zu erkennen, wie die Monopole diese Bedingungen schaffen und erhalten können, und andererseits auch die Eingebundenheit der Monopole in die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Entwicklung zu verdeutlichen.

3.2. Bedingungen für die Erzielung von Monopolprofiten

3.2.1. Erste Bedingung: Relative Verknappung des Angebots

Die Monopolisierung wirkt der „natürlichen" Tendenz der Marktpreise entgegen, längerfristig durch alle Oszillationen hindurch sich dem Produktionspreis anzupassen, sie schafft eine systematische und dauerhafte positive Abweichung des Marktpreises vom Produktionspreis. Durchsetzen kann sich diese Abweichung aber nur in der Form, in der sich auch andere, zufällige, Abweichungen der Marktpreise vom Produktionspreis bewegen, nämlich über Mengenbewegungen, über die verschiedenen Bewegungen von Angebot und Nachfrage. Strategisch erfordert die Schaffung der Bedingungen für Monopolprofite daher die Produktion und das Angebot solcher Mengen einer Ware auf dem Markt, deren erzielbare Preise die „normalen" Produktionspreise übersteigen und einen zum Durchschnittsprofit hinzukommenden Profit erbringen. Politik zur Erlangung eines Monopolprofits bedeutet also das Betreiben gezielter Mengenpolitik, konkret, d. h. für den Normalfall des Rückgangs der kaufkräftigen Nachfrage bei steigenden Preisen und des Anstiegs der Nachfrage bei fallenden Preisen, das Betreiben einer gezielten *Angebotsverknappung* gegenüber der Nachfrage. „Die Möglichkeit, hohe Monopolpreise aufrechtzuerhalten, wird dadurch gewährleistet, daß die Monopole das Warenangebot künstlich beschränken, und zwar sowohl durch Verringerung der eigenen Produktion als auch durch die Ruinierung der nichtmonopolisierten Konkurrenten."[59] Die Möglichkeit, die Befriedigung der sich in Kaufkraft ausdrückenden gesellschaftlichen Bedürfnisse künstlich niedrig zu halten, ist die Basis der Politik der Monopole und die Basis aller Preistreiberei. Prin-

zipiell gibt es zwei strategische Möglichkeiten, das Angebot gegenüber der Nachfrage relativ zu verknappen und so Preise und Profite in die Höhe zu treiben:

— Die Strategien der Nachfrage-Expansion, indem z. B. durch *Werbung* oder durch Erschließung neuer Absatzgebiete oder durch Differenzierung der Produkte die kaufkräftige Nachfrage nach bestimmten Waren über das zu bisherigen Produktionspreisen bewertete Angebot hinaus gesteigert, die Angebotsmenge aber konstant gehalten oder jedenfalls weniger ausgedehnt wird als die Steigerung der Nachfrage. Die Folge einer solchen Politik ist die Möglichkeit, die Preise heraufzusetzen und höhere Profite einzustreichen. Ein Erfolg dieser Strategie bewirkt im Grunde nichts anderes, als daß die Konsumenten einen größeren Teil des ihnen insgesamt zur Verfügung stehenden Geldes für den Kauf der Monopolgüter verwenden als bisher, oder umgekehrt, einen Teil ihres Geldes aus der Verwendung zum Kauf anderer Güter abziehen, also eine Änderung der Nachfragestruktur, bewirkt durch die Konkurrenz um „die Dollars des Verbrauchers"[60]. Eine derartige Änderung der Nachfragestruktur durch Bedürfnismanipulation als Monopolstrategie bietet sich besonders da an, wo mehrere potente Anbieter auf dem Markt sind, Preiskonkurrenz auf der einen Seite Gefahr der gegenseitigen Ruinierung bedeuten würde, absolute Verringerung des Angebots auf der anderen Seite zu gefährlich ist, weil die Konkurrenten in die entstehenden Lücken springen könnten.

— Die Strategie der Angebots-Kontraktion bei gleichbleibender oder sinkender Nachfrage (im zweiten Fall muß das Angebot stärker eingeschränkt werden, als die Nachfrage sinkt). — Auch dies erlaubt eine Verteuerung der Waren, die um so mehr für eine solche Politik taugen, je notweniger sie für die individuelle oder produktive Konsumtion sind und je weniger ersetzbar sie sind, je mehr sich also die Elastizität der Nachfrage nach ihnen in bezug auf den Preis dem Wert Null nähert. Im Falle dieser Strategie müßte der neue Monopolprofit allerdings nicht nur größer sein als der Verlust, der durch die Verringerung der (zu einem niedrigeren Stückprofit absetzbaren) bisherigen Ausstoßmenge entsteht, sondern darüber hinaus noch den Fall der Profitrate kompensieren, der auf die Verlangsamung der Umschlagsgeschwindigkeit des fixen Kapitals zurückzuführen ist.

3.2.2. Zweite Bedingung: Verhinderung von Kapitalzuwanderung

Ein Erfolg der verschiedenen Strategien zur Angebotsverknappung ist aber nur unter der Voraussetzung möglich, daß die Zuwanderung derjenigen Kapitale verhindert oder in kontrollierten Grenzen gehalten wird, die, in dem Wunsche, von der höheren Profitrate ebenfalls zu profitieren, durch Kapitalanlage in dem betreffenden Bereich ein zusätzliches Angebot auf den Markt bringen und eben dadurch die Monopolpreise verderben würden. Im Falle einer natürlich oder künstlich expandierenden Nachfrage würde es schon genügen, die Zuwanderung und das hierdurch auf den Markt geworfene zusätzliche Angebot in Dimensionen zu halten, die hinter der Nachfragesteigerung zurückbleiben; auch dann noch würde es sich insgesamt um eine relative Angebotsverknappung handeln, wobei das neue

Kapital an den expandierenden Profiten beteiligt werden könnte, ohne daß diese ihr Monopolniveau verlören. Aber keine Nachfrage ist unbegrenzt expandierbar, und nach kürzerer oder längerer Dauer kommt der Punkt, an dem der Markt für eine bestimmte Ware nicht weiter ausgedehnt werden kann oder sogar schrumpft und die Monopole daher das Angebot konstant halten oder sogar absolut verringern müssen. In dieser Situation ist die Verhinderung des Zustroms neuen Kapitals in den Monopolbereich allerdings mit aller Dringlichkeit geboten — wenn sie nicht gelingt, zerfällt die Monopolposition.

Die Zuwanderung neuer Kapitale, durch die die Monopolstellung der alten Monopole gefährdet oder vernichtet würde, kann durch verschiedene Faktoren erschwert oder verunmöglicht werden. Zum einen können schon die erforderlichen absoluten Größenordnungen der neu zu errichtenden Produktionsanlagen, bzw. die hierfür notwendigen Kapitalmassen eine Schranke für die Neuanlage von Kapital sein, wenn die Aufnahmefähigkeit des Marktes nicht wächst und jede Neuanlage daher dem etablierten Monopolkapital Profit entreißen müßte, was natürlich Strategien erforderlich machte, die mit Sicherheit eine gewisse Zeitlang einen erheblichen Verlust bringen würden und deren Erfolg auch nicht ausgemacht ist. Zusätzlich zu diesen Schranken, die in den objektiven Strukturen und Größenverhältnissen der Betriebe und Märkte liegen, kann die Zuwanderung von neuen Kapitalen in die Monopolbereiche auch durch das Verhalten dieser Monopole, ihre Gegenstrategien erschwert bzw. unmöglich gemacht werden: Die alten Monopole können die Konkurrenten von der Rohstoffbasis abschneiden, ihnen die Kreditbeschaffung erschweren, ihnen die Transportmöglichkeiten beschneiden oder einen ruinösen Preiskrieg entfesseln; hierdurch würden die Preise zwar zeitweilig sinken, aber nur, um nach der erfolgreichen Abwehr- (oder Eroberungs-)schlacht um so stärker erhöht zu werden[61]. Die Möglichkeit dieser Strategien und Verhaltensweisen beruht auf der Größe und Machtposition der Kapitale im Reproduktionsprozeß, auf der Verflechtung mit dem Bankenapparat, dem Einfluß auf die Transportindustrie, dem finanziellen Polster für Preiskriege etc. Gewiß sind alle diese Strategien und Machtpositionen kein absolut sicheres Mittel gegen die Zuwanderung von neuen Kapitalen überhaupt — und sie werden in der Regel um so weniger Erfolg haben, desto mehr die zuwandernden Kapitale selbst monopolistischen Charakter haben[62], aber sie bilden einen relativ sicheren Schutz vor dem unkontrollierten Zustrom von Außenseiterkapital. Die innere Strukturdifferenzierung des Gesamtkapitals als Moment seiner Akkumulation, die sich in der Herausbildung riesiger monopolistischer Unternehmen bei gleichzeitiger Weiterexistenz und fortwährendem Neuentstehen von großen Massen kleiner und mittlerer Kapitale ausdrückt, hat damit gleichzeitig zu — in Richtung auf die Monopole — relativ unüberschreitbaren Grenzen zwischen diesen beiden Kapitalgruppen geführt. „Im vormonopolistischen Kapitalismus hat es keine unüberwindlichen Hindernisse für das Eindringen des Kapitals in hochprofitable Zweige gegeben. Im Imperialismus dagegen entstehen neue Bedingungen. Selbst wenn bestimmte Kapitalisten in technischer Hinsicht konkurrenzfähige Betriebe gründen könnten, ist es ihnen trotzdem nicht möglich, mit den Monopolen zu konkurrieren. Hierzu müßten sie einer Finanzgruppe

angehören, Kredite zu Vorzugsbedingungen erhalten, über ein Rohstoffmonopol verfügen, eng mit dem Staatsapparat liiert sein usw."[63]

Diese relative Unüberschreitbarkeit der Grenzen zwischen Monopolen und nichtmonopolistischen Kapitalen (unüberschreitbar für die Nichtmonopole) ermöglicht die monopolistische Angebotsverknappung durch die Verfügung über den Hauptteil der Produktionsmittel und der Produktionsbedingungen, mithin der Produktion einer bestimmten Ware; sie ist eine Form der „Beherrschung bestimmter Zusammenhänge des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses"[64], die das Monopol unmittelbar als Herrschaftsverhältnis und den Monopolprofit als Tribut an diese Herrschaft erscheinen läßt.

Die zweite Bedingung ist die notwendige Voraussetzung für die Erfüllung der ersten: Wenn die Zuwanderung neuer Kapitale nicht verhindert oder jedenfalls in kontrollierten Grenzen gehalten werden kann, kann das Angebot nicht verknappt und damit der Marktpreis nicht künstlich über den Produktionspreis gesteigert werden. Umgekehrt gilt aber nicht, daß die Verhinderung der Zuwanderung neuer Kapitale schon hinreichende Voraussetzung für die Realisierbarkeit monopolistischer Produktions- und Angebotsverknappung und damit der Erzielung von Monopolprofiten ist. Hierfür ist vielmehr die Erfüllung einer dritten Bedingung erforderlich.

3.2.3. Dritte Bedingung: Kapitaltransfer

Die dritte Bedingung für die Erzielung von Monopolprofit beruht auf der schon erwähnten Tatsache, daß die zahlungskräftige Nachfrage nach bestimmten Gütern nicht beliebig und grenzenlos ausgedehnt und manipuliert werden[65] und auch die Strategie der Produktdifferenzierung nicht unendlich lange fortgesetzt werden kann, daß die Monopolstrategien vielmehr irgendwann notwendigerweise an die Grenze der Märkte und ihrer Aufnahmefähigkeit stoßen. Da unter diesen Bedingungen die Maxime der relativen Angebotsverknappung keine Ausweitung der Produktion mehr zuläßt, diese höchstens beibehalten oder sogar eingeschränkt werden muß, stellt sich für das Monopol ein neues Problem, das des „relativen Kapitalüberschusses" oder das Problem der Verwendung des angeeigneten Profits. Wenn der Punkt erreicht ist, an dem es bei einer bestimmten Preis-Mengen-Kombination seinen maximalen Profit erzielt, führt jede weitere Erhöhung der Produktion zu einer Verringerung des Profits, hat also zu unterbleiben. Auf der anderen Seite wird aber in jeder Periode vom Monopolkapital ein Monopolprofit angeeignet, dessen größter Teil akkumuliert, also in fungierendes Kapital zurückverwandelt werden muß, anlagesuchendes Zusatzkapital wird. Da in den bereits monopolisierten Bereichen eine derartige Anlage nicht möglich ist, muß das Zusatzkapital aus diesen Bereichen abgezogen und in andere Bereiche transferiert werden. Diese anderen Bereiche können sowohl andere Branchen des gleichen Landes oder aber auch andere Länder sein; in der Regel wird der Fall in der Literatur für den Transfer in andere Länder entwickelt: „Um einem zu hohen Warenangebot vorzubeugen, verhindern die Monopole das Eindringen neuen Kapitals aus anderen Zweigen in ihren Aktionsbereich. Das bei den Monopolen konzentrierte Kapital wächst, zugleich nehmen aber die Schwierigkeiten zu, es profitabel anzulegen. Diesem Widerspruch suchen die Mono-

pole über den Kapitalexport auszuweichen."[66] In diesen noch nicht monopolisierten Bereichen und Ländern wird das monopolistische Zusatzkapital durch seine Zuwanderung die Konkurrenz verschärfen (und möglicherweise in der Lage sein, dort aufgrund seiner fortgeschrittenen Produktionsverfahren und finanziellen Macht Extraprofite zu erzielen, die die niedrigere allgemeine Profitrate der neuen Branchen für es überkompensieren), oder es wird als Kolonialkapital in noch nicht vom Kapital erschlossene Gebiete eindringen, sich dort die Produktionsverhältnisse unterwerfen und die Produktivkräfte in der Form kapitalistischer Ausbeutung entwickeln.

Auch für Monopolkapitale besteht also der Antrieb und die Notwendigkeit der Kapitalwanderung. Im Gegensatz zur „natürlichen" Tendenz des Kapitals und der Konkurrenz findet diese Kapitalwanderung aber nicht aus den Branchen mit niedriger zu den Branchen mit höherer Profitrate, sondern zunächst in umgekehrter Richtung statt: Aus den Branchen mit monopolistisch hoher Profitrate findet — um Angebotsvermehrung und damit Preissenkung und Profitverfall zu vermeiden — notwendigerweise Kapitalwanderung in Branchen mit nichtmonopolistischen, also niedrigeren Profitraten statt.

Diese Feststellung erscheint zunächst erstaunlich und widerspricht — als Aussage über konkrete Prozesse genommen — dem offensichtlichen Augenschein, demzufolge monopolistischer Kapitaltransfer oft, wenn nicht in der Regel, höhere statt niedere Profitraten für das zuwandernde monopolistische Zusatzkapital in den neuen Bereichen bringt. Dennoch handelt es sich um eine zutreffende begriffliche Entwicklung des Prozesses, die allerdings noch nicht dessen konkrete Gestalt deckt. Sie muß vielmehr noch durch zwei Hinweise auf zwei zusätzliche Prozesse und Tatbestände ergänzt werden, die den konkreten Verlauf und das Ergebnis des monopolistischen Kapitaltransfers als Gesamtprozeß bestimmen und den vermeintlichen Widerspruch lösen:

1. Das monopolistische Zusatzkapital, das in nichtmonopolistische Branchen oder unterentwickelte Länder strömt, ist in der Regel aufgrund seiner finanziellen Basis, seiner ökonomischen Macht in der Lage, einen überdurchschnittlichen, sei es nun Extra- oder Monopolprofit zu erzielen und so die Verwertung seines Gesamtkapitals möglicherweise sogar über die bisherige Monopolprofitrate hinaus zu verbessern. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß in der begrifflichen Ableitung zunächst Kapital aus einem Bereich mit monopolistischer Profitrate abgezogen werden muß und in Bereichen angelegt werden muß, in denen *von vornherein* keine höhere, sondern eine niedrigere Profitrate herrscht, wobei die Schwelle der Abwanderung ganz allgemein die erwartete Verwertung des Gesamtkapitals ist: von relativem Kapitalüberschuß, der abwandern muß und wird, kann man nur dann reden, wenn das erwartete Absinken der Verwertung bei Anlage des Zusatzkapitals in der Monopolbranche stärker ausfiele als eine mögliche Verringerung der monopolistischen Kapitalverwertung insgesamt bei Abwanderung. Für die Monopole stellt sich das Problem des Absinkens der Verwertung ihres Gesamtkapitals in der Regel nicht, weil sich das abwandernde Zusatzkapital aufgrund der finanziellen, technischen und sonstigen Vorteile des Monopols besser verwertet als das bisher in den nichtmonopolistischen Branchen angelegte Kapital. Dies aber nicht,

weil es in Branchen mit höherer Profitrate abgewandert ist — es würde sich dann ja die Frage stellen, weshalb es nicht von Anfang an in diese Branchen gegangen ist oder zumindest jetzt das gesamte Kapital dorthin verlegt —, sondern weil es für sich in der Branche oder dem Land mit allgemein niedriger Profitrate eine individuell höhere Profitrate herausholen kann[67].

2. Zwar strömt das anlagesuchende monopolistische Zusatzkapital in exakter begrifflicher Bestimmung in Bereiche, die ihm zugänglich, also nicht bereits monopolisiert und damit gegen Zuwanderung von außen abgedichtet sind. Konkret aber gibt es Abstufungen der Monopolisierung entsprechend dem Grad der monopolistischen Verfügung über bestimmte Positionen des Reproduktionsprozesses; es ist vorstellbar und in der Realität oft der Fall, daß ein monopolistisches Einzelkapital nicht in eine nichtmonopolistische Branche mit niederer Profitrate einwandert, sondern in eine bereits monopolisierte andere Branche mit ebenfalls hoher Profitrate, in der Hoffnung, durch den Einsatz seiner monopolistischen — finanziellen, produktionstechnischen, politischen und sonstigen — Macht den monopolistischen Konkurrenten in die Knie zu zwingen und sich dessen bisherige Monopolprofitrate anzueignen. Es kommt dann zu den im vorigen Abschnitt bereits erwähnten neuen Formen der Konkurrenz, der monopolistischen Konkurrenz, die besonders im internationalen Rahmen zu beobachten ist und zur Vernichtung einzelner Monopolkapitale führen kann und auch führt, nicht aber die Vernichtung oder auch nur Schwächung der Monopolstrukturen, der Monopolherrschaft selbst bewirken kann.

Das Eindringen monopolistischen Kapitals in stofflich neue, nichtmonopolistische Branchen, ihr Ankauf heterogener Unternehmen ohne Rücksicht auf ihre stoffliche Produktion, die unübersehbaren Tendenzen der großen Monopole zur diagonalen Zentralisation („conglomerates"), das alles sind nicht willkürliche Einfälle, sondern notwendige Bestandteile zur Sicherung monopolistischer Profite in den alten von den Monopolen beherrschten Bereichen, zur Sicherung von Positionen, die nicht mehr ausbaubar, sondern nur noch konservierbar sind, deren Erträge aber das finanzielle Polster für die Expansion des Kapitals in andere Bereiche geben, zu der ganz besonders auch die imperialistische Expansion und die Schaffung des Weltmarktes gehört, die ebenso wie das Monopol im Begriff des Kapitals enthalten sind. Der Zwang zum Kapitaltransfer ist nur deutlicher Ausdruck der Tatsache, daß auch das Monopol den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Kapitals nicht enthoben ist, daß es, um Monopolpreise und Monopolprofite durch Angebotsverknappung und Produktionskontrolle zu konservieren, zwar einerseits die Konkurrenz im Monopolbereich ausschalten muß, andererseits dies aber nur kann, indem es die Konkurrenz in anderen Bereichen durch imperialistische Expansion verschärft.

3.3. Monopolprofit und Gesetze der kapitalistischen Entwicklung

Die Möglichkeit der großen zentralisierten Kapitale, sich Monopolprofite über die Setzung von Monopolpreisen anzueignen, ist an die Bedingungen gebunden:

1. das Angebot auf den Monopolmärkten relativ zu verknappen,

2. die Zuwanderung neuer Kapitale auf die Monopolmärkte zu unterbinden und
3. selber Kapitaltransfer aus den Monopolbereichen in andere Anlagefelder betreiben zu können.

Hinsichtlich des Verhältnisses der Monopole zu den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Entwicklung folgt hieraus zweierlei:

1. Durch die Entwicklung der Monopole und ihre Strategien werden die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten und Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise an keiner Stelle außer Kraft gesetzt: weder wird der Charakter der Warenproduktion als Milieu der kapitalistischen Produktionsweise aufgehoben[68], noch die Produktion des Mehrwerts als Grundlage allen Profits abgeschafft; es wird weder die Werttheorie außer Kraft gesetzt[69], noch der Akkumulationszwang als sich in der Konkurrenz exekutierender Zwang zur Kapitalverwertung mit allen Widersprüchen aus der Welt geredet[70]. „Die freie Konkurrenz hat die Gesetze der bürgerlichen Ökonomie nicht geschaffen, sondern nur durchgesetzt. Dasselbe gilt auch für die monopolistische Konkurrenz. Beide sind nur verschiedene notwendige Erscheinungsformen, worin sich ... die Notwendigkeit der ökonomischen Gesetze auf den verschiedenen Stufen der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise realisiert[71].

Was sich im monopolistischen Kapitalismus vorwiegend ändert, ist die Umverteilung des produzierten Mehrwerts (und dies hat bestimmte Modifikationen des gesamten Reproduktionsprozesses zur Folge, von denen einige im abschließenden Abschnitt angedeutet werden sollen): An die Stelle der Umverteilung des Mehrwerts nach der Größe des vorgeschossenen Kapitals tritt die Umverteilung nach der Position der Monopole im Gesamtreproduktionsprozeß, durch die Größe und Macht (als Beherrschung ganzer Bedingungszusammenhänge des Reproduktionsprozesses)[72]. Daß die Umverteilung unter monopolistischen komplizierter als unter vormonopolistischen Bedingungen und quantitativ nicht ohne weiteres berechenbar ist, liegt allein daran, daß einheitliche und einfache quantitative Indikatoren der Macht nicht zur Verfügung stehen, nicht aber an der prinzipiellen Unberechenbarkeit und Gesetzlosigkeit monopolistischen Verhaltens.

Gerade die entwickelte dritte Bedingung für die Erzielung von Monopolprofiten macht die Eingebundenheit der Monopole in die Gesetze der kapitalistischen Bewegungen sehr deutlich: Um eine einmal erreichte privilegierte Profitposition aufrechtzuerhalten — was Einschränkung oder Ausschluß der Konkurrenz in einem bestimmten Bereich bedeutet — und sich so individuell in einem Bereich dem Druck von Konkurrenz und Krise zu entziehen, ist das monopolistische Kapital gezwungen, in anderen Bereichen die Konkurrenz zu verstärken und die Verwertungsschwierigkeiten für diese Bereiche zu verschärfen, indem es durch Einwanderung in diese Bereiche das Angebot erhöht und damit zum Zustandekommen einer Überproduktionskrise beiträgt (der es sich freilich wiederum auf Kosten anderer Kapitale entziehen kann).

2. Es wäre jedoch verfehlt, aus der Tatsache, daß sich die Grundlagen und Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus auch in seinem monopolistischen Stadium nicht geändert haben, auf das Gleichbleiben der Verläufe seiner

Entwicklung bzw. auf die prinzipielle Unbegründbarkeit eventueller Veränderungen in den realen Entwicklungsprozessen aus dem Kapitalbegriff schließen zu wollen, reale Änderungen also nur als mehr oder weniger zufällige Abweichungen vom „Normalfall" zu verstehen, die sich auf Dauer gegenseitig aufheben und damit den „Normalfall" wiederum zur Geltung kommen lassen. In einer solchen Sichtweise erschiene auch das Monopol nur als oszillierende Position, die im Grunde nur in einer zwitterhaften Übergangsperiode der noch nicht völligen Monopolisierung aller Bereiche Monopolprofite realisieren könnte. Gerade die dritte dargestellte Bedingung für die Erzielung von Monopolprofit könnte in diesem Sinne extrapoliert und mißverstanden werden: Der Zwang zum Kapitaltransfer bedeutet Verschärfung des Konkurrenzkampfes in den bisher nicht monopolisierten Bereichen, und als Resultat dieser verschärften Konkurrenz müßten wieder Monopole entstehen, die wiederum zum Kapitaltransfer gezwungen wären etc. Die schließlich auf diesem Wege erreichte vollständige Monopolisierung aller möglichen Anlagebereiche ließe keinen Umverteilungsspielraum zugunsten der Monopole mehr zu, weil keine nichtmonopolistischen Kapitale und kleinen Warenproduzenten mehr da wären, denen etwas weggenommen werden könnte. Dies eröffnete die Konkurrenz der Monopole in den Monopolbereichen aufs neue und verschärfte sie auf ungeheure Weise, und von dieser Verschärfung könnten notwendigerweise auch die Preise nicht ausgeschlossen bleiben; so käme es dann auf dieser fortgeschrittenen Stufe der imperialistischen Konkurrenz — die Vernichtung der nichtmonopolistischen Kapitale und kleinen Warenproduzenten bereits einschlösse — wiederum zur Herstellung von Produktionspreisen und der Durchschnittsprofitrate und auf diese Weise zur Herstellung der Zustände „entsprechend ihrem Begriff".

Abgesehen davon, daß die Entstehung immer neuer Kapitale ein dieser Vorstellung entgegenstehendes Moment der kapitalistischen Akkumulation ist, die die Konzentration der Kapitale begleitet, abgesehen auch von der Unbegründetheit der These, daß eine vollständige Monopolisierung aller Bereiche zur Durchschnittsprofitrate führen müsse — auch bei vollständiger Monopolisierung könnte die Verschiedenheit der Machtpositionen der einzelnen Monopole ihnen die Realisierung ganz unterschiedlicher Profitraten erlauben, oder aber es könnte zum großen, alle Bereiche umfassenden Supermonopol kommen, womit dann das Milieu der Warenproduktion wirklich aufgehoben wäre —, abgesehen also von diesen Gegenargumenten, ist die oben entwickelte Vorstellung ebensosehr ein leeres und zur Analyse der realen Entwicklung untaugliches Modell wie der von Lenin kritisierte Gedanke des Ultraimperialismus oder des Generalkartells[73]. Es kommt gegenüber derartigen Modellen für eine historisch-materialistische Analyse darauf an, aus den Gesetzen des Kapitals die besonderen historischen Situationen und Etappen zu diagnostizieren, zu erklären und im Hinblick auf die sozialen Kämpfe einzuschätzen und nicht — notwenigerweise spekulativ — den Endpunkt der Entwicklung aller Abweichungen vom „eigentlichen Begriff" zu bestimmen — der ja im übrigen nicht in der totalen Monopolisierung der Welt, sondern wohl eher in ihrer Revolutionierung läge. Die Entwicklung der monopolistischen Phase des Kapitalismus ist aber gekennzeichnet durch die Möglichkeit der Blockie-

rung der Konkurrenz in bestimmten Bereichen, durch effektive Monopolisierung und die Erzielung von Monopolprofit, dem auf der anderen Seite unterdurchschnittlicher Profit bei den nichtmonopolistischen Kapitalen gegenübersteht. Sie ist gekennzeichnet durch die gleichzeitige Existenz monopolistischer und nichtmonopolistischer Bereiche und Kapitale, durch den Prozeß der Enteignung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln „in zweiter Potenz" und eben auf dieser Grundlage durch Zunahme und Verschärfung der Differenzierung der Einzelkapitale, Polarisierung der Bourgeoisie in monopolistische und nichtmonopolistische Fraktion; und dies alles auf der Grundlage der verschärften Polarisierung der Gesellschaft in Lohnarbeiter und Kapitalisten, der Versehärfung des gesellschaftlichen Grundwiderspruchs überhaupt.

Daß die Möglichkeit der Blockierung der Konkurrenz in bestimmten Bereichen durch die Monopole geradezu gebunden ist an die Verschärfung der Konkurrenz in anderen Bereichen, macht die Möglichkeit der Blokkierung für die Analyse der Entwicklung nicht uninteressant oder gegenstandslos. Diese Möglichkeit kennzeichnet vielmehr bei aller Eingebundenheit in die Gesetze der Kapitalentwicklung eine wichtige neue Etappe der Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus, eine Etappe, in der Blockierung und stürmische Entfaltung der Konkurrenz als Momente der Kapitalverwertung gleichzeitig nebeneinander existieren. Diese Situation ist entschieden anders als die in früheren Etappen der Entwicklung des Kapitalismus, und diese Verschiedenheit muß von einer historisch-materialistischen Analyse herausgearbeitet und von der auf ihr aufbauenden Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung berücksichtigt werden.

4. Die Bedeutung der Monopole für die Entwicklung des Kapitalismus

Die folgenden Bemerkungen sollen in aller Vorläufigkeit die Richtung skizzieren, in der, auf der Grundlage der bisherigen Überlegungen zur Entwicklung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie, weitere Untersuchungen über die Bedeutung der Monopole für die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung des Kapitalismus anzustellen sind. Es handelt sich dabei um problematisierende Thesen, die im Gang weiterer Forschungen gründlich ausgeleuchtet und durch historisch-empirische Untersuchungen untermauert und weiterentwickelt werden müssen. Sie betreffen drei Bereiche, die ich für zentrale Problembereiche in der Entwicklung des Kapitalismus halte, nämlich

a) den Bereich des materiellen Substrates der gesellschaftlichen Reproduktion; es geht also um die Frage nach der Bedeutung der Monopole für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte;

b) den Bereich der Verlaufsform der gesellschaftlichen Reproduktion; hier stellt sich die Frage nach der Bedeutung der Monopole für den kapitalistischen Zyklus und die kapitalistische Krise;

c) den Bereich des Verhältnisses von Ökonomie und Politik; hier interessiert vor allem die Frage, wie und in welche Richtung die Monopole die politischen und gesellschaftlichen Instanzen und Prozesse beeinflussen.

4.1. Die Bedeutung der Monopole für die Entwicklung der Produktivkräfte

Das Problem, das mit der Frage nach der Bedeutung der Monopole für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte angesprochen ist, wird bei den modernen Kritikern der Monopoltheorie immer wieder an einer scheinbar widersprüchlichen Bestimmung der Leninschen Imperialismustheorie verdeutlicht, der Bestimmung nämlich, daß die Monopole einerseits die mächtigsten Hebel und Träger der Vergesellschaftung der Produktion und der Entwicklung der Produktivkräfte seien, auf der anderen Seite — und dies ist ihre parasitäre Seite — die Weiterentwicklung der Produktivkräfte verlangsamen oder zeitweise verhindern[74].

Daß es sich hier nicht um einen Widerspruch, sondern um einen engen Zusammenhang handelt, sollen die folgenden Überlegungen andeuten, die allerdings weiterer Konkretisierung bedürfen.

4.1.1. Monopole als Hauptträger der Entwicklung der Produktivkräfte

Die materielle gesellschaftliche Reproduktion ist ein Prozeß der ständigen, mehr oder minder schnellen Entwicklung der Produktivkraft der menschlichen Arbeit, ein Prozeß, der in zunehmender Arbeitsteilung, fortschreitender Entwicklung von Produktionsmitteln und -techniken und zunehmender Gesellschaftlichkeit der Produktion seinen Ausdruck findet. Die kapitalistische Formbestimmtheit der gesellschaftlichen Reproduktion unterwirft die Entwicklung der Produktivkräfte unmittelbarem gesellschaftlichem Zwang (Konkurrenz, Zwang zum Extraprofit, zur Entwicklung und Nachahmung neuer Produktionsverfahren) und treibt sie so in einem historisch einzigartigen Maße voran.

Die Gesellschaftlichkeit der Produktion, die faktische Kooperation der Mitglieder der Gesellschaft erscheint in diesem Prozeß allerdings nicht als Resultat kooperativer gesellschaftlicher Planung, sondern vermittelt, indirekt und in verkehrter Form, als Wachstum individueller Kapitale in der Konkurrenz. Insofern aber weitere Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer Anwendung im als Kapitalverwertungsprozeß ablaufenden Produktionsprozeß von der Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion, von der Weiterführung des erreichten Standes der Arbeitsteilung und Kooperation, der umfassenden Analyse und Organisation des Produktionsprozesses abhängen, bildet die Größe individueller Kapitale, ihr Wachstum als Konzentration und Zentralisation tatsächlich eine gesellschaftliche Bedingung für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte, die damit — da Konzentration und Zentralisation in der krisenhaften Bewegung des Kapitals an der Oberfläche als Monopolisierung erscheinen — in der Form der monopolistischen Expansion stattfindet. „Die Konkurrenz wandelt sich zum Monopol. Die Folge ist ein gigantischer Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion. Im besonderen wird auch der Prozeß der technischen Erfindungen und Vervollkommnungen vergesellschaftet."[75]

Eine genauere Betrachtung zeigt, daß kapitalistische Produktivkraftentwicklung und Monopolisierung auf dreifache Weise miteinander verbunden sind:

1. Die erste Verbindung betrifft die Möglichkeit der Mobilisierung von konstantem und variablem Kapital bei steigendem Kapitalminimum: In

dem Maße, wie die Weiterentwicklung des technischen Fortschritts umfangreiche und teure Forschungs- und Entwicklungsarbeiten fordert, in dem Maße, wie seine rentable kommerzielle Nutzung nur unter den Bedingungen der — riesige und teure Produktionsanlagen erfordernden — Massenprodukten möglich ist, Massenproduktion selber aber nur mit Hilfe umfassender und teurer Absatzapparate profitabel an den Mann zu bringen ist, wird das Monopol, das überdurchschnittliche Profitraten realisiert und darüber hinaus weitere große Kapitalmengen über den Kreditapparat mobilisieren kann, zur tragenden Basis für die weitere technische und ökonomische Entwicklung. Die Effektivierung der menschlichen Arbeit, die durch die Großproduktion der Monopole erreicht wird, erstreckt sich dabei nicht nur auf den Bereich der unmittelbaren Produktion, sondern umfaßt alle vom Kapital angewandte Arbeit, sowohl in der Produktion als auch in der Zirkulation, in der Organisation des Absatzes, der Beschaffung, Finanzierung, des Rechnungswesens, der Kontrolle usw. Alle diese Rationalisierungen erfordern aber, um rentabel eingesetzt werden zu können, ein gewisses Betriebsminimum und einen hohen Aufwand, die nur von großen und finanzstarken Kapitalen aufgebracht werden können. Dies schließt zweierlei nicht aus:

Zum einen können nach wie vor — wenn auch unter erschwerten Bedingungen — einzelne Erfindungen und technische Neuerungen von kleineren Unternehmen oder Einzelpersonen gemacht bzw. erstmals eingeführt werden. Die Vergesellschaftung derartiger Erfindungen und Techniken, ihre Anwendung im gesellschaftlichen Maßstab, Vermassung und Eingliederung in den komplizierten Gesamtreproduktionsprozeß, kurz ihre gesellschaftliche Anwendung aber erfordert einen derartigen Umfang an Kapital- und Integrationsapparaten, daß sie durch Einzelpersonen bzw. kleine Unternehmen in der Regel unmöglich ist und der Finanzmassen der großen Bank- und Industriemonopole bedarf, die wegen ihrer gegenseitigen Verflechtung davon in erster Linie Gebrauch für sich selbst machen und in der massenhaften Anwendung die Erfindung oder die neue Technik zu gesellschaftlichen Produktionskräften machen. Ob der ursprüngliche Erfinder oder Techniker dabei gut oder schlecht fährt, ob er aus dem Verkauf seines Patentes einen hohen Profit schlägt oder zur Überlassung durch mehr oder weniger feine Methoden veranlaßt wird, das ist gleichgültig für die Tatsache, daß erstens die Erfindung oder neue Technik erst in der massenhaften Anwendung durch die kapitalistischen Monopole als gesellschaftliche Entwicklung der Produktivkräfte durchschlägt, daß zweitens die Erfindung erst in der monopolistischen Anwendung zur Quelle eines dauerhaften überdurchschnittlichen Profits wird.

Zum anderen können sich nach wie vor kleinere Kapitalisten auf die Produktion solcher hochspezialisierter Waren konzentrieren und hierin auch die Technik weiterentwickeln, die in relativ geringem Umfang (z. B. als Zusätze für eine komplizierte Produktion) gebraucht werden und gleichzeitig einen umfangreichen und spezialisierten Produktionsapparat erfordern, so daß die Eigenproduktion sich für ein einzelnes Monopol nicht lohnen würde. Eine derartige „Nischenposition" ist jedoch höchst labil: sie wird sofort erschüttert, wenn entweder der Umfang der benötigten Spezialprodukte so steigt, daß sich die Eigenfertigung auch für die

Konzerne lohnt, oder die verschiedenen Konzerne gegenüber dem kleinen Produzenten ein gemeinsames Vorgehen — zu ihrer aller Vorteil — beschließen, was schließlich damit enden kann, daß er als selbständiger Kapitalist ruiniert und sein Betrieb aufgekauft und als gemeinsame Tochtergesellschaft weitergeführt wird.

2. Die zweite Verbindung zwischen Produktivkraftentfaltung und Monopolisierung betrifft die Möglichkeit der besonders weitgehenden und intensiven Abpressung von Mehrarbeit durch monopolistische Arbeitsorganisation. Der Fortschritt der Entwicklung der Produktivkräfte geschieht nach wie vor auf der Basis der Kapitalverwertung, d. h. der privaten Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums. Zunehmende Vergesellschaftung geht vor sich als zunehmende Abpressung von Mehrwert, als zunehmende Aneignung unbezahlter Arbeit, als zunehmende Ausbeutung aller produktiv und unproduktiv Tätigen im Lohnarbeitsverhältnis. Die Produktionsmethoden, in denen sich Vergesellschaftung und Entwicklung der Produktivkräfte durchsetzt, dienen also zum einen unmittelbar der Profitmaximierung und bestimmen zum anderen ebenso unmittelbar den Arbeitsprozeß. Und wenn wachsende Betriebsgrößen und monopolistische Zusammenfassung von Betrieben auf der einen Seite einen Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion und der Entwicklung der Produktivkräfte darstellen, so bieten sie auf der anderen Seite die Möglichkeit verbesserter Methoden der Ausbeutung der Lohnabhängigen, denn diese beiden Seiten des Produktionsprozesses sind im Kapitalismus unmittelbar identisch. Mechanisierung und Automatisierung, Taylorisierung der Arbeit, Fließbandproduktion, Arbeitsstudien und differenzierte Leistungslohnsysteme sind auf betrieblicher Ebene nur mit erheblichem Aufwand durchzuführen, sie erfordern eine bestimmte Mindestbetriebsgröße und eine funktionsfähige Organisation. Sie sind auf der anderen Seite aber gerade die Hebel zur überdurchschnittlichen Anhebung der Produktivität und Intensität der menschlichen Arbeit und damit zur Steigerung der Mehrwertrate und des Profits der Monopole. Wenn kapitalistische Steigerung der Produktivität also nichts anderes ist als die Senkung der notwendigen und bezahlten und die Steigerung der unbezahlten Arbeit, dann sind auch hier die Monopole in führender Position und die Protagonisten der Ausbeutung der Arbeiterklasse[76].

3. Die dritte Verbindung zwischen Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus und Monopolisierung liegt auf der Ebene der Vorbereitung zur Lösung der Widersprüche zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, der Vorbereitung der Ablösung der kapitalistischen durch die sozialistische Gesellschaftsordnung. In der Entwicklung des Kapitalismus erfolgt diese Vorbereitung sowohl als Herstellung der materiellen stofflichen Bedingungen für eine sozialistische Gesellschaft als auch als Produktion der politischen Bedingungen für den Kampf zu ihrer Errichtung. Die Monopole sind der Ort, wo sich beides am deutlichsten zeigt:

— Einerseits nimmt der technische Arbeitsprozeß die Form eines komplizierten, geplanten und durchorganisierten Arbeitszusammenhanges in gesellschaftlichen Dimensionen an; seine finanzielle und marktmäßige Verflechtung mit der Gesellschaft erfordert auch auf diesen Gebieten genaueste Berechnung, Planung und Organisation und erzwingt die

Etablierung von Organisations- und Planungsapparaten, die der Form nach als Muster gesellschaftlicher Organisation und Kontrolle der Gesamtreproduktion überhaupt angesehen werden können — wenn sie auch wegen ihres konkreten kapitalistischen (d. h. hier immanent antagonistischen) Inhalts nicht funktionieren können. Dieses Unvermögen zu funktionieren ist aber schließlich nur ein Ausdruck des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Form der Organisation der Produktion und privater Aneignung ihrer Ergebnisse; von hier führt ein gerader Weg zur Forderung nach der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln.

— Andererseits werden auch die eigentlichen Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums in den monopolistischen Großbetrieben zu unmittelbar miteinander in Kontakt stehenden, gleichartigen Bedingungen unterworfenen Lohnabhängigen zusammengefaßt, die in dieser Unmittelbarkeit trotz aller — z. T. sehr erfolgreicher — Spaltungsstrategien durch das Kapital ihre Situation als gemeinsame Situation erkennen, ihre Interessen als gemeinsame Interessen vertreten und ihre individuelle Ohnmacht zur kollektiven Macht entwickeln lernen können. Monopolisierung bedeutet zugleich mit der Veränderung der technischen Produktionsprozesse und der organisatorischen Formen der Kapitalverwertung eine Veränderung der sozialen Lage der Lohnabhängigen und damit ihrer politischen Kampfbedingungen.

Gewiß wird der objektive materielle Zusammenhang in der Produktion und der gesellschaftlichen Organisation vom Inhalt der Kapitalverwertung pervertiert, gewiß bedeutet monopolistische Arbeitsorganisation auch Einführung neuer Spaltungs- und Integrationsmechanismen. Dies alles kann aber nicht darüber hinwegsehen lassen, daß erstens durch die Vergesellschaftung und Entwicklung der Produktivkräfte, wie sie in den kapitalistischen Monopolen am weitesten vorangetrieben wird, tatsächlich die materielle stoffliche Basis produziert wird, ohne die eine sozialistische Gesellschaftsordnung nicht möglich ist, und zweitens durch massenhafte Zusammenfassung des Proletariats in den Großbetrieben tatsächlich die materielle politische Kraft geschaffen wird, ohne deren Einsatz die neue Gesellschaftsordnung nicht durchgesetzt werden kann.

Es ist mit diesen drei Aspekten noch nichts über das Tempo und die Dynamik der Produktivkraftentwicklung unter monopolistischen Bedingungen gesagt. Es sollte vielmehr zunächst gezeigt werden, daß die Entwicklung der Produktivkräfte im Monopolkapitalismus hauptsächlich durch die großen zentralisierten Kapitale als gesellschaftliche Produktivkraftentfaltung durchgeführt wird, daß also Monopole in der Tat die Hauptträger der Entwicklung des technischen Fortschritts geworden sind.

Welchen Einfluß die Monopolisierung auf das Tempo der Entwicklung des technischen Fortschritts hat, soll im folgenden untersucht werden.

4.1.2. Forcierung oder Stagnation in der Entwicklung der Produktivkräfte?

Die Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Arbeit, die Produktion von relativem Mehrwert, ist die dem Kapitalismus typische Form der Ausbeutung. Sie erscheint dem einzelnen Kapitalisten in der Konkurrenz als Zwangsgesetz seiner individuellen Aktionen. Auch unter monopolistischen Bedingungen verschwindet sie nicht, werden die Produk-

tivkräfte weiterentwickelt. Diese Weiterentwicklung ist sogar für die Monopole besonders günstig, weil die durch sie verursachte Zusammenfassung und Vereinheitlichung großer Kapitalmassen und technischer Produktionseinheiten neue Möglichkeiten der Produktion und Kostensenkung bietet und durch Einsatz dieser Methoden überdurchschnittlichen Profit bringt.

Die Tatsache jedoch, daß die Entwicklung gesellschaftlicher Produktivkräfte im Kapitalismus kein bewußter Planungsakt gesellschaftlich assoziierter Individuen, sondern Mittel und Ergebnis einzelkapitalistischer Strategien zur individuellen Profiterzielung ist, die durch die Konkurrenz vermittelt werden, das Ziel der kapitalistischen Aktionen der Profit und nicht die Produktivkraftentwicklung und letztere nur Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist, macht einen genaueren Blick auf das Verhältnis von Ziel und Mittel und die Formen ihres Zusammenhanges notwendig. Es stellt sich die Frage, ob und wie die Veränderungen in der Form der Verbindung von Ziel und Mittel, der Übergang von der freien zur monopolistischen Konkurrenz, diese Verbindung selbst beeinflußt. Für die Beurteilung der Dynamik der Produktivkraftentwicklung unter monopolistischen Bedingungen, die mit dieser Frage thematisiert ist, scheinen mir zwei Überlegungen relevant:

1. Die Verbindung von Produktivkraftentwicklung und Kapitalverwertung in der kapitalistischen Produktion kann nicht so ausgelegt werden, daß der Einzelkapitalist durch den Druck der Konkurrenz gezwungen ist, schlechthin jede mögliche Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Arbeit unbedingt durchzuführen. Wenn Entwicklung der Produktivkraft der menschlichen Arbeit schlechthin Verkürzung der zur Herstellung einer Ware gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf dem Wege der Ersetzung lebendiger durch vergegenständlichte Arbeit heißt, so ist dies in dieser allgemeinen Form kein unbedingter Handlungszwang für die Kapitalisten. Denn das Ziel der Kapitalbewegung ist nicht die Steigerung der Produktivkräfte, also die Ersetzung lebendiger durch vergegenständlichte Arbeit schlechthin, sondern die maximale Kapitalverwertung. „Für das Kapital gilt, daß es Entwicklungen vorantreibt, wenn ein Profit dabei herausspringt. Je ansehnlicher der Profit, desto stürmischer die Entwicklung. Aber der Profit steht im Vordergrund, nicht die Entwicklung. Auf welche Weise sich das Kapital verwertet, ist ohne Belang, wichtig ist nur die Verwertung.“[77]

Maschinen werden also nicht etwa schon dann eingeführt, wenn die (in Arbeitsstunden gerechneten) Kosten für ihre Anschaffung eine mindestens gleich große Anzahl geleisteter Arbeitsstunden ersetzt, sondern erst dann, wenn ihre Anschaffungskosten einen gleich hohen Kapitalvorschuß für den Kauf lebendiger Arbeit ersetzt. Was bekanntlich nicht dasselbe ist: Der Kapitalvorschuß für die Arbeitskraft ist weniger wert, als jene an Wert zu schaffen vermag.

Ein Beispiel: Möge in einer Periode 1 eine bestimmte Menge Waren durch 20 Arbeiter hergestellt werden, die jeder 10 Stunden arbeiten, davon 5 Stunden Mehrarbeit leisten, also für 5 Stunden ihre eigene Reproduktion erarbeiten. Insgesamt werden 200 Stunden gearbeitet, davon 100 bezahlt. In einer 2. Periode mag nun eine Maschine erfunden werden, die 10 Arbeiter ersetzt und an der die 10 restlichen Arbeiter das Produkt in

gleicher Höhe bei unveränderter individueller Arbeitszeit herstellen können. Es würden jetzt bei Anwendung dieser Maschine also nur noch 100 Stunden gearbeitet, davon 50 bezahlt und 50 unbezahlt. In den Wert der gleichen Produktenmenge ginge ferner noch der Wert der Maschine ein, den wir mit 70 Arbeitsstunden veranschlagen[78]. Die Produktivität wird in der Tat durch den Einsatz der Maschine gesteigert: 70 Stunden vergegenständlichte Arbeit setzen die 100 Stunden lebendige Arbeit in die Lage, die gleiche Produktionsmenge zu schaffen, die vorher 200 Stunden lebendige Arbeit herstellten. 100 Stunden lebendige Arbeit würden durch 70 Stunden vergegenständlichte Arbeit ersetzt, es wäre also objektiv menschliche Arbeit durch die Einführung der Maschine in den Produktionsprozeß eingespart. Trotzdem wird die Maschine unter normalen kapitalistischen Bedingungen nicht eingesetzt, weil der insgesamt zu leistende Kapitalvorschuß im zweiten Falle größer ist als im ersten: Für die 100 Stunden weiterhin zu leistende Arbeit sind 50 Einheiten aufzuwenden, für die Maschine weitere 70, macht zusammen 120 für eine Produktmenge von 200 Werteinheiten, während der gleiche Produktenwert ohne Einsatz der Maschine nur 100 Einheiten Kapitalvorschuß erfordert.

Das Kapitalverwertungsprinzip verhindert in diesem Fall die Anwendung der neuen arbeitssparenden Maschine. Erst wenn in einer dritten Periode entweder die Produktivität der Maschine so weit gestiegen ist, daß sie bei gleichem Preis weitere 50 Arbeitsstunden ersetzt, also nur noch 50 Arbeitsstunden mit 25 Einheiten Vorschuß aufzuwenden sind, der Gesamtvorschuß also 70 + 25 = 95 beträgt, oder wenn der Preis der Maschine auf beispielsweise 40 Einheiten gefallen ist, so daß der Gesamtvorschuß 40 + 50 = 90 Einheiten beträgt, erst in diesem Falle wird die moderne Maschinerie eingeführt.

Es wäre also nicht richtig, zu sagen, daß jede beliebige Produktivitätssteigerung, jede mögliche Einsparung lebendiger Arbeit zur Herstellung eines Produktes unmittelbar durch das Kapitalverwertungsprinzip durchgesetzt werden müßte. „Ausschließlich als Mittel zur Verwohlfeilerung des Produkts betrachtet, ist die Grenze für den Gebrauch der Maschinerie darin gegeben, daß ihre eigne Produktion weniger Arbeit kostet, als ihre Anwendung Arbeit ersetzt. Für das Kapital jedoch drückt sich diese Grenze enger aus. Da es nicht die angewandte Arbeit zahlt, sondern den Wert der angewandten Arbeitskraft, wird ihm der Maschinengebrauch begrenzt durch die Differenz zwischen Maschinenwert und dem Wert der von ihr ersetzten Arbeitskraft."[79]

Die Entscheidungen, die hier zuungunsten einer bedingungslosen Entwicklung der Produktivkräfte fallen, sind vermittelt durch das Bewußtsein der Kapitalisten auf der Grundlage einer rationalen Investitionsrechnung, die eben nicht prinzipiell zur Entwicklung der Produktivkräfte zwingt, sondern es zuweilen durchaus als rationaler erscheinen und sein läßt, auf eine bereits technisch mögliche Rationalisierung zu verzichten (ohne daß hierdurch das Wertgesetz durch Voluntarismus ersetzt würde).

Die gleiche Argumentation gilt für den Fall, daß nicht mehr Arbeitskraft durch Maschine, sondern alte Maschinen durch neue Maschinen ersetzt werden sollen. Das im Bewußtsein der Kapitalisten anzustrebende

Kalkül hat sich hier nicht nur auf den Kostenvergleich zwischen Maschine und bezahlter Arbeit zu konzentrieren, sondern ebensosehr auf den Verlust, der durch die Einführung neuer Maschinen für die alten Maschinen entsteht: Eine neue Maschine wird nur dann gegen eine alte ausgetauscht, wenn sie nicht nur überhaupt den Kostenpreis pro Stück des Produktes senkt, sondern ihn um so viel senkt, daß der mit ihr erzielte Gesamtgewinn auch noch nach Abzug des noch nicht auf das Produkt übertragenen Wertes der alten, jetzt ganz oder teilweise entwerteten Maschinen größer ist als der gesamte mit der alten Maschine erzielte Profit.

Wenn also die Entwicklung der Produktivkräfte als historische Aufgabe des Kapitalismus sich nicht schlechthin in der Kapitalverwertung durchsetzt, sondern erst ab einem bestimmten Grade und ab einer bestimmten Mindestschwelle zum Mittel der Kapitalverwertung wird, und diese Schwelle durch Bewußtsein und Kostenerlöskalkulationen der Kapitalisten vermittelt werden, so ist es einleuchtend, daß die veränderten Umstände der Existenz und des maßgeblichen Einflusses der Monopole auch die Bedingungen betreffen, unter denen diese die Entwicklung der Produktivkräfte und den Einsatz der verbesserten Produktivkräfte in der Produktion vornehmen oder blockieren, je nach den besonderen Rentabilitätsbedingungen und -erwägungen.

Monopolistische Kapitale zeichnen sich nun aber durch drei für unsere Fragestellung relevante Tatbestände aus: Erstens haben sie einen sehr viel größeren Einfluß auf die Entwicklung der Produktivkräfte als die große Masse der kleinen und mittleren Kapitale, schon deshalb, weil sie allein über die finanziellen, wissenschaftlichen und technischen Mittel verfügen, die bei entwickeltem Stand der Produktionstechnik nötig sind, die Produktivkräfte weiter zu entwickeln, von ihnen hängt also die Weiterentwicklung eines gegebenen technischen Standes der Produktion weitestgehend ab. Zweitens aber bedeutet gerade der große Umfang ihres in den Produktionsapparat fixierten Kapitalvorschusses, daß jede technische Neuerung einen außerordentlich großen moralischen Verschleiß produzieren kann, der für das Monopol einen Verlust in solcher Höhe darstellen kann, daß er durch die Gewinne aus der Neuerung für längere Zeit nicht zu kompensieren ist. Drittens schließlich ist der Anteil der Monopole an ihrem Markt so hoch, daß die mit Neuerungen verbundenen Ausbringungsmengen auf Absatzprobleme stoßen und die zur Erzielung von Monopolprofiten notwendige Verknappungspolitik gefährden würden.

Der zweite und dritte dieser Tatbestände bewirken, daß die Schwelle, von der ab Produktionskraftentwicklung rentabel ist, höher wird, der erste Tatbestand, das Fehlen effektiver Konkurrenz in der Entwicklung der Produktivkräfte, beseitigt den Zwang zum technischen Fortschritt als unbedingtem Überlebenszwang des Einzelkapitals.

Alle drei Tatbestände zusammen lassen es sinnvoll erscheinen, unter gewissen Bedingungen die Produktion nicht nach den neuesten möglichen Techniken zu gestalten, sondern in alten Bahnen laufen zu lassen, bis die alten Produktionsanlagen amortisiert sind, ihr Ausstoß reduziert werden kann und das neue Produktionsverfahren rentabel durchzuführen ist.

Die prinzipielle Möglichkeit der verzögerten Entwicklung des technischen Fortschritts, die bereits im „Kapital" entwickelt worden ist, gewinnt

unter den Bedingungen der Existenz und Dominanz des Monopolkapitals zunehmend an Gewicht, ohne daß sie aufhörte, eine Möglichkeit der Verlangsamung des technischen Fortschritts „in einzelnen Industriezweigen, in einzelnen Ländern für gewisse Zeitspannen"[80] zu sein. Die Schranke dieser Möglichkeit liegt in dem durch Überakkumulation, tendenziellen Fall der Profitrate und Krise produzierten Zwang zur Expansion und damit zur Verschärfung der Konkurrenz, zu der ab einem bestimmten Punkt nicht weiteren Erhöhbarkeit der Marktpreise und der nicht weiteren Ausdehnbarkeit der Marktanteile, was notwendigerweise zum Versuch der Senkung der Kostpreise führen muß, die über Ökonomisierung des konstanten und variablen Kapitals sowie über weitere Entwicklung der Produktivkräfte möglich ist. Daß damit das Kapital letztlich, wenn auch mühsamer, immer noch seiner historischen Aufgabe nachkommt, die Produktivkräfte zu entwickeln und die Vergesellschaftung der Produktion voranzutreiben[80a], darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß dies, gemessen an den technischen Erkenntnissen und Möglichkeiten, immer schleppender geschieht, daß die im Kapitalbegriff enthaltene Möglichkeit der langsameren Entwicklung der Produktivkräfte, als die technischen Möglichkeiten dies zuließen, durch die Existenz und Bedeutung der Monopole zunehmendes Gewicht gewinnt und zu einem wichtigen Moment in der Entwicklung der gesellschaftlichen Reproduktion geworden ist[81].

2. Die Verbindung von Profiterzielung als Ziel und Produktivkraftsteigerung als Mittel kapitalistischer Strategien ist auch in einer anderen Hinsicht keine unter allen denkbaren Bedingungen schlechthin unauflösliche; ihre Enge hängt vielmehr von den Formen der Konkurrenz selbst ab: Nur wenn das Verhältnis der konkurrierenden Kapitale zueinander so beschaffen ist, daß es für kein Kapital andere Möglichkeiten gibt, sich gegenüber anderen Kapitalen relativ größeren Profit anzueignen, als die Einführung neuer und billigerer Produktionsmethoden, wenn die Entwicklung des technischen Fortschritts die einzig realisierbare Strategie zur Profitsteigerung ist, kann man von einem unbedingten Zwang der Kapitale zur Produktivkraftentwicklung sprechen. Das ist aber nur der Fall, wenn einzelne Kapitale keine systematischen relevanten Vorteile gegenüber anderen haben, wenn sie nicht bestimmte Märkte für den Absatz ihrer Produkte oder den Einkauf ihrer Rohstoffe monopolisieren können, keine grundlegend besseren und zuverlässigeren Informationsquellen über die Aufnahmefähigkeit von Märkten, keine prinzipiell besseren und durch Patente abgesicherten Produktionsmethoden haben und nicht aus strukturellen Gründen in der Lage sind, mehr Kapital zu mobilisieren als ihre Konkurrenten etc. — Wenn diese Negativbedingungen — die man die historischen Bedingungen für die freie Konkurrenz nennen könnte — jedoch nicht gegeben sind, weil sich mit der Entwicklung des Kapitalismus notwendigerweise einzelne große Kapitale herausgebildet haben, die über einen systematischen Vorteil vor anderen Kapitalen verfügen, dann ist auch der Zusammenhang zwischen Profiterzielung und Produktivkraftentwicklung nicht mehr derart zwingend und stringent. Es stehen dann neben der Entfaltung der Produktivkräfte noch andere Möglichkeiten für einzelne Kapitale offen, höhere Profite als andere Kapitale zu machen, und es

spricht weder theoretisch noch empirisch etwas dagegen, daß diese Möglichkeiten auch ausgenutzt werden.

„In der Epoche der freien Konkurrenz hatten die Kapitalisten die Möglichkeit, Extraprofite durch Anwendung einer effektiveren Technik zu erzielen. Unter der Peitsche des drohenden Bankrottes und Untergangs mußten die Kapitalisten sich die neue Technik und Technologie zunutze machen und die Produktion vervollkommnen. ... Im Imperialismus haben die Monopole die Möglichkeit, Extraprofite nicht durch Einführung neuer Techniken, sondern auch auf andere Weise herauszuschlagen."[82]

Die Entwicklung der Produktivkräfte ist zwar auch für das Monopolkapital nach wie vor eine günstige Möglichkeit, seinen Profit zu erhöhen, und findet besonders wegen der vorteilhaften finanziellen und technischen Möglichkeiten der Monopole nach wie vor statt[83], aber weil sie nicht mehr das absolute Zwangsgesetz, die einzige Möglichkeit zur Steigerung der Profitrate ist, entsteht „insofern ... die *ökonomische* Möglichkeit, den technischen Fortschritt künstlich aufzuhalten"[84]. Der Unterschied zum nichtmonopolistischen Kapital bzw. zur vormonopolistischen Periode des Kapitalismus besteht darin: während jenes seinen Profit (soweit er nicht zum Konsum der Kapitalisten notwendig war) unbedingt wieder in der Produktion anlegen und versuchen mußte, die Produktivkräfte zu steigern, um seinen Gewinn zu erhöhen, erlaubt es seine besondere Situation dem Monopol, zwischen verschiedenen Strategien der Wiederverwendung des Profits als Kapital abzuwägen und statt in der Rationalisierung der Produktion z. B. auch in der Ankurbelung eines großen Werbefeldzuges bei gleichbleibenden Produktionsmethoden eine durchaus profitable Verwendung seines Zusatzkapitals zu sehen. Welche der verschiedenen Möglichkeiten in einer konkreten Situation als Strategie eingesetzt werden, darüber entscheiden die Umstände und die Erwartungen der Kapitalisten in einer konkreten historischen Situation, wobei der Kapitalist natürlich gehalten und letztlich — will er nicht an Position verlieren — gezwungen ist, die Strategie, die den höchsten Profit verspricht, einzuschlagen. An der allgemeinen Tatsache, daß sich die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise hinter dem Rücken der einzelnen Kapitalisten, vermittelt durch den gesellschaftlichen Zusammenhang ihrer vielen Einzelaktionen, ohne ihr Wissen und Wollen durchsetzen, ändert sich hierdurch gar nichts, gleichgültig, ob dem Kapitalisten nur eine oder ob ihm mehrere Handlungsalternativen zur Verfügung stehen.

4.1.3. Der „Widerspruch" zwischen Forcierung und Stagnation in der Entwicklung der Produktivkräfte

Als Ergebnis der Überlegungen zur Produktivkraftentwicklung unter monopolkapitalistischen Bedingungen können wir zweierlei festhalten:

1. Unter Bedingungen weitgehend fortgeschrittener Vergesellschaftung der Produktion ist weitere Entwicklung der Produktivkräfte im wesentlichen nur durch Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion, d. h. im Kapitalismus nur durch Wachstum der individuellen Kapitale möglich; dieses findet statt als Konzentration und Zentralisation und erscheint in der krisenhaften Bewegung der Kapitale an der Oberfläche als Monopoli-

sierung. Monopole werden damit zum hauptsächlichen und wesentlichen Träger der Entwicklung der Produktivkräfte.

2. Gleichzeitig wird mit der Herausbildung der Monopole der Zusammenhang zwischen Kapitalverwertung und Produktivkraftentfaltung, der schon im nichtmonopolistischen Kapitalismus kein unbedingter war, weiter gelockert, die Rentabilitätsschwelle für technische Neuerungen heraufgesetzt, und Produktivkraftentfaltung damit nur noch zu *einer* möglichen, nicht der prinzipiell *einzig* möglichen Strategie der Kapitalverwertung.

Zwischen diesen beiden Bestimmungen besteht aber kein Widerspruch, wie es verschiedentlich in der Kritik an Lenins Imperialismustheorie behauptet wird[85]. Die zweite baut vielmehr auf der ersten auf und eröffnet die Möglichkeit, daß das Monopol als die Basis für die Entwicklung der Produktivkräfte diese dennoch nicht in dem Maße entfaltet, wie es technisch möglich wäre, weil ihm andere günstigere Verwertungsmöglichkeiten offenstehen. Ob diese Möglichkeit tatsächlich Realität wird, hängt von den konkreten Umständen, den Verwertungsbedingungen und -erwartungen des einzelnen Monopolkapitals ab. Die beiden verschiedenen Bestimmungen des Monopols hinsichtlich der Produktivkraftentwicklung bedeuten das glatte Gegenteil dessen, was ihnen z. B. von Margaret Wirth unterstellt wird[86]: Sie sind nicht die immunisierenden Hilfsbegriffe, die es möglich machen, jede beliebige reale Entwicklung durch alternativen Rückgriff auf eine der beiden Seiten zu „erklären". Vielmehr umreißen sie zusammen die Aufgabe, zum Zwecke der Diagnose einer historischen Situation die konkreten Verwertungsbedingungen der Monopole als Träger der Produktivkraftentwicklung und die auf diese Bedingungen einwirkenden Faktoren konkret zu untersuchen.

Unter nichtmonopolistischen Bedingungen ist die Entwicklung der Produktivkräfte keine Frage, sondern Überlebensbedingung für den Kapitalisten (wenn auch nicht jede mögliche Produktivkraftentwicklung tatsächlich realisiert werden mußte). Unter monopolistischen Bedingungen wird sie demgegenüber zur Frage und zum Problem. „Wenn die Entwicklung der Produktivkräfte bei hohem Vergesellschaftungsgrad der Produktion in eine Profitsenkung umschlagen kann, einfach weil das in den neuen Produktivkräften liegende Profitpotential bei Nichtauslastung der Kapazitäten nicht ausgeschöpft werden kann und darüber hinaus in den Anlagen gebundenes Kapital vernichtet wird, so fehlt jede Triebkraft zur Entwicklung der Produktivkräfte. Kann das Monopol diesen Widerspruch lösen, kraft seiner ökonomischen Macht, so wird es zum Motor stürmischer Entwicklung — zumal es auch über die wissenschaftlich-technischen Potenzen verfügt —, geht das nicht oder nicht in dem notwendigen Zeitraum und mit der notwendigen Sicherheit, so ergeben sich Stagnationsprozesse."[87]

Die Frage nach der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte unter veränderten Bedingungen des Kapitalismus überhaupt erst als Problem zugänglich gemacht und damit das Feld für konkrete Untersuchungen umrissen zu haben, gleichzeitig die neuen Bedingungen, die in die Untersuchung mit eingehen müssen, angegeben zu haben, das macht den Stellenwert der Einführung des Monopolbegriffes und der in ihm hinsichtlich der Produktivkraftentwicklung enthaltenen Bestimmungen für die politische Ökonomie aus.

4.2. Der Einfluß der Monopole auf den zyklischen Verlauf des Reproduktionsprozesses

Die Ursache dafür, daß sich die gesellschaftliche Reproduktion unter kapitalistischen Bedingungen in zyklischen Abläufen von Krise-Aufschwung-Boom-Abschwung-Krise bewegt, liegt im Wesen der kapitalistischen Akkumulation (vgl. oben 2.2.): Akkumulation führt notwendigerweise zur Überakkumulation, und diese erfordert zur Weiterführung der Akkumulation — gesetzt, die jeweilige historisch mögliche Ausweitung der Mehrwertproduktion sei erreicht — Entwertung des Kapitalstocks; die Überproduktionskrise ist nichts anderes als die in der Anarchie der Konkurrenz stattfindende Entwertung, durch die neue Ausgangsbedingungen für die Verwertung geschaffen werden, die Akkumulation wieder in Gang gesetzt wird. Da aber durch die Krise die prinzipiellen Mechanismen der Kapitalverwertung nicht abgeschafft worden sind, erhält auch der durch sie wieder in Gang gebrachte allgemeine Aufschwung prinzipiell die gleichen Widersprüche, führt die aufgrund der verbesserten Verwertungsbedingungen vorgenommene massenhafte Neuanlage von fixem Kapital wieder zur Überakkumulation, entsteht eine neue Überproduktionskrise usw. Das Auf und Ab von Prosperität und Krise in der Bewegung der kapitalistischen Reproduktion ist nicht die Folge der mehr oder minder scharfen Konkurrenz und damit der Oberflächenstruktur der Kapitalbewegung geschuldet, sondern ein gesetzmäßiges Moment der Kapitalbewegung selbst, das in der Kapitalbewegung und im tendenziellen Fall der Profitrate angelegt ist. „Die Profitrate würde nicht sinken wegen Konkurrenz infolge der Überproduktion von Kapital. Sondern umgekehrt, weil die gesunkne Profitrate und die Überproduktion von Kapital aus denselben Umständen entspringen, würde jetzt der Konkurrenzkampf eintreten."[88] Die Häufigkeit und Dauer der Zyklen ist dabei von dem physischen und moralischen Verschleiß des fixierten Kapitals abhängig, die Intensität der Ausschläge vom Umfang der Kapitalanlagen[89].

Beides kann sich unter veränderten historischen Bedingungen ändern, die Grundstruktur aber, die zyklische Entwicklung, bleibt in allen Phasen des Kapitalismus erhalten. Sie bleibt auch erhalten, wenn sich die innere Struktur des Gesamtkapitals durch Konzentration und Zentralisation differenziert und Monopole das Erscheinungsbild der kapitalistischen Realität bestimmen. Die Tatsache jedoch, daß sich eine solche Differenzierung nicht zufällig herausgebildet hat und mit bestimmten unterschiedlichen Folgen für monopolistische und nichtmonopolistische Kapitale verbunden ist, beeinflußt auch den Verlauf der zyklischen Bewegung. Dies wird besonders deutlich in der Krise. Ihre Funktion ist es, durch Reduzierung des Wertes des Gesamtkapitals die Bedingungen zu schaffen, unter denen die Verwertung des Restwertes des Kapitals mit der zur Verfügung stehenden Mehrwertmasse wieder möglich wird. Reduzierung des Werts des Gesamtkapitals heißt aber Entwertung eines Teils des Kapitals, heißt konkrete Entwertung oder Vernichtung von Einzelkapital. Dies setzt sich in der Konkurrenz durch über Preisverfall und Zusammenbrüche und ist begleitet von Arbeitslosigkeit und Elend für die arbeitende Bevölkerung.

Nun haben wir aber gesehen, daß die Monopolkapitale durch ihre Größe und den damit verbundenen Vorteil einen Rentabilitätsvorsprung vor den

anderen Kapitalen haben, der in der monopolistischen Umverteilung des Gesamtwertes, der Erzielung eines Monopolprofits zum Ausdruck kommt. Dieser Vorsprung bedeutet, daß die Monopole sich aufgrund der „errungnen Positionen" in der Krise individuell der Entwertung des Gesamtkapitals zwar nicht automatisch entziehen, aber doch leichter entziehen können als andere Kapitale, die schon in normalen Zeiten nur durchschnittlichen Profit machen. Die systematische Differenzierung der Kapitale in monopolistische und nichtmonopolistische führt in der Krise auch zu einer systematischen Differenzierung der Entwertung des Gesamtkapitals, die als *erste Modifikation* der zyklischen Bewegung des Gesamtkapitals unter dem Einfluß der Monopole festzuhalten ist: Es gehört immer mehr zum regelmäßigen Erscheinungsbild der kapitalistischen Entwicklung, daß die großen Monopole von der Krise weniger betroffen sind, oft sogar aus ihr enormen Vorteil schlagen, weiter expandieren und ihre Profite und Akkumulationsraten weiter steigern können. Die für das Gesamtkapital erforderliche Entwertung schlägt dann mit um so größerer Härte als Nichtverwertung, unterdurchschnittlicher Gewinn, Verlust und Ruin bei den kleineren und mittleren Kapitalen durch[90].

Eine solche systematische Verlagerung der gesamtkapitalistischen Entwertungsfunktion der Krise auf einen ganz bestimmten Teil der Kapitale trifft aber nicht nur diesen Teil, die nichtmonopolistischen Kapitale, mit ganz besonderer Härte und bringt sie in scharfen Gegensatz zum Monopolkapital; sie bleibt auch auf Dauer nicht unproblematisch für die zunächst begünstigten Monopolkapitale, und dies um so weniger, je größer der Umfang und der Einfluß der Monopolkapitale in der Wirtschaft ist. Je mehr sich nämlich die Lage der nichtmonopolistischen Kapitale verschlechtert, je mehr diese Kapitale schrumpfen oder untergehen, desto geringer wird die Masse an Kapital, die für die gesamtwirtschaftlich notwendige Kapitalentwertung überhaupt noch zur Verfügung steht. Hieraus folgen weitere Modifikationen des Reproduktionsprozesses unter monopolkapitalistischen Bedingungen.

Sollte es dem Monopolkapital nämlich trotzdem weiterhin gelingen, sich — z. B. durch Kapitalexport — individuell der Entwertung zu entziehen, so folgt aus der Abnahme des für die Entwertung überhaupt zur Verfügung stehenden Kapitals, daß der Umfang der Entwertung selbst immer geringer wird und folglich auch in immer geringerem Maße die gesamtwirtschaftliche Funktion ausübt, die zur Wiederankurbelung der Akkumulation notwendig ist. Statt zu mehr oder minder scharfen und zeitlich begrenzten Einbrüchen in den Reproduktionsprozeß, auf die wieder Phasen beschleunigter und hektischer Akkumulation folgen, kommt es mehr und mehr zu schwelenden Krisen, zu Verschleppungen und Streckungen von Verwertungsschwierigkeiten, die sich länger hinziehen und in bestimmten Grenzen auch die monopolistisch organisierten Kapitale erfassen. Die zyklische Grundstruktur der Kapitalbewegung bleibt erhalten, die Ausschläge der Zyklen aber werden weniger scharf und akzentuiert, gleichzeitig geht das Wachstum der Gesamtakkumulation und die Gesamtexpansion des Kapitals zurück. „Und sobald die Kapitalbildung ausschließlich in die Hände einiger wenigen, fertigen Großkapitale fiele, für die die Masse des Profits die Rate aufwiegt, wäre überhaupt das belebende

Feuer der Produktion erloschen. Sie würde einschlummern."[91] Eine derartige langdauernde Stagnationsphase, die an die Stelle abrupter und scharfer Überproduktionskrisen treten kann, ist die *zweite Modifikation* der zyklischen Bewegung des Gesamtkapitals unter dem Einfluß der Monopole[92].

Durch eine solche längeranhaltende Stagnation können dann wieder monopolistische Bereiche in Mitleidenschaft gezogen werden, was sich einerseits in chronischer Nichtauslastung von Kapazitäten auch monopolistischer Kapitale, andererseits mit besonderer Deutlichkeit in der Verbindung von Perioden anhaltender Stagnation mit der Verschärfung bestimmter Strukturkrisen zeigt: Strukturkrisen gibt es selbstverständlich auch unter nichtmonopolistischen Bedingungen; sie sind geradezu der kapitalistische Ausdruck der notwendigen Anpassung der Produktion in bestimmten Bereichen an die Anforderungen der technischen Entwicklung der Kapitalausstattung und der Organisationsformen, die durch die allgemeine Entwicklung der Produktivkräfte erzwungen werden, sowie an die Veränderung der Märkte, einer Anpassung, die nicht durch planmäßige Umstrukturierung ganzer Bereiche, sondern durch Konkurrenz und Ruin der zurückgebliebenen Kapitale stattfindet.

Die monopolistische Verschärfung von Strukturkrisen, die als *dritte Modifikation* der zyklischen Bewegung des Gesamtkapitals die Perioden längerfristiger Stagnation begleitet, ist aber gerade dadurch gekennzeichnet, daß die notwendigen technischen, finanziellen und organisatorischen Anpassungen an die Erfordernisse der allgemeinen Entwicklung aufgrund monopolistischer Positionen in bestimmten Bereichen unterblieben sind, ohne daß dies in der Periode allgemeiner Expansion die Monopolprofite beeinträchtigt hätte[93]. Die Wiedereinbeziehung dieser Bereiche in den gesellschaftlichen Zusammenhang durch längeranhaltende Stagnationen, die sich mangels anderer Entwertungsobjekte auch auf monopolistische Bereiche auswirken, läßt die latenten Strukturkrisen dann mit um so größerer Härte ausbrechen. Für die in diesen Bereichen arbeitende Bevölkerung ist dies in der Regel mit besonders starker Arbeitslosigkeit, für die dort noch vertretenen kleinen und mittleren Kapitale mit dem Ruin verbunden, während die Monopole, deren veraltetes Kapital gerade aufgrund der Nichtanpassung an die technischen Erfordernisse längst abgeschrieben ist, sich mit einem Minimum von Verlusten aus der Affäre ziehen können und entweder die technischen Neuerungen jetzt endlich einführen — und damit die Zentralisation und monopolistische Beherrschung der Branche vorantreiben — oder aber überhaupt in andere Bereiche abwandern. Derartige Verzögerungen des Ausbruches haben natürlich eine stark differenzierende Wirkung auf den Gesamtprozeß und können zur Aufspaltung des Gesamtzyklus in eine Reihe verschiedener und asynchroner Teilzyklen führen, die als *vierte Modifikation* des kapitalistischen Gesamtreproduktionsprozesses unter monopolistischen Bedingungen festzuhalten ist.

Bei allen Differenzierungen und Aufspaltungen der Bewegung in asynchrone Teilbewegungen und bei allen individuellen Entzugsmöglichkeiten für das einzelne Monopol kann aber — wegen der prinzipiellen Unveränderheit der Widersprüche, der historischen Verschärfung der Verwertungsschwierigkeiten, der Eingebundenheit auch des Monopols in den

Kapitalzusammenhang und wegen der nur begrenzten Wirkung der verschiedenen Kompensationsstrategien — die Möglichkeit nicht ausgeschaltet werden, daß sich auch unter den Bedingungen der Existenz und Dominanz des Monopolkapitals die Überakkumulation in einer scharfen Überproduktionskrise größeren Ausmaßes ausdrückt, der und deren ruinösen Folgen sich auch bestimmte Monopolkapitale nicht entziehen könnten. Gerade im Stadium der fortgeschrittenen Verwertungsschwierigkeiten, der Blockierung der grenzenlosen Steigerung der Ausbeutung in den Betrieben und der staatlichen Monopolisierungen durch das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, zwischen den einzelnen Monopolgruppen sowie der notwendigerweise zunehmenden internationalen Konkurrenz der Monopole, die neben die Konkurrenz monopolistischer und nichtmonopolistischer Kapitale tritt, gewinnt eine solche Möglichkeit an Gewicht und an Wahrscheinlichkeit.

Hieraus läßt sich aber nicht der Schluß ziehen, daß die Einbeziehung der Monopole in die Krise zur Auflösung der Monopolstrukturen überhaupt, zur Rückkehr zum Ausgleich der Profitrate etc. führe, das Monopol also doch nur eine verhältnismäßig vorübergehende und irrelevante Erscheinung, eben eine Oszillation um den Normalweg der Entwicklung sei. Das Gegenteil ist der Fall und kennzeichnet die *fünfte Modifikation* des zyklischen Gesamtprozesses unter dem Einfluß der Monopole: Die Strategien, die die Monopole zur Abwendung ihrer Schwierigkeiten anwenden und die zum größten Teil nur ihnen zur Verfügung stehen, nämlich weitere Zentralisation, internationale Expansion[94], Inanspruchnahme staatlicher Förderung[95] usw., mögen zwar wegen der Verschärfung der Konkurrenz in der Krise und besonders der Verschärfung der Konkurrenz der Monopole gegeneinander für einzelne Monopole erfolglos bleiben, mit dem Ergebnis, daß ihre Positionen unterhöhlt, sie vielleicht sogar ruiniert und als bestimmte einzelne Kapitale vernichtet werden — womit sich die gesellschaftlich notwendige Entwertung auch im monopolistischen Bereich durchgesetzt hätte.

Ihr Ergebnis ist aber unter allen Umständen die Erweiterung und Verfestigung der Monopolstrukturen als dominanter Strukturen der kapitalistischen Reproduktion, eine weitere Polarisierung innerhalb der Einzelkapitale und damit die Schaffung der Voraussetzungen für die erste Modifikation der zyklischen Kapitalbewegung durch die Monopole, die einseitige Entwertung zuungunsten der nichtmonopolistischen Kapitale. Das Ergebnis solcher Strategien mag einzelne Monopolkapitale in ihrer Position als Monopolkapitale oder sogar als Kapitale liquidieren, insgesamt besteht es darin, daß die Verwertung des Gesamtkapitals in noch stärkerem Maße hauptsächlich als Verwertung des Monopolkapitals und die Entwertung des Gesamtkapitals in noch stärkerem Maße als Nichtverwertung des nichtmonopolistischen Kapitals stattfindet.

Allgemein läßt sich der Einfluß der Monopole auf den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß wie folgt zusammenfassen: Differenzierung des Kapitals in monopolistische und nichtmonopolistische Kapitale bedeutet differenzierte Entwertung des Kapitals, Beschleunigung des Ruins der nichtmonopolistischen Kapitale in Abschwung und Krise, Beschleunigung der Expansion der monopolistischen Kapitale in Aufschwung und Boom. Auf

Dauer geschen, bedeutet differenzierte Entwertung in diesem Sinne aber — wegen der damit verbundenen Gewichtsverlagerung des Gesamtkapitals auf das monopolistische Kapital — geringere Entwertung überhaupt, damit geringerer Wiederaufschwung, Abflachen der Zyklen bei gleichzeitigem Nachlassen der Expansionskraft des Gesamtkapitals, Übergang in Stagnation, verbunden mit dem Ausbruch verschärfter Strukturkrisen, aus der dann wiederum nur neue und bessere Strategien führen können, die die gesellschaftlich notwendige Kapitalentwertung — vor allem durch den staatlichen Interventionismus — durchführen, im übrigen aber wiederum im wesentlichen den Monopolen zugute kommen, zur weiteren Polarisierung der Gesellschaft führen.

Welche Form und welchen Verlauf der Zyklus unter monopolistischen Bedingungen im einzelnen historischen Fall konkret annimmt, das hängt natürlich von einer Reihe weiterer Faktoren ab, deren Untersuchung durch die Einführung des Monopolbegriffs noch nicht geleistet ist[96]. Dies kann aber kein Argument gegen die Einführung und Verwendung des Monopols als zentraler Kategorie für die imperialistische Phase des Kapitalismus sein. Denn die oben dargestellten Modifikationen im zyklischen Ablauf des Reproduktionsprozesses — längeranhaltende Stagnation, Überkapazitäten und Strukturkrisen und weitere Polarisierung im Gesamtkapital — lassen sich überhaupt nur auf dem Boden des Monopolbegriffs als systematische und notwendige Besonderheiten der kapitalistischen Entwicklung erklären. Der Monopolbegriff leistet nicht die erschöpfende Erklärung einzelner konkreter Reproduktionsprozesse, aber er ist der Ausgangspunkt für jede solche Erklärung, die sich nicht darauf beschränken will, die reale historische Entwicklung rein klassifikatorisch den allgemeinsten Begriffen zu subsumieren, sondern darauf insistiert, die allgemeinen Begriffe des Kapitals so zu entwickeln, daß aus ihnen die historische Entwicklung des Kapitalismus *als historische* hervorgeht. Die oben dargestellten veränderten Bedingungen des Reproduktionsprozesses im Monopolkapitalismus dürfen nicht als sich im allgemeinen Kapitalbegriff verflüchtigend beiseite geschoben werden, müssen vielmehr als erstens selbst durch die Kapitalentwicklung produzierte und zweitens für die weitere Kapitalentwicklung maßgebliche und Perspektiven setzende untersucht und für strategische und taktische Bestimmungen des Klassenkampfes fruchtbar gemacht werden.

4.3. Die Bedeutung der Monopole für das Verhältnis von Ökonomie und Politik

4.3.1. Der Zugriff der Monopole auf die staatliche Politik

Kapitalistische Produktionsverhältnisse zeichnen sich dadurch aus, daß in ihnen der gesellschaftliche Zusammenhang der arbeitsteiligen gesellschaftlichen Produktion erst im Nachhinein durch den Markt hergestellt wird, daß die gesellschaftliche Produktion in der Form der Privatproduktion erscheint, die produzierten Güter Warencharakter annehmen. Die begriffliche Fassung dieses gesellschaftlichen Verhältnisses ist die Kategorie des Wertes, der im Tauschwert die Form dinglicher Eigenschaften annimmt. Die Bestimmung der Wertsubstanz als abstrakte menschliche Arbeit und des Wertes der Waren als Quantum gesellschaftlich notwen-

diger Arbeit ist das Grundgesetz der warenproduzierenden Gesellschaft, das die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen regelt und die Aufrechterhaltung und Entwicklung der materiellen Produktion gewährleistet. In der kapitalistischen Gesellschaft wird die Regulierung des Reproduktionsprozesses durch das Wertgesetz dadurch verkompliziert, daß die Waren nicht als Produkte menschlicher Arbeit, sondern als Produkte von Kapitalen, also nicht zu Werten, sondern zu Produktionspreisen ausgetauscht werden; in der monopolkapitalistischen Gesellschaft wird diese Verkomplizierung noch weitergetrieben, indem ein Teil der Waren sich zu Monopolpreisen und ein anderer Teil sich zu Preisen tauscht, die unter den Produktionspreisen liegen[97]. Diese Komplizierungen der Erscheinungsweise des Wertgesetzes ändern aber nichts an seiner Bedeutung als grundlegendem Regulator in der warenproduzierenden Gesellschaft überhaupt: „Warum wirkt das Wertgesetz auch im Imperialismus? Das erklärt sich daraus, daß jene sozialökonomischen Bedingungen bestehen bleiben, die die Möglichkeit und Notwendigkeit seiner Wirkung hervorrufen. Das Wertgesetz ist das Gesetz der Warenproduktion, und diese wird auch im Imperialismus beibehalten."[98] Die Existenz und Wirkungsweise des Wertgesetzes in allen Phasen der kapitalistischen Entwicklung läßt den einzelnen Kapitalisten zur Charaktermaske der Kapitalverwertung werden, der in seinen Handlungen ohne Wissen und Wollen die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise exekutiert.

Auf der anderen Seite bewirkt gerade die Mystifizierung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Wertausdruck und die Regulierung der gesellschaftlichen Reproduktion durch das Wertgesetz, daß gesellschaftliche Reproduktion von ihren Agenten nicht als gesellschaftliche geplant, sondern als Privatproduktion betrieben wird. Die Handlungen der agierenden Charaktermasken beruhen auf Vorstellungen, die sich nicht an der optimalen gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung (und erst recht nicht am reibungslosen Funktionieren des Wertgesetzes, dies wäre ein begrifflicher Widerspruch) orientieren, sondern an der optimalen Behauptung und Expansion der eigenen ökonomischen Position. Ihr Ziel ist es, den Gewinn unter bestimmten gegebenen und überschaubaren Bedingungen und Kräfteverhältnissen zu maximieren. Diese Orientierung der individuellen Handlungen der Charaktermasken an der privaten Profitmaximierung bedeutet aber auch, daß die konkreten Bedingungen der Kalkulation und die in sie eingehenden Faktoren ihre Handlungsweise entscheidend bestimmen, und daß die Veränderung von Bedingungen und Faktoren der Kalkulation die Handlungen der Charaktermasken verändern und damit die konkrete Form der Durchsetzung des Wertgesetzes modifizieren.

Es war gezeigt worden, daß die Entstehung der Monopole bzw. des Gegensatzes zwischen monopolistischen und nichtmonopolistischen Kapitalen auch zu einer Differenzierung der Ausgangsbedingungen, damit der Kalkulations- und Handlungsgrundlagen innerhalb des Gesamtkapitals führt, ohne daß deshalb Monopole und andere Kapitale aufhörten, als Charaktermasken des Kapitals zu fungieren, Exekutoren des Wertgesetzes zu sein. Die Differenzierung der Ausgangsbedingungen für die Profiterzielung ist Produkt des Akkumulationsprozesses selber und muß daher

auch als gesetzmäßiges Element der Kapitalbewegung untersucht werden. Ihre Folgen erstrecken sich auf alle Bereiche, die für die Kapitalverwertung eine Rolle spielen; sie reichen von differenziertem Zugriff auf Informationen (Marktforschung) über differenzierte Absatz-, Beschaffungs-, Finanzierungs- und Ausbeutungsbedingungen bis schließlich zur differenzierten Möglichkeit der Einflußnahme auf die allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion und Verwertung, wie sie durch die staatliche Politik gesetzt werden. Durch diese letzte Form der Einflußmöglichkeiten bringen sie die neuen Verhältnisse zwischen Ökonomie und Politik, besser die neue Verbindung von Ökonomie und Politik hervor, die uns jetzt interessiert.

Es ist mittlerweile eine Binsenwahrheit, daß es keine staats- und politikfreie Phase der kapitalistischen Entwicklung gegeben hat, daß die kapitalistische Produktionsweise vielmehr in allen ihren bisher durchlaufenen Phasen eines starken Staates bedurft hat, der die Ausgangsbedingungen und die relative Friktionslosigkeit des Akkumulationsprozesses zu gewährleisten hatte und hat. Was zu untersuchen und zu erklären ist, sind Art, Umfang und Bestimmungsgründe staatlichen Handelns, wobei als Erklärungshintergrund die Entwicklung der ökonomischen Verwertungsbedingungen und des Klassenkampfes zu sehen ist.

In dieser Blickweise ist es folgerichtig, daß staatliche Maßnahmen in dem Maße umfassender und komplizierter werden müssen, wie der ökonomische Verwertungsprozeß selber insgesamt schwieriger, brüchiger und komplizierter wird. Wenn Institutionen und Politik des Staates aber selber eine — wenn auch teilweise sehr vermittelte — Funktion von Kapitalverwertung und Klassenkampf sind, dann können die konkrete Struktur des Gesamtkapitals und die Bedingungen seiner Verwertung nicht ohne Folgen auf die staatlichen Maßnahmen zugunsten der Kapitalverwertung bleiben.

Die konkreten Bedingungen und die Struktur der Kapitalverwertung werden in ihrer historischen Entwicklung insbesondere durch zwei Momente geprägt:

1. Zum einen durch die — in der Tendenz zur Überakkumulation oder zum Fall der Profitrate allgemein ausgedrückte — Zunahme der Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals insgesamt aus den allgemeinen ökonomischen Gesetzen. Diese Entwicklung zwingt zu häufigeren und detaillierteren Interventionen des Staates in den Reproduktionsprozeß und erweitert damit das Feld der politisch herzustellenden „allgemeinen Produktionsbedingungen".

2. Zum anderen durch die — durch Zentralisation verursachte und im Monopol zum Ausdruck kommende — Möglichkeit des mehr oder minder unmittelbaren Zugriffs der großen Monopole auf den Staatsapparat und seine Politik. Diese Möglichkeit wird deutlich sichtbar in der direkten Beeinflussung der staatlichen Politik über Monopole und Monopolverbände, die Lobby im Parlament und vor allem bei der Ministerialbürokratie; sie äußert sich weniger personalistisch auch in der großen objektiven Bedeutung der Monopole für die Gesamtwirtschaft: Ein Zusammenbruch großer Konzerne würde zu einer unmittelbaren Gefährdung der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung und politischen Stabilität werden

und muß schon von daher vom Staat mit allen Mitteln verhindert werden. „Am kapitalistischen Konkurrenzkampf ist auch der Staat beteiligt. Im vormonopolistischen Kapitalismus bestand diese Beteiligung darin, daß der Staat durch Protektionismus oder Freihandelspolitik die Konkurrenzfähigkeit aller Kapitalisten sicherte. Es gab noch keine so großen Kapitalisten, deren individuelle Interessen vom Staat wahrgenommen wurden. Im Imperialismus hingegen trifft der Staat spezielle Maßnahmen, um die Interessen sowohl des gesamten Monopolkapitals als auch einzelner Großmonopole in ihrem Konkurrenzkampf gegen die kleinen und mittleren Unternehmen auf dem Binnenmarkt und besonders gegen ausländische Monopole auf dem Weltmarkt zu wahren. ... Der Staat wird nicht nur zu einem Mittel des Konkurrenzkampfes der Monopole, sondern zugleich zu einem Konkurrenzobjekt."[99]

Für das Monopolkapital bedeutet dies auf der einen Seite, daß sich die strategischen Parameter zur Maximierung seines Profits unter allgemein sich verschlechternden Verwertungsbedingungen erweitern. Es bedeutet auf der anderen Seite aber nicht, daß die Ausnutzung dieser Erweiterung und die tatsächliche effektive Einflußnahme auf staatliches Handeln nun eine einheitliche und systematische staatliche Politik im Interesse des Monopolkapitals oder bestimmter Monopole oder Monopolgruppen bewirkt. Dem steht nicht nur das Kräfteverhältnis der Klassen entgegen, sondern auch die Verschiedenheit der jeweils speziellen Interessen der verschiedenen Monopole, und die Möglichkeit, diese Interessen auch wirklich zur Geltung zu bringen. Auf die hieraus resultierende notwendige Unsystematik, Zusammenhanglosigkeit und Beschränkung staatlicher Politik und Planung ist in der bisherigen, die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus kritisierenden Diskussion ausführlich hingewiesen worden[100]. Dabei wurde aber die Tatsache vernachlässigt, daß Monopolisierung eine wichtige neue Ebene der Einflußnahme von Einzelkapitalen auf staatliche Politik bedeutet. Diese Ebene ist nicht deshalb neu, weil es in einem weniger fortgeschrittenen Stadium des Kapitalismus nicht Wunsch und Absicht der Kapitalisten gewesen wäre, die staatliche Politik jeweils zu ihren speziellen Gunsten zu beeinflussen, sondern deshalb, weil derartige Absichten mit der Zusammenballung ökonomischer Macht durch die Monopole erstmals eine materielle Basis ihrer Realisierung erhalten. Der richtige und wichtige Hinweis auf die notwendige Unsystematik und Zusammenhanglosigkeit staatlicher Politik steht auch nicht im Widerspruch zur These von der Instrumentalisierung des Staatsapparates im Interesse des Monopolkapitals, die man gerne allein wegen ihrer Plattheit als nicht weiter zu diskutierende „Verschwörungsthese" beiseiteschiebt. Im Gegenteil, je mehr die Instrumentalisierungsthese — allerdings nicht in mechanistisch verballhornter Form — erhärtet werden kann, desto stringenter wird die Zusammenhangslosigkeit staatlicher Politik ableitbar. Wenn nämlich unterstellt wird, daß kein Einzelkapital einen direkten Zugriff auf staatliche Politik hat, könnte man hieraus immerhin schließen, daß die hierdurch konstituierte relative Selbständigkeit des Staatsapparates gegenüber den spezifischen Interessen einzelner Kapitalisten zu einer relativ einheitlichen und systematischen staatlichen Politik führen könne, die das gemeinsame Interesse aller Kapitalisten (Niederhaltung der Arbeiterklasse, Schutz vor

ausländischer Konkurrenz usw.) verfolgt und im übrigen selbstverständlich allein durch das konkrete Tätigwerden die Interessen der einen Kapitalisten mehr begünstigt als die der anderen, wobei der Staat wegen der relativen Einflußlosigkeit einzelner Kapitale aber nicht gezwungen werden kann, sich dauernd umzuorientieren und widersprüchliche Maßnahmen zu ergreifen. Anders unter Monopolbedingungen, wenn eine direkte Zugriffsmöglichkeit einzelner Monopole und Monopolgruppen auf staatliche Politik besteht: Da auch Monopole Einzelkapitale sind und ihre je spezifischen Einzelinteressen verfolgen, die nicht nur im Gegensatz zu den Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der nichtmonopolistischen Kapitale, sondern zumindest partiell auch im Gegensatz zu den Interessen anderer monopolistischer Einzelkapitale stehen, und da Monopole ferner die Mittel haben, ihren Interessen Nachdruck zu verleihen und auf staatliche Politik tatsächlich Einfluß zu nehmen, muß das Ergebnis eine staatliche Politik sein, die keinesfalls im Interesse des Monopolkapitals schlechthin ist, sondern sich mehr oder weniger aus einzelnen Maßnahmen zusammensetzt, von denen die eine im Interesse der einen, die andere im Interesse der anderen Monopolgruppe und die dritte ein Kompromiß zwischen verschiedenen Monopolgruppen ist. (Die hier vorgetragene Argumentation begründet die Zusammenhangslosigkeit und fehlende Systematisierbarkeit der staatlichen Politik aus der Tatsache der je spezifischen Interessenlage der einflußreichen Kapitalgruppen heraus. Unberücksichtigt bleiben dabei die Faktoren, die trotz dieser verschiedenen einzelkapitalistischen Interessenlagen zu einer einheitlichen und systematischen Politik des Staates drängen, die also die Basis des gemeinschaftlichen Interesses der Monopolkapitale verbreitern. Hierzu gehören in erster Linie die Erfordernisse des Kampfes gegen die eigene Arbeiterklasse, gegen die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, die Notwendigkeit, mit dem sozialistischen Lager zu konkurrieren, die Produktivkräfte zu entwickeln und bestimmte soziale Befriedungsmaßnahmen einzuführen, kurz, die Erfordernisse der Systemerhaltung in einer Welt, in der die Existenz des Systems immer mehr gefährdet wird. Aber trotz dieser Verbreiterung der Basis gemeinsamer Interessen des Monopolkapitals, auf die sich teilweise auch noch das nichtmonopolistische Kapital und die Arbeiteraristokratie stellen, wird die Realisierung dieser gemeinsamen Interessen durch konkrete staatliche Politik durch die verschiedenen Interessen an verschiedenen Maßnahmen zur Realisierung des gemeinsamen Interesses erheblich erschwert.)

Dem Kapital — jedem Einzelkapital — ist prinzipiell jedes Mittel recht, das seine Verwertung vorantreibt. Die Unterscheidung von ökonomischen und politischen Mitteln ist dabei für es ebenso belanglos wie die zwischen variablem und konstantem Kapital und objektiv weniger genau unterscheidbar. Und wenn das Feld der strategischen Parameter der Profitmaximierung sich durch die Zentralisation für einen Teil der Kapitale erweitert und die Gestaltung staatlicher Politik mitumfaßt, wird eine derartige Erweiterung von den so bevorzugten Kapitalen selbstverständlich genutzt werden. Die Kritik an der Herausbildung neuer Formen des Verhältnisses von Politik und Okonomie, nämlich der stärkeren Einbeziehung außerökonomischer Faktoren, der außerökonomischen Gewalt in den Verwertungsprozeß ist insofern unzutreffend, als sie eine dem Kapitalver-

hältnis an sich eigentümliche Trennung (oder vielmehr ganz bestimmte Verbindung) von Ökonomie und Politik behauptet, die nur für eine solche Struktur des Gesamtkapitals plausibel ist, die durch die der Akkumulation innewohnende Tendenz zur Monopolisierung gerade aufgelöst wird.

Wenn in diesem Zusammenhang eingewandt wird, die Methoden der Monopole würden als Methoden des mittelalterlichen und antiken Wucherkapitals dargestellt, das seine Verwertung durch Raub, Wegelagerei und Plünderung vorantreibt[101], diese Methoden seien aber dem Kapitalverhältnis unangemessen und könnten daher nicht in die Analyse der Entwicklung des Kapitals eingehen, so scheint mir dies eine ganz verfehlte Argumentation zu sein: Wenn derartige Kritik impliziert, daß die außerökonomische Gewalt im Kapitalismus durch die stumme Gewalt der ökonomischen Verhältnisse vollständig ersetzt sei, dann muß sie durch die reale Entwicklung sowohl der Klassenkämpfe innerhalb der imperialistischen Metropolen als auch der imperialistischen Aggressivität nach außen als widerlegt gelten. Meint sie aber, daß es sich bei diesem Hervorbrechen offener Gewalt lediglich um Ausnahmen von der kapitalistischen Normalität handelt, so müßte sich die Häufigkeit und regelmäßige Wiederkehr dieser Ausnahmen erklären lassen, die immerhin von ebenso entscheidender Bedeutung für die Fortentwicklung des Kapitalismus sind wie die unmittelbar ökonomischen Verwertungsprozesse. Eine Analyse, die diese „Ausnahmen" nicht erklären könnte, wäre zur Erklärung der realen Entwicklung einigermaßen untauglich und auf jeden Fall der Argumentation unterlegen, die davon ausgeht und dies aus der notwendigen geschichtlichen Tendenz der kapitalistischen Akkumulation ableitet, daß der vermeintliche „Rückfall" in vorkapitalistische Methoden der Gewaltanwendung in Wirklichkeit konsequentes Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung ist; in ihr werden nämlich die ökonomischen Grundlagen, die das In-den-Hintergrund-Treten der unmittelbaren offenen Gewalt zugunsten des stummen Zwangs der Verhältnisse ermöglicht haben, durch die Zunahme der Schwierigkeiten der Kapitalverwertung untergraben und auf der anderen Seite durch die Entstehung der Monopole die Möglichkeiten der Verwertung für einen Teil des Gesamtkapitals durch Rückgriff auf offene Gewalt geschaffen.

Die Fixierung der Kapitalentwicklung auf rein ökonomische im Unterschied zu politischen Prozesse ist unzureichend und unzutreffend; vielmehr ist der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß auch unter den Bedingungen der Formbestimmtheit durch das Kapital und seine stummen Gesetze eine Einheit von politischen und ökonomischen Maßnahmen zur maximalen Profiterzielung durch das Kapital. Es hängt im wesentlichen vom Kräfteverhältnis zwischen den Klassen und innerhalb der verschiedenen Gruppen des Kapitals ab, in welchem Umfang welche politischen und ökonomischen Maßnahmen im Interesse welcher Gruppen und Fraktionen des Kapitals durchgeführt werden können, und es ist die Intention dieses ganzen Aufsatzes, zu zeigen, daß die Akkumulation innerhalb des Gesamtkapitals notwendig und systematisch eine innere Differenzierung erzeugt, die das Kräfteverhältnis innerhalb des Gesamtkapitals maßgeblich und irreversibel zugunsten des Monopolkapitals verschiebt und damit die ökonomischen und politischen Weichen für eine einseitige Weiterent-

wicklung des Kapitalverhältnisses zugunsten der Monopolkapitale stellt. Hierdurch — noch einmal sei es betont — ändert sich nichts an der prinzipiellen Funktionsweise des Wertgesetzes; nach wie vor reguliert es die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit nach den gesellschaftlichen Notwendigkeiten — wobei die Notwendigkeiten jetzt nicht mehr die Bedürfnisse des Kapitals schlechthin sind und der Mehrwert nicht mehr nur nach der Größe der Kapitale verteilt wird, sondern die Bedürfnisse vorzugsweise die des Monopolkapitals sind und der Mehrwert nach der Größe *und der Macht* der verschiedenen Kapitale verteilt wird. Diese mit der reinen Kapitalgröße verbundene, aber über sie hinausgehende Macht ist auf die durch die Zentralisierung bewirkte innere Differenzierung des Gesamtkapitals und den dauerhaften Rentabilitätsvorsprung der zentralisierten Kapitale gegründet. Nach wie vor ändert sich durch die Eröffnung neuer, spezifisch außerökonomischer Parameter auch prinzipiell nichts an der Durchsetzung des Wertgesetzes hinter dem Rücken der beteiligten Kapitale, denn noch so große Macht, umfassende Organisation und Planung vermögen die prinzipiellen Widersprüche der Kapitalverwertung nicht zu lösen, in die auch die Monopolkapitale eingebunden sind und die aus der Profitorientierung der stofflichen Produktion selbst resultieren. Diese Feststellung sollte aber nicht dazu führen, die gegenüber den nichtmonopolistischen Kapitalen erweiterte ökonomische und politische Manövrierfähigkeit der Monopole zu leugnen, die gerade die Grundlage für einen großen Teil der staatlichen Politik im gegenwärtigen Kapitalismus ist.

4.3.2. Das Monopol als „Reaktion auf der ganzen Linie“ [102]

Das monopolistische Kapital unterscheidet sich nicht dadurch vom nichtmonopolistischen Kapital, daß das eine ein Herrschaftsverhältnis ist und das andere nicht. Die kapitalistische Gesellschaft ist in allen ihren Etappen und Ausprägungen eine auf Klassenherrschaft beruhende Produktionsweise; die Grundlage dieser Klassenherrschaft ist wie die Grundlage jeder Klassenherrschaft die Aneignung des Mehrprodukts der gesellschaftlichen Produzenten durch eine kleine Klasse von Herrschenden, und die Form, in der dies im Kapitalismus geschieht, ist die des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Warenproduktion, der Kapitalverwertung, die gesellschaftlich durch den Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital zum Ausdruck kommt. Dies ist unbestritten.

Es ist auch nicht strittig, daß die eine spezifische Seite der kapitalistischen Produktionsweise darin besteht, durch die Form der Verkehrsverhältnisse Mystifikationen und reale Verkehrungen des Wesens dieser Klassengesellschaft an der Oberfläche der Bewegung und also auch im Bewußtsein zu erzeugen, die unmittelbare politische Gewalt in den Hintergrund treten lassen und den Zwang der ökonomischen Verhältnisse als durch die Verkehrsformen des Tausches von Äquivalenten legitimiert erscheinen lassen. Auf der anderen Seite ist aber auch nicht bestreitbar, daß nicht nur die Entstehung dieser Produktionsweise in der ursprünglichen Akkumulation, sondern auch ihre weitere Entwicklung immer wieder von brutaler und offener Gewalt nach innen und nach außen begleitet war, daß das Kapital immer dann zu offener Gewalt greift, wenn seine Herrschaft und die

Existenz seiner allgemeinen Verwertungsbedingungen ernsthaft gefährdet waren oder erschienen. Hiervon zeugen nicht nur die beiden Weltkriege, sondern auch bis heute die imperialistischen Interventionen in den Ländern der Dritten Welt und in den Ländern des Imperialismus selbst. Die Frage ist, ob sich derartige reaktionäre und aggressive Tendenzen in der Epoche des Monopolkapitals verstärkt haben und ob es hierfür eine Erklärung aus dem Wesen der Monopole selbst gibt.

Wie aus dem Ableitungszusammenhang (vgl. Teil 2) hervorgeht, ist das Monopol selbst Ausdruck und Produkt der inneren Widersprüche der Kapitalbewegung. Die Krise, in der übrigens auch die Mystifikationen des Kapitalverhältnisses zumindest partiell durchbrochen werden, bringt auf der Basis von Konzentration und Zentralisation das Monopol hervor, und insofern ist die Entwicklung und zunehmende Relevanz der Monopole für die gesamtkapitalistische Entwicklung überhaupt Ausdruck der historisch zunehmenden Erschwerung der Kapitalverwertung, der zunehmenden Krisenhaftigkeit der Kapitalentwicklung insgesamt, wenn auch die Monopole, die ja nicht nur Resultate, sondern auch Positionen in der Krise und der durch sie bedingten Verschärfung der Konkurrenz sind, ihre individuelle Verwertung oft noch sichern können. Diese individuelle Verwertung unter allgemein erschwerten Verwertungsbedingungen fällt den Monopolen aber nicht automatisch in den Schoß, sondern muß gegen die Arbeiterklasse, die nichtmonopolistischen Kapitale und die anderen Monopolkapitale durchgesetzt werden; sie hängt davon ab, wieweit es den Monopolen gelingt, ihre Kontrolle über Absatz- und Rohstoffmärkte zu sichern oder auszubauen, neue Positionen aufzubauen und Konkurrenten zu vertreiben oder zu ruinieren. Hierzu sind selbstverständlich alle Mittel recht, und die Finanzmittel, die ihm zur Verfügung stehen, erlauben es dem Monopolkapital, sich nicht auf rein ökonomische Marktstrategien zu beschränken; es dringt vielmehr im Kampf um die Sicherung des Monopolprofits in alle gesellschaftlichen Bereiche ein, bedient sich ökonomischer, politischer, psychologischer, weltanschaulicher und überhaupt aller Mittel, mit denen es Menschen veranlassen kann, ihm zum Monopolprofit zu verhelfen. Der Unterschied zum nichtmonopolistischen Kapital liegt nicht darin, daß es dies will, sondern darin, daß es dies auch kann, wenn auch nicht unbeschränkt und ewig. Aufgrund seiner finanziellen Mittel und der Reichweite seines Einflusses kann das Monopol die Grenzen zwischen Ökonomie, Politik und Ideologie überschreiten, in allen gesellschaftlichen Bereichen seinen Einfluß geltend machen und dadurch zusätzliche Mittel und Potenzen zur Erzielung von Monopolprofiten mobilisieren.

Selbstverständlich hat das monopolistische Kapital kein Interesse an der offenen Abschaffung und Durchbrechung der realen Mystifikationen des Kapitalverhältnisses, zu denen die Trennung der Ökonomie von der Politik, der Ideologie und anderen gesellschaftlichen Dimensionen gehört. Denn auch das Monopolkapital profitiert von diesen Mystifikationen, von den realen Verkehrungen des Kapitalverhältnisses, die den Ausgebeuteten die Einsicht in ihre reale Situation verwehren oder doch zumindest erschweren. Eine Politik, die diese Mystifikationen — die sich wohlgemerkt nicht durch die Politik, sondern durch die allgemeinen Verkehrsverhältnisse konstituieren — nicht antastet, ist also auch im Interesse des Mono-

polkapitals, solange die Kosten hierfür nicht zu hoch sind oder nicht zu sehr aus dem Monopolprofit getragen werden müssen. Neben den Schein der Warenwelt und der sauberen Trennung von Politik und Ökonomie treten jedoch durch die Existenz und Politik der Monopole zunehmend die offene, gesellschaftlich umfassende und teilweise offen zur Schau gestellte Macht und der unübersehbare weitreichende Einfluß der Monopole, der nicht mehr mit dem Warenschleier zu verdecken ist: Wenn Konzerne nicht nur der Arbeitgeber ganzer Städte sind, sondern auch das gesamte politische Leben dieser Städte beherrschen, das kulturelle Leben und die Freizeitmöglichkeiten finanzieren und gezielte Familienpolitik betreiben, dann ist die Trennung von Ökonomie, Politik und Ideologie nicht mehr die reale Verkehrung des Wesens des Kapitalismus an der Oberfläche, sondern die dünne Decke der Propaganda, unter der die wahren Verhältnisse, nämlich die umfassende Herrschaft der Monopole in allen gesellschaftlichen Bereichen, unübersehbar hervorscheinen. Das Monopol dringt in alle gesellschaftlichen Bereiche ein und unterwirft sie ihrer Herrschaft, mit dem Ziel, seinen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum durch Mobilisierung zusätzlicher — anderen Kapitalen nicht zugänglicher — Mittel zu erhöhen. Der Zwang hierzu nimmt in dem Maße zu, wie das Kapital sich nicht mehr auf die ungestörte Reproduktion der ökonomischen und politischen Verhältnisse durch die Marktmechanismen und die ihr adäquaten Herrschaftsformen verlassen kann, sondern zunehmend politisch intervenieren muß, um die politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung zu sichern. Hierbei haben natürlicherweise diejenigen Kapitale die Führung, die am meisten ökonomische Manövriermasse und den größten politischen Einfluß haben, für die am meisten auf dem Spiel steht und deren Interessen an der Erhaltung der bestehenden Verhältnisse am größten ist, eben die Monopole. Die Folgen dieser Politik sind zunehmende Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung in der Produktion und im Bereich der Reproduktion, zunehmende Ausplünderung der nichtmonopolistischen Kapitale und kleinen Warenproduzenten, zunehmende Polarisierung der Gesellschaft zwischen Monopolkapitalen auf der einen und den lohnabhängigen und nichtmonopolistischen Klassen und Schichten der Gesellschaft auf der anderen Seite.

Eine derartige Polarisierung aber ruft Gegenbewegungen und Widerstand hervor, verschärfte Klassenbewegungen der Arbeiter und anderen Lohnabhängigen, Abwehrbewegungen anderer Schichten der Bevölkerung, Bewegungen, die sich im Rahmen der bürgerlichen Demokratie und mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie zu artikulieren vermögen. Solche Bewegungen bilden mit zunehmender Stärke ein immer ernster werdendes Hindernis für die Profitsicherung der Monopole und veranlassen sie zu dem Versuch, den politischen Spielraum der bürgerlichen Demokratie einzuschränken, jene demokratischen Rechte und Freiheiten zu beschneiden oder gar abzuschaffen, die das politische und rechtliche Medium der Durchsetzung der Bourgeoisie gegenüber den alten Feudalgewalten gewesen waren, die aber mit den zunehmenden Schwierigkeiten der Kapitalverwertung in immer stärkerem Maße zum Medium der Gegenwehr der werktätigen Bevölkerung und anderer unter dem Druck des Monopolkapitals stehenden Schichten der Gesellschaft gegen seine Ausbeutungs- und Herr-

schaftsmethoden werden. „Der Monopolbourgeoisie fällt es in einigen Ländern immer schwerer, ihre Macht mit den bisherigen Mitteln aufrechtzuerhalten und die gesellschaftspolitische Entwicklung in ihrem Sinne unter Kontrolle zu halten. Andererseits sind aber die antiimperialistischen Kräfte, insbesondere die Kraft der Arbeiterklasse, noch nicht in genügendem Maße vereinigt und organisiert, um die imperialistische Macht zu brechen. Auf diesem gesellschaftspolitischen Hintergrund wächst das Streben der herrschenden Monopolbourgeoisie nach Abbau der bürgerlichen Demokratie, nach ‚innerer Aggression', wächst der Drang nach faschistischen Herrschaftsmethoden." [103]

Der Formalcharakter des bürgerlichen Rechtes, der zwar einerseits das faktisch existierende Monopol der Bourgeoisie an den Produktionsmitteln und so die Klassenherrschaft des Kapitals sichern soll, aber andererseits wegen seiner an der Oberfläche nur formalen Struktur in gewissem Rahmen demokratische und sogar antikapitalistische Bewegungen zulassen kann und muß, wird aufgrund der zunehmenden globalen Verwertungsschwierigkeiten und der zunehmenden sozialen und politischen Spannungen immer mehr zurückgenommen und in unmittelbare reaktionäre Herrschaft des Kapitals transformiert, und in diesem Prozeß nehmen die Monopole aufgrund ihrer Einflußmöglichkeiten und ihrer besonderen Zwänge eine Avantgardeposition ein. Daher ist es richtig, mit dem Monopol die zunehmende direktere und umfassendere Realisierung der für das Kapital als Ausbeutungsverhältnis in allen Stufen seiner Entwicklung erforderlichen Herrschaftsgewalt zu verbinden und festzustellen: „Das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt — das ist das Typische für die ‚jüngste Entwicklung des Kapitalismus', das ist es, was aus der Bildung allmächtiger wirtschaftlicher Monopole unvermeidlich hervorgehen mußte und hervorgegangen ist." [104]

Wenn demgegenüber festgestellt werden kann, daß die Abschaffung demokratischer Rechte und Freiheiten in der Welt des Kapitalismus historisch auch unter Monopolbedingungen sehr schleppend vorangeht und durchaus nicht immer und überall erfolgreich betrieben werden konnte, im Gegenteil in diesem Jahrhundert schon eine ganze Menge demokratischer Rechte und Freiheiten in den imperialistischen Metropolen nicht nur nicht abgeschafft, sondern sogar erst eingeführt worden sind — und dies kann festgestellt werden —, so kann daraus kein Widerspruch zur obigen Argumentation abgeleitet, sondern nur gefolgert werden, daß die Monopole eben nicht allein die tatsächliche Entwicklung in den Ländern des Kapitalismus bestimmen, daß ihre Herrschaft nicht unumschränkt ist. Die reale Entwicklung des Kapitalismus in diesem Jahrhundert ist nicht mehr das Ergebnis der inneren Widersprüche und Tendenzen des Kapitals oder der Monopolkapitale allein, sondern ist auch maßgeblich bestimmt worden durch die Kräfte der Arbeiterklasse und der demokratischen Bewegungen, die gegenüber den reaktionären Tendenzen des Monopolkapitals bestimmte demokratische Positionen behaupten und erweitern konnten. Diese Kräfte und nicht nur die immanenten ökonomischen Widersprüche des Kapitals setzen der Politik der Monopole Grenzen, wobei natürlich nicht verkannt werden kann, daß ein Zusammenhang zwischen den inneren ökonomischen Widersprüchen des Kapitals, der Politik, die die Kapitalisten zur Lösung

dieser Widersprüche betreiben, und der Entwicklung und Stärkung der Arbeiterbewegung und anderer demokratischer Kräfte besteht.

Diese Realität der historischen Entwicklung darf aber nicht darüber hinwegsehen lassen, daß aus inneren ökonomischen Gründen — der Zunahme der allgemeinen Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals und der Möglichkeit der Monopole, diesen Verwertungsschwierigkeiten individuell durch Anwendung bestimmter, nur ihnen zugänglicher Strategien individuell zu entgehen — das Monopol dazu tendiert und tendieren muß, demokratische Rechte und Freiheiten auszuhöhlen und abzuschaffen, seine Herrschaft direkt und umfassend politisch zu sichern. Wieweit ihm dies gelingt, ist eine Frage der jeweiligen historischen Kräftekonstellation; daß es den Versuch zur Durchsetzung der Reaktion auf der ganzen Linie unternehmen muß, folgt zwangsläufig aus dem Wesen des Monopols.

Ebenso wie die Tendenz zum Abbau der Demokratie nach innen hat die Tendenz der Monopole zur Aggressivität nach außen nichts mit unerklärlichem und daher für die Kapitalanalyse unerheblichem Voluntarismus zu tun, sondern sie folgt ebenso wie jene aus dem ökonomischen Wesen des Monopols. Zwar ist der Drang nach Expansion eine allgemeine Tendenz und ein Zwang des Kapitals überhaupt und nicht erst des Monopolkapitals; die Herstellung des Weltmarktes als internationale Kapitalexpansion ist in den Begriff des Kapitals eingeschlossen. Als unmittelbare Notwendigkeit stellt sich dieser Drang aber erst mit der fortgeschrittenen Entwicklung der Produktivkräfte, die zur Realisierung der in ihnen liegenden Profitmöglichkeiten internationale Dimensionen der Kapitalverwertung erforderlich machen, und mit dem monopolistischen Zwang zum Kapitaltransfer, der sich aus dem relativen Kapitalüberschuß ableitet und zum Zwang internationaler Verwertung des Monopolkapitals wird. Gleichzeitig wird erst auf dieser Stufe der Kapitalentwicklung durch die mögliche direkte Instrumentalisierung der staatlichen Politik die Unterwerfung ganzer Länder als Absatz- oder Rohstoffbasis oder als Anlagesphäre zur realen *Möglichkeit* kapitalistischer Verwertungsstrategie.

Selbstverständlich ziehen es auch die Monopole vor, ihre internationale Expansion auf friedliche — und billige! — Weise vorzunehmen und abzusichern, statt mit militärischer Gewalt, die teuer ist und Gegengewalt erzeugt. Die Bedingungen im internationalen Rahmen waren zur Zeit der Herausbildung des Monopolkapitalismus aber so, daß dies nur in sehr beschränktem Rahmen möglich war, einerseits wegen des Widerstandes der Völker der Dritten Welt, andererseits wegen der gleichartigen Versuche anderer Monopole, wegen des Konkurrenzkampfes um die Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Mächte. Unter diesen Bedingungen und unter dem Druck, Waren und Kapital unter allen Umständen exportieren zu müssen, wenn es seine Position halten will, ist das Monopol bereit zur Anwendung militärischer Gewalt, zur Eroberung ganzer Länder und Vertreibung imperialistischer Konkurrenten mit Waffengewalt zu greifen, seine Profite aus der internationalen Expansion durch Aggression und offenen Terror abzusichern. Und der monopolistische Zugriff auf die staatliche Politik läßt ein derartiges militärisches Vorgehen nach außen eher möglich werden als andere staatliche Maßnahmen, weil in dieser eher als in anderen Fragen eine breite Front gleichgerichteter Interessen der ver-

schiedenen Monopolgruppen entsteht (eine Front, in die u. U. auch die nichtmonopolistische Bourgeoisie und die Arbeiteraristokratie einbezogen werden können), die alle von der internationalen Ausdehnung des Einflusses „ihres" Nationalstaates profitieren.

Diese Tendenz zur internationalen Aggression gehört zum ökonomischen Wesen des Monopols; auch sie ist aber — ebenso wie die Tendenz zum Abbau der Demokratie nach innen — trotz des monopolistischen Zugriffs auf die staatliche Politik nicht unbegrenzt realisierbar. Denn die Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals in der Welt werden nicht allein durch seine Expansionstendenzen und internationale Aggressivität bestimmt, sondern ebensosehr durch zwei weitere Faktoren: — zum einen durch die Stärke der Kräfte, die sich dieser Aggression entgegenstellen; mit der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung, der Stärkung des sozialistischen Lagers, den Unabhängigkeitsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt und den zunehmenden Klassenkämpfen in den imperialistischen Metropolen wächst der weltweite innere und äußere Widerstand gegen die Aggressionspolitik der Monopole und der diese unterstützenden Staaten, und dieser Widerstand kann die Metropole an der Realisierung ihrer aggressiven Absichten hindern; — zum anderen aber trägt auch die Entwicklung der internationalen Konkurrenzverhältnisse, der Stärkeverhältnisse der Monopole und imperialistischen Staaten untereinander dazu bei, daß die aggressiven Tendenzen des Monopolkapitals nicht offen und bruchlos realisiert werden können. Wenn das Monopolkapital sich diesen veränderten internationalen Kräfteverhältnissen anpassen muß und versucht, die internationale Expansion auf anderen Wegen, durch Handelsverträge, Kooperationsabkommen, Assoziierung ehemaliger Kolonien in imperialistische Wirtschaftsblöcke usw. zu realisieren, dann ist das kein Zeichen dafür, daß Aggressivität und offene Gewalt nicht zum Wesen des Monopols gehören; es ist vielmehr ein Zeichen dafür, daß das Monopol sich unter den herrschenden Kräfteverhältnissen nicht mehr seinem Wesen gemäß entfalten kann. Dies festzustellen ist gerade in einer Situation wichtig, in der die Aggressivität der Monopole nur wenig in offenen militärischen Interventionen zum Ausdruck kommt. Das Monopol ist aus sich selbst heraus nicht friedlich, sondern in höchstem Maße aggressiv, und das in um so höherem Maße, je mehr es in der Defensive ist, mit dem Rücken zur Wand kämpft. Aber es kann zum Frieden gezwungen werden durch die Vereinigung und den Kampf der Kräfte, in deren Interesse dieser Frieden ist und die die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung ausmachen. Da dieser Friede aber dem Wesen und den Zwängen des Monopolkapitals direkt entgegengesetzt ist, weil er seine Verwertung auf die Dauer unmöglich macht, ist auch der erfolgreiche Kampf für den Frieden der Anfang vom Ende des Monopolkapitals und wegen der zentralen Bedeutung des Monopolkapitals für die geschichtliche Entwicklung des Kapitalismus auch der Anfang vom Ende des Kapitals als herrschendem Produktionsverhältnis.

Anmerkungen

1 Dieses Papier hat dem Projekt „Monopole und Monopolkontrolle in der BRD" an der Universität Bremen im WS 1974/75 als Diskussionsgrundlage zur Einführung in die marxistische Monopoltheorie vorgelegen und wurde für die Veröffentlichung überarbeitet und gekürzt. Für die solidarische Kritik und die zahlreichen Anregungen, die es hervorgerufen hat, möchte ich mich bei den Teilnehmern des Projektes und einer Reihe anderer Diskussionspartner bedanken.

2 Daß dies keine allein von außen an die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus herangetragene Kritik ist, geht aus folgenden Bemerkungen hervor, die auf einem vom Beirat für Wirtschaftswissenschaften des Ministeriums für Hochschul- und Fachschulwesen der DDR organisierten Lehrgang für Hochschullehrer der politischen Ökonomie im Oktober 1973 gemacht wurden: „In den Leninschen Werken findet man zahlreiche Hinweise für den Zusammenhang zwischen den Grundgesetzen des Kapitalismus überhaupt und dem Imperialismus. *Lenins* Analyse stellte den *inneren Zusammenhang* der beiden Hauptphasen der kapitalistischen Entwicklung her und sicherte die *Einheit* und die *Geschlossenheit* der marxistischen *Theorie* und *Kritik* des Kapitalismus. Seither hat die marxistische Wissenschaft viele Bausteine und neue Fakten zusammengetragen, die das Verständnis für die Problematik erhöhen. Man muß aber zugeben, daß relativ am wenigsten geleistet wurde, um den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Profitproblematik (als der für den gesamten Kapitalismus entscheidenden Problematik J. H.) im heutigen Kapitalismus auf der einen Seite und dem Wesen sowie den Formen des Monopols und der finanzkapitalistischen Herrschaft auf der anderen aufzuklären." *Peter Hess,* Methodologische und theoretische Probleme der Imperialismusforschung, in: Wirtschaftswissenschaft 2/1974, S. 193 f.

3 Ich meine hier vor allem folgende Veröffentlichungen: *Christel Neusüss,* Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals. Kritik der Leninschen Imperialismustheorie und Grundzüge einer Theorie des Verhältnisses zwischen den kapitalistischen Metropolen, Erlangen 1972; *Joachim Schubert,* Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus — Kritik der zentralen Aussagen, in: Mehrwert 4/1973; *Margaret Wirth,* Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfes 8/9, 1973; *Bernd Rabehl,* Marx und Lenin, Widersprüche einer ideologischen Konstruktion des „Marxismus-Leninismus", Westberlin 1973; *Rolf Ebbighausen* (Hrsg.). Monopol und Staat. Zur Marx-Rezeption in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Frankfurt/M. 1974, in diesem Band besonders der Aufsatz von *Dirk Jordan,* Der Monopolbegriff im System der Kritik der politischen Ökonomie; *Projekt Klassenanalyse,* Leninismus — neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus? Zum Verhältnis von Marxscher Theorie, Klassenanalyse und revolutionärer Taktik bei W. I. Lenin, Westberlin 1972.

4 Z. B. *Dirk Jordan,* Der Monopolbegriff ... a.a.O., S. 137—172. *Projekt Klassenanalyse,* Leninismus ... a.a.O.

5 Z. B. *Margaret Wirth,* Zur Kritik ... a.a.O., S. 29, Fn. 27.

6 Ebenda.

7 *Bernd Rabehl,* Marx und Lenin, a.a.O., S. 312.

8 Ebenda, S. 316.

9 *Margaret Wirth,* Zur Kritik ... a.a.O., S. 29.

10 *Christel Neusüss,* Imperialismus ... a.a.O., S. 42—46.

11 Vgl. *Christel Neusüss,* Imperialismus ... a.a.O., S. 42. *Margaret Wirth,* Zur Kritik ... a.a.O., S. 29.

12 Z. B. *Bernd Rabehl,* Marx und Lenin ... a.a.O., S. 312.

13 Zum Beleg seien z. B. entsprechende Stellen aus den offiziellen Lehrbüchern angeführt. „An der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert machte der Kapitalismus

qualitative Veränderungen durch. Er ging in den Monopolkapitalismus oder Imperialismus über. Mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus bleiben alle Grundmerkmale der kapitalistischen Produktionsweise erhalten. Alle ökonomischen Gesetze, die wir im vorausgegangenen Teil dieses Lehrbuches behandelt haben, wirken auch im Imperialismus." *Autorenkollektiv,* Lehrbuch der Politischen Ökonomie, Vorsozialistische Produktionsweisen (Moskau 1970) Frankfurt/M. 1972 (im folg. zitiert als Lehrbuch 1970) S. 488, vgl. ferner *Autorenkollektiv (Moskauer Institut für Wirtschaftsstatistik)* Politische Ökonomie (Vorkapitalistische Produktionsweisen und kapitalistische Produktionsweise), Moskau 1971, Berlin, DDR, 1973 (im folg. zitiert als Lehrbuch 1971), S. 367, 471 f.; und *Autorenkollektiv,* Einführung in die politische Ökonomie des Kapitalismus, Frankfurt/M. 1973 (zitiert als Lehrbuch 1973), S. 145 f.

14 *Peter Hess,* Methodologische und theoretische Probleme der Imperialismusforschung, in: Wirtschaftswissenschaft 2/1974, S. 189.

15 Dies ist der Unterschied zur Position von Margaret Wirth, die die drei Ebenen oder Abstraktionsstufen der Untersuchung ebenfalls anführt, im übrigen aber das eigentlich relevante Problem des *Zusammenhanges* der verschiedenen Entwicklungen auf den verschiedenen Ebenen gar nicht thematisiert, vgl. *Margaret Wirth,* Zur Kritik . . . a.a.O., S. 18—20.

16 *Margaret Wirth,* Zur Kritik . . . a.a.O., S. 20.

17 Ebenda. S. 21

18 *Peter Hess,* Methodologische . . . a.a.O., S. 193.

19 Vgl. *Margaret Wirth,* Zur Kritik . . . a.a.O., S. 24 ff.

20 Vgl. *Christel Neusüss,* Imperialismus . . . a.a.O., S. 33 ff., bes. S. 37 f. Vgl. ferner *Margaret Wirth,* Zur Kritik . . . a.a.O., S. 26, *Projekt Klassenanalyse,* Leninismus . . . a.a.O., S. 374, 376 ff.

21 *Margaret Wirth,* Zur Kritik . . . a.a.O., S. 26.

22 Es soll allerdings nicht bestritten werden, daß frühere Beiträge zu dieser Frage vor allem in den 50er Jahren teilweise in dieser Hinsicht mißverständliche und falsche Positionen enthielten. Hierüber hat es jedoch in der DDR eine breite Kontroverse gegeben, in deren Verlauf die Fehler einer voluntaristischen Position zum staatsmonopolistischen Kapitalismus korrigiert wurden. Dieser Korrekturprozeß, der zumindest Margaret Wirth bekannt ist — vgl. *Margaret Wirth,* Kapitalismustheorie in der DDR, Entstehung und Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Frankfurt/M. 1972, S. 128 ff. —, verbietet es die aktuelle Kritik an der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus an jenen überwundenen Positionen festzumachen.

23 Vgl. *Projekt Klassenanalyse,* Leninismus . . . a.a.O., S. 379 f.; *Dirk Jordan,* Der Monopolbegriff . . . a.a.O., S. 167 „. . . können keine systematischen Kriterien für die Möglichkeiten und Grenzen des ‚Monopols' . . . angegeben werden; d. h. der Begriff ist durch eine prinzipielle Beliebigkeit geprägt."

24 Vgl. *Projekt Klassenanalyse,* Leninismus . . . a.a.O., S. 374 ff.; *Margaret Wirth,* Zur Kritik . . . a.a.O., S. 23 f., *Dirk Jordan,* Der Monopolbegriff . . . a.a.O., S. 137 ff.

25 Vgl. *Projekt Klassenanalyse,* Leninismus . . . a.a.O., S. 379 f.

26 In diesem Falle allerdings hätte die schwerwiegende Kritik an Lenins Monopolbegriff eine etwas akademische Note: Es bleibt der Vorwurf, daß Lenin den im übrigen richtigen und wichtigen Monopolbegriff nicht lückenlos und methodisch sauber abgeleitet habe. Eine Basis für den Vorwurf einer Verfälschung der Marxschen Theorie scheint mir das allerdings nicht mehr zu sein. Die Offenheit der Frage, ob die Verwendung des Monopolbegriffes und seine Bedeutung in der Imperialismustheorie nicht vielleicht doch aus der Marxschen Theorie ableitbar und begründbar sei — wenn auch nicht auf dem Wege der Leninschen Argumentation —, läßt den ganzen immensen Aufwand an Kritik, den das Projekt Klassen-

analyse mobilisiert, zu einem Scheingefecht werden, dessen Zielrichtung und Bedeutung den Autoren möglicherweise selbst nicht ganz klar ist: Erstens bemängeln sie die falsche oder fehlende Ableitung entscheidender Grundbegriffe der Imperialismustheorie. Zweitens lassen sie offen, ob diese Grundbegriffe nicht vielleicht doch begründ- und ableitbar sind. Drittens geben sie nicht an, welche strategischen und taktischen Konsequenzen die fehlenden oder falschen Ableitungen möglicherweise doch richtiger Grundbegriffe haben, und viertens stellen sie sich — wenn auch unausgewiesen — politisch prinzipiell hinter die Partei, der sie die Wissenschaftlichkeit der Begründung ihrer Etappenbestimmung als Basis ihrer Strategie bestreiten.

27 *Dirk Jordan,* Der Monopolbegriff . . . a.a.O., S. 157.

28 Eine Argumentation, die auch Margaret Wirth nachdrücklich vertritt, vgl. Zur Kritik . . . a.a.O., S. 23 f.

29 *Dirk Jordan,* Der Monopolbegriff . . . a.a.O., S. 168.

30 *Karl Marx,* Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie Bd. 1, in: Marx-Engels-Werke Band 23, S. 589. Zitate aus dem „Kapital" werden im folgenden im laufenden Text nachgewiesen, wobei die jeweils erste Klammerzahl den Band der MEW-Ausgabe (MEW 23 = Bd. 1 des „Kapital", MEW 24 = Bd. 2 des „Kapital" und MEW 25 = Bd. 3 des „Kapital"), die zweite Zahl die Seite in dem jeweiligen Band angibt.

31 Das in anderem Zusammenhang entscheidend wichtige Problem, in welchem Verhältnis technische Zusammensetzung und organische Zusammensetzung des Kapitals sich verändern, kann hier außer acht bleiben, weil das Grundaxiom, daß ein positives Verhältnis zwischen beiden besteht, prinzipiell unbestritten ist.

32 Interessant ist aber die Frage, weshalb diese Andeutungen an dieser Stelle doch so relativ breiten Umfang annehmen (23, 654—657); vielleicht ist die These haltbar, daß die strikte Unterscheidung zwischen allgemeinen Gesetzen des Kapitals auf der Wesensebene und der ebenfalls allgemeinen Darstellung der Konkurrenz als Transmissionsriemen zwischen Wesensebene und Erscheinungsebene in dem Augenblick brüchig werden muß und nicht mehr rigoros durchhaltbar bleibt, wo mit der aus den inneren wesensmäßigen Gesetzen des Kapitals sich notwendig ergebenden inneren Strukturdifferenzierung des Gesamtkapitals auch die Existenz von Kapitalen, die als bestimmte Einzelkapitale *verschieden* sind von anderen Einzelkapitalen und sich nicht mehr als Repräsentanten eines idealen Durchschnitts der Einzelkapitale fassen lassen, gesetzt ist und damit die Analyse der wesensmäßigen Gesetzmäßigkeiten unmittelbar in die Sphäre der Konkurrenz eingebrochen ist. Diese These würde auch implizieren, daß die Behandlung der Gesetze der Konzentration und Zentralisation an dieser Stelle nicht . . . prinzipiell unmöglich ist, und nur deshalb nicht ausgeführt wird, weil das Kapitel sich im wesentlichen mit der Lage der Arbeiterklasse und ihrer Entwicklung befaßt, alles über das Kapital Gesagte sich also daraufhin zu strukturieren hat.

33 *Dirk Jordan,* Der Monopolbegriff . . . a.a.O., S. 167/8.

34 Die hier vorgetragene Interpretation des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate als Ausdruck der allgemeinen Überakkumulation stützt sich vor allem auf die Arbeiten von *Paul Boccara,* Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, in Sopo 11, Juni 1971, bes. S. 22 ff.; sowie, *derselbe,* Übersicht über die Theorie der Überakkumulation-Entwertung des Kapitals und die Perspektiven der fortschrittlichen Demokratie. (in Sopo 16. Februar 1972.) S. 1 ff. Sie liegt aber auch der Position von *Peter Hess* zugrunde, wenn er Konzentration und Zentralisation aus dem tendenziellen Fall der Profitrate begründet, der von Marx ja erst im dritten Band behandelt wird, während Konzentration und Zentralisation im ersten Band abgeleitet werden. Die Lösung dieser Unstimmigkeit kann m. E. nur darin liegen, daß Marx schon im 23. Kapitel mit der Einführung der organischen Zusammensetzung des Kapitals die Elemente, die für das Gesetz des tendenziellen

Falls der Profitrate konstitutiv sind, entwickelt hat, nämlich zwanghafte Steigerung der Produktivität auf der einen und Zunahme der vergegenständlichten gegenüber der lebendigen Arbeit auf der anderen Seite, der Widerspruch zwischen diesen Seiten ist die Überakkumulation (Boccara), oder der relative Kapitalüberschuß (Hess). Vgl. *Peter Hess,* Fragen der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1974, S. 829 f.; *derselbe,* Methodologische und theoretische Probleme .... a.a.O., S. 194 f.

35 „Überakkumulation von Kapital bezeichnet ein *Übermaß von Kapitalakkumulation* in einer gegebenen kapitalistischen Gesellschaft, im *Verhältnis zu den Grenzen der Gesamtsumme des Mehrwerts oder des Profits,* der überhaupt bei der Verwertung dieses Kapitals erzielt werden kann." *Paul Boccara,* Zum ... a.a.O., S. 22/3.

36 Marx weist in diesem Zusammenhang auf die Begründung von Kapitalexport aus der Überakkumulation hin: „Wird Kapital ins Ausland geschickt, so geschieht es nicht, weil es absolut nicht im Inland beschäftigt werden könnte. Es geschieht, weil es zu höherer Profitrate im Auslande beschäftigt werden kann. Dies Kapital ist aber absolut überschüssiges Kapital für die beschäftigte Arbeiterbevölkerung und für das gegebne Land überhaupt" (25, 266).

37 „Die Grundlage der Erzielung von Extraprofit (gemeint ist hier: Monopolprofit, vgl. unten 3.1., J. H.) ist dabei, daß die Großeigentümer nicht nur von besonders seltenen Bedingungen der Produktion Besitz ergreifen, sondern von der entscheidenden Masse aller Produktionsbedingungen überhaupt." Lehrbuch 1970, a.a.O., S. 492. „Industriemonopole sind Vereinigungen oder Verbände industrieller Großkapitalisten, die auf der Grundlage einer sehr hohen Stufe der Konzentration der Produktion einen bedeutenden Teil der Warenproduktion und des Absatzes eines Zweiges oder auch mehrerer Zweige auf sich vereinen. Sie verfügen damit über eine gewaltige ökonomische und politische Macht, die sie dazu einsetzen, um ihre Herrschaft in einem bestimmten Einflußbereich zu errichten und zu festigen und dadurch riesige Monopolprofite zu erzielen." Lehrbuch 1973, a.a.O., S. 151.

38 *Joseph Alois Schumpeter,* Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1911.

39 Vgl. hierzu vor allem die jüngsten Veröffentlichungen von Peter Hess, der den Prozeß der kapitalistischen Entwicklung als Prozeß der fortgesetzten Enteignung auf der einen und der Zusammenballung der objektiven Produktionsbedingungen auf der anderen Seite entwickelt und im Zusammenhang der Kategorien der Profitproduktion und der Enteignung sowohl die Kontinuität der kapitalistischen Entwicklung von Anfang an als auch den notwendigen Übergang vom vormonopolistischen zum monopolistischen Kapitalismus umfaßt. „Kein Marxist trennt die Monopolproblematik vom kapitalistischen Profitstreben. Der Profit aber ist eine bestimmte historische Aneignungsweise der Ergebnisse der Produktion. Diese Aneignungsweise ist identisch, setzt voraus und hat immer wieder zum Ergebnis, daß die *sachlichen* Bedingungen der Produktion sich als kapitalistisches *Eigentum* mit ihrem Träger, dem Kapitalisten, gegenüber den von den sachlichen Produktionsbedingungen getrennten *subjektiven* Produktionsbedingungen, also dem eigentumslosen Arbeiter, dem Träger der Lohnarbeit, darstellen. Die durch die Entwicklung der Produktivkräfte sich verändernden Anforderungen an die Produktion von Profit stellen sich so notwendig dar als Stufen in der Entwicklung des kapitalistischen Eigentums. *Diese Entwicklungsstufen des kapitalistischen Eigentums sind notwendige Formen eines kapitalistischen Enteignungsprozesses,* ohne den es keine Entwicklung in dieser Ausbeuterordnung gibt. Diese Überlegung spielt bei unseren „Kritikern" überhaupt keine Rolle, obwohl es die Frage aller Fragen ist. *Das Monopol ist nur begreiflich als eine Entwicklungsstufe des dem Kapitalismus immanenten Enteignungsprozesses,* nicht als irgendein fertiges oder irgendwie sich schlechthin vergrößerndes Machtgebilde. Nur als Enteignungs-

prozeß kann man die innere Kerngestalt des Monopols, seinen Funktionsmechanismus, begreifen. Von dieser Seite erweist sich das Monopol als eine zwangsläufige *Stufe* der Entwicklung des Kapitalverhältnisses. *Auch von dieser Seite erweist sich die Monopoltheorie als untrennbarer Bestandteil der gesamten Theorie des Kapitalismus, und ihre Gesetze sind von dieser abzuleiten.*" *Peter Hess*, ... a.a.O., S. 830 f.; vgl. auch *derselbe*, Methodologische und theoretische Probleme der Imperialismusforschung, in: Wirtschaftswissenschaft 2/1974, besonders S. 192—201.

40 W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin, Werke, Bd. 22, S. 209.

41 W. I. Lenin, Der Imperialismus . . . , in: Lenin, Werke, Bd. 22, S. 209.

42 *Margaret Wirth*, Zur Kritik . . . a.a.O., S. 23 f.

43 *Margaret Wirth*, Zur Kritik . . . a.a.O., S. 23.

44 *Ilan Raisin*, Allgemeine Untersuchung oder bloße empirisch-historische Anwendung. Zur sogenannten Kritik der Imperialismustheorie, in: Sopo 19, August 1972, besonders S. 73 ff.

45 „Aber es muß klar sein: Die Tendenz zur Ausgleichung der Profitrate, die Verwandlung des Werts in Produktionspreis, schließlich in Marktproduktionspreis, der Durchschnittsprofit, der durchschnittliche Kostpreis in einer Sphäre etc. sind bereits Bestimmungen, die eine *Form* der Konkurrenz kennzeichnen. Sie wären total mißverstanden — und es läßt sich eine solche kausale Beziehung auch überhaupt nicht herstellen — wenn sie genommen würden als begriffliche Bestandteile der Konkurrenz selbst, wenn sie identifiziert werden würden mit der Durchsetzungsweise der inneren Gesetze schlechthin." Ebenda, S. 74.

46 Vgl. vor allem Grundrisse . . . , S. 317, 450, 542 ff.; vgl. ferner das von Samezo Kuruma herausgegebene *Marx-Lexikon* zur Politischen Ökonomie, Bd. I, Konkurrenz, Glashütten/Berlin 1973, S. 3—29. Aus den hier ausgeführten Zitaten geht hervor, daß Marx in der Tat den allgemeinen Begriff von Konkurrenz mit dem Begriff der freien Konkurrenz gleichsetzte.

47 Aber: „Freie Konkurrenz im Imperialismus und im vormonopolistischen Kapitalismus ist durchaus nicht dasselbe. Im Imperialismus wird die freie Konkurrenz von der Herrschaft der Monopole geprägt. Erstens bleibt der freien Konkurrenz nur wenig Raum, da der Anteil der kleinen und mittleren Unternehmer in der Volkswirtschaft unbedeutend ist. Zweitens werden die meisten miteinander konkurrierenden kleinen und mittleren Kapitalisten direkt oder indirekt von den Monopolen kontrolliert. Drittens wird der Konkurrenzkampf zwischen den kleinen und mittleren Kapitalisten im Imperialismus angesichts ihrer außerordentlich schwierigen Existenzbedingungen unvergleichlich härter. Viertens schließlich werden die vielen Kleinunternehmer, die miteinander konkurrieren, von den Monopolen für ihre erbitterten Konkurrenzschlachten ausgenutzt." Lehrbuch 1970, S. 503/504.

48 Daß die quantitative Fixierung dieser Richtschnur als konkreter Maßstab, die quantitative Festsetzung einer Monopolprofitrate ein ungelöstes Problem ist, ändert nichts an der Richtigkeit des Prinzips der Aneignung von überdurchschnittlichem Profit durch die Monopole und von unterdurchschnittlichem Profit durch die Nichtmonopole. Auch das Prinzip des Profitratenausgleichs im vormonopolistischen Kapitalismus sagt ja nichts über die quantitative Höhe der ausgeglichenen Profitrate aus.

49 Vgl. z. B. *Margaret Wirth*, Zur Kritik . . . a.a.O., S. 29.

50 „Es handelt sich um die notwendig gewaltsame Ausdehnung des für den Kapitalismus typischen Enteignungsprozesses über die unmittelbaren Produzenten hinaus auf die Kapitalisten selbst. Es ist eine Stufe des Kapitalverhältnisses, die — wie Lenin es in voller Übereinstimmung mit Marx formulierte — die Negation wesentlicher Grundeigenschaften des Kapitalismus im Rahmen des Kapitalismus selbst bedeutet. Und ich wiederhole gern den von den Kritikern so heruntergeputz-

ten Satz: Das Monopol widerspricht bereits dem Kapitalismus seinem Begriff gemäß, entspricht dem Kapitalismus im Stadium seines Sterbens." *Peter Hess,* Fragen . . . a.a.O., S. 833.

51 *Karl Marx,* Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1953, S. 544 f.

52 Hier herrscht eine große Einheitlichkeit in der Kennzeichnung bei den sonst durchaus verschieden akzentuierten Lehrbüchern:

„Das Monopol im gegenwärtigen Kapitalismus (dagegen) stellt eine relativ stabile ökonomische Erscheinung dar, es sichert einen systematischen Extraprofit, und zwar nicht durch Aneignung dieser oder jener technischen Neuerung, sondern durch die Inbesitznahme der Hauptmasse der Produktionsmittel." (Lehrbuch 1970, a.a.O., S. 492)

„Aus dem Gesagten folgt, daß die Industriemonopole gigantische Betriebe oder Vereinigungen von Industriekapitalisten sind, die einen bedeutenden Anteil an der Warenproduktion in ihren Händen konzentrieren und ihre Herrschaft für die Aneignung hoher Monopolprofite ausnutzen." (Lehrbuch 1971, a.a.O., S. 373)

„Aber um welche Formen es sich auch handelt, möglich ist die Erzielung von Monopolpreisen nur dadurch, daß die Monopole einzeln oder kollektiv die Produktion, die Rohstoffquellen, die wissenschaftlichen Patente usw. beherrschen. Dadurch wird es jedem „Außenseiter" außerordentlich erschwert, andere Preise ‚zu machen' als die der ausschlaggebenden Monopole." (Lehrbuch 1973, a.a.O., S. 156)

53 Insofern ist auch der Hinweis darauf, daß auch große Kapitale zuweilen nur einen durchschnittlichen, manchmal sogar nur einen unterdurchschnittlichen Profit oder gar einen Verlust machen, ebensowenig ein Argument gegen ihren Monopolcharakter, wie der Hinweis darauf, daß bei normalen Kapitalen die Marktpreise teils unter, teils über dem Produktionspreis liegen, ein Argument gegen die Existenz des Produktionspreises ist. Entscheidend ist, daß der Profit monopolistischer Kapitale über einen längeren Zeitraum hinweg über dem Durchschnittsprofit liegt.

54 Die Verwendung des Begriffes „monopolistischer Extraprofit" — wie er etwa im Lehrbuch 1970, S. 541 gebraucht wird — halte ich in diesem Zusammenhang für problematisch und nur beschränkt richtig. Zwar gilt selbstverständlich, daß der Grund für Extraprofite, bessere individuelle Produktionsverfahren und individuelle Stückkostensenkungen, auch und gerade bei Monopolen anfällt. Wenn das spezifisch Monopolistische des monopolistischen Extraprofites die lange Dauer des Extraprofites ist, dann entfällt notwendigerweise mit zunehmender Verbreitung und Ausdehnung des Monopols in immer stärkerem Maße die für den Extraprofit ganz allgemein konstitutive Unterscheidung zwischen individuellem und gesellschaftlichem Wert (oder Produktionspreis): Je größer der Anteil des Monopols an den Produktionsbedingungen eines Bereiches ist, desto mehr bestimmen die individuellen Produktionsbedingungen und Kosten des Monopols den für den Wert maßgeblichen Branchendurchschnitt. Das bedeutet für die Kapitale, die die monopolistischen Kostensenkungen nicht mitmachen können, daß sie — wenn das Monopol die Kostensenkungen wenigstens zum Teil in den Preisen weitergibt — sich nur noch unterdurchschnittlich verwerten und auf längere Sicht verschwinden müssen, oder aber, daß sie sich wie bisher verwerten, wenn das Monopol die Preise trotz Kostensenkungen (also bei sinkendem gesellschaftlichen Wert) nicht herabsetzt, was freilich ein Ansteigen der branchenspezifischen Nachfrage zur Voraussetzung hätte. Im letzteren Fall aber handelt es sich nicht um zusätzlichen Profit aufgrund des Sinkens der individuellen gegenüber den gesellschaftlichen Kosten (= Extraprofit), sondern um Profit aus der Anhebung (oder Konstanthaltung) der Preise über die individuellen und gesellschaftlichen Kosten (Produktionspreise), die gesunken sind.

55 Es ist mißverständlich, hier von „Quellen" des Monopolprofits zu reden, wie das z. B. im Lehrbuch 1971, S. 380 f., geschieht. Quelle des Monopolprofits ist wie die Quelle jedes anderen Profits auch das Ergebnis menschlicher Arbeit, der Wert, der ohne Bezahlung von den Monopolen angeeignet wird. In unserem Zusammenhang kommt es jedoch darauf an, herauszustellen, woher sich die Monopole diesen Wert aneignen, d. h. wie im Unterschied zum nichtmonopolistischen Kapitalismus die monopolistische Verteilung bzw. Umverteilung der Werte vor sich geht.

56 Anders ist die Sache allerdings im internationalen Rahmen zu beurteilen, in dem die kleinen Warenproduzenten in der Dritten Welt durchaus noch bedeutende Profitlieferanten für die großen internationalen Monopole darstellen.

57 „Quelle des hohen Monopolprofits ist vor allem der Mehrwert, der von den Arbeitern sowohl in den monopolisierten als auch in den nichtmonopolisierten Betrieben geschaffen wird." Lehrbuch 1971, a.a.O., S. 381.

58 Die einzige theoretisch mögliche prinzipielle Alternative zur Erklärung von Monopolprofiten aus der *Umverteilung* von Werten, nämlich die Erklärung aus der veränderten *Bildung* von Werten, wird von Wygodski vertreten. Mit diesem Ansatz, den ich insgesamt für unhaltbar halte, setze ich mich in diesem Aufsatz nicht auseinander, da die dazu notwendigen breiten Ausführungen insbesondere über den Begriff des Marktwertes den Rahmen dieses Beitrags sprengen würden.

59 Lehrbuch 1971 . . . a.a.O., S. 561.

60 Vgl. ebenda . . . , a.a.O., S. 379.

61 Vgl. Lehrbuch 1971, a.a.O., S. 378.

62 Das ist für unseren Zusammenhang allerdings nicht von Interesse, da es sich im Falle einer monopolistischen Eroberung eines bisher schon monopolistisch beherrschten Marktes immer noch um die monopolistische Herrschaft über den Markt handelt, auf dem — mit oder ohne der Zwischenphase des Preiskriegs — am Ende des Prozesses wieder Monopolpreise und Monopolprofite stehen, wenn sie auch möglicherweise anderen Monopolen zugute kommen als bisher.

63 Lehrbuch 1970, a.a.O., S. 543.

64 Robert Katzenstein, Zur Monopolproblematik. Ein Beitrag zur Diskussion um den staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: SoPo 28, Mai 1974, S. 94.

65 „Das Monopol kann in gewisser Weise die Nachfrage beeinflussen, doch im Grunde entwickelt sie sich objektiv, unabhängig vom Willen der Monopolisten" (Lehrbuch 1970, a.a.O., S. 544). „Aber auch die Monopole unterliegen den objektiven ökonomischen Gesetzen. Sie müssen die Aufnahmefähigkeit des Marktes berücksichtigen, das heißt die Kaufkraft der Konsumenten und die Kaufkraft ihrer Abnehmer in der materiellen Produktion (Lehrbuch 1973, a.a.O., S. 156). „Die Monopole sind jedoch nicht in der Lage, die Preise willkürlich zu steigern. Überhöhte Preise können nur innerhalb bestimmter Grenzen festgelegt werden, die von objektiven Bedingungen abhängen."(Lehrbuch 1971, a.a.O., S. 562)

66 Lehrbuch 1970, a.a.O., S. 515. „Der Kapitalexport ist eine Erscheinungsform des Monopols überhaupt, eine wesentliche Seite des Monopolisierungsprozesses. . . . Lenin legte das Hauptgewicht auf den Kapitalexport deshalb, weil er Ausdruck einer der Grunderscheinungen des monopolkapitalistischen Stadiums ist — das Entstehen eines *relativen Kapitalüberschusses*" (Lehrbuch 1973, a.a.O., S. 165 f.). Zur theoretischen Begründung des Kapitalexports aus dem relativen Kapitalüberschuß vgl. vor allem *Katja Nehls,* Kapitalexport und Kapitalverflechtung, Frankfurt M. 1970, Kapitel 1.

67 Insofern sind auch die Erklärungen, die den Kapitalexport aus der Sicht des Kapitals, in Bereiche mit höherer Profitrate abzuwandern, erklären, zwar im Ergebnis in der Regel nicht falsch, aber unzureichend begründet (vgl. Lehrbuch 1971, a.a.O., S. 410 f.; Lehrbuch 1973, a.a.O., S. 167).

68 Vgl. Lehrbuch 1971, a.a.O., S. 557.
69 Vgl. Lehrbuch 1971, a.a.O., S. 563.
70 Vgl. Lehrbuch 1973, a.a.O., S. 155.
71 Lehrbuch 1973, a.a.O., S. 155.
72 „Der Monopolkapitalismus bringt kein besonderes, nur ihm eigenes Ziel der Produktion hervor. Auch im Imperialismus besteht es darin, maximalen Mehrwert oder Maximalprofit zu erwirtschaften. Doch hat im vormonopolistischen Kapitalismus der Kampf der Kapitalisten um die maximale Profitrate und -masse bewirkt, daß gleichgroße Kapitale auch gleichgroße Profite einbrachten. Das Prinzip des gleichen Profits für gleich große Kapitale konnte sich nur bei relativer Gleichheit in den Funktionsbedingungen des Kapitals realisieren. ... Die ökonomischen Bedingungen des Imperialismus bewirken, daß die Monopole systematisch Extraprofite erzielen, die für alle anderen Kapitalisten unerreichbar sind. In diesem Sinne, im Sinne der objektiven Bedingtheit, ist der monopolistische Extraprofit im Imperialismus eine ökonomische Notwendigkeit. Hier tritt das Prinzip des ungleichen Profits für gleichgroße Kapitale, das neue, ungleiche Funktionsbedingungen des Kapitals zum Ausdruck bringt, in den Vordergrund." (Lehrbuch 1970, a.a.O., S. 541/2; vgl. auch Lehrbuch 1973, a.a.O., S. 153)
73 Vgl. W. I. Lenin, Der Imperialismus ... a.a.O., S. 298 ff.
74 Vgl. z. B. *Margaret Wirth*, Zur Kritik ... a.a.O., S. 18. *Christel Neusüss*, Imperialismus ... a.a.O., S. 43.
75 *Lenin*, Der Imperialismus ... a.a.O., S. 209.
76 Vgl. dazu Lehrbuch 1971, a.a.O., S. 558 f.
77 *Robert Katzenstein*, Zur Monopolproblematik, ... a.a.O., S. 103.
78 Der Einfachheit halber nehmen wir an, die Maschine werde in 100 Arbeitsstunden ganz verbraucht.
79 MEW 23, S. 414. Vgl. auch MEW 25, S. 272 f.: „Für das Kapital also gilt das Gesetz der gesteigerten Produktivkraft der Arbeit nicht unbedingt. Für das Kapital wird diese Produktivkraft gesteigert, nicht wenn überhaupt an der lebendigen Arbeit, sondern nur wenn an dem *bezahlten* Teil der lebendigen Arbeit mehr erspart als an vergangner Arbeit zugesetzt wird, wie dies bereits Buch I, Kap. XIII, 2, S. 409/398 kurz angedeutet worden. Hier fällt die kapitalistische Produktionsweise in einen neuen Widerspruch. Ihr historischer Beruf ist die rücksichtslose, in geometrischer Progressive vorangetriebne Entfaltung der Produktivität der menschlichen Arbeit. Diesem Beruf wird sie untreu, sobald sie, wie hier, der Entfaltung der Produktivität hemmend entgegentritt. Sie beweist damit nur aufs neue, daß sie altersschwach wird und sich mehr und mehr überlebt."
80 *Lenin:* Der Imperialismus ... a.a.O., S. 281.
80a Zum aktuellen Stand der Produktivkraftentwicklung vgl. Projekt Automation und Qualifikation: Automation in der BRD. Argument-Sonderband AS 7. Berlin/West 1975.
81 „Produktivere Technik wird durchaus eingeführt, aber es handelt sich um eine Technik, die teils sehr weit hinter dem bereits erreichten technischen Entwicklungsstand zurückbleibt, wie er sich bereits vereinzelt in modernsten Anlagen darstellt." *Robert Katzenstein*, Politik und Ökonomie im gegenwärtigen Kapitalismus, Zur Frage des tendenziellen Falls der Profitrate, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/1973, S. 722, vgl. auch *ders.*, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in Prokla 8/9, bes. S. 8—10; *ders.*, Zur Monopolproblematik, a.a.O. bes. S. 102 ff.
82 Lehrbuch 1971, a.a.O., S. 473; vgl. auch Lehrbuch 1973, a.a.O., S. 185. „Im Unterschied zum Kapitalismus der freien Konkurrenz besteht nunmehr die ökonomische Möglichkeit, daß einzelne Monopole Erfindungen und Patente aufkaufen, ohne sie in die Produktion zu überführen, oder daß in einzelnen Zweigen eine längere Zeit hindurch die Produktionstechnik wenig entwickelt wird, weil die

Marktbeherrschung einiger weniger Monopole durch keinerlei Konkurrenzdruck gefährdet erscheint." Ebenda, S. 186: Die Folge der Monopolisierung ist, „daß der ökonomische Zwang zum technischen Fortschritt nachläßt, da mit veralteter Technik hohe Monopolprofite realisiert werden können".

83 „Die Möglichkeit, durch technische Verbesserungen die Produktionskosten herabzumindern und die Profite zu erhöhen, begünstigt natürlich Neuerungen", *Lenin*, Der Imperialismus, a.a.O., S. 281, vgl. auch Lehrbuch 1971, a.a.O., S. 474, Lehrbuch 1973, a.a.O., S. 187.

84 *Lenin*, Der Imperialismus . . . a.a.O., S. 281.

85 Vgl. *Margaret Wirth*, Zur Kritik . . . a.a.O., S. 18, *Christel Neusüss*, Imperialismus, a.a.O., S. 42 ff.

86 *Margaret Wirth*, Zur Kritik . . . a.a.O., S. 18.

87 *Robert Katzenstein*, Zur Monopolproblematik, . . . a.a.O., S. 103/4.

88 MEW 25, S. 262 f.

89 Vgl. MEW 24, 9. Kapitel.

90 Für die BRD zeigt sich das besonders deutlich in der gegenwärtigen Krise: Eine in der Geschichte der BRD noch nie dagewesene Höhe der Konkurszahlen — die zu über 90 % auf Betriebe mit weniger als 200 Beschäftigten entfällt — geht einher mit einer ebenfalls noch nie dagewesenen Rekordzahl von Fusionen und einer durchweg besseren Kapitalverzinsung der Großunternehmen. Vgl. *Jörg Huffschmid*, Zum Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Der Einfluß von Überakkumulation und Kapitalkonzentration auf die Bedingungen und Perspektiven fortschrittlicher Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/75, S. 397 ff.

91 MEW 25, S. 269.

92 Eine derartige längerandauernde Stagnationsphase, die selbst noch einmal zyklisch verläuft, ist seit Beginn der sechziger Jahre in den USA zu beobachten. Sie läßt sich aber auch aus der Entwicklung der BRD-Wirtschaft in den letzten Jahren ablesen und für die nächste Zukunft prognostizieren. Vgl. hierzu *Hans-Joachim Höhme/Horst Hanke/Rolf Gutermuth*, Zwischen Krise und „Stagflation". Die BRD-Wirtschaft in ihrem 5. Nachkriegszyklus, in: IPW-Berichte 3/1973, S. 13 ff.

93 Vgl. hierzu *Peter Hess*, Monopol, Rationalität und gleichgewichtiges Wachstum, in: Marxismus-Digest 3/1971, S. 68 ff.

94 Der Kapitalexport steht als Strategie fast ausschließlich den größeren Kapitalen, die über Auslandsverbindungen verfügen und die notwendigen Mittel zu ihrer Herstellung aufbringen können, zur Verfügung.

95 Die Schaffung und Erweiterung der „allgemeinen Produktionsbedingungen" durch den Staat stellt sich konkret als ein Bündel von Einzelmaßnahmen dar, die im wesentlichen schon im Stadium ihrer Planung von den Interessen der mächtigsten Kapitalgruppen beeinflußt werden und im Stadium ihrer Durchsetzung und Ausnutzung wiederum nicht ganz abstrakt dem Gesamtkapital, sondern konkret in der Hauptsache bestimmten, eben den mächtigsten Kapitalen zugute kommen.

96 Für die Gegenwart gilt insbesondere, daß die staatsmonopolistische Intervention und die Konfrontation der gesellschaftlichen Systeme eine Reihe weiterer Modifikationen des Reproduktionsprozesses bewirken, für die Monopolisierung zwar notwendige aber nicht hinreichende Voraussetzung ist und die daher hier nicht behandelt werden. Hierzu gehört vor allem das Phänomen der Inflation und der Stagflation, das zwar die monopolistische Preissetzung zur Basis hat, aber nicht ohne die außerordentliche Zunahme der staatlichen Aktivitäten zu erklären ist.

97 Vgl. Lehrbuch 1970, a.a.O., S. 546 f., Lehrbuch 1971, a.a.O., S. 563 f.

98 Lehrbuch 1971, a.a.O., S. 563.

99 Lehrbuch 1970, a.a.O., S. 501; vgl. auch Lehrbuch 1973, a.a.O., S. 214 f.

100 So vor allem *Volker Ronge/Günter Schmieg*, Restriktionen politischer Planung, Frankfurt/M. o. J. (1973) und *Margaret Wirth*, Zur Kritik . . . , S. 35 ff.
101 Christel Neusüss, Imperialismus . . . a.a.O., S. 33 ff.
102 Lenin, Der Imperialismus . . . , a.a.O., S. 302.
103 Lehrbuch 1973, a.a.O., S. 205.
104 Lenin, Der Imperialismus . . . , a.a.O., S. 211.

Robert Katzenstein

Zur Frage des Monopols, des Monopolprofits und der Durchsetzung des Wertgesetzes im Monopolkapitalismus

I. Einleitendes
II. Zum Wesen der Monopole und des Monopolprofits
III. Die Entwicklung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses und die objektiven Bedingungen für die Ausbildung des Monopols
IV. Einige Grenzen der ökonomischen Verwertung des Monopols — zur Durchsetzung des Wertgesetzes unter monopolistischen Bedingungen

I. Einleitendes

In der vorangestellten Arbeit hat Jörg Huffschmid, ausgehend vom Akkumulationsprozeß des Kapitals, wie er von Marx entwickelt wurde, die Notwendigkeit der Ausbildung des Monopols abgeleitet. Meine Monopolauffassung ist allgemeiner und weiter gefaßt als die Huffschmids, aber sie geht von der gleichen Grundauffassung aus; und ich möchte hier, gewissermaßen parallel zu seiner Darstellung, einige Fragen des Monopolbegriffs, des Monopolprofits und der Durchsetzung des Wertgesetzes anschneiden, und zwar wiederum ausgehend von Marx und Engels, auf denen auch Lenin seine Imperialismustheorie aufbaut. Es kommt mir dabei besonders darauf an, den theoretischen Gleichklang der Klassiker der marxistischen Theorie hervorzuheben, auch wenn hier teilweise Fragen behandelt werden, die von Lenin nur am Rande und von Marx und Engels nur in ganz anderem Zusammenhange bzw. auf ganz anderer Grundlage behandelt wurden.

So viel auch über das Monopol diskutiert wird, erstaunlicherweise wird dabei die Marxsche Untersuchung der Grundrente weitestgehend ausgeklammert[1]. Dabei stößt man in diesem Abschnitt in Marx' „Kapital" auf Aspekte, die gerade im Zusammenhang mit der Problematik des modernen, kapitalistischen Monopols von außerordentlichem Interesse sind. Wohlgemerkt, wenn man sich den Abschnitt über die Grundrente im „Kapital" ansieht, muß man sich voll darüber im klaren sein, daß Marx dort das Bodenmonopol behandelt und nichts anderes. Er verweist die Untersuchung des modernen Monopols ausdrücklich in einen anderen Problemkomplex, in den Komplex der Konkurrenz[2]. Es lag auch gar nicht in Marxens Wesen, Probleme eingehend zu untersuchen, die überhaupt noch nicht vorhanden oder nicht von allgemeiner Bedeutung waren. Wir finden bei ihm zwar Projektionen entwickelter Gedanken in die Zukunft, aber wir finden sie als Hinweise oder Thesen, oft nur Hypothesen, nie aber als ausgearbeitete Problem-

stellungen oder Problemlösungen. Zum Beispiel finden wir bei ihm den Hinweis, daß sich mit der Vergesellschaftung der Produktion, ihrer damit verbundenen Konzentration und Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, auch der Minimalumfang des vorzuschießenden Kapitals erweitert und so die Funktion des industriellen Kapitalisten mehr und mehr in ein Monopol großer Geldkapitalisten verwandelt wird: die Kapitalanlage selbst wird zum Monopol der Großkapitale[3]. Marx weist hier also bereits darauf hin, daß aus dem Akkumulationsprozeß des Kapitals heraus künstliche Monopolbedingungen[4] entstehen können, daß hier Bedingungen gesetzt werden, die zur Einschränkung der Konkurrenz und zur Monopolisierung dieser Anlagesphären durch das Großkapital führen. Weitergeführt hat Marx diese Untersuchung nicht. Dazu bestand auch keine ausdrückliche Veranlassung, denn die Konzentration der Produktion war überhaupt noch nicht so weit gediehen, daß die daraus erwachsenden Schranken für die Konkurrenz schon in nennenswertem Umfang zur Monopolbildung führen konnten. Das Monopol von wirklicher Bedeutung zu Marxens Zeiten war das Bodenmonopol. Dieses untersucht er daher auch gründlich; er widmet ihm fast zweihundert Seiten seines Hauptwerkes[5]. Die Bedeutung des Bodenmonopols wird einem klar, wenn man sich die relative Größenordnung der landwirtschaftlichen Produktion vor Augen hält: Von der Landwirtschaft lebten Mitte des vorigen Jahrhunderts in solchen Ländern wie Frankreich und Deutschland noch rund 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung. Es war also ein sehr gewichtiger Bereich, der in seiner Entwicklung den durch das Bodenmonopol geprägten Bedingungen unterworfen war.

Hier haben wir auch gleich die Frage angeschnitten, die Marx in den Mittelpunkt seiner Untersuchung stellt und die uns sagt, warum die Analyse des Monopols wichtig ist: „Für uns ist die Betrachtung der modernen Form des Grundeigentums nötig," so schreibt er, „weil es überhaupt gilt die bestimmten Produktions- und Verkehrsverhältnisse zu betrachten, die aus der Anlage des Kapitals in der Landwirtschaft entspringen. Ohne das wäre die Analyse desselben nicht vollständig"[6]. D. h. hier bestehen besondere Bedingungen für die Bewegung des Kapitals, und es gilt festzustellen, wie sie auf die Produktions- und Verkehrsverhältnisse einwirken[7]. Dabei ist es in diesem Zusammenhang nicht von Bedeutung, daß das private Grundeigentum allgemein genommen als Basis der Ausbeutung fungiert. Darin unterscheidet es sich, vom Wesenskern her, in keiner Weise vom Privateigentum an den Produktionsmitteln schlechthin. Nicht das Grund*eigentum* interessiert ihn, sondern das darauf aufbauende Boden*monopol*! Marx sagt das auch gleich in seinem einleitenden Satz: Uns interessiert das Grundeigentum nur, soweit es dem Kapital einen Teil des von ihm erzeugten Mehrwerts entreißt[8]. In dieser Beziehung ist es aber ein Problem von zentraler Bedeutung. Die Tatsache, daß das Grundeigentum Mehrwertteile an sich zieht, fällt in zweierlei Hinsicht aus dem Rahmen der gerade zuvor von Marx entwickelten Gesetzmäßigkeiten der Profitverteilung. Erstens zieht das Grundeigentum Mehrwertteile an sich, obwohl es keinen funktionalen Zusammenhang zum Reproduktionsprozeß hat; zweitens durchbricht es das Gesetz der Durchschnittsprofitrate. Damit aber wird auch das Problem der Produktionsregulierung, d. h. der Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die einzelnen Zweige der Produktion, unter kapitalistischen Bedingungen neu aufgeworfen.

Wir erinnern uns, daß Marx im ersten Band des „Kapital" den kapitalistischen Produktionsprozeß von seinen zwei Seiten her darstellt: als arbeitsteiligen Prozeß der Warenproduktion und als Verwertungsprozeß des Kapitals. Im zweiten Band stellt er den Zirkulationsprozeß dar, und am Ende der beiden Bände erscheint der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß als ein einheitliches Ganzes, dessen einzelne Teile in einem inneren Zusammenhang zueinander stehen. Die Frage ist dann, wie sich dieser innere Zusammenhang realisiert. Das Ganze erscheint uns zwar als arbeitsteiliger gesellschaftlicher Reproduktionsprozeß, aber zugleich doch auch als wild durcheinander wirbelnde Bewegung einer Vielzahl von Kapitalen. Wir wissen, daß sich die einzelnen Kapitale nach dem Profit bewegen. Aber wie wird diese Bewegung so reguliert, daß sie sich nach dem inneren Zusammenhang ausrichtet, ihn reflektiert und herstellt? Dabei taucht gleich noch eine zweite Frage auf. Jedes Kapital nimmt in seinem Kreislauf nacheinander verschiedene Formen an, u. a. die des Geldkapitals und die des Warenkapitals. Diese Formen entwikkeln sich schließlich zu selbständigen Existenzformen des Kapitals. Es besteht eine Sphäre der Zirkulation, und der Zirkulationsprozeß erscheint als Vermittlung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Es ist natürlich durchaus einleuchtend, daß die Spezialisierung bestimmter Funktionen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß die Arbeitsproduktivität erhöhen kann. Dennoch ist für den Fluß des Kapitals in die Sphären der Zirkulation, für seine Verselbständigung in diesen Funktionen, seine Verwertung erforderlich, und es muß geklärt werden, wie es zu dieser Verwertung kommt, obwohl in diesen Sphären gar kein Mehrwert produziert wird.

Um diese Fragen geht es Marx im dritten Band des „Kapital". Das fällt schon ins Auge, wenn man sich die Gliederung ansieht: Er behandelt dort die Verwandlung des Mehrwerts in den Profit und die des Profits in den Durchschnittsprofit, die Verwandlung des Warenkapitals in das Warenhandlungskapital und die des Geldkapitals in das Geldhandlungskapital sowie die Herausbildung der diesen Existenzformen des Kapitals entsprechenden Mehrwertformen (Handelsprofit etc.). Sie sind Ergebnis und zugleich auch Bedingung dieses Verselbständigungsprozesses. In diesen Untersuchungen kristallisiert sich der Regulierungsmechanismus heraus: Das Kapital strömt in die Sphären mit höchstem Profit. Es steigert dort die Produktion über die Nachfrage und drückt so die Profitrate herab, bis der Kapitalzufluß stoppt. Über diese Bewegung der Kapitale, deren Ergebnis stets die Durchschnittsprofitrate ist, stellt sich der innere Zusammenhang des Reproduktionsprozesses her[9]. So gesehen, ist das Gesetz der Durchschnittsprofitrate also ein zentrales Gesetz der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige unter kapitalistischen Bedingungen, es ist — freien Fluß der Kapitale vorausgesetzt — Durchsetzungsform des Wertgesetzes.

Das Ganze, so wie bisher dargestellt, erscheint fugenlos. Auch die Verwertung des Kapitals in Sphären, in denen kein Mehrwert erzeugt wird, beruht auf einem Umverteilungsprozeß von Mehrwert, der seine Basis im funktionalen Gesamtzusammenhang des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses hat. Um diese funktionalen Zusammenhänge und ihre Bewegung zu erfassen und darzustellen, ist ja die Unterscheidung zwischen Mehrwert und Profit wesentlich nötig. Der Profit löst sich, das einzelne Kapital betrachtet,

von seiner Substanz, dem Mehrwert. Für das Gesamtkapital entspricht die Mehrwertmasse der Profitmasse. Für das einzelne Kapital gilt das nicht; es wird im Verhältnis seiner Größe zum Gesamtkapital am Gesamtprofit beteiligt, unabhängig davon, ob dieser Profitteil in seiner Sphäre produziert worden ist oder nicht. Diese Loslösung des Profits von seiner Substanz bildet die Grundlage für den Ausgleich der Profitraten und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Sphären von Produktion und Zirkulation.

Hier kommt nun das Bodenmonopol ins Spiel. Es scheint jede der bisher von Marx entwickelten Gesetzmäßigkeiten auf den Kopf zu stellen. Das Grundeigentum erscheint als Basis der Aneignung von Mehrwert und zwar nicht schlechthin des Durchschnittsprofits — den sichert das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln ganz allgemein ohnehin —, sondern eines Surplusprofits, über den Durchschnittsprofit hinaus und zwar ohne jeglichen Funktionalzusammenhang zum Reproduktionsprozeß[10]. Ein Teil des Mehrwerts wird dem Ausgleichsprozeß der Profitraten entzogen, das Gesetz der Durchschnittsprofitrate durchbrochen. Auch das Gesetz kapitalistischer Preisbildung wird durchbrochen. Das Bodenmonopol erscheint also als Faktor, der neue Bedingungen für die Wirkungsweise mancher ökonomischer Gesetze des Kapitalismus setzt. Und es wirkt, wie gesagt, in einem sehr breiten Sektor. Deshalb die Gründlichkeit, mit der Marx dieses Problem untersucht. Es geht um die Regulierung der kapitalistischen Produktion, d. h. um die Wirkungsweise des Wertgesetzes unter *diesen* Bedingungen.

Ich will hier nicht im einzelnen darstellen, wie Marx diese Frage löst. Einfach deshalb nicht, weil es doch wesentliche Unterschiede zu der Monopolproblematik gibt, vor der wir heute stehen und die wir zu untersuchen haben. Eine kurze Skizze mag daher genügen. Marx weist z. B. nach, daß sich die Bewegung des *Kapitals* in der Sphäre landwirtschaftlicher Produktion durchaus in Übereinstimmung mit dem Gesetz der Durchschnittsprofitrate vollzieht. Grundeigentümer und landwirtschaftliche Kapitalisten bilden getrennte Klassen. Das Grundeigentum hebt die Bewegung der Kapitale in diesem Bereich nicht auf, es belegt sie nur gewissermaßen mit einer Steuer, d. h. es bewirkt, daß sie mehr als den Durchschnittsprofit erwirtschaften müssen, um sich hier bewegen zu können. Drückt die Grundrente den Profit unter das durchschnittliche Niveau, so stoppt das den Zufluß von Kapital in diesen Bereich, ganz wie üblich. Ist es aber dort tätig, so bildet die Grundrente immer ein zusätzliches, dem Ausgleich der Profitraten entzogenes Element des Produktionspreises; in diesem Bereich setzt er sich aus Kostpreis + Durchschnittsprofit + Grundrente zusammen. Ohne Durchschnittsprofit keine Bewegung des Kapitals in der Landwirtschaft, aber ohne Grundrente keine Freigabe des Bodens als Bedingung für diese Bewegung. Daher die Notwendigkeit des Surplusprofits für den Ablauf des ganzen Prozesses. Das ist die Wirkung des Bodenmonopols. Wir haben hier also schon eine Form der Durchsetzung des Wertgesetzes unter Monopolbedingungen, und das Monopol hebt das Wirken des Wertgesetzes keineswegs auf[11], obwohl es in Gestalt der Rente gewissermaßen einen Monopolprofit als Bedingung der Kapitalbewegung setzt[12].

Soweit zur Problematik, um die es hier geht. Kommen wir jetzt zum Wesensinhalt des Monopolbegriffs.

II. Zum Wesen des Monopols und des Monopolprofits

Das Monopol, das Marx analysiert, unterscheidet sich, wie schon gesagt, vom modernen kapitalistischen Monopol. Er untersucht es aber gerade im Hinblick auf seine Stellung im kapitalistischen Ausbeutungsprozeß, als Form des Ausbeutungsverhältnisses, und er entwickelt daher für meine Begriffe hier auch schon den Wesensinhalt des Monopolbegriffs, den Kern der Monopolproblematik, freilich immer anhand des Grundeigentums. „Das Grundeigentum", so schreibt er, „setzt das Monopol gewisser Personen voraus, über bestimmte Portionen des Erdkörpers als *ausschließliche Sphären* ihres Privatwillens, mit Ausschluß aller anderen zu verfügen. Dies vorausgesetzt, handelt es sich darum, den ökonomischen Wert, d. h. die Verwertung dieses Monopols ... zu entwickeln. Mit der juristischen Macht dieser Personen, Portionen des Erdballs zu brauchen oder zu mißbrauchen, ist nichts abgemacht. Der Gebrauch derselben hängt ganz und gar von *ökonomischen Bedingungen* ab, die von ihrem Willen unabhängig sind"[13]. Marx entwickelt dann diese ökonomischen Bedingungen dahingehend, daß der Boden als Produktionsbedingung notwendig werden muß. Es darf sich also nicht um ein Hochmoor in Alaska handeln — es sei denn, Erdöl werde dort gefunden —, sondern es geht um Land, das als Produktionsbedingung unter den jeweils gegebenen Umständen in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß einbezogen wird, für ihn notwendig ist. In diesem Falle läßt sich das alleinige Verfügungsrecht über diese Portion des Erdkörpers ökonomisch verwerten: Der Grundeigentümer gibt es nicht zur Nutzung frei, es sei denn, er erhält ein Entgelt dafür. An diesem Monopol kommt das Kapital nicht vorbei. Braucht es den Boden als Produktionsbedingung für seinen Produktions- und Verwertungsprozeß, so muß es Grundrente zahlen, d. h. es muß in seinem eigenen Prozeß einen Surplusprofit, über den Durchschnittsprofit hinaus, erwirtschaften, der sich dann als Grundrente niederschlägt, in die Tasche des Grundeigentümers wandert.

Durchdenken wir die Marxschen Darlegungen zum Bodenmonopol weiter, verallgemeinern wir sie, so haben wir hier im Grunde schon eine Definition des Monopolbegriffs. Worauf kommt es beim Monopol an? Auf die Ausschließlichkeit der Verfügungsgewalt über bestimmte Bedingungen des Reproduktionsprozesses. Beide Seiten müssen beachtet werden: einerseits das Moment der Herrschaft, die ausschließliche Verfügungsgewalt, andererseits die Bedingungen des Reproduktionsprozesses. Nur in diesem Zusammenhang, wenn bestimmte Reproduktionsbedingungen monopolistisch beherrscht werden, läßt sich diese ausschließliche Verfügungsgewalt ökonomisch verwerten. Sie wird dann zum Mittel der Aneignung eines Zusatzprofits[14]. Grundlage des Monopols ist natürlich das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Aber was sich hier ausmünzt, ist nicht dieses Privateigentum schlechthin, sondern gerade die Tatsache, daß auf ihm die Alleinherrschaft über bestimmte Reproduktionsbedingungen aufbaut[15]. Diese Beherrschung von Reproduktionsbedingungen zahlt sich hier aus.

Wenn wir jetzt das Monopol kurz definieren wollen, so können wir sagen, Monopole sind ökonomische Machtpositionen des Kapitals, die auf der Beherrschung bestimmter Zusammenhänge des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses beruhen und die es ihm ermöglichen, sich Monopolprofite an-

zueignen[16]. Wenn wir von dieser Definition des Monopolbegriffs ausgehen, so müssen wir auch den Monopolprofit weiter fassen, als das bisher gebräuchlich ist. Unter Monopolprofit wird bislang eigentlich immer ein Zusatzprofit, über den Durchschnittsprofit hinausgehend, verstanden. Damit wird in der Tat auch der wesentliche Kern erfaßt, auf den es ankommt. Die Bewegung des Monopolkapitals wird sicherlich nicht durch einen Profit bestimmt, der unter dem Durchschnitt liegt, und es ist gerade der Zusatzprofit, der den Monopolprofit charakterisiert. Was aber den Monopolprofit von jedem anderen Profit unterscheidet, ist nieht die Tatsache, daß es sich um einen Extraprofit handelt — Extraprofit entspringt auch aus dem Produktivitätsvorsprung einzelner Kapitale. Es ist auch nicht die Spaltung des hier angesaugten Mehrwerts in Profit und Grundrente — darin drückt sich nur die personelle Trennung von fungierendem Kapitalisten und Monopoleigentümer aus —, sondern es ist die Quelle, aus der er entspringt: die Herrschaft über bestimmte Zusammenhänge des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses[17]. Diese Herrschaft muß man auch als Kriterium der Begriffsdefinition hervorheben. Jeder Profit, wie immer er aueh produziert wird, ist stets Monopolprofit, wenn nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln schlechthin, *sondern eben diese Macht der ausschließlichen Verfügungsgewalt über Produktionsbedingungen oder Reproduktionszusammenhänge die Grundlage seiner Aneignung ist*[18]. Für uns heute ist es wichtig, diesen Begriff so allgemein zu fassen, weil er nicht nur die Bedeutung des Monopols als Hebel zur Aneignung von Profit betont, sondern weil heute häufig Prozesse ablaufen, in denen die Verwertungskraft des Monopols dazu eingesetzt werden muß, um das Kapital vor der Vernichtung zu bewahren und es einfach zu reproduzieren. In solehen Fällen erscheint in den Monopolbilanzen oft nur ein sehr geringer, manchmal sogar überhaupt kein Profit. Derartigen Vorgängen liegen Prozesse der Kapitalvernichtung zugrunde, die im gegenwärtigen Entwicklungsstadium des Kapitalismus recht häufig sind. Es geht faktisch um die Abwälzung von Kapitalverniehtung — die aus den systemeigenen Widersprüchen notwendig entsteht — vom Monopol auf die Gesellschaft.

Wir können diese Prozesse hier nicht im Einzelnen abhandeln. Spektakulär treten sie gerade in fortlaufenden Preiserhöhungen in der Automobilindustrie seit Beginn 1974 in Erscheinung; über sie wird offensichtlich die der Krise und folglich dem gestörten Umschlag des fixen Kapitals geschuldete Kapitalvernichtung kraft des Monopols auf die Konsumenten abgewälzt. Das ganze Problem ist aber natürlich vielsehichtiger, als es dieses eine Beispiel zeigt. Wie breit jedoch diese vom Monopol induzierten Prozesse wirksam sind[19], zeigt sich im Phänomen der Stagflation. Wie dem aber auch immer sei, fragt man nach dem Inhalt des Monopolprofits, so kommt man an der Tatsache nicht vorbei, daß Kapitalvernichtung immer nur aus dem Profit gedeckt werden kann. Ein solcher Konzern mag daher einen unterdurchschnittlichen oder überhaupt keinen Profit oder sogar einen Verlust ausweisen, er kann dennoch nur einfach reproduzieren, das Kapital erhalten, am Leben bleiben — oder wie immer man das bezeichnen will —, indem er kraft des Monopols oder staatlich gesetzter Monopolbedingungen[20] Nationaleinkommen aus anderen Bereichen an sich zieht und zum Ausgleich der Kapitalvernichtung einsetzt. Wie soll man aber solche Mehrwertteile bezeichnen, wenn nicht als Monopolprofit? Bei derartigen Prozessen handelt es sich nicht

nur um so spektakuläre und vielleicht zeitlich begrenzte Vorgänge wie gerade jetzt in der Automobilindustrie. Das sind ganz regelmäßig ablaufende Vorgänge, und bei einzelnen Konzernen oder in bestimmten Zweigen können sie sich sogar über Jahrzehnte hinziehen[21]. Ganz allgemein kann man sagen, daß es in zunehmendem Maße Bereiche oder aber, innerhalb der verschiedenen Monopolgruppen, einzelne Konzerne gibt, die kraft des Monopols, von ihm getragen, aber ohne die ausgewiesenen Profitraten der anderen zu erreichen, oft über beträchtliche Zeiträume hinweg in die Lage versetzt werden, einfach zu reproduzieren. Wenn wir den Monopolprofit begrifflich fassen wollen, so kommen wir also mit der Kennzeichnung eines Profits über den Durchschnittsprofit hinaus nicht aus. Diese Definition sagt zwar aus, daß das Monopol das Gesetz der Durchschnittsprofitrate durchbrechen kann, aber sie erlaubt noch keine allseitige Erfassung des Monopols und seiner Verwertungskraft, wie wir sie heute brauchen, um alle Prozesse in diesem Zusammenhang zu erfassen. Unter Monopolprofit ist also jeder Profit zu verstehen, der diesem spezifischen Herrschaftsverhältnis entspringt.

Im Grunde kommen wir hier schon zur Frage des Wertgesetzes. Wie verteilt sich unter diesen Umständen die gesellschaftliche Gesamtarbeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion? Gerade die hier angeschnittenen Prozesse lassen diese Frage dringender als vorher erscheinen. Bevor wir uns aber damit beschäftigen, ist erst einmal die Frage nach den Bedingungen des modernen kapitalistischen Monopols, also nach den künstlichen Monopolbedingungen, zu behandeln.

III. Die Entwicklung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses und die objektiven Bedingungen für die Ausbildung des Monopols

Bevor man die Bedingungen untersucht, auf denen das Monopol aufbaut, muß man erst einmal die Entfaltung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses selbst im Zuge der vom Kapital in ungeheurem Tempo vorangetriebenen Vergesellschaftung der Produktion betrachten. Man kann an die ganze Frage nicht statisch herangehen. Das Monopol ist nur als Bewegung und aus der Bewegung heraus zu begreifen. Lassen wir Marx dazu sprechen: „Im ökonomischen Leben unserer Zeit finden sie nicht nur die Konkurrenz und das Monopol, sondern auch ihre Synthese, die nicht eine Formel, sondern eine Bewegung ist. Das Monopol erzeugt die Konkurrenz, die Konkurrenz erzeugt das Monopol."[22] Und man hat fast den Eindruck, er beziehe sich auf die heutige Diskussion und schreibe den Theoretikern, die die Entwicklung in ihrer Analyse aus dem Auge verlieren, ins Stammbuch: „Eben weil die Nationalökonomie den Zusammenhang der Bewegung nicht begreift, darum konnte sich z. B. die Lehre von der Konkurrenz der Lehre vom Monopol ... entgegenstellen."[23] Den Kapitalismus betrachtet, entsteht das Monopol auf einer bestimmten Stufe der Konzentration der Produktion. Es ist die Negation der Konkurrenz, aber es hebt die Konkurrenz nicht auf. Das ist an sich eine Binsenweisheit. Kapitalistische Produktionsverhältnisse vorausgesetzt, kann das Monopol als Form des Kapitalverhältnisses, das den inneren Mechanismus der Profitverteilung durchbricht, also die anderen Kapitale an ihrer empfindlichsten Stelle, der Verwertung, trifft, gar nichts anderes zuwege-

bringen, als die Konkurrenz auf eine höhere Ebene zu heben. Das ist dann aber schon monopolistische Konkurrenz, die sich als Machtkampf entfaltet und die sich als Machtkampf auch immer reproduzieren muß, weil die objektiven Bedingungen für das Monopol entstanden sind und monopolistische Beherrschung zum Moment der Kapitalverwertung geworden ist.

Natürlich hat Marx hier noch einen anderen Zusammenhang im Auge, die Vernichtung des feudalen Monopols, des großen Grundeigentums, durch seine Teilung. Aber er zeigt gleich die Bewegung: „Sie (die Teilung — R. K.) hebt den Grund des Monopols, das Privateigentum, nicht auf ... Die Folge davon ist, daß sie den Gesetzen des Privateigentums zum Opfer fällt. Die Teilung des Grundbesitzes entspricht nämlich der Bewegung der Konkurrenz auf industriellem Gebiet ... (Deshalb — R. K.) schlägt diese Teilung, wie jene Konkurrenz, notwendig wieder in Akkumulation um ... Wo also die Teilung des Grundbesitzes stattfindet, bleibt nichts übrig, als zum Monopol in noch gehäßigerer Gestalt zurückzukehren ..."[24] Marx bezieht sich also hier zwar noch auf das Grundeigentum — das ist in dem Zusammenhang, in dem er seine Gedanken entwickelt, nicht anders möglich —, aber das Monopol, das aus dieser Bewegung entspringen muß, ist schon nicht mehr das feudale Monopol, sondern eben das Monopol, das sich auf kapitalistischer Basis herstellt, und er zieht auch schon die Parallele zur Industrie.

Verlassen wir also das Grundeigentum und schauen wir uns die Bewegung in den anderen Bereichen an. Auch dort entwickelt sich, aus dem Akkumulationsprozeß des Kapitals heraus, das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis. Hier knüpft Lenin in seiner Imperialismus-Analyse an, und es ist wiederum Marx, der das vermittelnde Glied liefert.

Im dritten Band des „Kapital" behandelt Marx den Kredit. Er untersucht ihn von zwei Seiten: Einmal von seiner Funktion im Rahmen des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesses her, also in bezug auf die Kapitalmobilität und den Ausgleich der Profitraten, auf die Verringerung der Zirkulationskosten und auf die Steigerung der Stufenleiter der Produktion. Zum anderen aber untersucht er ihn eben gerade im Hinblick auf die Entwicklung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses. Dieses Moment der Entwicklung und Bewegung einer lebendigen Gesellschaft ist immer in der Marxschen Analyse enthalten, und man kastriert seine Theorie, wenn man es aus dem Auge verliert. Sein Ausgangspunkt ist dabei die ungeheure Steigerung der Stufenleiter der Produktion. Auf einem bestimmten Punkt der Vergesellschaftung der Produktion, der Entwicklung ihrer Gesellschaftlichkeit, des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte, sind Unternehmungen in Angriff zu nehmen, die das Kapital in seiner bisherigen Form, als Privatkapital, nicht mehr zu zwingen vermag. Es vermag die Mittel nicht zu akkumulieren, die notwendig sind, um Unternehmungen auf dieser Stufenleiter, Produktivkräfte dieser Gesellschaftlichkeit, in Anlagesphären zu verwandeln. Das Kapital stößt bereits an Schranken der Entwicklung, und es durchstößt diese Schranken, indem es die Form des Aktienkapitals annimmt. In dieser Formveränderung aber ist bereits eine wesentliche Veränderung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses implizit enthalten. Marx beschäftigt sich eingehend damit: „Das Kapital ... erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Individuen) im Gegensatz zum Privatkapital, und seine Unter-

nehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen."[25] Marx weist auch auf die Bedeutung dieses Vorgangs in bezug auf die historische Stellung des Kapitalismus hin, auf seinen Stellenwert im Rahmen der Bewegung dieser transitorischen Produktionsweise: „Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst."[26]

Man weiß mit dieser Formveränderung zunächst nichts anzufangen. Was macht es schon für einen Unterschied — das einzelne Kapital betrachtet —, ob es sich in der Form des Aktienkapitals oder des Privatunternehmens organisiert? Aber man kann das Kapital jetzt eben nicht mehr nur als Einzelkapital fassen. Im Aktienkapital ist eben schon die eigentumsmäßige Verflechtung mehrerer Unternehmen angelegt, hier ist schon die Verzahnung der Unternehmen zu Konzernen, die Beherrschung von Schlüsselpositionen in der Wirtschaft durch bestimmte Kapitalisten bzw. Kapitalistengruppen angelegt und damit schon neue Formen der Konkurrenz. Wie verhält es sich denn mit der Konkurrenz, wenn mehrere Betriebe derselben Branche oder wenn eine Produktionskette, vom Rohstoff bis zum Endprodukt, eigentumsmäßig in einer Hand oder der einer Gruppe vereinigt sind? Wie verwirklicht sich denn unter diesen Umständen die innere Natur des Kapitals, Profit und immer mehr Profit zu produzieren, und vor allem, welche neuen Bedingungen sind hier gegeben, um diese innere Natur zu verwirklichen? Das ist doch die Richtung, in der man das durchdenken muß!

Marx geht auf die Tragweite der ganzen Geschichte ein: Die wirklich fungierenden Kapitalisten verwandeln sich in bloße Dirigenten, in bloße Verwalter fremden Kapitals und die Kapitaleigentümer in bloße Eigentümer, bloße Geldkapitalisten. Der Totalprofit wird nur noch in der Form des Zinses bezogen. Der Profit stellt sich so als bloße Aneignung fremder Mehrarbeit dar, entspringend aus dem Kapitalverhältnis, aus der Verwandlung der Produktionsmittel in Kapital, d. h. aus ihrem Gegensatz als fremdes Eigentum gegenüber allen wirklich in der Produktion tätigen Individuen, vom Dirigenten bis herab zum letzten Taglöhner. In der Aktiengesellschaft ist die Funktion getrennt vom Kapitaleigentum. Die Arbeit ist gänzlich getrennt vom Eigentum an den Produktionsmitteln und an der Mehrarbeit[27]. Das alles aber bedeutet doch nicht nur, daß der Parasitismus dieser Klasse jetzt offen zutage tritt. Das bedeutet doch ebenfalls, gerade wenn man die Verschachtelung der eigentumsmäßigen Beziehungen des Kapitals im Auge hat, daß sich die Klasse der Ausbeuter von der Produktion loslöst und die gesamte Gesellschaft ihr nur als Feld der Ausbeutung gegenübertritt. Sie hockt über der Gesellschaft, ohne jede unmittelbare Beziehung zur Produktion, und spinnt die eigentumsmäßigen Fäden, aus denen sich die Ansaugung fremder Mehrarbeit ergibt.

Marx fügt noch eine ökonomisch wichtige Bemerkung an: „Da der Profit hier rein die Form des Zinses annimmt, sind solche Unternehmungen noch möglich, wenn sie bloßen Zins abwerfen, und es ist dies einer der Gründe, die das Fallen der allgemeinen Profitrate aufhalten, indem diese Unternehmungen, wo das konstante Kapital in so ungeheurem Verhältnis zum variablen steht, nicht notwendig in die Ausgleichung der allgemeinen Profitrate eingehn."[28] Man muß hier vielleicht noch darauf hinweisen, daß Marx davon spricht, solche Unternehmungen seien noch *möglich*, auch wenn sie

nur bloßen Zins abwerfen, nicht aber davon, daß sie immer nur den bloßen Zins abwerfen können. Das wäre nämlich ein Ding der Unmöglichkeit, wenn nicht der Kredit selbst aufgehoben werden soll. Der Zins kann zwar zeitweilig auf das Niveau der Durchschnittsprofitrate oder selbst darüber hinaus steigen, aber das bedeutet eben Einschränkung des Kredits und damit der Bewegung des Kapitals.

Diese Bemerkung von Marx ist jedoch wichtig, wenn wir sie in den Zusammenhang mit der Entwicklung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses und den sich entwickelnden Machtstrukturen bringen. Oben haben wir den Hinweis von Marx angeführt, daß mit der Vergesellschaftung der Produktion auch die Minimalgröße des vorzuschießenden Kapitals wächst und dadurch die Kapitalanlage selbst schon zum Monopol des großen Geldkapitals wird. Hier kommt nun ein neuer Gesichtspunkt hinzu, der vom Standpunkt der Ausbildung ökonomischer Machtverhältnisse bedeutsam ist. Ohne ihre beherrschende Stellung aufzugeben, sind die großen Geldkapitalisten in der Lage, das ganze vagabundierende kleine Geldkapital, das keine alternative Anlagemöglichkeit findet, für ihre Zwecke zu mobilisieren, — gegen den bloßen Zins. Sie können auch den ganzen Profit der von ihnen kontrollierten Unternehmen nutzen — nach Abzug der Dividenden, also faktisch des Zinses auf das fremde Kapital —, um Aktienmehrheiten fremder Unternehmen aufzukaufen und ihre eigenen Machtpositionen auszubauen. Aktienemmissionen bieten die gleichen Möglichkeiten.

Marx kommt dann auf den Kredit ganz allgemein zurück und faßt gewissermaßen zusammen: Er bietet „den einzelnen Kapitalisten . . . eine innerhalb gewisser Schranken absolute Verfügung über fremdes Kapital und fremdes Eigentum und dadurch über fremde Arbeit. Verfügung über gesellschaftliches, nicht eigenes Kapital, gibt ihm Verfügung über gesellschaftliche Arbeit. Das Kapital selbst, das man . . . besitzt, wird nur noch die Basis zum Kreditüberbau“[29]. Wir kennen die Konsequenzen: die Entstehung ganzer kapitalistischer Imperien, die von einem oder von einer Gruppe von Finanzoligarchen beherrscht werden. Auch Marx zeigt diese Konsequenzen: „Es ist dies die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst, und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der prima facie als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform sich darstellt. Als solcher Widerspruch stellt er sich dann auch in der Erscheinung dar. Er stellt in gewissen Sphären das Monopol her . . . Er reproduziert eine neue Finanzaristokratie, eine neue Sorte Parasiten . . ., ein ganzes System des Schwindels und Betrugs mit Bezug auf Gründungen, Aktienausgabe und Aktienhandel.“[30]

Um zu verstehen, was Marx hier mit der neuen Finanzaristokratie im Auge hat, muß man den Bezug auf die alte Finanzaristokratie kennen. Marx bezieht sich hier auf jene Schicht der Bourgeoisie in Frankreich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die kraft ihrer ökonomischen Macht und ihrer Beherrschung des Staates die ganze übrige Gesellschaft ausplünderte und die so alle anderen Klassen und Schichten, einschließlich der industriellen Bourgeoisie, in ein gemeinsames Bündnis zum Sturz eben dieser Finanzaristokratie trieb[31]. Engels verbindet diese Analyse von Marx durch eine Einfügung zugleich mit der Entfaltung des kapitalistischen Grundwiderspruchs: „Seit Marx obiges schrieb, haben sich bekanntlich neue Formen

des Industriebetriebs entwickelt, die die zweite und dritte Potenz der Aktiengesellschaft darstellen. Der täglich wachsenden Raschheit, womit auf allen großindustriellen Gebieten heute die Produktion gesteigert werden kann, steht gegenüber die stets zunehmende Langsamkeit der Ausdehnung des Marktes für diese vermehrten Produkte ... Die Folgen sind allgemeine chronische Überproduktion, gedrückte Preise, fallende und sogar ganz wegfallende Profite; kurz, die altgerühmte Freiheit der Konkurrenz ist am Ende ihres Lateins und muß ihren offenbaren skandalösen Bankrott selbst ansagen. Und zwar dadurch, daß in jedem Land die Großindustriellen eines bestimmten Zweiges sich zusammentun zu einem Kartell zur Regulierung der Produktion."[32]

Natürlich ist das Monopol in dieser Formveränderung des Kapitalverhältnisses erst *angelegt*, aber von dieser Marxschen Analyse der Entwicklung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses muß man ausgehen, um zu erfassen, wie es sich darstellen muß, sobald vom Konzentrationsprozeß der Produktion her die materielle Basis für die Realisierung des Monopols entsteht[33].

Auf welchen Bedingungen baut das Monopol in Zweigen auf, in denen keine natürlichen Monopolbedingungen gegeben sind? Im Grunde sind es Fragen der Kapitalwanderung, die hier berührt werden. Wo Produktionsbedingungen an sich beliebig herstellbar, also vermehrbar sind — und nicht auf natürliche Weise quantitativ begrenzt oder eigentumsmäßig beherrschbar sind —, dort läßt sich die ausschließliche Verfügungsgewalt über sie nur sichern, wenn die Kapitalwanderung in solche Zweige, trotz relativ hoher Profitraten, abgeblockt werden kann. Das aber ist in der Tat möglich geworden.

Auf die Minimalgröße des vorzuschießenden Kapitals, die die Kapitalanlage selbst zum Monopol der Großkapitale werden läßt, sind wir schon zu sprechen gekommen. Die Entwicklung hat diesen Hinweis von Marx inzwischen voll bestätigt. Die Minimalgröße des Kapitals ist wirklich zu einer Schranke für die Kapitalanlage geworden, die die Konkurrenz schon in erheblichem Maße einschränkt. In modernen hochkonzentrierten Produktionen sind die Größenordnungen der Projekte sogar schon so enorm gewachsen, daß sich selbst größte Konzerne zu Gruppen zusammenschließen müssen, um den Finanzierungsaufwand, die Organisationsprobleme, das Risiko etc. bewältigen zu können. Kleine Kapitale sind hoffnungslos ins Hintertreffen geraten, wenn sie sich als Kapital noch realisieren wollen. Was kann z. B. ein Kapitalist in der Bundesrepublik Deutschland heute mit einer Million DM noch anfangen? In welcher Sphäre soll er sein Geld anlegen und es wuchern lassen? Von den notwendigen Mindestgrößen der Kapitalanlage her gesehen, kann er vielleicht zwei oder drei automatische Autowaschanlagen einrichten und betreiben, er kann ein kleineres Mietshaus bauen usw. Damit ist ungefähr der Stellenwert eines solchen Kapitalisten in bezug auf die Möglichkeiten der Kapitalanlage umrissen. Geht man vom Durchschnittsaufwand allein an fixem Kapital für einen Arbeitsplatz in der westdeutschen Industrie aus, so läßt sich mit einer Million DM höchstens ein Betrieb mit vielleicht 20 bis 25 Arbeitsplätzen einrichten[34]. Die meisten Anlagesphären bleiben solchen Kapitalen also verschlossen. Man kann das aber noch schärfer fassen und sagen, daß heute die entscheidenden Anlagesphären in Produktion,

Handel und Verkehr, z. T. auch schon im Dienstleistungsbereich bereits den mittleren Kapitalen verschlossen sind. Bei modernen Betrieben liegt nicht nur der Aufwand an fixem Kapital pro Arbeitsplatz ganz erheblich höher als der hier zugrundegelegte Durchschnittswert, sondern sie sind auch mit nur dreißig Beschäftigten überhaupt nicht zu betreiben. Investitionskosten von 30, 50, 100 Mio. DM sind eher die Regel als die Ausnahme[35]. Im Zuge des Vergesellschaftungsprozesses der Produktion haben sich also Bedingungen herausgebildet, die die Konkurrenz in weiten Bereichen faktisch auf die Konkurrenz der Großkapitale beschränken. Damit aber wird die Konkurrenz in gewissem Maße schon zu einer Frage der subjektiven Entscheidungen. Hier sind ja in der Tat *objektive Bedingungen* entstanden, die den großen Kapitalen das Monopol als Instrument zusätzlicher Aneignung von Profit in die Hand geben. Unter diesen Umständen ist es faktisch nur eine Frage der Kapitalverwertung, der Umsetzungsmöglichkeit von Macht in Profit, ob und inwieweit sich Monopole bilden; und die Festigkeit des Monopols hängt nur davon ab, ob und wieweit sich Einzelkapitale außerhalb des Monopols verwerten oder, bei dem heutigen Zuspitzungsgrad des Grundwiderspruchs, überhaupt noch erhalten können, denn Verwertung außerhalb des Monopols heißt immer auch gegen die anderen Kapitale gerichtete Bewegung.

Daß hier tatsächlich eine Schranke für die Kapitalwanderung entstanden ist, einfach von den Größenordnungen der Betriebe und dem Investitionsaufwand her, den sie kosten, wird in der Regel mit dem Hinweis auf den Kredit bzw. die Aktiengesellschaft bestritten. Es wird geltend gemacht, daß beide als Hebel einer diesem Vergesellschaftungsgrad der Produktion adäquaten Kapitalmobilisierung dienen könnten. Solange der Profit in einem Zweig hoch genug ist, könnten neue Konkurrenten auf diese Weise immer genügend Kapital mobilisieren, um dort einzudringen. Das ist so abstrakt gesehen zunächst richtig. Es geht hier aber nicht nur um die Frage der Kapitalmobilisierung, sondern vor allem um die Frage der *Kapitalverwertung*[36]. Bevor der Kredit oder auch die Aktie als Hebel der Kapitalmobilisierung überhaupt wirksam werden können, stellt sich zunächst einmal diese Frage. Keine Bank vergibt Kredite solcher Größenordnung, kein Kapital fließt in solche Aktienanlage, wenn nicht zumindest eine durchschnittliche Sicherheit und eine durchschnittliche Verwertung dieser Anlage gewährleistet ist. Hier liegt das eigentliche Problem.

Je höher der Vergesellschaftungsgrad der Produktion steigt, um so größer wird auch die Gefahr, daß neuerrichtete Kapazitäten mit ihrem riesigen Produktenausstoß die ganzen gegebenen Verwertungsverhältnisse umstoßen und einen unmittelbaren Fall der Profitrate auslösen — wenn nicht sogar schon Kapitalvernichtung. Man darf ja nicht vergessen, daß es sich hier um Riesenanlagen handelt, in denen enorme Massen an Kapital fixiert sind. Werden diese Kapazitäten nicht wenigstens einigermaßen ausgelastet, so schlägt das fixe Kapital nicht voll um, sondern wird in entsprechendem Teil vernichtet. Das schlägt sofort auf den Profit durch und zwar mit nicht zu unterschätzendem Gewicht[37]. Das fixe Kapital setzt also von den Besonderheiten seines Umschlags her die Kontinuität der Massenproduktion als Bedingung der Kapitalverwertung[38]! Hier liegt der Hase im Pfeffer. Wenn Kapital in hochprofitable Zweige einwandern will, so kann es das bei hohem Vergesellschaftungsgrad der Produktion eben nicht mehr in kleinen Schritten

tun. Es muß gleich Großanlagen einführen, die die gesellschaftliche Gesamtproduktion des betreffenden Erzeugnisses beträchtlich erhöhen, d. h. es läuft von vornherein Gefahr, die Anlagen nicht auslasten zu können.

Im Zuge der Entwicklung hat dieses Problem immer mehr an Schärfe gewonnen, denn die Vergesellschaftung der Produktion läßt zwar meist die Zahl der Betriebe zurückgehen, aber sie steigert die Zahl der Beschäftigten je Betrieb, den Umfang des fixen Kapitals je Beschäftigten (und folglich noch weitaus mehr je Betrieb), den Umsatz je Beschäftigten und heute sogar oft den Umsatz auch je Einheit des fixen Kapitals. Mit anderen Worten: das fixe Kapital und der Umsatz je Betrieb wachsen schneller als alle anderen Parameter[39]. Je höher also die Gesellschaftlichkeit der Produktion steigt, um so sprunghafter entwickelt sie sich auch im Verhältnis zur Ausdehnung des Marktes, und um so stärker tritt dieses Problem der Kapitalverwertung in den Vordergrund. Allein schon von diesem Verwertungsproblem her ergeben sich Bedingungen für die kapitalistische Konkurrenz, die zu ihrer Einschränkung zwingen. Von hier aus ergeben sich auch Schranken, die es kleinen und mittleren Kapitalen unmöglich machen, sich solchen Sphären zuzuwenden. Sie können nie die Bedingungen für die profitable Anwendung dieser hochgradig gesellschaftlichen Produktivkräfte herstellen. Für sie gilt es daher auch nicht mehr, daß der Kredit oder die Aktiengesellschaft zum Hebel der notwendigen Kapitalmobilisierung werden können. Hätten wir nur das kleine und mittlere Kapital im Auge, so hätten wir uns freilich diese langen Ausführungen sparen können. Eine Eigenkapitalbasis von einer, zehn oder auch dreißig Millionen DM reicht ohnehin nicht aus, um Kapital in der Höhe zu mobilisieren, wie es heute für einen durchschnittlichen Großbetrieb notwendig ist. Immerhin müssen die Kosten für die Errichtung der Anlagen[40] und für ihren Betrieb bis zum Zeitpunkt rentabler Kapazitätsauslastung gedeckt werden, und das für einige Jahre. Von einer bestimmten Größenordnung an hat das große Kapital die Konkurrenz der kleineren Artgenossen kaum noch zu fürchten!

Mit den Verwertungsbedingungen haben wir aber die Frage der Schranken der Kapitalwanderung gleich generell angeschnitten. Auch das Großkapital kann bei hohem Vergesellschaftungsgrad der Produktion nicht willkürlich Bedingungen der kapitalistisch rationellen Anwendung solcher Produktivkräfte schaffen. Wir wollen diese Frage noch etwas weiter verfolgen.

Im Grunde geht es dabei um den kapitalistischen Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung ihrer Produkte. In der Entfaltung dieses Widerspruchs — und zwar von der Seite der Produktivkräfte her — entstehen neue Bedingungen der Kapitalverwertung, die auch neue Bedingungen für die Konkurrenz setzen. Hier schneiden wir einen allgemeinen Zusammenhang an, für den das fixe Kapital freilich die materielle Grundlage bildet.

Dieser Grundwiderspruch wird von Friedrich Engels überaus plastisch herausgearbeitet[41]. Er kommt dabei auch auf den Gegensatz zwischen der ungeheuren Energie der Produktionsausdehnung auf der Basis der Produktivkräfte gesellschaftlichen Charakters und das im Vergleich dazu langsame Marktwachstum zu sprechen; er zeigt die sich im Zuge der Entwicklung ergebende enorme Zuspitzung der kapitalistischen Produktionswidersprüche, die das Kapital selbst dazu zwingt, Formen anzunehmen, in denen

es dieser Gesellschaftlichkeit der Produktivkräfte Rechnung zu tragen und die Produktion schon in gesellschaftlichen Größenordnungen planmäßig zu organisieren vermag. Engels nennt ausdrücklich das Monopol und den Staatskapitalismus als solche Formen, und er vermerkt dabei, daß im Monopol die planlose Produktion der kapitalistischen Gesellschaft schon vor der planmäßigen Produktion der hereinbrechenden sozialistischen Gesellschaft kapituliere, freilich noch zu Nutz und Frommen der Kapitalisten[42]. Hier wird bereits der Gesamtzusammenhang angesprochen, der sich als Bedingung der Kapitalverwertung niederschlägt und aus dem sich ganz wesentliche Schranken der Kapitalwanderung ergeben. Lenin greift diesen Zusammenhang in seiner Imperialismustheorie wieder auf, wenn er feststellt, daß die Bereiche planmäßiger Organisation der Produktion in gesellschaftlichen Größenordnungen zunehmen und das Monopol im Grunde eine Form darstellt, die ihrem Inhalt schon längst nicht mehr entspricht[43].

Dieser Gedankengang Lenins ist häufig auf Kritik gestoßen, und er wird verblüffenderweise sogar dazu benutzt, um zwischen Lenin und Marx/Engels einen theoretischen Gegensatz festzustellen[44]. Der Hinweis auf Engels zeigt, daß das wohl kaum der Fall ist. Offenbar ist es sehr schwer, das Verhältnis von Planmäßigkeit und Anarchie der Produktion im Monopolkapitalismus richtig in den Griff zu bekommen. Man darf dabei zunächst einmal folgenden feinen Unterschied nicht übersehen: Es geht hier nicht um *gesellschaftliche* Organisation und Regulierung der Produktion, sondern um die Organisation und Regulierung der Produktion in gesellschaftlichem Maßstab. Erstere wird vom gesellschaftlichen Charakter der Produktion her als Notwendigkeit gesetzt — aber sie steht ja eben aus und verlangt zu ihrer Realisierung andere Produktionsverhältnisse. Letztere setzt sich durch in dem Maße und in den Grenzen, in denen sie Hebel und zugleich auch Bedingung der Kapitalverwertung ist; ihre Bedeutung ist in dieser Hinsicht in der bürgerlichen Betriebspraxis und auch Betriebswirtschaftslehre längst erkannt worden (das findet seinen Niederschlag z. B. in der Organisationswissenschaft etc.). Was wir hier tun wollen, ist nichts anderes, als Engels doch sehr geraffte Darstellung der marxistischen Theorie in bezug auf diesen Zusammenhang etwas weiter zu durchdenken und herauszuarbeiten suchen, daß die Grundlage für diesen Zwang zu planmäßiger Entwicklung der Produktion im gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte zu suchen ist und welche Bedingungen dadurch für die Kapitalbewegung gesetzt werden.

Am besten bekommt man die Problematik in den Griff, wenn man die beiden Seiten des kapitalistischen Grundwiderspruchs einmal auffächert. Der eigentliche Konflikt liegt ja gerade darin, daß wir es auf der einen Seite mit einer fortschreitenden Vergesellschaftung der Produktion zu tun haben, auf der anderen Seite aber nicht mit einer entsprechenden Vergesellschaftung des Eigentums. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln bleibt bestehen als materielle Machtbasis, auf der sich die privaten Interessen entfalten und durchsetzen können. Private Interessen bestimmen folglich die Produktionsentwicklung, und Erfordernisse dieser Entwicklung finden auch nur Berücksichtigung, soweit sie diesen Interessen entsprechen — oder aber sich als ökonomischer Zwang durchsetzen. Daß eben die Planmäßigkeit der Produktionsentwicklung zu diesen Erfordernissen gehört, daß sie Bedingungen für die Bewegung des Kapitals, für Konkurrenz usw. und, über das Mono-

pol, auch für die Durchsetzungsformen der ökonomischen Gesetze setzt, wird einleuchtend klar, wenn man die eine Seite des Grundwiderspruches, den gesellschaftlichen Charakter der Produktion, einmal aufgliedert.

Vor dem Kapitalismus, in der einfachen Warenproduktion, beschränkte sich der Inhalt dieses Begriffes „gesellschaftlicher Charakter der Produktion" auf ihre Arbeitsteiligkeit. Es war eine Produktion arbeitsteilig verbundener, aber in ihrem privaten Interesse wirtschaftender privater Produzenten. Der Reproduktionsprozeß eines jeden einzelnen von ihnen stand in einem inneren Zusammenhang mit dem aller anderen, und nur in diesem inneren Verbund der einzelnen Reproduktionskreisläufe konnte sich der gesellschaftliche Gesamtreproduktionsprozeß vollziehen.

Mit dem Aufkommen der Produktionsmittel gesellschaftlichen Charakters erweitert sich der Inhalt dieses Begriffes. Hatten wir vorher zwerghafte, auf den individuellen Gebrauch zugeschnittene Produktionsmittel, Produktionsmittel individuellen Charakters, so haben wir jetzt Produktionsmittel, die nur gemeinsam durch eine Vielzahl von Arbeitskräften, die in einem Produktionsprozeß zusammenwirken, angewandt werden können, Produktionsmittel gesellschaftlichen Charakters also. Die unmittelbare Produktion eines Erzeugnisses selbst war gesellschaftlich geworden. Das ist eine bedeutsame Veränderung. Erst diese Produktionsmittel oder, um den umfassenderen Begriff zu verwenden, erst diese Produktivkräfte schufen wesentlich veränderte Beziehungen der Menschen in der Produktion — auf ihnen bauten die kapitalistischen Produktionsverhältnisse auf. Sie sind aber auch von einer anderen Seite aus gesehen bedeutsam. Von hier aus wird faktisch die Notwendigkeit planmäßiger Organisation der Produktion gesetzt, und zwar logischerweise im Kapitalismus, als Bedingung der Kapitalverwertung. Das Kapital kann sich seiner Bestimmung gemäß nicht realisieren, d. h. es kann sich nicht verwerten, ohne planmäßige Organisation der Technik und des Zusammenwirkens der Arbeiter im Produktionsprozeß der Fabrik. Engels betont diesen Zusammenhang und stellt fest, daß nunmehr die Planmäßigkeit der Produktion in der Fabrik ihrer Anarchie in der Gesellschaft gegenübergestellt ist. Er leitet daraus zunächst die Krisengesetzmäßigkeiten ab[45]. Wir wollen aber den Gedanken in einer anderen Richtung fortführen.

Wenn man den Begriff „gesellschaftlicher Charakter der Produktion" so aufgliedert, dann stellt man fest, d. h. man nimmt es plötzlich bewußt wahr, daß er auf verschiedenen Ebenen zu betrachten ist. Einmal vom gesellschaftlichen Charakter der unmittelbaren Produktion her. Auf dieser Ebene, der Ebene der Fabrik, wird von Anfang an die Planmäßigkeit der Produktion zur Bedingung der Kapitalverwertung. Zum anderen aber haben wir die Ebene der inneren gesellschaftlichen Zusammenhänge, die die verschiedenen Produktionsprozesse der einzelnen Kapitalisten zum gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß miteinander verbinden. Was der Kapitalist auf der einen Ebene *muß*, wird ihm auf der anderen Ebene noch keineswegs, einfach vom gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel her, zur Bedingung gemacht, ohne deren Erfüllung sich sein Kapital nicht verwerten kann. Auf dieser Ebene entwickelt sich die Produktion daher weiterhin anarchisch. Er hat scheinbar völlig freies Feld für das Austoben seiner privaten Interessen; daß dem nicht so ist, wird ihm erst schmerzlich klar in der Krise.

Wenn man jetzt die weitere Entwicklung ins Auge faßt, so muß man sie

auf beiden Ebenen untersuchen, und zwar in ihrer Wechselwirkung. Dabei gilt es noch eine dritte inhaltliche Seite des Begriffs „gesellschaftlicher Charakter der Produktion" zu berücksichtigen. Produktionsmittel gesellschaftlichen Charakters sind Produktionsmittel der Massenproduktion[46]. Diese Produktionsmittel werden, im Gegensatz zu denen individuellen Charakters, überhaupt erst in der Gesellschaftlichkeit der Produktion, im allseitigen Verkehr und Zusammenhang der Produzenten, zu wirklichen produktiven Kräften[47]. Sie verlangen also die Gesellschaftlichkeit der Produktion und ihre allseitige Vertiefung als Voraussetzung für ihre rationelle Anwendung, sie setzen sie als Bedingung der Kapitalverwertung. Wir sind hier also, von einer anderen Seite her, wieder zu dem Punkt gelangt, daß Produktivkräfte gesellschaftlichen Charakters — und die Produktionsmittel bilden den vergegenständlichten Teil dieser Produktivkräfte[48] — die relative Kontinuität der Massenproduktion als Bedingung der Kapitalverwertung geltend machen. Geht man von diesem Gesichtspunkt aus, so folgt mit *Notwendigkeit,* daß sich mit dem Fortschritt der Vergesellschaftung der Produktion auch die Ausdehnung planmäßiger Produktionsorganisation, über die Ebene der Fabrik hinaus, auf die Ebene der allgemeinen Zusammenhänge des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ergeben muß. Jeder Fortschritt im gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte, in ihrer Wirkungspotenz etc., muß von der Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der gegenseitigen Verflechtung der Produzenten usw. begleitet sein, setzt sie sogar in gewissem Maße voraus, muß ein Schritt in Richtung auf einen einheitlichen, in sich eng zusammenhängenden gesellschaftlichen Produktionsorganismus sein, der in immer weiterem Maße gesellschaftliche Organisation der Produktion und Planung ihrer Entwicklung bedingt.

Daß dem so ist, wird auch sofort klar, wenn man den Sprung in die Gegenwart vollzieht. Anlagen der modernen Großproduktion setzen faktisch einen mehr oder weniger kontinuierlichen Produktionsfluß vom Rohstoff bis zum Endabnehmer voraus. Die Beherrschung und planmäßige Organisation dieser ganzen Produktionskette mit ihren vielfältigen Verästelungen wird zur Bedingung der Kapitalverwertung. Reißt der Produktionsfluß an einer Stelle, so bedeutet dies faktisch nach kurzer Zeit Stillstand der vorgelagerten wie der nachfolgenden Produktionen und damit Gefährdung des Wertumschlages riesiger Massen von fixem Kapital, also Kapitalvernichtung, die sich unmittelbar auch in einer Senkung der Profitrate niederschlägt, sofern sie nicht, kraft monopolistischer Umverteilung von Nationaleinkommen, ausgeglichen wird. Welche Bedeutung dieser Zusammenhang hat, zeigen die Folgen von Punktstreiks. Von den Arbeitern gezielt auf Teileproduktionen angewandt, können sie innerhalb von 14 Tagen bis zur Stillegung der Hauptproduktion führen. Mit der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion, der Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und vor allem seines fixen Bestandteiles, wird die Planmäßigkeit der Produktion über die Fabrik hinaus ausgedehnt auf alle mit der strukturbestimmenden Hauptproduktion zusammenhängenden Bereiche oder, abstrakt formuliert, auf die allgemeinen inneren Zusammenhänge der gesellschaftlichen Produktion.

Die zweite Seite des Grundwiderspruches wollen wir jetzt hier nicht weiter auffächern. Die private Aneignung bleibt bestehen, trotz aller dieser Entwicklungen. Sie verändert sich auch dann nicht, wenn sich die Formen ver-

ändern, die das Kapitalverhältnis annimmt. Von dieser Seite des Grundwiderspruchs her wird der Profit als Triebkraft und Regulator der Produktion gesetzt. Von dieser Seite her werden die Verhältnisse gesetzt, die bewirken, daß diese Ausdehnung der Planmäßigkeit der Produktion selbst kein planmäßiger, kein bewußt gestalteter Prozeß ist. Die Notwendigkeit auch für das Kapital, die inneren Zusammenhänge der gesellschaftlichen Produktion in den Griff zu bekommen, um die Produktion über den unmittelbaren Fabrikbereich hinaus organisieren zu können, schlägt sich vielmehr als Bedingung der Kapitalverwertung nieder und wird über den Profitmechanismus durchgesetzt. Wir werden auf diese Frage noch kurz zurückkommen.

Wenn wir den Grundwiderspruch jetzt wieder als Einheit fassen, so zeigt sich der sich ausbildende und zuspitzende Konflikt klar: Auf der einen Seite entstehen im Zuge der Entwicklung der Produktivkräfte Bedingungen, die die planmäßige gesellschaftliche Organisation der Produktion erfordern; von der Aneignungsseite her sind aber gerade Bedingungen gesetzt, die der Berücksichtigung eben dieser Erfordernisse entgegenstehen. Die erste Folge sind die Krisengesetzmäßigkeiten des Kapitalismus. Engels schildert das außerordentlich plastisch[49]. Die zweite Folge ist dann, mit der Zuspitzung des in diesem Grundwiderspruch enthaltenen Antagonismus im Zuge der weiteren Vergesellschaftung der Produktion, die Monopolbildung, als Versuch des Kapitals, mit dieser Situation fertig zu werden. Auch diese Entwicklung wird, wie schon erwähnt, von Engels folgerichtig aus der ersteren abgeleitet.

Und in der Tat ist das Monopol in Deutschland auf dem Boden einer ungeheuren Zuspitzung der kapitalistischen Produktionswidersprüche entstanden. Das deutsche Eisenmonopol entsprang einer Produktionsentwicklung, die Kapazitäten geschaffen hatte, mit denen das Drei- bis Vierfache des normalen durchschnittlichen deutschen Eisenbedarfs gedeckt werden konnte. Wesentlich war dabei — für die Monopolbildung wie für den Zuspitzungsgrad der Widersprüche — die hochgradige Konzentration der Produktion: zwei der bestehenden Werke waren so groß, daß ein jedes für sich allein imstande war, den durchschnittlichen inneren deutschen Eisenbedarf zu befriedigen. Daneben gab es zwei weitere riesengroße und eine Fülle kleinerer Werke[50]. Unter solchen Bedingungen verschmilzt die Frage der Kapitalverwertung und der Kapitalerhaltung zu einer einzigen, die sich in gleicher Weise allen Kapitalen zugleich stellt, sobald das Wachstum der Nachfrage auch nur nachläßt, geschweige denn in der Krise. Unter solchen Bedingungen wird es faktisch unmöglich, daß auch nur eines der Kapitale durch Verschärfung der Konkurrenz die Krisenfolgen von sich abwälzen und ungeschoren davon kommen könnte. Da wird jedes Kapital arggerupft, ärger jedenfalls als bei Regulierung von Produktion und Preis über das Monopol[51]. Hier zeigt sich aber auch gleich die Kehrseite der Medaille, die es uns erlaubt, den Boden, aus dem das Monopol erwächst, ganz allgemein, auch außerhalb der Krisensituation zu erkennen: Wie soll bei einem solchen Grad der Konzentration der Produktion die Kapitalverwertung und auch die Kapitalerhaltung überhaupt noch gesichert werden können, ohne Regulierung der Produktionsentwicklung in solch gesellschaftlichen Größenordnungen? Besteht nicht bei diesem Grad der Vergesellschaftung der Produktion, da ein einziges Werk zwanzig, dreißig bis einhundert Prozent des gesamten Be-

darfs an einem Erzeugnis herstellt oder, da riesige Anlagen im Produktionskettenverbund Dutzende von Millionen Mensehen mit Waren bestimmter Art versorgen, von vornherein die Gefahr, daß die Expansion des Kapitals unmittelbar die Kapitalverwertung und aueh sehon seine bloße Erhaltung in Frage stellen muß, wenn es dem Kapital nieht gelingt, Produktionsentwieklung wie Verwertung über das Monopol einigermaßen in den Griff zu kriegen?

Natürlieh war die Situation zur Zeit der Monopolbildung in der deutsehen Eisenindustrie dureh eine ganze Reihe von Besonderheiten geprägt, die die Entwieklung der Eisenproduktion über alle Maßen stimulierten (deutsehfranzösiseher Krieg von 1870/71, Kriegskontributionen, industrielle Entwieklung, Gründerjahre ete.). Der Konflikt war besonders zugespitzt. Aueh der Vergesellsehaftungsgrad der Produktion, stets ein relativ zu fassender Begriff, verringerte sieh später wieder, als mit der Entwieklung des Masehinenbaus und anderer eisenverarbeitender Zweige aueh der Eisenverbraueh wieder überdurehsehnittlieh stieg. Von unserem heutigen Standort aus, in der Rüeksehau, können wir aber dennoeh feststellen, daß die weitere Entwieklung der Produktivkräfte genau in die Riehtung geführt hat, die uns hier am Beispiel der deutsehen Eisenindustrie erstmalig in dieser drastisehen Sehärfe im Bliekfeld erseheint.

Vom Vergesellsehaftungsgrad der Produktion her werden also Bedingungen der Kapitalverwertung — und der Kapitalbewegung überhaupt — gesetzt. Das Kapital muß mit dieser Lage fertig werden, und es entwiekelt dabei selbstverständlieh aueh nur Formen, die seinem Charakter entspreehen, also Formen des Kapitalverhältnisses. Von der unverändert bleibenden Aneignungsweise her können das eben keine auf gesellsehaftliehem Eigentum beruhende, von gesellsehaftliehen Interessen getragene Formen der Regulierung und Organisation des gesellsehaftliehen Produktionsorganismus sein, sondern eben nur Formen des kapitalistisehen Monopols, d. h. Formen, die die Bewältigung der Spannungen im Verwertungsprozeß des Kapitals über die Maeht des Monopols suehen. Das ist der kapitalistisehe Weg, dem gesellsehaftliehen Charakter der Produktivkräfte Reehnung zu tragen, über den sieh dann aueh die planmäßige Organisation und Regulierung der Produktion durehsetzt, anarehiseh, vom Gesiehtspunkt der Kapitalverwertung aus bestimmt, und in den dureh diese Aneignungsverhältnisse gesetzten Grenzen. Planmäßigkeit, das ist zunäehst nur Produktions- und Preisregulierung im Interesse der höehsten Verwertung. Der gesellsehaftliehe Maßstab, den diese Regulierung annimmt, ergibt sieh aus dem gesellsehaftliehen Maßstab der Produktion und der Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Aber das alles sehließt eben sehon ein, daß das Kapital auf dieser Stufe der Entwieklung der Produktivkräfte sehon nieht mehr in der Lage ist, frank und frei drauflos zu produzieren, um erst auf dem Markt festzustellen, ob das, was es produziert hat, aueh dem gesellsehaftliehen Bedarf entsprieht. Es muß regulieren, wenn es sieh als Kapital verwirkliehen will. Daß sieh dabei die Gesellsehaftliehkeit des kapitalistisehen Ausbeutungsverhältnisses zum Monopol und zur Herrsehaft der Finanzoligarehie verdiehtet, und daß es die Gesellsehaft in jedem nur mögliehen Maße ausplündert, entsprieht durehaus seinem Wesen. Ja, die Tatsaehe, daß das Kapital mit dem Monopol ein Instrument zur Durehbreehung des Gesetzes der Durehsehnittsprofitrate in

die Hand bekommt, wirkt sich als Triebkraft der Kapitalbewegung aus, die das ganze Gesicht des Kapitalismus in dieser Periode seiner Entwicklung prägt und ihm seinen imperialistischen Charakter verleiht. Das widerspricht aber nicht der Feststellung, daß hier der Zwang, die planmäßige gesellschaftliche Organisation der Produktion auf immer weitere gesellschaftliche Zusammenhänge auszudehnen, als Bedingung der Kapitalverwertung in Erscheinung tritt und das Kapital gezwungen wird, ihm Rechnung zu tragen. Im Verlaufe der Entwicklung des Monopolisierungsprozesses zeigt sich das dann auch daran, daß das Kapital sich die Produktion in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen zu unterwerfen trachtet. Selbstredend sind hier zwei Momente zu unterscheiden. Dieser Prozeß, beherrschende Positionen zu erlangen, erhält seine Triebkraft — man müßte hier sogar schon sagen, seine Sprengkraft — allein schon daraus, daß diese Herrschaft wesentliches Instrument der Profitansaugung darstellt. Unterschwellig aber wirkt der Zwang zur planmäßigen Organisation der Produktion. Wie immer sich die Expansion der Monopole in ihrer anarchischen Form auch bewegen mag — zur Unterwerfung eines Zweiges, zur Angliederung anderer Produktionen, zur Bildung gemischter Konzerne usw., usf. —, sie muß letztendlich immer die Richtung einschlagen, die vom gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte her vorgeschrieben wird und die eben eine Ausdehnung der planmäßigen Produktionsorganisation, über die Ebene der Fabrik hinaus, auf die inneren Zusammenhänge des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses darstellt[52]. Es ist kein Zufall, daß ein Stahlkonzern wie Thyssen gerade den Rheinstahl-Konzern aufsaugt, sich also im Bereich der Stahlverarbeitung verankert. Absatzsicherung, d. h. Beherrschung des Stahlmarktes in ausreichendem Anteil, ist Bedingung für eine gegen den Einfluß der Konkurrenz abgesicherte profitable Anwendung seiner modernen Technik in der Stahlproduktion.

Wir sind so intensiv auf diese Frage der Planmäßigkeit eingegangen, weil sie in unmittelbarem Zusammenhang zu unserer Problematik steht. Natürlich hätten wir es uns ersparen können, auch das Verhältnis Anarchie und Planmäßigkeit im kapitalistischen Entwicklungsprozeß so ausführlich zu behandeln. Dies ist nur geschehen, um das Mißverständnis zu vermeiden, daß hier etwa schon gesellschaftliche Planung der Produktionsentwicklung vorliege. Worauf es ankam, das war, die Notwendigkeit planmäßiger Produktionsentwicklung abzuleiten, zu zeigen, wie sie aus dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte entspringt und mit ihm sich weiter entwickelt und sich als Bedingung der Kapitalverwertung und -erhaltung niederschlägt. Dieser Niederschlag als Verwertungsbedingung macht klar, daß hier aus dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte heraus auch Bedingungen für die Kapitalmobilität und die Konkurrenz gesetzt werden. Das ist das Wichtige. Hohe Fixierung des Kapitals bedeutet ja nicht nur, daß sich das Kapital nur unter zunehmenden Schwierigkeiten und Verlusten aus seinem Zweig lösen kann, sondern ebenso auch, daß es nicht mehr so ohne weiteres in fremde, hochprofitable Zweige überwechseln kann. Und während wir das zunächst gewissermaßen nur auf das einzelne Unternehmen bezogen sahen, also nur vom relativ hohen Anteil des fixen Kapitals her betrachteten, so sehen wir es jetzt in dem weiteren Rahmen der Gesellschaftlichkeit der Produktion und ihrer inneren Zusammenhänge. Sicherheit der Kapitalverwer-

tung, das heißt unter diesen Bedingungen eben auch die Beherrschung ganzer Produktionszusammenhänge; man ist empfindlich gegen die Konkurrenz, solange man diese Zusammenhänge nicht im eigenen Griff hat. Auch dies ist eine Schranke der Kapitalwanderung: Selbst wenn die Kapitalverwertung auf der Basis hochgradig gesellschaftlicher Produktivkräfte in der Hauptproduktion sicher ist — vom Markt und seiner Entwicklung her gesehen —, so ist es dennoch gefährlich, in angestammte fremde Monopolsphären einzudringen, wenn man nicht auch die verbundenen Produktionen einigermaßen beherrscht. Man muß also Produktionskomplexe aufbauen[53]. Damit wird auch die Frage der Kapitalmobilisierung neu gestellt, wir wollen sie jetzt aber nicht erneut aufrollen.

Wenn wir zusammenfassen, so haben wir zumindest zwei sehr gewichtige Schranken der freien Kapitalbewegung, also künstliche Monopolbedingungen, festgestellt, die aus dem Vergesellschaftungsprozeß der Produktion entspringen. Erstens das Problem der Kapitalmobilisierung. Es steht nicht im Vordergrund, wenigstens nicht in den ersten Phasen des Monopolisierungsprozesses. Heute sieht das vielleicht schon anders aus. Die Anforderungen der modernen Produktivkräfte an die Kapitalmobilisierung übersteigen heute sehr häufig sogar die Kraft riesiger Konzerngiganten, manchmal sogar die ganzer Staaten. Das ist ein Grund, weshalb oft die Akkumulationskraft mehrerer Konzerne auf die Entwicklung eines Projekts gerichtet oder der Staat herangezogen werden muß. Eine zweite Schranke, die sicherlich die entscheidende Basis darstellt, auf der das Monopol aufbauen kann, sind die Bedingungen der Kapitalverwertung, die durch den zunehmend gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte gesetzt werden. Bei dem erreichten Stand der Vergesellschaftung der Produktion lassen sich hochgradig gesellschaftliche Produktionen überhaupt kaum aufbauen, ohne die Produktions- und Marktbedingungen in dem betreffenden Zweig umzuwälzen und den Verfall der Profitraten bzw. selbst die Kapitalvernichtung zu riskieren. Die Profitrate in einem Zweig muß also schon eine ganz beträchtlich überdurchschnittliche Höhe haben, wenn sie das Kapital unter solchen Bedingungen veranlassen soll, in fremde Zweige vorzudringen. Es gibt solche Fälle. In der Regel handelt es sich dabei um neue, aus dem technischen Fortschritt entstandene Zweige oder um solche mit besonderen Bedingungen, wie etwa die Computer- oder die Arzneimittelindustrie. Auch im Zuge struktureller Produktionsumschichtungen besonders schnell wachsende Zweige bilden hier ein Feld. In der Tat ist es gerade der technische Fortschritt selbst, der als Konkurrenzform zwangsläufig an Bedeutung gewinnt, je mehr die Kapitalstrukturen monopolistisch versteinern, und der in dieser Beziehung ständig neue Möglichkeiten schafft. Das ändert jedoch nichts daran, daß sich im Zuge des Vergesellschaftungsprozesses eben objektive Bedingungen der Monopolisierung herausgebildet haben, Bedingungen, die es erlauben, die freie Konkurrenz auszuschalten, und daß die Gesamtbewegung des Kapitals durch das Monopol geprägt wird.

Es gibt noch mehr Faktoren, die als objektive Bedingungen für den Aufbau von Monopolen gewertet werden müssen. Das know-how z. B. oder der Patentschutz etc. Beide haben gegenwärtig deutlich an Gewicht gewonnen und bilden faktisch selbständige Bedingungen, auf denen ein Monopol aufbauen kann. Wir wollen aber hier der Kette möglicher Monopolisierungsbe-

dingungen nicht weiter nachgehen. Die grundlegenden sind genannt worden, und es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen, daß auf diesen gewissermaßen künstlich entstandenen Monopolbedingungen ebenso feste Monopole aufbauen können wie auf den natürlichen. Vielleicht ist die Lebensdauer solcher Monopole nicht so lang wie die der auf natürlichen Bedingen beruhenden — aber das ist ein gradueller Unterschied, der noch dazu mit dem Fortschritt der Wissenschaft und der Möglichkeiten, Rohstoffe zu substituieren, an Gewicht verliert.

Bevor wir auf die Stabilität des Monopols zu sprechen kommen, möchte ich noch auf einige konkrete Prozesse hinweisen. Sie sind insofern interessant, als sie in gewisser Weise widerspiegeln, wie sich von Profitgesichtspunkten her Produktionsverbindungen ausbilden, die zugleich die Voraussetzungen dafür schaffen, die planmäßige Organisation der Produktion innerhalb dieser Zusammenhänge in den Griff zu bekommen. Ebenso zeigen sich hier auch gewisse Grenzen monopolistischer Konkurrenz[54].

Untersucht man beispielsweise den Expansionsprozeß der internationalen Erdölkonzerne, soweit er über den Grundbereich der Ölförderung und seiner ersten Verarbeitungsstufe hinausgeht, so stellt man fest, daß sie zunächst in erster Linie in die mit ihrer Produktion unmittelbar verbundenen Zweige eingedrungen sind: Öltransport, Öl- und Ölproduktverteilung und schließlich Petrochemie. Erst später folgt das Vordringen in andere Zweige. Hierbei ist wieder interessant, daß diese Konzerne dann nicht etwa in alte hochprofitable Zweige vordringen, z. B. in den Automobilbau usw., sondern sich neuen Zweigen zuwenden — dem Uranbergbau, der Herstellung von Kernbrennstoffen, Kernkraftwerken usw. — oder aber alten Zweigen, wie dem Kohlebergbau, in dem die Verwertungskraft der alten Konzerne inzwischen unterspült wurde.

Nehmen wir als weiteres Beispiel die Zigarettenindustrie. Es handelt sich hier um einen Zweig, in dem das Kapital sich sehr hoch verwertet, der aber in seinen Wachstumsaussichten beschränkt ist und in dem sich folglich mit zunehmender Konzentration der Produktion auch der Platz für die bereits bestehenden Konzerne verengt. Diese Konzerne müssen ihre Expansion also in neue Felder verlegen. Obwohl es sich hier um finanzkräftige Giganten handelt, dringen sie jedoch nicht etwa in monopolisierte Zweige mit hohen Profitraten ein, sondern in ihnen verwandte oder verbundene Gebiete und, was noch interessanter ist, vielfach in Bereiche, in denen sich das kleinere Kapital noch tummeln kann. Getränkeindustrie, Kosmetik, Verpackungsindustrie, Einzelhandel etc., das sind die Sphären, denen sich die Tabakkonzerne in der Hauptsache zugewandt haben und in denen sie den Zentralisationsprozeß von Produktion und Kapital sofort in hohem Tempo voranzutreiben beginnen. D. h. sie dringen in solche Zweige ein, gleichgültig, ob dort die Profitraten hoch oder niedrig sind, und beginnen sofort ein Monopol aufzubauen[55]. Man kann hier schon davon sprechen, daß nicht die Profitraten den Kapitalfluß bestimmen. Hier fließt relativ überschüssiges Kapital in bestimmte Zweige — wobei es monopolistischer Konkurrenz ausweicht —, beginnt dort das kleine Kapital zu vernichten, die Produktion zu konzentrieren, zu monopolisieren, zu regulieren und so die Profitraten in die Höhe zu treiben. Das Monopol selbst wird zur Triebkraft der Konzernexpansion, denn es garantiert, einmal geschaffen, ausreichende Verwertungsbedingungen.

Ein zweites Phänomen fällt auf, wenn man den Expansionsprozeß der Konzerne in ihnen fremde Bereiche heute untersucht. Relativ selten vollzieht er sich über den Neubau von Kapazitäten. In der Regel werden vielmehr bestehende Unternehmen aufgekauft. D. h., man arrangiert sich von vornherein, kauft sich in die Bereiche ein, in denen man sich Chancen ausrechnet, aber man treibt keine Konkurrenz in den alten Formen. Ein solcher Aufkauf von Konzernen ist kein Prozeß freier Konkurrenz mehr; es ist ein Prozeß der Aufteilung von Beherrschungssphären. Anteilsmehrheiten sind nicht auf dem freien Markt zu haben, oder ihr möglicher Einfluß kann, wenn er von den das Unternehmen beherrschenden Kapitalgruppen nicht gebilligt wird, durch Stimmrechtsbeschränkungen zunichte gemacht werden. Dringt also eine neue Kapitalgruppe in solche Bereiche ein, so setzt dies das Einverständnis des bisher das Unternehmen beherrschenden Kapitals voraus. Sicherlich, es handelt sich dabei in der Regel um ein Einverständnis, das durch eine ökonomische Zwangslage bedingt wird[56]. Aber für uns ist wichtig, wie sich die Prozesse der Kapitalwanderung bzw. der Konkurrenz durch die vom heutigen Grad der Gesellschaftlichkeit der Produktivkräfte her entstandenen Bedingungen verändert haben.

Nach diesem Exkurs in die Praxis, der die entwickelten Gedanken verdeutlichen sollte, zurück zur Frage der Stabilität des Monopols.

IV. Einige Grenzen der ökonomischen Verwertung des Monopols — zur Durchsetzung des Wertgesetzes unter monopolistischen Bedingungen

Wir haben gesehen, wie aus dem Vergesellschaftungsprozeß der Produktion heraus Bedingungen erwachsen, auf denen das Monopol aufbauen kann, der Bereich der Monopolbildung wird also keineswegs nur durch natürlich gegebene Monopolbedingungen abgesteckt. Gerade weil es aus dem Vergesellschaftungsprozeß der Produktion heraus seine Basis erhält, eine Basis, aus der es notwendig hervorgehen muß, gibt es auch kein Zurück mehr zum Kapitalismus der freien Konkurrenz. Das Monopol muß gesetzmäßig zu der Form des Kapitalverhältnisses werden, die das Gesicht dieser Gesellschaftsordnung und ihre Bewegung prägt. Es gibt faktisch, wenn man die Frage einmal andersherum stellt, überhaupt keinen möglichen kapitalistischen Alternativprozeß zur Verallgemeinerung des Monopols[57]. Wir haben gewissermaßen einen Zwang zum Monopol konstatiert. In dieses Bild scheint aber die Tatsache gar nicht zu passen, daß wir im konkreten Prozeß immer wieder beobachten können, wie Monopole enstehen und vergehen. Der Widerspruch ist scheinbar. Bei der Frage nach der Stabilität des Monopols sind zwei Seiten auseinanderzuhalten: Man kann das Monopol zunächst einmal ganz allgemein fassen, schlechthin als Form des Kapitalverhältnisses. Zum anderen aber geht es um das Monopol in seiner konkreten Erscheinungsform, als jeweiliger Konzern oder Trust, als bestimmtes Kartell etc. Hier beginnt in der Regel das Mißverstehen. An sich wird die Ausbildung von Monopolen, d. h. von Kapitalzusammenballungen konzentrierter, beherrschender ökonomischer Macht, die Zusatzprofit ansaugt, von keiner Seite ernsthaft bestritten, es sei denn in jener merkwürdigen Form, die das Monopol zuerst mit absoluter Macht ausstattet, um dann auszurufen, ein solches Monopol könne es

gar nicht geben, denn es würde das Wertgesetz aufheben. Eine solche Feststellung wäre nicht einmal unberechtigt, wenn sie am Anfang einer Untersuchung stände. Sie zeigte dann nur, daß hier wirklich etwas entstanden ist, was an sich in unvereinbarem Gegensatz zu wesentlichen Mechanismen bzw. Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus in seiner bisherigen Entwicklung steht, sie würde dann ein Problem aufwerfen, seine Untersuchung anregen. Unakzeptabel wird eine solche Festellung aber als Endpunkt einer Gedankenkette, weil sie dann jede Untersuchung ersticken soll. Sie bedeutet dann, daß man einen Golem aufbaut, nur um ausrufen zu können, so etwas gäbe es ja gar nicht. Es ist auch erstaunlich, daß die Anhänger einer solchen Argumentation dennoch durchaus bereit sind, dem Bodenmonopol Absolutheit zuzugestehen. Sie gehen dann davon aus, daß das Bodenmonopol nicht brechbar ist, weil die Produktionsbedingung Boden nicht allgemein herstellbar ist. Dabei übersehen sie jedoch völlig, daß auch die Realisierung dieses Monopols von bestimmten ökonomischen Bedingen abhängt, d. h. in seiner konkreten Erscheinungsform, als Monopol bestimmter Grundeigentümer an einem bestimmten Stück Land, durchaus aufgehoben werden kann, wenn diese Bedingungen aufgehoben werden; wir kommen gleich noch darauf zurück. Absolut ist also auch das Bodenmonopol nur, wenn man es allgemein faßt, in seiner abstrakten, zusammenfassenden Existenz als Form des Ausbeutungsverhältnisses. Diese Form der Absolutheit muß man aber auch für das kapitalistische Monopol ganz allgemein gelten lassen. Als Form des Kapitalverhältnisses existiert und erweitert es sich ständig; und keine Weltmarktbewegung des Kapitals kann etwas daran ändern, daß es Monopolprofit an sich zieht, solange es besteht. Auf die Prozesse seiner Aushöhlung kommen wir gleich zu sprechen. Man kommt z. B. nicht umhin zuzugestehen, daß etwa die Automobilindustrie, um einen Zweig zu nennen, seit Jahrzehnten über eine ökonomische Machtposition verfügt und sie auch ausnutzt, um Monopolprofite zu machen. Dieses Monopol wird auch nicht dadurch aufgehoben, daß einzelne Automobilkonzerne vernichtet werden, im Gegenteil, es wird dadurch in seiner Basis noch verstärkt. Man kann beliebig viele andere Zweige untersuchen; sofern vom Konzentrationsgrad der Produktion her Bedingungen dafür gegeben waren, bildete sich das Monopol heraus und verfestigte sich im Laufe der Zeit, vielleicht unter Schwankungen, zur herrschenden Form des Kapitalverhältnisses. Als solches, als in dem betreffenden Zweig zur beherrschenden Form des Kapitalverhältnisses geworden, ist das Monopol relativ stabil[58]. In der Anfangsphase der Entstehung des Monopols, als die Bedingungen, die es hervorrufen, selbst noch nicht umfassend ausgebildet waren, konnte es unter dem Druck der Umstände noch häufiger zerfallen. Aber gerade diese Instabilität im Ausbildungsprozeß des Monopols ist nicht weiter verwunderlich, denn es liegen ja zwei wesentliche Elemente miteinander im Streit: Einerseits die Konkurrenz, von den Aneignungsverhältnissen her als innere Natur des Kapitals gesetzt; zum anderen die Notwendigkeit planmäßiger Organisation und Regulierung der gesellschaftlichen Produktionsentwicklung, die dem Kapital absolut fremd ist, die es im spontanen Prozeß ohnehin nicht berücksichtigen oder gar verwirklichen und die sich daher nur über Zwänge durchsetzen kann, denen es gehorcht oder nachgeben muß — als Bedingungen der Kapitalverwertung und -erhaltung. Je fühlbarer diese Zwänge werden, um so stabiler wird das Monopol

als herrschende Form des Kapitalverhältnisses durchgesetzt — insgesamt gesehen.

Es ist eine völlig andere Frage, ob eine solche Monopolstellung nicht für einzelne Unternehmen oder für ganze Zweige ausgehöhlt und schließlich aufgehoben werden kann. Das ist in der Tat der Fall. Aber das sind Prozesse auf einer ganz anderen Ebene der Abstraktion. Hier beginnt eine andere Fragestellung — eine Fragestellung, die schon vom Monopol ausgehen muß[59].

Es ist an sich schon unlogisch, daß ein Monopol in einem Zweig weniger Monopol sein soll als vorher, wenn von zwölf Konzernen, die ihn beherrschen, einer vernichtet wird. Das Gegenteil dürfte der Fall sein, denn das ist ja genau der Prozeß der Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital, der überhaupt erst die Basis für die Ausbildung des Monopols schafft. Das gilt auch, wenn man den Zerfall von Zweigmonopolen im Auge hat, denn dieser Zerfall ist ja gerade ein Moment in diesem Zentralisationsprozeß. Marx hat diese Problematik schon behandelt und gezeigt, „daß das notwendige Resultat der Konkurrenz die Akkumulation des Kapitals in wenigen Händen, also die fürchterlichere Wiederherstellung des Monopols ist"[60]. Das Monopol muß also der Ausgangspunkt der Fragestellung sein. Die Vernichtung einzelner Konzerne oder die Aushöhlung der Verwertungskraft des Monopolkapitals ganzer Zweige kann nicht ausreichender Grund sein, um das Monopol selbst in Frage zu stellen, sondern sie werfen die Frage nach den Grenzen des Monopols auf, nach den Gesetzmäßigkeiten, denen es unterworfen ist, und nach den Einflüssen, die es selbst wiederum auf diese Gesetzmäßigkeiten ausübt.

Interessanterweise ist es wiederum Marx, der im Zusammenhang mit dem Bodenmonopol bereits eine Reihe von Prozessen berührt, die auch heute in bezug auf die Bewegung des Monopolprofits, seine Grenzen, die Aushöhlung des Monopls, die Durchsetzung des Wertgesetzes usw. eine Rolle spielen. Ich möchte hier nur drei dieser Prozesse, die alle in Beziehung zum technischen Fortschritt stehen, herausgreifen. Da ist erstens der technische Fortschritt im jeweiligen Zweig selbst. Boden kann z. B. durch zusätzliche Kapitalanlage (Drainage, Düngung, bessere Bodenbearbeitung etc.) fruchtbarer gemacht werden, mit dem Ergebnis, daß das Angebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen so steigt und die Preise sich soentwickeln, daß unfruchtbarerer Boden, der vorher bebaut wurde, nunmehr aus der Bebauung herausfällt[61]. Die Eigentümer dieser Böden können ihre ausschließliche Verfügungsgewalt darüber nicht mehr ökonomisch verwerten. Ihr Monopol ist aufgehoben worden[62]. Aber alle anderen Grundeigentümer realisieren nach wie vor Grundrente. Das Bodenmonopol ist nur in seiner konkreten Erscheinungsform, bezogen auf diese bestimmten Böden und bestimmten Grundeigentümer, aufgehoben worden, aber nicht ganz allgemein, als Form des Ausbeutungsverhältnisses, durch die ein Teil der gesamten Mehrwertmasse dem Ausgleich zur Durchschnittsprofitrate entzogen wird. Ebensowenig ist die Grundrente an sich weggefallen. Das Bodenmonopol beeinflußt nach wie vor die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Ihr Produktionspreis setzt sich nach wie vor nicht aus Kostpreis + Durchschnittsprofit zusammen, sondern aus Kostpreis + Durchschnittsprofit + Grundrente. Der Boden wird aus der Produktion geworfen, nicht weil das Kapital dort keine Durchschnittsprofitrate mehr erzielen kann, sondern weil sich dort kein Durchschnitts-

profit + Grundrente mehr erwirtschaften läßt. Für die Funktion des Kapitals unter diesen monopolistischen Bedingungen ist die Erwirtschaftung beider Mindestvoraussetzung.

Ähnliche Prozesse wie der hier von Marx angeschnittene vollziehen sich heute in allen monopolisierten Zweigen. Gerade durch die monopolistische Verfestigung der ganzen Kapital- und Produktionsstrukturen werden die Konzerne dazu gedrängt, sich den technischen Fortschritt als Hebel der Profitsteigerung und als Instrument der Konkurrenz nutzbar zu machen. Sie lösen eben dadurch jene Prozesse aus, die im Endeffekt die Verwertungskraft anderer Konzerne unterspülen. Das sind Formen der Konkurrenz, die infolge der monopolistischen Verfestigung der Kapitalstrukturen zwangsläufig in den Vordergrund gerückt werden. Wohlgemerkt, es ist das Streben des Kapitals nach höchstem Profit, das es antreibt, mögliche Wege der Profitsteigerung ausfindig zu machen und zu nutzen. Dies hier ist nur ein Weg, es gibt noch andere. Das Monopol kann genausogut Prozesse der Stagnation hervorrufen oder der Produktivkraftentwicklung, die zugleich starke Elemente der Fäulnis beinhalten[63]. Worauf es uns hier ankommt, ist, daß der technische Fortschritt zu einer wesentlichen Begleiterscheinung der monopolistischen Konkurrenz werden muß und daß das Monopol dort, wo es den technischen Fortschritt als Mittel der Profitsteigerung vorantreibt, zugleich auch Prozesse in Gang setzt, die sich in der Aushöhlung ganz konkreter Monopole niederschlagen. Das sind hier, im Falle des von uns zunächst angeführten Prozesses, bewußte Formen monopolistischer Konkurrenz, die während der Nachkriegszeit eine große Rolle gespielt haben[64]. Wir sehen immer wieder, wie sich im Zuge des Akkumulationsprozesses in den verschiedenen Bereichen einzelne Konzerne in den Vordergrund schieben, an Größe, Stärke und Akkumulationskraft gewinnen, während andere zurückbleiben, in ihrer Verwertungskraft untergraben werden, bis ihnen schließlich der Spielraum für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte fehlt und sie im Expansionsprozeß des Monopols nicht mehr mithalten können. Natürlich ist das nicht die einzige Form monopolistischer Konkurrenz. Aber wenn wir einmal grob überschlagen, in welchen Zweigen derartige Prozesse eine große Rolle gespielt haben — Bergbau, Stahlindustrie, Automobil-, Elektro-, Papierindustrie usw. usf. —, so stoßen wir nicht nur auf die wichtigsten Zweige der Industrie, sondern stellen auch fest, daß dieser Prozeß in Bereichen Gewicht hatte, in denen in der BRD rund zwei Drittel aller Beschäftigten des produzierenden Gewerbes tätig sind. Dies nur als Hinweis darauf, welche Rolle diese Form monopolistischer Konkurrenz, der Konkurrenz vor allem auch innerhalb der einzelnen Monopolgruppen, doch spielt.

Eine weitere Form der Untergrabung des Bodenmonopols, auf die wir bei Marx stoßen, wenn er die Kapitalbewegung unter diesen monopolistischen Bedingungen untersucht, sind die Substitutionsprozesse. Es kann z. B. durchaus sein, daß sich die Weizenproduktion so verbilligt, daß der Verbrauch an Roggen oder Hafer zurückgeht und Ländereien, die von ihren natürlichen Bedingungen her für den Weizenanbau nicht taugen, aus der Produktion geworfen werden[65]. Bei Marx ist das im Grunde nur die Fortsetzung des zuerst angeschnittenen Prozesses des technischen Fortschritts in einem Zweige, aber jetzt in seinen Folgen auf die Produktsubstitution, auf die Kapitalbe-

wegung sowie auf das Monopol innerhalb des Zweiges betrachtet. Aber Marx untersucht hier — und das ist für uns wesentlich festzuhalten —, wie die Kapitalakkumulation in einem Bereich hinter dem Rücken der Produzenten Verschiebungen in der Produktionsstruktur hervorruft, die das Monopol in anderen Produktionsbereichen angreift und schließlich aufhebt. Wieder ist es nicht das Monopol an sich, als Form des Ausbeutungsverhältnisses, das aufgehoben wird, sondern seine konkrete Erscheinungsform, das Monopol bestimmter Getreideproduzenten bzw., auf der damaligen Stufe der Entwicklung, das Bodenmonopol bestimmter Grundeigentümer. Heute beobachten wir solche Substitutionsprozesse in enormem Ausmaße. Man denke hier nur an das Vordringen des Erdöls und des Erdgases als Energie- und Rohstoffquellen und an die Einflüsse, die es auf die gesamte Produktionsstruktur gehabt hat und noch hat — von der Kohle bis hin zur Textilindustrie und selbst der Landwirtschaft. Hier vollzogen sich, ausgehend vom technischen Fortschritt, über die Kapitalbewegung, über die Akkumulation, gelenkt vom Streben nach höchster Verwertung, Prozesse der Umverteilung von gesellschaftlicher Arbeit; damit zusammenhängend vollzogen sich Verschiebungen in der Struktur des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und in der Bedeutung seiner verschiedenen Bereiche, seiner Schlüsselzusammenhänge usw., durch die herkömmliche konkrete Monopole in ihrer Verwertungskraft ausgehöhlt und durch neue ersetzt wurden. Das bezieht sich schon nicht mehr auf einzelne Konzerne, sondern schon auf ganze Zweige bzw. ganze Reproduktionszusammenhänge, deren Beherrschung die Grundlage für die Stellung und Verwertungskraft ganzer Monopolgruppen bildete. Und wieder ist es gerade die monopolistische Verfestigung und Beherrschung der kapitalistischen Strukturen, die die Konzerne oder Monopolgruppen in den verschiedenen Bereichen im Kampf um die Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprofits zu solchen auf dem technischen Fortschritt beruhenden Expansionsprozessen zwingt, ist es die monopolistische Verfestigung der Kapitalstrukturen, die diese Formen der Konkurrenz in den Vordergrund treten läßt.

Marx weist schließlich noch auf eine dritte Seite des technischen Fortschritts hin, die heute überaus große Bedeutung gewonnen hat. Die Aushöhlung bestehender Monopole kann sich aus dem Fortschritt der gesellschaftlichen Produktion überhaupt ergeben. Marx nennt hier Verkehrswege oder auch neue lokale Märkte, deren Herausbildung früher vorhandene Standortvorteile oder -nachteile beseitigt und so nivellierend auf die Grundrenten verschiedener Bodenlagen wirkt oder sogar zum Ausschluß bestimmter Böden aus der Produktion führen kann[66]. Es sind also Entwicklungen in Drittbereichen, vom Standpunkt des betroffenen Zweiges aus gesehen, die das Monopol untergraben. Auch hier genügt der Hinweis auf einige Beispiele, um die Bedeutung dieses Prozesses in der Gegenwart zu kennzeichnen. Die technische Entwicklung des Verkehrswesens (im Massenguttransport, Rohrleitungstransport etc.) war z. B. eine wesentliche Voraussetzung für das Vordringen der internationalen Ölkonzerne in Westeuropa, für den Einbruch amerikanischer Kohlekonzerne in den westeuropäischen und westeuropäischer wie japanischer Stahl- und Automobilkonzerne in den amerikanischen Markt. Moderne Anlagen des Massenguttransports, wie sie seit rund fünfzehn Jahren das Bild des Transportwesens zunehmend zu prägen begonnen haben,

setzen ihrerseits wieder für ihre rentable Anwendung einen bestimmten Vergesellschaftungsgrad der Produktion voraus. Ist dieser Grad einmal erreicht, so wird ihr Vordringen aber unaufhaltsam, und es setzt dann wiederum Prozesse in Gang, die sowohl ganz beträchtliche Verschiebungen in der Zusammensetzung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit zur Folge haben, als auch nur bestimmte Bedingungen monopolistischer Beherrschung eines Zweiges verändern können. Es sind eine Fülle wechselwirkender Prozesse, die hier ablaufen. Wir können sie nicht in ihren Einzelheiten schildern[67]. Ihr Ergebnis ist jedenfalls u. a. eine Veränderung der gesellschaftlichen Produktionsstrukturen, die auch dazu führt, daß die Bedeutung bestimmter herkömmlicher Produktionsbedingungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß abnimmt und die Verwertungskraft des darauf beruhenden Monopols untergraben wird. Sie führen auch ebenso zu Veränderungen in bezug auf die Durchsetzung moderner Produktivkräfte in bestimmten Zweigen, die ihrerseits die Verwertungs- und Expansionskraft einzelner Konzerne in diesen Zweigen aushöhlen[68]. Wie immer sich aber diese Prozesse auch vollziehen, sie führten nie zur Aufhebung des Monopols ganz allgemein. Im Gegenteil, es sind Prozesse der Konzentration der Produktion und der Zentralisation des Kapitals, durch die die objektive Grundlage des Monopols als beherrschende Form des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses verstärkt wird.

Kommen wir jetzt zur Frage des Wertgesetzes. Es genügt, wenn wir uns die drei geschilderten Prozesse vor Augen halten, um zu sehen, daß das Wertgesetz sich auch unter monopolistischen Bedingungen durchsetzt. Gleichzeitig kommen wir aber auch neuen Momenten im Mechanismus der Durchsetzung des Wertgesetzes auf die Spur.

Beim Wertgesetz geht es, von seiner Funktion her betrachtet, vor allem um die Frage, wie sich die gesellschaftliche Gesamtarbeit entsprechend den Erfordernissen des Reproduktionsprozesses auf die einzelnen Zweige der Produktion verteilt. Diese Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit vollzieht sich nach wie vor über die vom Profit her gelenkte Bewegung des Kapitals. Hohe Profite in den einen Zweigen bewirken hier die Expansion des Kapitals, niedere in anderen dort den Abfluß oder die Vernichtung von Kapital. Es ist auch die Bewegung des Kapitals, die wiederum die Profitraten verändert. Die Expansion des Kapitals in einem Zweig verändert die gesellschaftlichen Produktionsstrukturen und führt auf diese Weise dazu, daß Produktionsbedingungen, die von anderen Monopolen beherrscht werden, an Bedeutung verlieren. Die Verwertungskraft dieser Monopole wird untergraben, und damit kommt auch zwangsläufig die Produktionsausdehnung in diesem Zweig zum Erliegen, oder die Produktion wird sogar eingeschränkt. Es ist völlig gleichgültig, ob wir es hier mit einem Vordringen der Weizen- auf Kosten der Roggenproduzenten oder der Erdöl- auf Kosten der Kohlekonzerne zu tun haben. In beiden Fällen führt das Vordringen der einen zur Aushöhlung des Monopols der anderen. Das sind z. T. Prozesse, die sich hinter dem Rücken der Produzenten vollziehen — auch heute noch. Die Erdölkonzerne waren sich in den 50er Jahren wohl darüber klar, daß ihr Expansionsprozeß in der BRD auf Kosten der Kohlekonzerne ging. Und es war ein bewußt in Konkurrenz zu diesen vorgetriebener Prozeß; aber in seinem Gesamtergebnis, einer sehr beträchtlichen Umwälzung der Produktions- und Verwertungsstrukturen mit Wirkungen bis hin zur Textilindustrie, zur

Landwirtschaft usw., war er völlig unüberschaubar und anarchisch abgelaufen. Das gilt natürlich in noch höherem Maße, wenn man bedenkt, wie vielfältig die Entwicklung des technischen Fortschritts heute ist — u. a. eben gerade weil für das Kapital heute weitgehend dasselbe gilt, was für den Weizenproduzenten galt: daß der technische Fortschritt in monopolistisch verfestigten Strukturen die entscheidende Möglichkeit ist, um sich Wege für die eigene Expansion und die Steigerung des Profits zu eröffnen. Entwicklungen vielfacher Art, oft auch in Drittbereichen, wirken hier auf die Verwertungsbedingungen auch des Monopolkapitals ein und verändern sie. Diese ganzen Prozesse zeigen, daß auch das Monopolkapital und der Monopolprofit bestimmten ökonomischen Gesetzen unterliegen[69]. Eine völlig andere Frage ist es, ob die Bewegung des Kapitals auch die Ausbildung einer Durchschnittsprofitrate zur Folge hat.

Sicherlich wirken die Kräfte nach wie vor, die im vormonopolistischen Kapitalismus zum Ausgleich der Profitraten führten. Man kann daraus aber nicht mehr ohne weiteres schließen, daß aus diesem Wirken auch mit Notwendigkeit die Ausbildung einer allgemeinen, mehr oder weniger gleichen Profitrate für Kapitale gleicher Größe folgen muß. Im Monopolkapitalismus fehlt dafür die Voraussetzung der ungehinderten Wanderung des Kapitals aus Zweigen mit niederer in solche mit höherer Verwertung und folglich auch der stete Druck der Konkurrenz, der die Senkung der hohen Profitraten auf den allgemeinen Durchschnitt hin bewirkt. Die Zufuhr von gesellschaftlicher Arbeit in expandierende Zweige erfolgt durch die Expansion der in diesen Zweigen angesiedelten Konzerne selbst. Sie erfolgt in aller Regel nicht über die Einwanderung fremden Kapitals, sondern es ist die Ansaugung von Profit aus anderen Bereichen, kraft des Monopols, oder es sind Formen monopolistischer Kapitalmobilisierung, aus denen der Expansionsprozeß der angesiedelten Konzerne gespeist wird. Sie heben daher auch das Monopol nicht auf[70]. Man müßte schon annehmen, daß die Konzerne sich selbst Konkurrenz machen, wenn man daraus auf die Ausbildung einer Durchschnittsprofitrate schließen wollte.

Im Monopolkapitalismus ist der Expansionsprozeß des Kapitals ein von der jeweiligen Monopolgruppe mehr oder weniger kontrollierter und, mit dem Blick auf den Profit, planmäßig regulierter Prozeß. Ein Prozeß, von dem das Kapital weiß, daß er, auf dem gegebenen Stand der Vergesellschaftung der Produktion, sofort sämtliche Verwertungsbedingungen zerrütten würde, wenn man ihn außer Kontrolle ließe. Auch innerhalb der einzelnen Zweige zeigt sich oft eher eine Tendenz zur Profitdifferenzierung als zur Profitnivellierung[71]. Umgekehrt erfolgt die Verringerung der gesellschaftlichen Arbeit in niedergehenden Zweigen über die Aushöhlung der Verwertungskraft der darin angesiedelten Konzerne bis hin zur Unmöglichkeit der einfachen Reproduktion. Das schließt Kapitalvernichtung und schließliche Vernichtung einzelner Konzerne ein. Diese Aushöhlung der Verwertungskraft ist aber den spontanen Folgeprozessen der allgemeinen, von den Monopolen beherrschten und regulierten Expansionsprozesse geschuldet; sie hebt diese Regulierung, d. h. das Monopol und den Monopolprofit, nicht auf. Bedenkt man, daß der übliche Prozeß der Kapitalwanderung, die sukzessive Liquidierung des Kapitals in niedergehenden Zweigen und seine Anlage in höher profitablen, durch die starke Fixierung des Kapitals wesentlich erschwert ist, das Kapital

zum anderen aber gerade in diesen Zweigen jenem Prozeß der Unterspülung des Monopols unterliegt, so wird die besondere Schärfe der Konflikte und die Vergeudung von gesellschaftlicher Arbeit deutlich, die aus diesen monopolistischen Formen der Umverteilung entspringen müssen.

Derartige Prozesse der Umverteilung von gesellschaftlicher Arbeit lassen sich ja in der Tat auch in sehr großem Ausmaße durchaus nachweisen. So ist es den westdeutschen Kohlekonzernen beispielsweise seinerzeit, als ihr Monopol unterspült wurde, trotz verzweifelter Anstrengungen nicht gelungen, sich in das Erdölgeschäft einzuschalten. Es ist ihnen nicht gelungen — man muß das festhalten —, obwohl sie noch von der Kohlechemie und der Kohlehydrierung her über ganz wesentliche Bestandteile der Produktionskette Erdölverarbeitung und -vertrieb verfügten; über Raffinerien, große chemische Betriebe und Tankstellennetze. Eine gewisse Zeit lang waren die sogenannten „Zebras", gemischte Kohle- und Ölkonzerne, in aller Munde. Es war aber ein vergebliches Bemühen der Kohlekonzerne, aus ihrer angestammten Verwertungssphäre herauszukommen; diese Mischgebilde wurden zwischen den internationalen Ölkonzernen und den Chemiemonopolen zerdrückt. Auf der anderen Seite sehen wir die ungeheure Expansion der internationalen Ölkonzerne. In den vergangenen 25 Jahren haben diese Konzerne nicht nur die bestehenden Kapizitäten der Ölförderung, des Öltransports und der Raffinierung enorm ausgebaut. Diese Expansion war in ihren Größenordnungen und in ihrem Tempo geradezu phantastisch. Neben der Ausdehnung der vorhandenen Kapazitäten bauten die Konzerne neue, explorierten und erschlossen sie neue Ölquellen in Algerien, in Lybien, in Nigeria, Indonesien, auf den Philippinen, in Australien, der Nordsee, in Alaska und in Kanada usw., usf. Sie erkundeten und erschlossen enorme Erdgasquellen, entwickelten und bauten Anlagen der Erdgasverflüssigung und des Erdgastransports. Sie sicherten sich den Zugriff auf die Ölsand- und Ölschiefervorkommen. Sie drangen in der Erdölchemie vor und beherrschen heute große Teile dieses Zweiges. Sie sicherten sich den Zugriff auf die anderen Primärenergien: Ölkonzerne besitzen mehr als ein Drittel der amerikanischen Kohlereserven, kontrollieren die Hälfte der bekannten Uranreserven der kapitalistischen Welt, beherrschen wesentliche Teile der Produktion von Kernbrennelementen und entscheidende Teile der Kernenergieforschung, und sie sind bereits an führender Stelle am Kernreaktorbau beteiligt. Alle diese kostspieligen Prozesse, mit denen sie nicht nur die Hand auf die Schlüsselstellungen der modernen Produktion legten, sondern auch noch deren vergleichsweise überproportionales Wachstum bewältigen, finanzierten sie fast völlig aus eigener Akkumulationskraft[72]. Auf ähnliche Prozesse im Automobilbau und in der Chemischen Industrie haben wir bereits hingewiesen. Genau diese Prozesse sind aber Umverteilung von gesellschaftlicher Arbeit kraft monopolistischer Profitansaugung.

Es versteht sich von selbst, daß wir hier das Problem der Durchsetzung des Wertgesetzes nur anreißen konnten. Immerhin hoffen wir aber gezeigt zu haben, daß sich, mit der Vergesellschaftung der Produktion einerseits und dem daraus hervorwachsenden Monopol andererseits, neue Bedingungen für die Wirkungsweise des Wertgesetzes entwickelt haben. Es sind Umverteilungsformen von gesellschaftlicher Arbeit entstanden, die über die monopolistische Umverteilung von Profit laufen oder, umfassender ausgedrückt

— das ist notwendig, weil alle Klassen und Schichten der Bevölkerung von diesem Prozeß erfaßt werden —, über die Umverteilung von Nationaleinkommen zugunsten der Monopole. Auch dieser Umverteilungsprozeß, der ja in die Profitverteilung eingreift und beinhaltet, daß bestimmten Kapitalen die Expansionsmöglichkeiten beschnitten werden, während sie anderen überdurchschnittlich eröffnet sind, dokumentiert das Monopol bzw. den Monopolprofit als Grundlage der Bewegung des Kapitals im Imperialismus, die den Widersprüchen in diesem Stadium kapitalistischer Entwicklung so unerhörte Schroffheit verleihen. Es ist gerade das Verdienst Lenins, über dem Prozeß des Werdens und Vergehens konkreter Monopole — der Konzerne, Kartelle, Trusts usw. —, das Wesentliche nicht übersehen zu haben. Das Monopol als beherrschende Form des Kapitalverhältnisses war ja damals bei weitem noch nicht so verfestigt wie heute. Lenin hat aber in völliger Übereinstimmung mit der Marxschen Theorie von der Akkumulation des Kapitals gefolgert, daß jede Vernichtung von konkreten Monopolen nur eine Verstärkung des Monopols als herrschende Form des Kapitalverhältnisses bedeuten kann und daß folglich diese Form das System in seiner Bewegung und Entwicklung bestimmen muß. Bezieht man hier die Formen mit ein, in denen das Kapital die von ihm selbst gesetzten Schranken der Entwicklung durchbricht und den Grad der Zuspitzung des Grundwiderspruchs im Zuge der Vergesellschaftung der Produktion sowie die sich daraus ergebenden Konflikte, die Bedeutung monopolistischer Beherrschung für die Kapitalverwertung und -erhaltung, die Konzentration des Bankkapitals und seine besondere Bedeutung[73], so ist es nur noch ein Schritt bis zur Ausbildung des Finanzkapitals und der Finanzoligarchie. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, hat Lenin seine Imperialismustheorie ausgearbeitet, und sie ist ja in der Zwischenzeit auch durch die konkrete Entwicklung vollauf bestätigt worden; und zwar nicht nur von dem Aspekt des Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus her, sondern auch von der Seite her, die wir hier nicht behandeln konnten und die den Imperialismus als sterbenden Kapitalismus ausweist.

Anmerkungen

1 Selbst in dem ausgezeichneten Beitrag von Fred Oelssner, vgl. Oelssner, F., Beitrag zur Monopoltheorie, in: Probleme der politischen Ökonomie, Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 3, Berlin/DDR 1960, wird von der Behandlung der Grundrente abgesehen. Einen Hinweis auf die zentrale Bedeutung dieses Abschnittes im „Kapital" gibt Peter Hess; vgl. Hess, P., Fragen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, H. 8/74, S. 833, Hess wundert sich dort ebenfalls, daß die Kritiker der Leninschen Imperialismustheorie — er beschäftigt sich mit den Arbeiten von M. Wirth, Ch. Neusüss und J. Schubert — nicht begreifen, daß Marx dort das Wesen der Sache bereits dargestellt hat.

2 Vgl. Marx, K., Das Kapital, Bd. III, Marx/Engels Werke (fortan abgekürzt MEW) Bd. 25, Berlin/DDR, S. 773. Marx entwickelt freilich an der gleichen Stelle und an einigen anderen — vgl. S. 770, 784 —, daß auch das Monopol bzw. der Monopolprofit vorkomme und worauf es dabei und bei der Unterscheidung zwischen Monopolprofit und Grundrente ankomme.

3 Vgl. Marx, K., MEW Bd. 24, S. 111.

4 Als künstlich bezeichne ich diese Monopolbedingungen hier, um sie von den natürlichen Monopolen abzuheben.

5 Vgl. Marx, K., MEW Bd. 25, S. 627—821.

6 Marx, K., MEW Bd. 25, S. 628.

7 Allein durch die Tatsache der Fragestellung unterscheidet sich Marx schon ganz beträchtlich von jenem Teil der Lenin-Kritik, die überhaupt keine Fragen stellt, sondern nur konstatiert, das Monopol hebe, verallgemeinert, mit der Konkurrenz auch die ökonomischen Gesetze auf. Das Fazit dieser an sich schon falschen Überlegung — die Aufhebung der Konkurrenz könnte ja höchstens andere Gesetze an die Stelle der alten treten lassen oder neue Erscheinungsformen derselben hervorbringen — ist es dann, daß das Monopol folglich überhaupt nicht existieren kann, es sei denn als vergängliche Form, in der das Kapital versucht, sich dem Ausgleich der Profitraten zu entziehen. Wer das Monopol sieht, sieht also nur eine Fata Morgana.

8 Vgl. ebd., S. 627.

9 Die Überproduktionskrise ist ein Moment in diesem Prozeß, von dem wir in unserem Zusammenhang absehen können.

10 In diesem Funktionszusammenhang steht nur das in der Landwirtschaft angelegte Kapital selbst.

11 Man muß das hervorheben, weil selbst die Lenin-Kritiker, die das Monopol an sich gerade deshalb ablehnen, weil es angeblich das Wertgesetz aufhebe, dem Bodenmonopol noch einige Existenzberechtigung und sogar einen gewissen Grad von Absolutheit zugestehen.

12 Ich habe hier die absolute Grundrente im Auge, also jene Rente, die voll dem Bodenmonopol entspringt und nicht etwa irgendwelchen Produktivitätsvorsprüngen des auf bestimmten Bodenflächen produzierenden Kapitals. Man könnte einwenden, diese absolute Grundrente verschwinde in dem Moment, in dem Kapitalist und Grundeigentümer in einer Person vereinigt sind; unter diesen Umständen genüge der Durchschnittsprofit, um das Kapital in Bewegung zu halten. Dieser Gedanke hat etwas für sich, vor allem wenn man bedenkt, daß die Bewegung des Kapitals in diesem Bereich keine andere Schranke findet als das Grundeigentum, solange es noch sehr niedrig organisch zusammengesetzt ist. Tatsächlich aber setzt sich das Bodenmonopol, das auf dem privaten Grundeigentum aufbaut, auch unter diesen Bedingungen in Surplusprofit um. Dieser Surplusprofit erscheint nur plötzlich in der Kostenrechnung, als Bodenpreis, der dem fixen Kapital zugerechnet wird und als Bestandteil in den Kostpreis eingeht.

13 Marx, K., MEW Bd. 25, S. 628 f. Hervorh. R. K.

14 In diesem Faktor „Bedingungen des Reproduktionsprozesses" liegen Macht und Grenzen der Macht des Monopols im Verwertungsprozeß.

15 Alleinherrschaft ist nicht streng als alleinige Herrschaft eines Kapitals über sämtliche angesprochenen Produktionsbedingungen zu verstehen, sondern ganz allgemein als Beherrschung solcher Bedingungen, gleichgültig in welcher Form sie sich konstituiert.

16 Diese Definition unterscheidet sich im Grunde nicht wesentlich von der, die Oelssner gibt; vgl. Oelssner a. a. O., S. 68. Selbstverständlich gehört auch die Konzentration der Produktion noch in die Definition hinein, weil sie erst die Bedingungen für das Monopol außerhalb des Bodenmonopols schafft; ich habe diese Frage hier aber noch nicht angeschnitten. Ferner spreche ich von Machtpositionen des Kapitals und nicht der Finanzoligarchie. Finanzkapital und Finanzoligarchie sind Entwicklungsstufen auf der Basis der Verallgemeinerung des Monopols als herrschender Form des Kapitalverhältnisses, und man muß das Monopol entwickeln und verstehen, ehe man das Finanzkapital bzw. die Finanzoligarchie entwickeln und verstehen kann. Wir befassen uns hier erst mit dem Grundprozeß.

17 Ich spreche von Zusammenhängen des Reproduktionsprozesses, weil auch die Beherrschung von Zusammenhängen außerhalb der Produktionssphäre, also in der Zirkulation, im Kreditwesen usw., zum Monopolisierungsprozeß gehört.

18 Oelssner drückt das in anderer Form sehr plastisch aus: auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln bauen sowohl die freie Konkurrenz als auch das Monopol auf; Vgl. Oelssner, F., a. a. O., S. 48f.

19 Im vormonopolistischen Kapitalismus sind solche Prozesse undenkbar.

20 Staatliche Subventionen zeigen diesen Prozeß in aller Deutlichkeit.

21 Vgl. dazu Katzenstein, R., Technischer Fortschritt — Kapitalbewegung — Kapitalfixierung, Westberlin 1974.

22 Marx, K., MEW Bd. 4, S. 553.

23 Marx, K., MEW EB I S. 511.

24 Ebd., S. 507.

25 Marx, K., MEW Bd. 25, S. 452.

26 Ebd., S. 453 f.

27 Vgl. ebd., S. 452f.

28 Ebd., S. 453.

29 Ebd., S. 455.

30 Ebd., S. 454. Ich habe hier bewußt die Stelle fortgelassen, die besagt, daß das Monopol die Staatseinmischung herausfordert, um den Grundzusammenhang der Entwicklung des Kapitalverhältnisses möglichst deutlich herauszuheben. Auch die Frage der Staatsintervention ist ja auf dem Hintergrund der Vergesellschaftung der Produktion und ihrer Bedeutung für die Entwicklung des Kapitalverhältnisses zu betrachten.

31 Vgl. Marx, K., MEW Bd. 7. Natürlich wollen wir hier nicht andeuten, daß sich heute ein Bündnis von Arbeiterklasse und nichtmonopolisierter Bourgeoisie in bezug auf die Schaffung des Sozialismus ergeben kann. Mögliche gemeinsame Interessenlagen gibt es hier aber in bezug auf die Beschneidung der Macht der Monopole. Das zeigt sich auch im Zerfallsprozeß des imperialistischen Kolonialsystems. In diesem Prozeß spielte die nationale Bourgeoisie tatsächlich eine recht große Rolle, weil sie in ihrer eigenen Entfaltung durch die koloniale Herrschaft gehemmt war. Diese einmal beseitigt, brechen die Klassengegensätze allerdings wieder deutlich und scharf auf.

32 Engels, F., MEW Bd. 25, S. 453.

33 Das tut in der Tat Engels, wenn er in dieser Beziehung die Marxsche Analyse weiterführt; vgl. dazu auch Engels, F., Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, und ders., Der Sozialismus des Herrn Bismarck, in: MEW Bd. 19. Das tut ebenfalls Lenin in seiner Analyse des Imperialismus.

34 Vgl. Zschocke, H., Kapitalstruktur und -verwertung in der BRD-Industrie, IPW Forschungshefte, Berlin/DDR, H. 2/74, S. 30/31.

35 Legt man die von Zschocke angeführte Anlagevermögensgröße je Arbeitsplatz zugrunde, so kann man errechnen, daß die durchschnittlichen Investitionskosten zur Errichtung der industriellen Unternehmen, die 1970 rd. 63% des Umsatzes in der BRD tätigten, bei rd. 125 Mio DM liegen; Berechnung nach Stat. Jahrb. f. d. BRD 1973, S. 222. Heute liegen die Zahlen bereits erheblich höher; vgl. Autorenkollektiv Automation in der BRD, Das Argument, AS 7, Westberlin 1975, S. 66.

36 Wir wollen hier gar nicht davon sprechen, daß auch der Kredit und das Aktienwesen monopolisiert sind, weil das schon eine abgeleitete Erscheinung, ein Ergebnis des Monopolisierungsprozesses ist. Freilich eine Erscheinung, die, wie schon dargelegt ebenso notwendig mit der Entwicklung des Kapitalverhältnisses verbunden ist wie die Monopolisierung selbst. Sie ist Bestandteil der ökonomischen Machtstruktur, die sich herausbildet.

37 Welche Bedeutung diesem Prozeß zukommt, kann man sich anhand von Bilanzkennziffern klarmachen. In seinem Bericht für das Geschäftsjahr 1973/74 gibt

der Thyssen-Konzern z. B. seinen Brutto-Cash-Flow (BCF), darin sind die Abschreibungen enthalten, mit DM 1361 Mio. an. Seine Sachabschreibungen werden auf DM 764 Mio. beziffert, aber wir wollen die echten Abschreibungen auf 600 Mio. schätzen. Nimmt man einmal an, der Absatz sinke um 40 %, so sinkt auch der BCF entsprechend auf rd. 816 Mio. DM. Vom fixen Kapital sind jedoch nur 360 Mio. DM echt umgeschlagen; 240 Mio. DM sind nicht umgeschlagen, sondern vernichtet worden. Der Profit fällt unter diesen Umständen von 761 Mio. DM auf 216 Mio, also nicht um 40 %, sondern um fast 72 %.

38 Vgl. dazu auch Katzenstein, R., Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Westberlin 1974, S. 12ff.

39 Das ist gewissermaßen eine technische Gesetzmäßigkeit. Selbst wenn die Investitionskosten je Erzeugniseinheit und vielleicht sogar die Zahl der Beschäftigten sinken, nimmt dennoch in der Regel der absolute und relative Umfang des fixen Kapitals zu, weil die Potenzen dieser neuen Produktivkräfte nur in erheblich größeren Gesamtanlagen wirksam gemacht werden können. Beispielsweise sind die Investitionskosten je Erzeugniseinheit bei modernen Erdölraffinerien gegenüber der vorausgegangenen technologischen Stufe auf etwa 25 % gesunken. Dennoch sind die Größenordnungen optimal gestalteter Raffinerien so stark gestiegen, daß sich die absoluten Investitionskosten je Raffinerie mehr als verdoppelt haben. Wenn dieses fixe Kapital umschlagen soll, muß sich der Absatz einer Raffinerie annähernd verdreifachen. Es handelt sich hier zwar um ein zugespitztes Beispiel, aber das gilt nur in bezug auf die Entwicklung der Investitionen je Erzeugniseinheit und die der Beschäftigung, kaum aber in bezug auf die Sprünge in den Produktionskapazitäten.
Zur Einschätzung des Gesamtprozesses noch einige Entwicklungskennziffern: In der Industrie der BRD sind von 1951 bis 1972 gestiegen: die Zahl der Betriebe um rd. 9,4 %, die der Beschäftigten um 51,7 %, der Umsatz um 430 %; berechnet nach Stat. Jb. f. d. BRD 1973, S. 224. Der Konzentrationsprozeß ist hier noch nicht einmal richtig erfaßt. Zum Brutto-Anlagevermögen: es ist von 1951 bis 1968 um rd. 240 % gestiegen. Quelle: Baumgart, E., R., u. R. Krengel, Die industrielle Vermögensrechnung des DIW, zitiert nach Zschocke, H., a.a.O. S. 25. Die Zahlen sind wegen der unterschiedlichen Quellen, ihrer unterschiedlichen Bezugsbasis und der unterschiedlichen Zeiträume nicht voll vergleichbar, geben aber die Tendenz der Entwicklung sehr deutlich wieder, um die es hier geht.

40 Rd. 125 Mio. DM, wie wir errechnet haben; vgl. Fn. 35.

41 Vgl. Engels, F., Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW Bd. 19, S. 218 ff.

42 Vgl. ebd., S. 220f.

43 Vgl. Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Werke Bd. 22, S. 308.

44 Vgl. dazu z. B. Wirth, M., Zur Kritik der Theorie des staaatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfs, H. 8/9, Erlangen 1973.

45 Vgl. Engels, F., Die Entwicklung des Sozialismus . . ., a.a.O., S. 216. Marx entwickelt diesen Gegensatz im ersten Band des „Kapital", vgl. Marx, K., MEW Bd. 23, S. 371ff.

46 Als Massenproduktion ist in diesem Zusammenhang nicht nur die massenhafte Produktion eines einzelnen Erzeugnisses anzusehen, also etwa von Stahl oder Fernsehapparaten, sondern ebenso die vergleichsweise massenhafte Produktion verschiedener, aber gleichgelagerter Warenarten, also z. B. von Maschinen verschiedenen Typs. Worauf es hier ankommt, sind die produktiven Potenzen der Anlagen im Verhältnis zum gesellschaftlichen Bedarf an den mit ihrer Hilfe produzierten Waren.

47 Vgl. Marx, K., u. F. Engels, Die Deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 65f.

48 Hier wird die Brücke zum fixen Kapital geschlagen, das wir oben behandelt haben, denn mit der Materialisierung der Produktivkräfte in fixem Kapital wird auch die Ausschöpfung ihrer produktiven Potenzen zum Zwangsgesetz.

49 Vgl. Engels, F., Die Entwicklung des Sozialismus . . . a. a. O.

50 Ders., Der Sozialismus des Herrn Bismarck, MEW, a. a. O. S. 171. Wir beziehen uns immer wieder auch auf diese Beispiele aus vergangenen Perioden, um zu zeigen, aus welchen konkreten Prozessen Engels seine theoretischen Folgerungen ableitete.

51 Um jedes Fehlverständnis zu vermeiden: das heißt nicht, daß durch das Monopol die Konkurrenz an sich aufgehoben wird. Im Gegenteil: das deutsche Eisenmonopol z. B. war nicht nur ein Instrument zur Ausplünderung des Binnenmarktes, sondern es war zugleich auch ein Instrument schärfster Konkurrenz auf dem Außenmarkt. Mit ungeheurer Aggressivität drang es nicht nur auf Drittmärkten vor, sondern sogar auf dem heimischen Markt der englischen Eisenindustrie selbst; vgl. ebd., S. 171 f.

52 Auf die Frage, in welchen Formen und mit welchen Ergebnissen sich die kapitalistischen Produktionswidersprüche unter diesen Bedingungen entfalten, kann hier nicht eingegangen werden. Diese Konflikte bleiben bestehen, und sie entladen sich auch in den verschiedensten Formen, u. a. auch in einem kontinuierlichen Prozeß der Kapitalvernichtung. Es ist ja gerade so, daß die enorme Entwicklung der Arbeitsproduktivität und damit der Mehrwertmasse den Monopolen einen gewissen Spielraum läßt für anarchische Entwicklungen und den Ausgleich bzw. die Abwälzung der eintretenden Kapitalvernichtung. Man muß diese kapitalistische Planmäßigkeit in dem Milieu der Anarchie und des Widerstreits privater Interessen sehen, in dem sie sich durchsetzt. Dann wird klar, daß das kein geradliniger Prozeß ist, sondern daß er mit enormer Vergeudung von gesellschaftlicher Arbeit verbunden sein muß.

53 Wir haben das Problem nur aus dem Gesichtswinkel des eindringenden Kapitals betrachtet, man kann es genauso aus dem des den Zweig beherrschenden sehen. Was auf der einen Seite als Schwierigkeit des Eindringens erscheint, erscheint auf der anderen Seite als Waffe der Abwehr des Vordringens fremden Kapitals. Es ergeben sich hier natürlich auch ganz neue Möglichkeiten, ein bestehendes Monopol gegen Außenseiter abzuschirmen. Jeder Außenseiter muß leicht verwundbar und sogar tödlich verletzbar sein, wenn von den Produktivkräften her die Kontinuität der Massenproduktion oder gar die Beherrschung ganzer Produktionsketten zur Voraussetzung ihrer profitablen Anwendung gemacht wird.

54 Monopolistische Konkurrenz kann ungemein hart sein. Sie geht bis zur kriegerischen Auseinandersetzung, wenn ganze Finanzoligarchien aufeinanderstoßen. Unter anderen Umständen, insbesondere wenn es sich um die Konkurrenz einzelner Konzerne oder Monopolgruppen handelt, geht sie aber, bei aller Schärfe, in der Regel nie so weit, daß sie das Monopol selbst sprengt; das gilt zumindest bei dem heutigen Grad der Vergesellschaftung der Produktion.

55 Sie übernehmen in diesen Bereichen ohnehin von Anfang an Positionen von Gewicht, wie etwa Warenhäuser oder Warenhauskonzerne (Horten z. B.), Supermarktketten, Großbrauereien u. dgl.

56 Ein Beispiel ist hier der Zusammenbruch der Herstatt-Bank, durch den der Hauptaktionär des drittgrößten westdeutschen Versicherungskonzerns, Gerling, von den Monopolbanken so unter Druck gesetzt werden konnte, daß er die Mehrheit an seinem Versicherungskonzern abtrat.

57 Die Gesetzmäßigkeit ergibt sich vom Vergesellschaftungsprozeß und auch von der monopolistischen Konkurrenz her; ich spreche von monopolistischer Konkurrenz, um sie von der freien zu unterscheiden; vgl. dazu auch Katzenstein, R., Zur Monopolproblematik, in: Sozialistische Politik, H. 28/74.

58 Man müßte das an sich weiterführen und auf das Finanzkapital beziehen, um die Vorstellung isolierter, einzelner Monopole gar nicht erst aufkommen zu lassen. Eine solche Vorstellung begreift die Veränderungen nur als Veränderungen der Dimensionen. So ist das aber nicht. Man muß das in der Tat von der Bewegung her

sehen: Die Entwicklung der Produktivkräfte erzwingt die Anpassung der Produktionsverhältnisse an ihren gesellschaftlichen Charakter. Es ergibt sich ein Zwang, Lösungsformen zu finden, aber noch nicht unmittelbar zur Aufhebung der privaten Aneignung; das kann erst vermittelt über die Klassenbewegungen geschehen. Solange die Aneignungsverhältnisse bestehen bleiben, vollzieht sich diese Anpassung als Entwicklung des Kapitalverhältnisses. Innerhalb dieser neuen Formen des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses ergeben sich auch neue Momente in den Beziehungen zwischen den Kapitalen, die ebenso auf dem Fakt des Monopolprofits wie auf den Erfordernissen beruhen, die durch die Entwicklung der Produktivkräfte begründet werden. Es ist eine Schicht von Finanzoligarchen, ein vielseitig verwachsenes und durch gemeinsame Interessen national wie international verflochtenes Finanzkapital, das hier auf dieser Basis der Beherrschung wesentlicher Reproduktionsbedingungen entsteht und gestützt auf nationale, zunehmend dann auch internationale politische Machtinstrumente Mehrwert ansaugt. Da herrscht trotzdem Konkurrenz — die Aneignungsform bedingt das. Wer geschwächt wird, wird gefressen, und man sucht sich gegenseitig zu schwächen. Man muß das aber als monopolistische Konkurrenz begreifen — also eine andere Vorstellung der Konkurrenz gewinnen —, als eine Konkurrenz, die alle Mittel eigner Expansion und Verdrängung des Gegners anwendet, mit einer Ausnahme: jener Methoden, die das Monopol selbst, als Hebel der Aneignung von Monopolprofit, aufheben könnten.

59 Es ist gerade das große Verdienst Lenins, daß er am Monopol ansetzt, nachdem er die Gesetzmäßigkeit seiner Verallgemeinerung abgeleitet hat und die Untersuchung weiterführt, sie darauf konzentriert, die Veränderungen in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen auf dieser Basis der Konzentration der Produktion zu untersuchen und zwar in ihrer ganzen Einwirkung auf das System und seine Bewegung.

60 Marx, K., Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844), MEW, Ergänzungsband I, erster Teil, S. 510; vgl. dazu auch ebd., S. 507 f.

61 Vgl. Marx, K., MEW 25, S. 632, Fn. 29.

62 Man könnte natürlich sagen, das Monopol dieser Grundeigentümer besteht noch, denn der Boden ist nach wie vor ihr Eigentum, und sie allein können über ihn verfügen. Das hieße aber leeres Stroh dreschen. Zum Monopol in unserem Sinne, als Ausbeutungsverhältnis, gehören sowohl die ausschließliche Verfügungsgewalt als auch die ökonomischen Bedingungen, die es gestatten, diese Beherrschung ökonomisch zu nutzen. Es muß die Herrschaft über Produktionsbedingungen oder wesentliche Zusammenhänge des Reproduktionsprozesses überhaupt sein, die solch ein Monopol als gesellschaftliches Verhältnis begründet. Boden, der aus der Bebauung herausgedrückt wird, ist eben keine Produktionsbedingung mehr, und das private Eigentum an ihm bietet keine Grundlage mehr für ein solches gesellschaftliches Verhältnis.

63 Wir können hier auf diese Frage nicht weiter eingehen; vgl. dazu auch Katzenstein, R., Zur Monopolproblematik, a. a. O.

64 Diese Prozesse spielen auch eine um so größere Rolle, je mehr den Konzernen andere Wege der eigenen Expansion verschlossen werden.

65 Vgl. Marx, K., MEW 25, S. 670 f. u. 766.

66 Vgl. Marx, K., MEW 25, S. 664.

67 Beispielsweise war die Verbilligung des Transports und der Verarbeitung des Erdöls in der ersten Stufe die Voraussetzung für sein Vordringen auf dem westeuropäischen Markt, genau wie umgekehrt dieses Vordringen Bedingung für die profitable Anwendung dieser modernen Transport- und Verarbeitungsanlagen war. An sich zeigt sich hier schon in dieser Wechselwirkung ein Widerspruch, der die Kapitalbewegung heute wesentlich beeinflußt. Nur über die ungeheure Verwertungskraft der internationalen Ölkonzerne und staatsmonopolistische Maßnahmen konnte sich dieser Prozeß auf kapitalistischer Grundlage vollziehen.

68 Z. B. stagnierte die Entwicklung der Produktivkräfte in der US-Stahlindustrie rund zwanzig Jahre lang. Erst das Vordringen ausländischer Stahlkonzerne auf dem amerikanischen Markt setzte die technische Entwicklung in Gang.

69 Das ist an sich eine Selbstverständlichkeit, die bei jeder Ableitung als bekannt vorausgesetzt werden müßte. Marx behandelt sie bereits im 1. Kapitel des ersten Bandes des „Kapital". Sie ergibt sich aus der Wertbestimmung: um sich als Wert zu realisieren, muß sich die Ware als Gebrauchswert realisieren. Das ist eine ökonomische Bedingung, der sich auch das Monopol nicht entziehen kann. Derartige ökonomische Grundgesetzmäßigkeiten setzt auch Lenin als selbstverständlich voraus. Überhaupt gibt es eine Auffassung von der absoluten Macht der Monopole in der marxistisch-leninistischen Theorie nicht. Diese Auffassung entstammt vielmehr der bürgerlichen Theorie, die, ohne Verständnis für das Wesen der Dinge, aus der unterschiedlichen Zahl der Unternehmen in den verschiedenen Produktionszweigen eine Palette von Machtabstufungen ableitete — Monopol, Duopol . . . Oligopol — und die sie dann fälschlicherweise, als Glanzpunkt kritischer Würdigung sozusagen, einfach auf die marxistisch-leninistische Theorie übertrug. Natürlich verkennt auch der Marxismus-Leninismus solche Machtabstufungen nicht. Aber nicht diese Machtabstufungen, also die Konkurrenz innerhalb des Monopols etc., sind das Wesen der Sache, sondern die Umsetzung von ökonomischer — und außerökonomischer — Macht in Profit ganz allgemein, als bestimmende Form des Kapitalverhältnisses auf einer bestimmten Stufe der Vergesellschaftung der Produktion. Hier liegt die Basis für die Ausbildung des Finanzkapitals und der Finanzoligarchie, für die Wandlung des Kapitalismus zum Imperialismus.

70 In den hochprofitablen Wachstumszweigen Fahrzeugbau bzw. Chemische Industrie ist z. B. die Produktion in den 50er und 60er Jahren ganz erheblich gestiegen — auf das Fünffache und mehr —, aber die Zahl der Unternehmen ist im gleichen Zeitraum zurückgegangen; vgl. dazu Stat. Jahrbuch f. d. BRD 1955, S. 214, 236, und 1973, S. 221. Es hat übrigens auch Versuche der Einwanderung anderer Kapitale in diese profitablen Zweige gegeben. Soweit sie nicht auf besonderen Patenten beruhten, sind sie fehlgeschlagen; auch bei Patentschutz haben sich nur kleine neue Unternehmen entwickelt, und sie sind meist relativ schnell in Konzernbereiche eingegliedert worden. Das gilt für die Chemische Industrie. In der Automobilindustrie sind neue, kleinere Unternehmen sehr schnell wieder verschwunden, und selbst die Zahl der großen Konzerne hat sich von acht auf fünf verringert.

71 Deutlich wird das z. B. in der gegenwärtigen Krise der Automobilindustrie sichtbar. Das Monopol fixiert das Preisniveau nach unten, erlaubt aber auch gemeinsame Preissteigerung. Die einzelnen Konzerne werden aber vom Absatzrückgang sehr unterschiedlich betroffen, und d. h. auch, daß der Umschlag ihres fixen Kapitals jeweils mehr oder minder gestört, die Kapitalvernichtung mehr oder minder groß ist. Außerdem ist ihre Fähigkeit zur Durchsetzung höherer Preise unterschiedlich groß, bzw. Maßnahmen zur Absatzausweitung (Sonderausstattungen etc.) zehren am Profit. Genau der Prozeß, der früher zur Nivellierung der Profitraten stark beitrug, tendiert heute eher dahin, ihre Differenzierung zu verstärken. Diese Differenzierung löst nebenbei auch die unterschiedliche Expansionskraft der Konzerne und schließlich den Zusammenbruch der zurückgebliebenen aus.

72 Das schließt nicht aus, daß Fluß von Kapital aus anderen Zweigen in diesen Zweig stattgefunden hat — über die Neuausgabe von Aktien oder das Kreditwesen. Bei der Aktienausgabe ist freilich schon zu untersuchen, inwieweit sie nur die Kapitalisierung von Gewinn darstellte. In keinem Falle aber stellen sich hier Formen herkömmlicher Kapitalwanderung dar, die die Kontrolle über den Prozeß aufheben.

73 Vgl. dazu auch Marx, K., MEW Bd. 25, S. 416.

Elmar Altvater

Wertgesetz und Monopolmacht

Inhalt

I. Vorbemerkung

II. Die Dynamik gesellschaftlicher Veränderungen im Kapitalismus
1. Entwicklung als Vergesellschaftungsprozeß
2. Wachsende Kapitalmassen, Konzern und Monopol
3. Veränderungen der stofflichen und der Wertstruktur des Kapitals
4. Die historischen Veränderungen in der Form der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital
5. Die Bedeutung der Kontinuität der Wertzirkulation
6. Die Veränderungen im Verhältnis von Ökonomie und Politik
7. Veränderte Klassenverhältnisse

III. Die Unmöglichkeit und Möglichkeit der Phaseneinteilung kapitalistischer Entwicklung
1. Das „doppelte Wesen" des Kapitalismus
2. Der Marxsche Gesetzesbegriff
3. Konkurrenz und Monopol

IV. Die Bedeutung der Kategorie der Durchschnittsprofitrate
1. Gesamtkapital und Einzelkapital
2. Durchschnittsprofit und Monopolprofit
3. Die Dauerhaftigkeit von Monopolen und Monopolprofiten

I. Vorbemerkung

Für die wissenschaftliche Klärung der Probleme des hochentwickelten Kapitalismus, insbesondere auch für die Beantwortung politischer Fragen (zur Form der Bündnispolitik, hinsichtlich der Einschätzung des bürgerlichen Staates heute, zur Bestimmung der Klassenbasis sozialistischer Politik usw.) ist es unabdingbar, das Verhältnis von ökonomischer und außerökonomischer Macht und gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten zu bestimmen. Dieses Problem beschäftigt die Arbeiterbewegung schon sehr lange; es sei in diesem Zusammenhang nur daran erinnert, daß bereits im „Revisionismusstreit" in der deutschen Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende die Frage nach der durch entsprechende Machtentfaltung möglichen *politischen Setzung* bestimmter Bedingungen gegenüber den *ökonomischen Gesetzen* anstand. Zum Beispiel ging es um die Frage, ob der Lohn an die Bewegungsgesetze des Kapitals gebunden oder aber politisch manipulierbar sei. Die theoretische Klärung dieser Frage ist von größter Bedeutung für die Fundierung und Bestimmung der politischen Taktik der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien.

Wenn auch das Verhältnis von ökonomischer und politischer Macht und ökonomischen Gesetzen ein sehr altes Problem ist, so stellt es sich doch immer wieder neu unter spezifischen Fragestellungen, die aus der veränderten Situation des Kapitalismus und der Arbeiterbewegung resultieren. In der gegenwärtigen Situation spitzt sich diese Fragestellung im wesentlichen auf die Bedeutung des *Monopols* für die Strukturen und Tendenzen des hochentwickelten Kapitalismus zu. Im folgenden Beitrag soll daher auch vorrangig diesem Problem nachgegangen werden: In welchem Verhältnis stehen das Wertgesetz als der zusammenfassende Ausdruck für die Bewegungsgesetze und ihre Durchsetzungsformen in der kapitalistischen Produktionsweise und das Monopol als ein Machtgebilde? Dabei soll darauf verzichtet werden, die politischen Implikationen darzulegen, die die Antworten auf die Fragestellung haben. Gerade angesichts der Tatsache, daß die theoretische Klärung der Kategorien von Monopol und Wertgesetz im Rahmen der Kapitalismusanalyse noch keineswegs als abgeschlossen gelten kann, ist es notwendig, daran mitzuarbeiten, daß begriffliche Klarheit entsteht, auf deren Grundlage dann auch die politischen Konsequenzen wissenschaftlich fundiert gezogen werden können, wie es der Tradition des wissenschaftlichen Sozialismus entspricht.

Die Fragestellung gibt ein bestimmtes Gliederungsprinzip vor, das diesem Aufsatz zugrundeliegt. Zunächst werden wir versuchen, die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer Dynamik, beruhend auf der spezifischen Form der Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums, darzustellen. Dieser Prozeß wird als ein Prozeß der Vergesellschaftung in durch die Entfaltung des Kapitalverhältnisses vorgegebenen Formen beschrieben. Vergesellschaftung bezieht sich auf alle Momente des Produktions- und Reproduktionsprozesses: also auf die Veränderungen in den Formen der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, auf die als Veränderung der technischen Kapitalzusammensetzung zum Ausdruck kommende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, auf den wachsenden Größenumfang der von einem Einzelunternehmen vorzuschießenden Kapitalmassen (Konzentration und Zentralisation) und auf die Veränderungen der Wertstruktur des Kapitals, die sowohl eine Tendenz zur Steigerung des für Produktionsmittel aufzuwendenden Kapitalteils als auch einen permanent steigenden Anteil von fixem Kapital umfassen; Vergesellschaftung bezieht sich auch auf das Verhältnis von Produktion und Zirkulation und auf die Veränderungen im Verhältnis von Ökonomie und Politik und in der Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft.

Nach einer Darstellung dieser Tendenzen, die gesetzmäßig erfolgen, wird die Frage aufgeworfen, ob die aufgrund der Vergesellschaftungstendenzen sich ergebenden neuen Erscheinungsformen, in denen sich das Kapitalverhältnis jeweils historisch darstellt, es rechtfertigen, die kapitalistische Entwicklung in Phasen einzuteilen — vom Konkurrenzkapitalismus über den Monopolkapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Zunächst wird diese Frage allgemein methodologisch reflektiert, um dann aufgrund einer Darstellung des Marxschen Gesetzesbegriffs und des systematischen Verhältnisses von Konkurrenz und Monopol beantwortet zu werden. Das Ergebnis ist zumindest eine Problematisierung der üblichen Schemata zur Untergliederung kapitalistischer Entwicklung in Phasen.

Schon bei der Darstellung des Marxschen Gesetzesbegriffs wird die Bedeutung der Kategorie der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate benannt werden. Im daran anschließenden Abschnitt ist ausführlicher auf die der Tendenz zur Herausbildung einer gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate zugrundeliegenden Gesetzmäßigkeiten und Kategorien einzugehen, gerade auch um die Frage nach dem theoretischen Stellenwert und der historischen Bedeutung des Monopolprofits — dem ja eine „Hierarchie" der einzelnen Profitraten entsprechen würde — abklären zu können. Es ist im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich, dieses Problem in der notwendigen Ausführlichkeit der Ableitung der Kategorien der Konkurrenz zu wenden; daher werden lediglich die folgenden Aspekte des Problems behandelt: der systematische Bezug von Einzelkapital und gesellschaftlichem Gesamtkapital, die Herausarbeitung möglicher Beziehungen zwischen Konkurrenz und Monopol bzw. zwischen Durchschnittsprofit und Monopolprofit anhand von theoretischen Positionen, wie sie sich innerhalb der marxistischen Literatur aufschlüsseln lassen.

Nachdem eine vorläufige Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Monopolprofit und Durchschnittsprofit dahingehend gefunden worden ist, daß durch Monopole die Ausgleichungsprozesse zur gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate nicht aufgehoben, aber doch entscheidend modifiziert werden, kann das Problem der verschiedenen Monopolformen aufgeworfen und nun systematisch eine Antwort auf die Frage der Dauerhaftigkeit von Monopolstellungen — und das heißt von Monopolprofiten — gesucht werden. Auch hier ist es im Rahmen des Aufsatzes nicht möglich, in alle Feinheiten der Bestimmung einer quantitativen Begrenztheit der Monopolprofite über eine bestimmte Zeitdauer einzusteigen. Dies ist einer weiteren Arbeit vorbehalten.

Indem so die Grenzen des Monopols kategorial bestimmt worden sind, kann der Inhalt dessen, was mit Modifikation des Wertgesetzes durch das Monopol gemeint wird, genauer bezeichnet werden. Auch ist es jetzt möglich, das Monopol als ein Moment kapitalistischer Entwicklung auf die zu Beginn des Aufsatzes beschriebenen Vergesellschaftungstendenzen rückzubeziehen. Hier wird auch der Inhalt des in diesem Aufsatz entwickelten Monopolbegriffs deutlich: Als Monopole werden nur diejenigen Einzelkapitale bezeichnet, die in der Lage sind, über längere Perioden einen Profit zu erzielen, der nicht den Ausgleichsbewegungen zur gesamtgesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate unterliegt. Da aber diese monopolistischen, überdurchschnittlich hohen Profite quantitativ und zeitlich begrenzt sind, werden immer wieder monopolistische Positionen abgebaut. Der Abbau monopolistischer Positionen bedeutet aber nicht zugleich auch, daß die aufgrund der Vergesellschaftstendenzen entstandenen strukturellen Voraussetzungen der Wertbewegung zurückgebildet würden. Im Gegenteil, im Verlauf der Ausgleichsbewegungen zur Durchschnittsprofitrate setzen sich die Vergesellschaftungstendenzen durch. Mit anderen Worten: Wenn auch der Monopolprofit immer wieder verschwindet, so doch keineswegs der große Konzern, der allein in der Lage ist, die den Produktivkräften entsprechenden Kapitalmassen zu mobilisieren. So liegt dem gesamten Aufsatz die uns wichtig erscheinende Unterscheidung zwischen dem Einzelkapital als Monopol und als großer Konzern zugrunde. Beides in eins zu werfen

führt unseres Erachtens zu theoretischer und möglicherweise auch politischer Konfusion.

II. Die Dynamik gesellschaftlicher Veränderungen im Kapitalismus

Der Kapitalismus ist alles andere als ein stationäres Gesellschaftssystem. Schon im „Kommunistischen Manifest" heben Marx und Engels die ungeheure Dynamik, den progressiven Charakter des Kapitalismus im Vergleich zu den vorkapitalistischen Produktionsweisen hervor. Auch nachdem sich kapitalistische Formen der gesellschaftlichen Produktion, Zirkulation und Verteilung weitgehend durchgesetzt haben, finden zum Teil enorme Veränderungen statt; die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung kommt nicht zum Stillstand, wenn die vorkapitalistischen Verhältnisse umgewälzt sind, sondern sie setzt sich fort — vermittelt über den typischen Verlauf der kapitalistischen Akkumulation in Form des industriellen Zyklus, des periodischen Auf und Ab von Konjunktur und Krise. Dabei ändern sich die materiellen Verhältnisse, in denen der gesellschaftliche Lebensprozeß sich vollzieht, und in ihrem Gefolge die gesellschaftlichen Verkehrsformen, das Bewußtsein. Es ist offensichtlich, daß mit der Entfaltung der Produktivkräfte die *technische Basis* der Produktion und der gesellschaftlichen Verkehrsformen sich verändert und diejenige von heute mit derjenigen von vor 100 oder auch nur von vor 30 Jahren kaum vergleichbar ist. Es ist ebenfalls klar, daß im Prozeß kapitalistischer Vergesellschaftung immer mehr Schichten und Völker dem Kapitalverhältnis unterworfen werden; der *Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital* wird so immer reiner herausgearbeitet. Mit der Herausbildung des kapitalistischen *Weltmarkts* entsteht der bürgerliche Nationalstaat und damit das spezifische *Verhältnis von Ökonomie und Politik*, das angesichts der Regulierungsfunktionen des Staates heute sich historisch verändert darstellt.

1. Entwicklung als Vergesellschaftungsprozeß

Wenn von Tendenzen und Resultaten der kapitalistischen Entwicklung die Rede ist, dann ist sofort die Frage zu stellen nach dem Verhältnis zwischen den gesellschaftlichen Gesetzen, die diese Tendenzen und Resultate hervorbringen, und den Rückwirkungen, die die Veränderungen in den *Formen der Vergesellschaftung* auf die Entwicklungsgesetze und -tendenzen haben. Es ist keineswegs so, daß im kapitalistischen Entwicklungsprozeß nur Werte produziert und akkumuliert werden; es wird in diesem Prozeß auch nicht nur das Kapitalverhältnis unverändert reproduziert. Kapitalakkumulation ist nicht nur *quantitative* Aufhäufung von Werten, sondern auch *qualitative* Veränderung der strukturellen Voraussetzungen der Wertbildung, der Kapitalverwertung und schließlich des Akkumulationsprozesses selbst. Dies ist ein Moment der sich im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß verändernden Verteilung der Arbeit, sowohl der vergangenen als auch der in der entsprechenden Periode verausgabten. Und nicht nur die Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Bereichen der gesellschaftlichen Reproduktion verändert sich im Laufe der Entwicklung, auch die Art und Weise der Bedingungen, unter denen die Arbeit im unmittelbaren Produk-

tionsprozeß verausgabt werden muß, wird umgewälzt, und zwar nicht nur von der technischen Seite her betrachtet, sondern auch, was die Form der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital anbelangt. Dies alles ist — wenn auch noch sehr abstrakt bezeichnet — der Inhalt dessen, was mit der kapitalistischen Form der Vergesellschaftung und ihrer Veränderungstendenzen umschrieben werden kann. Dies ist aber auch der Aspekt, unter dem die Entwicklungsprozesse des Kapitals zu untersuchen sind.

Die offensichtlichen, sich bereits dem Augenschein aufdrängenden Veränderungen der Produktivkräfte und daher die Formen der kapitalistischen Vergesellschaftung sind es, die viele Theoretiker dazu verleiten, die kapitalistische Entwicklung in bestimmte Phasen — Konkurrenzkapitalismus, Monopolkapitalismus, staatsmonopolistischer Kapitalismus[1] — einzuteilen. Damit wird eine Konsequenz dahingehend gezogen, daß in diesem Entwicklungs- und Veränderungsprozeß des Kapitals als Kapitalverhältnis so eklatante Sprünge auftreten, daß *neue Begriffe* zur Erfassung der so konstatierbaren Phasen erforderlich werden. Neue Begriffe, in ein System gebracht, stellen neue Theorien dar; und daher wird häufig — nicht von allen, die an der Phaseneinteilung kapitalistischer Entwicklung festhalten[2] — der Marxschen Theorie des „Konkurrenzkapitalismus" als Erweiterung („Der Leninismus ist der Marxismus der imperialistischen Epoche") oder als Substitut die Theorie des Monopolkapitalismus oder des staatsmonopolistischen Kapitalismus bei- oder gegenübergestellt. Wir wollen nicht an dieser Stelle bereits auf die Probleme einer solchen Phaseneinteilung eingehen, sondern nur hervorheben, welche möglichen Konsequenzen aus der Tatsache sich verändernder Erscheinungsformen der Kapitalentwicklung gezogen werden können.

Gleichgültig, wie diese strukturellen Veränderungen im Verlauf der Kapitalentwicklung interpretiert werden, ein *rein formales* Verständnis vom Akkumulationsprozeß als einem bloßen Wachstumsprozeß des Wertprodukts oder Sozialprodukts ist darin ausgeschlossen. Gerade die moderne bürgerliche Wachstumstheorie hat in ihren formalen, mathematisierten Modellen das Wechselspiel von Kategorien untersucht, ohne jedoch die grundlegenden gesellschaftlichen Bedingungen dieses Wachstumsprozesses noch zureichend in die Analyse einbeziehen zu können[3]. Aber auch in der marxistischen Theorie besteht die Gefahr einer solchen formalisierten Betrachtungsweise von gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen, die ja immer Prozesse der spezifischen Vergesellschaftung sind[4]. Kein Wunder, wenn es bei formaler Sicht unverständlich bleiben muß, wie und daß die allgemeine Durchschnittsprofitrate fällt und tendenziell fallen muß, daß die Kapitalzusammensetzung sich ändert. Gesellschaftliche Tendenzen verwirklichen sich nicht aufgrund eines außerhalb von Zeit und Raum und vor allem jenseits des menschlichen Handelns sich vollziehenden Ablaufs von abstrakten Kategorien, sondern nur als Resultat, das sich aufgrund gesellschaftlicher Gesetze hinter dem Rücken der handelnden Individuen und Institutionen einstellt.

Der Charakter der Veränderungen in den strukturellen Voraussetzungen der Wertbildung, Verwertung und Akkumulation des Kapitals ist darauf zurückzuführen, daß das Kapital in seinem maßlosen Trieb nach maximaler Verwertung dieses quantitativ bestimmte Ziel nur erreichen kann,

indem es qualitative Veränderungen in den Voraussetzungen der Verwertung vornimmt. Die Bildung von Werten ist *qualitativ* bestimmt durch das kapitalistische Produktionsverhältnis, durch das Ausbeutungsverhältnis, dem die wertbildende Arbeit unterworfen ist, und durch das spezifische Verhältnis, in dem die Gesellschaftlichkeit der Produktion von Werten sich erst in der Realisierung im Geld erweist. *Quantitativ* ist die *Bildung von Werten* durch die Zeitdauer des Arbeitstages, die Masse der produktiven Arbeiter und die Intensität der Arbeit bestimmt. Betrachtet man nicht nur die Wertbildung, sondern die für das Kapital alles entscheidende *Verwertung,* dann ist deren quantitative Größe obendrein durch die Produktivkraft der Arbeit determiniert. Das qualitative Verhältnis der Wertbildung und Verwertung strukturiert den Kapitalismus in allen seinen Entwicklungsepochen und „bleibt stets sich gleich"[5], solange das Ausbeutungsverhältnis nicht revolutionär beseitigt worden ist.

Für das Kapital stellt sich die quantitative Bestimmtheit der Wertbildung als *äußere Grenze* dar: die Arbeiteranzahl, Arbeitszeit und Arbeitsintensität sind Grenzen der Wertbildung und schließlich auch der Verwertung, die in der Tatsache begründet liegen, daß die Arbeitsverausgabung an *lebendige Menschen* gebunden ist. Diese sind physiologischen, psychischen, moralischen und schließlich auch sozialen Bedingungen unterworfen. Natürlich versucht das Kapital — und dafür gibt es in der Geschichte immer wieder Belege —, diese äußerlich gesetzten Grenzen niederzureißen, und dies mit Erfolg: die Arbeitszeit wird ausgeweitet (Überstunden), die Arbeitsintensität durch Erhöhung des Tempos gesteigert und die Zahl der Arbeiter durch Einbezug aller Bevölkerungsschichten und möglicherweise auch durch „Import" von Arbeitsimmigranten erhöht. Aber auch wenn diese Grenze hinausgeschoben wird, sie läßt sich durch das Kapital nicht aufheben. Sie bleibt eine äußere Schranke der Wertbildung und des grenzenlosen Verwertungstriebs.

Die Wertbildung ist für das Kapital allerdings nur insoweit interessant, als die produzierten Werte ihm zugutekommen. Da ja der Arbeiter aus den von ihm produzierten Werten sich selbst reproduziert — die Arbeiterklasse kauft mit dem Lohn einen Teil der produzierten Werte als ihre Lebensmittel zurück —, „gehört" dem Kapital auch immer nur ein Teil des Wertprodukts. Aber gerade durch die Aufteilung der produzierten Werte in einen Teil, der den Arbeitern zukommt, und einen anderen, den sich das Kapital als seinen *Mehrwert* aneignet, ergibt sich eine Möglichkeit, den Mehrwert zu steigern, ohne die Grenzen der Wertbildung selbst auch nur im geringsten angehen zu müssen. Denn durch die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit läßt sich vom Kapital die Verwertung steigern, ohne daß die Wertbildung erhöht würde, indem zwar nicht die den Arbeitern abgeforderte gesamte Arbeitszeit und Arbeitsintensität ausgedehnt wird, wohl aber die von ihnen zur Produktion des Fonds von Lebensmitteln erforderliche *notwendige Arbeitszeit eingeschränkt* wird. Dies ist von Marx als Prozeß der *Produktion des relativen Mehrwerts* oder der *reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital* beschrieben worden. Steigerung der Produktivkraft heißt, daß dieselbe Masse von Lebensmitteln der Arbeiterklasse in kürzerer Zeit als zuvor produziert werden kann. Dies kann allerdings nur geschehen, wenn Änderungen in den Arbeitsmitteln oder der

Arbeitsmethode oder beiden zugleich stattfinden. „Es muß daher eine Revolution in den Produktionsbedingungen seiner (des Arbeiters, EA) Arbeit eintreten, d. h. in seiner Produktionsweise und daher im Arbeitsprozeß selbst. Unter Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit verstehen wir hier überhaupt eine Veränderung im Arbeitsprozeß, wodurch die zur Produktion einer Ware gesellschaftlich erheischte Arbeitszeit verkürzt wird, ein kleinres Quantum Arbeit also die Kraft erwirbt, ein größres Quantum Gebrauchswert zu produzieren."[5a]

Die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit wird so zum Mittel jedes einzelnen Kapitals, die Verwertung zu steigern, ohne dabei auf die im Arbeiter bestehenden Grenzen der Wertbildung stoßen zu müssen. Im Gegenteil, der Sinn der Produktivkraftsteigerung ergibt sich gerade daraus, daß die Verwertung des Kapitals von der Wertbildung durch den Arbeiter — scheinbar — abgelöst wird. Da das Kapital „Meister der Produktionsfaktoren" im Arbeitsprozeß ist, kann es auch seinen Interessen gemäß diesen Arbeitsprozeß jeweils verändern, umwälzen — ohne dabei auf die Arbeiter Rücksicht nehmen zu müssen[6]. Die Grenze, die ursprünglich bei Betrachtung der Wertbildung im Arbeiter lag, wird so in das Kapital selbst hineinverlagert; es kann sich an sich selbst bemessen, oder anders ausgedrückt: seine Verwertungsbedingungen werden zum Kriterium für die Steigerung der Produktivkräfte.

Die Veränderungen im Verhältnis von notwendiger und Mehrarbeitszeit, zwischen den Werten, die der Arbeiterklasse zukommen, und dem Mehrwert, der vom Kapital angeeignet wird, setzen *Veränderungen im Arbeitsprozeß* voraus und damit Veränderungen sowohl in der stofflichen als auch in der Wertstruktur des Kapitals sowie in der Form der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Im Prozeß der Verwertung und dem Streben nach Ausdehnung seiner Verwertung verändert sich das Kapital mit historischer Notwendigkeit. Es ist somit entscheidend, daß die quantitative Ausweitung von Wertbildung und vor allem von Verwertung kein quantitativer Prozeß bleiben kann. Dies alles kann vielmehr nur stattfinden, wenn sich *qualitative Wandlungen* vollziehen. Damit aber verändern sich auch von Periode zu Periode die jeweiligen historischen Voraussetzungen der Wertbildung und Verwertung. Diese jeweiligen Veränderungen setzen so die Verwertungsbedingungen des Kapitals, und nur über diese Bedingungen vermittelt können sich die spezifischen, von Marx als Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise analysierten und dargestellten Tendenzen der Kapitalverwertung, wie sie im tendenziellen Fall der Profitrate kulminieren, durchsetzen. Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise zu analysieren, bedeutet infolgedessen vor allem, die Veränderungen in den strukturellen Voraussetzungen der Wertbildung und Verwertung zu untersuchen. Die Akkumulation des Kapitals ist also über Veränderungen in den Vergesellschaftungsformen vermittelt und nur in dieser Vermittlung in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit zu begreifen.

Überhaupt kommt das Kapital im Verlauf dieses Prozesses erst dazu, sich als Kapital voll zu verwirklichen, im historischen Prozeß sich sozusagen „auf den Begriff zu bringen"[7]. Dies vollzieht sich in zwei Dimensionen, die zu unterscheiden sind. Zum einen macht das Kapital im Weltmaßstab radikal und brutal Schluß mit allen *vorkapitalistischen* Verhältnissen,

die sein Expansionsstreben behindern könnten. Zum anderen aber tendiert das Kapital dahin, in seinem Entwicklungsprozeß alle ihm *äußeren* Grenzen der Verwertung einzureißen: die schon erwähnte Grenze, die aus der Natur der menschlichen Arbeit resultiert, aber auch die Grenzen, die sich aus der konkret-stofflichen Gebrauchsgestalt seiner Existenzweise in Form von Produktionsmitteln und Waren ergeben. Im Unterschied zu den aus vorkapitalistischen Verhältnissen sich ergebenden Schranken, die ihm zwar auch äußerlich sind, aber doch im Verlauf der Entwicklung vollends beseitigt werden, können diese Grenzen niemals aufgehoben werden. Das Kapital ist immer auf die produktiven Arbeiter angewiesen; denn ohne deren Arbeit gibt es keine Kapitalverwertung. Das Kapital ist immer gezwungen, sich in Produktionsmitteln und konkreten Waren mit Gebrauchsgestalt zu materialisieren; denn sonst kann der Arbeitsprozeß als Mittel des Verwertungsprozesses nicht funktionieren und Bedürfnisse als Basis für die zahlungsfähige Nachfrage können nicht befriedigt werden. Nichtsdestoweniger ist das Bestreben darauf gerichtet, sich diesen Notwendigkeiten zu entziehen. Die in der historischen Entwicklung erfolgende Substitution von lebendiger Arbeit durch Produktionsmittel („arbeitssparender technischer Fortschritt") und die damit einhergehende wachsende relative Bedeutung des in Produktionsmitteln verauslagten (konstanten) Kapitals gegenüber dem für den Kauf der Arbeitskraft vorgeschossenen (variablen) Kapital stellen nichts anderes als den Versuch des Kapitals dar, sich von den in der Arbeitskraft liegenden Grenzen möglichst unabhängig zu machen[8]. Auch die Gebrauchsgestalt des Kapitals wirkt als eine Grenze der Verwertung. Der Verwertungstrieb ist maßlos, aber gegenüber dieser Maßlosigkeit sind die Rohstoffe, die Arbeitskräfte, die technologische Struktur der Produktionsmittel, der zur Verfügung stehende Boden, das auf konkrete Gebrauchswerte gerichtete Bedürfnis quantitativ begrenzt. Für seine Verwertung sind diese stofflich-konkreten Bedingungen dem Kapital nicht gleichgültig, da sie jeweilig Mittel der Verwertung sind. Doch muß sich das Kapital ihnen gegenüber gleichgültig verhalten *können,* immer dorthin sich bewegen können, wo sie Mittel von vergleichsweise besserer Verwertung sein können. Das Kapital muß also „frei" sein, den Arbeitsprozeß je nach seinen Bedürfnissen umwälzen zu können; es muß in der Lage sein, entsprechend den Verwertungsbedingungen sich möglichst auf dem gesamten Weltmarkt „frei" bewegen zu können; es muß Arbeitskräfte zur Verfügung haben, die flexibel und mobil seinen Bedürfnissen nachkommen können, kurz: Die *Arbeitskraft* muß *mobil* sein, und das *Kapital* muß *mobil* sein. Die Geschichte des Kapitalismus ließe sich nachgerade als Geschichte der Herstellung von *freier Beweglichkeit der Kapitale und der Arbeitskraft* oder, was dasselbe ist, der Abschaffung der die Mobilität beschränkenden Hindernisse beschreiben[9].

Damit haben wir zwei wesentliche Gesichtspunkte für das Erfassen kapitalistischer Entwicklungstendenzen bezeichnet. Der eine betrifft die sich verändernden strukturellen Voraussetzungen der Wertbildung und Kapitalverwertung und damit die Form der Subsumtion der Arbeit, der andere die Bewegungsform des Kapitals, die Mobilität notwendig macht, um dem Streben nach möglichst hoher Verwertung nachkommen zu können. Anders ausgedrückt: Das Streben nach möglichst hoher Kapitalverwertung, das

die Überwindung der dem Kapital äußerlichen Grenzen impliziert, bringt strukturelle Veränderungen in der Produktions- wie in der Zirkulationssphäre hervor. Hier soll aber darauf hingewiesen werden, daß in dem Maße, wie das Kapital die äußeren Grenzen überwindet, es für sich selbst zur Grenze wird[10], und daß in dem Maße, wie das Kapital die unbeschränkte Mobilität für sich selbst und für die Arbeitskraft herstellt, es auch wieder Schranken der Mobilität errichtet, insbesondere um konkurrierende Einzelkapitale daran zu hindern, Zugriff auf besonders günstige, von ihm monopolisierte Verwertungsbedingungen zu nehmen.

Es ist jetzt notwendig, in groben Zügen die Bereiche zu umschreiben, in denen sich die Veränderungen in den gesellschaftlichen Bedingungen von Wertbildung und Verwertung vollzogen haben. Dabei kann es uns nicht darum gehen, den kapitalistischen Entwicklungsprozeß als einen Vergesellschaftungsprozeß in allen Facetten darzustellen. Denn dies würde diesen Beitrag sowie die Arbeitsmöglichkeiten eines einzelnen bei weitem übersteigen. Vielmehr sollen im Hinblick auf die zur Debatte stehenden grundlegenden Voraussetzungen der Wertbewegung im hochentwickelten Kapitalismus die wichtigsten Strukturen, auf deren Grundlage sich die Verwertung vollzieht, charakterisiert werden. Dies muß auch deshalb geschehen, um im nächsten Abschnitt die Frage nach der Relevanz dieser Änderungen und nach der Adäquanz des Monopolbegriffs beantworten zu können.

2. *Wachsende Kapitalmassen, Konzern und Monopol*

Kapitalakkumulation heißt zunächst einmal nichts anderes, als daß *Kapitalmassen* aufgehäuft werden; mit der Entwicklung der Produktivkräfte wachsen die von Einzelkapitalen vorzuschießenden Kapitalmassen sehr stark an. Sie müssen in Bewegung gesetzt werden, um den Produktionsprozeß technologisch und organisatorisch bewältigen zu können. Dies bedeutet auf jeden Fall *Konzentration* von Arbeitskräften und Produktionsmitteln in der Hand eines Einzelkapitals. Dies hat sehr häufig auch die *Zentralisation* mehrerer Einzelkapitale zur Folge, um entsprechende Kapitalmassen überhaupt mobilisieren zu können, wenn einzelne Unternehmen nicht mehr dazu in der Lage sind. Allerdings erfolgen Konzentration und Zentralisierung von Kapital nicht einfach, weil der Zweck der Produktion und ihre technischen Voraussetzungen dies verlangen. Diese Tendenzen setzen sich vielmehr in der Regel als Folgen von *Krisen* der Kapitalverwertung durch. Hier zeigt sich bereits ein bezeichnender Widerspruch: Die Voraussetzungen der Kapitalverwertung erfordern auf einem hohen Entwicklungsniveau großen Kapitalvorschuß, der, einmal in Massen von Produktionsmittel fixiert, nicht ohne weiteres mobilisierbar ist. So scheinen die materiellen Konsequenzen der Kapitalentwicklung in Widerspruch zu der im Verlauf der gleichen Entwicklung sich herausbildenden Kapitalmobilität zu stehen. Jedoch hat dieser Widerspruch eine bestimmte Lösungsform: Als Resultat der Entwicklung ist das sich herausbildende Kreditwesen das „künstlichste und ausgebildetste Produkt, wozu es die kapitalistische Produktionsweise überhaupt bringt“[10a]; als solches aber wird es zur Voraussetzung und Vermittlungsinstanz der Kapitalmobilität bei relativ lang-

fristig fixierten Kapitalmassen im Produktionsbereich. Wenn das Kapital als Produktivkapital nicht mehr mobil sein kann, dann immerhin als Geldkapital. Für dessen Mobilität hat das moderne Banksystem enorme Techniken entwickelt, so daß nicht unbedingt schon aus der Größe der Kapitalvorschüsse in produktives Kapital auf eine eingeschränkte Kapitalmobilität geschlossen werden kann[11]. Dies hat eine entscheidende Konsequenz, auf die bereits an dieser Stelle hingewiesen werden soll. Mit den wachsenden Kapitalmassen, die von einem Unternehmen mobilisiert werden müssen, entsteht als typische Erscheinungsform des Einzelkapitals im hochentwickelten Kapitalismus der *große Konzern*. Dieser große Konzern muß nicht unbedingt ein *Monopol* sein, das ja als Einzelkapital über Teilbereiche des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses monopolistisch verfügen, d. h. Mobilität des Kapitals ausklammern müßte. Darauf wird noch genauer zurückzukommen sein.

3. Veränderungen der stofflichen und der Wertstruktur des Kapitals

Mit der wachsenden Größe der vorzuschießenden Kapitalmassen ändert sich aueh die *Wertstruktur* der von den einzelnen Unternehmen mobilisierten Kapitalmassen. Produktivitätserhöhungen haben — mit wenigen Ausnahmen bei sogenanntem „kapitalsparendem" technischem Fortschritt — einen verstärkten Einsatz von Produktionsmitteln pro Arbeitskraft zur Voraussetzung und zur Folge. Damit verändert sich notwendig — wenn auch nieht im gleichen Ausmaß, wie sich zeigen läßt[12] — auch die Wertstruktur des Kapitals. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß es der Logik der Kapitalentwicklung entspricht, wenn der variable Kapitalteil zugunsten des konstanten Kapitals tendenziell zurückgedrängt wird; denn nur der konstante Teil ist beinahe ohne Einsehränkungen als Kapital fungibel, der variable Teil wird nicht nur gegen Arbeitskraft, sondern auch gegen die Eigenheiten des Arbeiters, die nicht voll kontrollierbar sind, umgesetzt. Die organische Kapitalzusammensetzung steigt jedenfalls tendenziell an. Hier deutet sich bereits ein Widerspruch an, der sehr deutlich werden läßt, daß und wie das Kapital, indem es ihm äußere Grenzen zu überwinden trachtet, *sich selbst zur Schranke* der Entwicklung wird. Denn die organische Kapitalzusammensetzung steigt, weil die Produktivkraft der Arbeit zur Steigerung der Verwertung angehoben werden muß. Da aber die Verwertung einen Teil der verausgabten lebendigen wertbildenden Arbeit betrifft, die Wertbildung daher auch immer die Grundlage der Verwertung von Kapital ist, sinkt in dem Maße die Verwertung, wie der relative Anteil der wertbildenden lebendigen Arbeit abnimmt und der Anteil der vergegenständlichten toten Arbeit zunimmt. Wertbildung und Verwertung geraten zueinander in Widerspruch, und dieser Widerspruch ist es, der den Bewegungen des Kapitalverhältnisses zugrundeliegt.

Die Veränderungen des Kapitalwerts betreffen nicht nur das Verhältnis von konstantem und variablem Kapital, sondern auch das Verhältnis von *zirkulierendem* und *fixem Kapital*. Fixes Kapital ist derjenige Teil des Kapitals, der länger als eine Umschlagsperiode im Produktionsprozeß fixiert ist. Mit der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit nehmen die Arbeitsmittel, die von einem Arbeiter angewendet werden, enorm zu. Die

Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit macht sich folglich gerade darin geltend, daß die fixen Elemente des produktiven Kapitals zunehmen. Dies ist schon grundsätzlich in der steigenden organischen Kapitalzusammensetzung angelegt. Denn das variable Kapital gehört voll zum zirkulierenden Kapitalteil, und wenn es im Verlauf der Entwicklung — wie gezeigt — relativ abnimmt, dann auch entsprechend ein Teil des zirkulierenden Kapitals. Anders beim konstanten Kapital, dessen wachsender Teil fixiert ist, so daß auch bezogen auf das insgesamt vorgeschossene Kapital der Anteil des fixen Kapitals ansteigt. Dies hat größere Bedeutung für die kapitalistische Entwicklung, als sich an dieser Stelle ausführen läßt. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß mit dem steigenden Anteil des fixen Kapitals die *Elastizität* der Einzelkapitale sinkt, sich verändernden Verwertungs- und Realisierungsbedingungen anzupassen. Diese Anpassungsschwierigkeiten sind nicht mit verringerter Kapital*mobilität* zu verwechseln. Denn sie betreffen zunächst einmal nichts anderes als die Anpassungsfähigkeit des einzelkapitalistischen Produktionsprozesses innerhalb des Zirkulationsprozesses des Kapitalwertes, nicht aber die Anlage von bestehendem oder von Zusatzkapital in anderen Branchen oder Regionen. Wie wichtig diese Unterscheidung ist, wird schon daran deutlich, daß beides gleichzeitig besteht: nämlich hoher Anteil von Fixkapital gerade bei großen Einzelkapitalen und damit Unelastizität der Anpassung der Produktion an die Realisierungsbedingungen und äußerst mobile Verschiebung von Kapital in Geldform, sei es aus dem Akkumulations- oder dem Amortisationsfonds[13]. Gerade bei letzterem wird deutlich, daß Fixierung des Kapitals im Produktionsprozeß in Form von produktivem Kapital in der stofflichen Form des Arbeitsmittels nicht gleichzusetzen ist mit Fixierung seines Wertes. Dieser zirkuliert vielmehr und weist dabei die für die Zirkulation notwendige Mobilität auf. Entscheidend für die Charakterisierung des gegenwärtigen Kapitalismus kann also nicht die aus dem steigenden Anteil des Fixkapitals resultierende eingeschränkte Kapitalmobilität sein; entscheidend ist vielmehr die „Unelastizität" der Anpassung des Produktionsprozesses an die Realisierungsbedingungen des Wertes[14].

4. Die historischen Veränderungen in der Form der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital

Die steigenden Wertmassen und die veränderte Wertstruktur des Kapitals, die Herausbildung des großen Einzelkapitals haben aber auch Auswirkungen auf den Charakter der *Subsumtion der Arbeit* unter das Kapital. Überhaupt ist es wesentlich, mit dem Begriff der Vergesellschaftung nicht nur die Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsfonds auf einzelne Branchen, sondern auch die Formen der Arbeitsverausgabung zu begreifen. Wie sich die schon beschriebenen Tendenzen als Vergesellschaftung unter kapitalistischen Verhältnissen aus der „Logizität der Wertbewegung"[15] begründen lassen, so auch Veränderungen in der Form der Wertbildung, d. h. der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Marx selbst unterscheidet bei der Darstellung der Produktion des relativen Mehrwerts die manufakturielle und industrielle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Diese Unterscheidung läßt sich nicht nur begrifflich herleiten — ebenso wie diejenige

der formellen und reellen Subsumtion[16] —, sondern umschreibt in stark verkürzter Form auch den historisch wirklichen Prozeß. Während in der Manufaktur „das Handwerksgeschick die Grundlage der Manufaktur bleibt und der in ihr funktionierende Gesamtmechanismus kein von den Arbeitern selbst unabhängiges objektives Skelett besitzt"[16a], somit „die handwerksmäßige Tätigkeit das regelnde Prinzip der gesellschaftlichen Produktion"[16b] ist, und auch die Umwälzungen der Produktion nur von der Arbeit ausgehen können, fällt „dies subjektive Prinzip der Teilung weg für die maschinenartige Produktion. Der Gesamtprozeß wird hier objektiv, an und für sich betrachtet, in seine konstituierende Phasen analysiert, und das Problem, jeden Teilprozeß auszuführen und die verschiedenen Teilprozesse zu verbinden, durch technische Anwendung der Mechanik, Chemie usw. gelöst . . ."[16c]. Der Unterschied zwischen Manufaktur und großer Industrie stellt sich so als verschiedene materielle Prinzipien des Systems der gesellschaftlichen Arbeitsteilung dar. „In der Manufaktur ist die Gliederung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses rein subjektiv, Kombination von Teilarbeitern; im Maschinensystem besitzt die große Industrie einen ganz objektiven Produktionsorganismus, den der Arbeiter als fertige materielle Produktionsbedingung vorfindet. In der einfachen und selbst in der durch Teilung der Arbeit spezifizierten Kooperation erscheint die Verdrängung des vereinzelten Arbeiters durch den vergesellschafteten immer noch mehr oder minder zufällig. Die Maschinerie funktioniert nur in der Hand unmittelbar vergesellschafteter oder gemeinsamer Arbeit. Der kooperative Charakter des Arbeitsprozesses wird jetzt also durch die Natur des Arbeitsmaterials selbst diktierte technische Notwendigkeit"[16d]. Der Unterschied zwischen Manufaktur und Industriesystem wird so an der Form der kapitalistischen Vergesellschaftung der Arbeit festgemacht. Zunächst erfolgt sie als manufakturmäßige Zusammenfassung von Arbeitern, wobei der jeweilige betriebliche Gesamtarbeiter aus seiner Qualifikationsstruktur heraus *subjektiv* die Begrenztheit für die Entwicklung des Kapitals darstellt. Die Veränderung der Produktionsbedingungen zur Steigerung der Produktion von Mehrwert und Profit ist durch die subjektive Seite des Arbeitsprozesses begrenzt. Diese Begrenztheit betrifft sowohl die Möglichkeit der Entfaltung der Produktivkräfte als auch die Integration der Arbeiter in den kapitalistischen Produktionsprozeß. Diese Grenzen sind nur aufzuheben, wenn die arbeitsteilige Zusammenfassung der Arbeiter von diesen selbst abstrahiert, ganz auf die Seite der objektiven Produktionsbedingungen verlagert, also objektiviert wird, indem das in Arbeitsplätzen gegliederte System der Produktionsmittel die Form der Zusammenfassung der Teilarbeiter zum betrieblichen Gesamtarbeiter bestimmt. Dies ist die dem Kapital eigentümliche und adäquate Form der Zusammenfassung der Arbeiter. Denn nun ist es das Kapital selbst in seiner stofflichen Form als Produktionsmittel, das die Bedingungen der arbeitsteiligen Form der Mehrwertproduktion setzt, ohne auf die subjektive Seite der Arbeiter Rücksicht nehmen zu müssen.

Der Übergang von der Manufaktur zum Maschinensystem ist in der Logik des Kapitals angelegt. Der historisch wirkliche Übergang erfolgt daher nicht zufällig, sondern mit innerer Notwendigkeit in allen kapitalistischen Ländern[17]. Die Konsequenzen für die gesellschaftliche Situation

der Arbeiterklasse, für die Verwertungsbedingungen des Kapitals, für die Wissenschaft, auch für die staatlichen Aktionen, die sich aus dem Übergang zur großen Industrie ergeben, sind gewaltig. Nun wird es möglich, die ganze Arbeiterfamilie in den Produktionsprozeß einzubeziehen, gleichzeitig die Individuallöhne zu senken, Tag- und Nachtarbeit einzuführen, überhaupt die Arbeitszeit maßlos auszudehnen. Die Ausbeutungsrate der Arbeit steigt „lawinenartig"[18]. Die Wissenschaften, insbesondere die Naturwissenschaften und technologischen Wissenschaften, werden dem kapitalistischen Produktionsprozeß systematisch dienstbar gemacht. Damit sind die Vergesellschaftungstendenzen des Produktionsprozesses noch nicht voll entwickelt. Dies ist erst dann der Fall, wenn die der Arbeitsteilung vorgegebene Struktur, die in den *objektiven* Produktionsbedingungen enthalten ist, den *subjektiven* Produktionsbedingungen, d. h. der gesellschaftlichen Arbeit selbst, „als objektive Vorgabe" *inkorporiert* wird. Alfred Sohn-Rethel hat versucht, die „Verwissenschaftlichung" des Arbeitsprozesses in Form des Taylorismus in dieser Weise zu deuten. „Im Taylorismus ... erfaßt die Produktivitätstechnik die menschliche Arbeit als solche ... Hier erfährt die menschliche Arbeitskraft daher die Vergesellschaftung der Arbeit an ihrem eignen Leibe. Die Entfremdung dieser Vergesellschaftung der Arbeit durch das ‚functional management' gestattet darum die Bezeichnung als Usurpation ..."[19]. Der Unterschied der arbeitswissenschaftlichen Organisation des Arbeitsprozesses zur Verobjektivierung des gesellschaftlichen Systems der Arbeitsteilung in den Produktionsmitteln als objektiven Produktionsbedingungen besteht nach Sohn-Rethel darin, daß nun menschliche und maschinelle Funktion auf *eine Maßeinheit* gebracht seien. „Diese Maßeinheit ist das operative Prinzip des modernen kontinuierlichen Produktionsprozesses ... der von Marx metaphorisch beschworene ‚gesellschaftliche Gesamtarbeiter' ist hier zur mathematisch berechenbaren Struktur geworden"[20]. Die Verwissenschaftlichung des Arbeitsprozesses bezieht sich also nicht mehr ausschließlich oder vorwiegend auf die *objektiven* Produktionsbedingungen, sondern auf die *subjektiven* Produktionsbedingungen ebenfalls. Dadurch entsteht ein „operatives Formprinzip", eine Logik „für beide, die manuelle Arbeit und die theoretische Naturwissenschaft"[21]. Das Kapital, das in der großen Industrie seine Logik den objektiven Produktionsbedingungen inkorporiert und in der Produktionsmittelstruktur die Arbeitsplatzstruktur definiert, dadurch schließlich die Form der Arbeitsverausgabung und der Arbeitsteilung bestimmt und den Arbeitern abverlangt, inkorporiert so seine Logik auch den subjektiven Produktionsbedingungen, den Arbeitern und ihrer Arbeitsverausgabung. Dies allein kann gemeint sein mit der These von der *einen* Maßeinheit. Dadurch wird es aber möglich, Produktivkraftsteigerungen der Arbeit nicht mehr nur durch verbesserte Maschinerie und höheres Tempo der Arbeit herbeizuführen, sondern auch durch Veränderung im Sinne einer Rationalisierung der Arbeitsorganisation selbst. Wenn auch Tendenzen der Einführung und Anwendung arbeitswissenschaftlicher Verfahren im Produktionsprozeß so alt wie die große Industrie selbst sind, kann doch nicht übersehen werden, daß sie en masse erst während und nach dem Ersten Weltkrieg praktiziert wurden. Es darf auch nicht vergessen werden, daß gerade die arbeitswissenschaftliche Organisation des Produktionsprozesses

auf der Seite der Produktionsmittelstruktur Neuerungen gewaltigen Ausmaßes hervorgerufen hat, wovon die Einführung des Fließbandes die wichtigste ist.

Es ist diese Form der Vergesellschaftung logisch aus den Bedingungen der Produktion des relativen Mehrwerts ableitbar; bezüglich der Konsequenzen für die Verausgabung von Arbeit stellt die Verwissenschaftlichung der Arbeitsorganisation eine weitere Abstraktion der Arbeit dar. Die Zerlegung des einzelnen Arbeitsvorgangs in kleinste Zeiteinheiten und Detailverrichtungen (die innerhalb des MTM-Systems beispielsweise auf die Dimension von $^1/_{16}$ Sekunde gebracht werden[21a]), um sie dann wieder nach den Prinzipien kapitalistischer Vergesellschaftung zusammenzusetzen, ist der Logik der Verausgabung abstrakter Arbeit zur möglichst hohen Verwertung des Kapitals geschuldet.

Die Form der Vergesellschaftung gehorcht der gleichen Logik der Wertbewegung, nämlich der Produktion relativen Mehrwerts. Historisch betrachtet, stellen die drei hier benannten Formen aufeinanderfolgende Systeme dar, verschiedene Stufen der Arbeitsteilung im Produktionsbetrieb zum Zwecke der Auspressung von Mehrarbeit. Nun haben alle Systeme der Arbeitsteilung im Produktionsbetrieb auch Konsequenzen für die kapitalistische Reproduktionsstruktur. Auspressung von Mehrarbeit bedeutet schließlich Veränderung nicht nur der Arbeitsorganisation, sondern auch der Produktionsmittelstruktur, der Größe des Einzelkapitals, der Menge der produzierten Gebrauchswerte usw. Anders ausgedrückt: *Die Veränderung der Arbeitsorganisation ist selbst ein Moment des Akkumulationsprozesses des Kapitals.* Die neuen Formen der Vergesellschaftung innerhalb des einzelnen Produktionsbetriebs haben von daher immer auch Konsequenzen für die Vergesellschaftung des Kapitals generell und sind nur im Zusammenhang mit den anderen hier benannten Tendenzen zu begreifen.

5. Die Bedeutung der Kontinuität der Wertzirkulation

Wir haben bislang die Veränderungen im Vergesellschaftungsprozeß an der Größe der vorzuschießenden Kapitalmassen, der Kapitalstruktur und der Vergesellschaftung der Arbeit im Produktionsprozeß festgemacht. Dabei ging es um das produktive Kapital. Aber der *Kapitalwert muß zirkulieren,* er muß sich kontinuierlich aus dem Geldkapital ins Warenkapital, dann ins produktive Kapital, wieder ins Warenkapital mit entsprechendem Mehrwert angereichert und schließlich in Geldkapital, das quantitativ größer als das vorgeschossene Geldkapital ist, verwandeln können. Die Kontinuität des Kapitalkreislaufs ist von zwei Momenten betroffen. Erstens vom Verhältnis zwischen den Klassen: Die Arbeiterklasse kann den Kapitalkreislauf unterbrechen, indem sie die Arbeit zurückhält, durch Streiks oder Sabotage also. Sofern es sich um produktive Arbeiter handelt, werden im Falle von Streiks keine Werte gebildet, findet also auch keine Verwertung des Kapitals statt. Sofern es sich um Arbeiter im Zirkulationsbereich handelt, kann der Kapitalwert nicht zirkulieren, also der verwertete Wert nicht in seine Geldform rückverwandelt werden. Das zweite Moment ist das Verhältnis der Kapitale untereinander. Denn die Realisierung des Werts und Mehrwerts des einen Einzelkapitals ist abhängig von den Verwertungsbedingungen

bei den anderen Einzelkapitalen. Diese können nur kaufen, wenn sie entsprechendes Geld besitzen, das als Kapital vorgeschossen werden kann; und sie werden nur kaufen, wenn sie von der Produktion und dem Verkauf der produzierten Waren einen entsprechenden Profit auf das vorgeschossene Geldkapital erwarten. Das dritte Moment in diesem Zusammenhang ist die Arbeiterklasse in ihrer Eigenschaft als Käufer von Waren, die sie als produktive Arbeiter selbst geschaffen haben. Die Kontinuität des Kapitalkreislaufs ist also von der Arbeiterklasse in doppelter Weise abhängig. Aus dieser Tatsache nährt sich die verbreitete Illusion, als ob die Arbeiter durch entsprechende Ausstattung mit Geld als Kaufmittel die in der Krise ins Stocken geratene Kapitalzirkulation wieder in Gang setzen könnten. Diese auf der „Unterkonsumtionstheorie" basierende Vorstellung aber beachtet nicht die spezifische Form der Kapitalzirkulation: sie erfolgt nur dann, wenn in ihrem Verlauf sich der zirkulierende Kapitalwert vermehren kann. „Jeder Kapitalist weiß von seinem Arbeiter, daß er ihm gegenüber nicht als Produzent dem Konsumenten (gegenüber)steht und wünscht seinen Konsum, i. e. seine Tauschfähigkeit, sein Salär möglichst zu beschränken. Er wünscht sich natürlich die Arbeiter der *andren* Kapitalisten als möglichst große Konsumenten *seiner* Ware. Aber das Verhältnis *jedes* Kapitalisten zu *seinen* Arbeitern ist das *Verhältnis überhaupt* von *Kapital und Arbeit*, das wesentliche Verhältnis"[21b]. So kommt der in der kapitalistischen Krise immer wieder zutage tretende Widerspruch zustande zwischen der Notwendigkeit der Verwertung und der Notwendigkeit der Realisierung des Kapitalwerts, da die Arbeiterklasse als Produzent der Werte und als ihr Konsument auftritt.

Es droht dem jeweiligen Einzelkapital von diesen Seiten her immer wieder Unterbrechung des Kapitalkreislaufs, die um so größere Konsequenzen hat, je „unflexibler" sich das Kapital aufgrund seiner durch einen hohen Anteil von Fixkapital gekennzeichneten Wertstruktur an veränderte Zirkulationsbedingungen anzupassen vermag. Es muß also jedem Unternehmen und insbesondere dem großen Konzern darum gehen, alle Bedingungen zu beherrschen, die auf *Kontinuität* oder Diskontinuität des Kapitalkreislaufs Einfluß haben könnten. Daher liegt es im Interesse des Kapitals, daß die Klassenbeziehungen so geregelt werden, daß Unterbrechungen der Produktion und Zirkulation durch Arbeitskämpfe oder Sabotage möglichst nicht passieren. Die Verrechtlichung der Arbeitsverhältnisse dient ebenso diesem Zweck wie übertarifliche Zahlungen in der Prosperität oder einkommenspolitische Zwangsmaßnahmen gegenüber den Gewerkschaften in Krisenphasen. Hier wird bereits ein entscheidender Widerspruch deutlich: Von der Verwertung her muß das Kapital auf möglichst niedrige Löhne und entsprechende Rechtlosigkeit der Arbeiter drängen, von den Notwendigkeiten der Kapitalzirkulation her ist es an einer zufriedenen und integrierten Arbeiterschaft und kooperativen Gewerkschaften interessiert. Beides zugleich geht nicht, und so ist immer die Tendenz gegeben, die Kontinuität der Kapitalzirkulation und die Verwertung des Kapitals durch ökonomischen und politischen Zwang gegenüber der Arbeiterklasse sicherzustellen[22].

Auch auf die Realisierungsbedingungen der produzierten Werte, die sich weitgehend außerhalb der Kontrolle der Einzelkapitale befinden, wird ver-

sucht, Einfluß zu nehmen. Die Entwicklung von entsprechenden Marktstrategien, von *Planungsansätzen* gerade der großen Konzerne deutet darauf hin. Die Planung hat allerdings jeweils mit Variablen zu kalkulieren, die nicht vom planenden Kapital zur Gänze manipulierbar sind. Dies ist insbesondere dann problematisch, wenn die Kapitalvorschüsse zur Produktion von bestimmten Waren so groß sind, daß nur ihr sicherer Absatz zu einem Preis, der Kapitalverwertung einschließt, die Kapitalanlage möglich macht. Hier zeigt sich die Bedeutung der wachsenden Kapitalmassen und der veränderten Kapitalstruktur für die Sphäre der Realisierung, die sich anzupassen hat. Dies kann häufig nur noch geschehen, indem der Staat als Käufer auftritt und dabei Geld verwendet, das sich nicht als Geldkapital verwerten muß. Jedenfalls zeigt es sich, daß strukturelle Veränderungen in den Voraussetzungen von Wertbildung und Verwertung Veränderungen in den Marktverhältnissen hervorrufen.

6. Die Veränderungen im Verhältnis von Ökonomie und Politik

Die charakteristischen Vergesellschaftungstendenzen im Kapitalismus gehen also von den Veränderungen in der Wertproduktion und Wertzirkulation aus. Wir werden noch sehen, daß diese sich auch in der Organisation und materiellen Basis des Produktionsprozesses niederschlagen. Aber ganz besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang die Aufgaben, die der *Staat als Institution* neben und außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft erhält[23]. Während die Form des Staates in der bürgerlichen Gesellschaft grundsätzlich aus der scheinbaren Verselbständigung der politischen Sphäre gegenüber der Ökonomie resultiert, sind doch die *Staatsfunktionen* immer auf den Reproduktionsprozeß der Gesellschaft bezogen und damit auch immer bestimmt durch die aus den Tendenzen der Vergesellschaftung des gesellschaftlichen Lebensprozesses resultierenden Anforderungen. Diese ändern sich, wie wir gesehen haben, im Verlauf des Akkumulationsprozesses des Kapitals, und daraus ergeben sich eben auch Konsequenzen für das Verhältnis von Ökonomie und Politik oder von Staat und Gesellschaft. Insgesamt gesehen, spielt der Staat im hochentwickelten Kapitalismus eine bedeutendere Rolle als in anderen Phasen der Entwicklung, wenn auch nicht von einem quasi-linearen Anstieg staatlicher Regulierungsaufgaben ausgegangen werden kann. Denn der Staat hat beim Entstehungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft in der Zurückdrängung von vorkapitalistischen Relikten eine entscheidende Funktion; mehr noch, er *wird* in der Wahrnehmung dieser Funktionen erst bürgerlicher Staat, er bringt erst in diesem Prozeß seine dem Kapital adäquate Form hervor[24]. Seine Aufgaben als politische Regulierung gesellschaftlicher Prozesse wachsen aber in dem Maße wieder an, wie das Kapital sich selbst zur Grenze wird und daher den Notwendigkeiten der Sicherung des gesellschaftlichen Lebensprozesses nicht mehr nachkommen kann. So muß als eine vergesellschaftende Institution der Staat überall dort funktionieren, wo das Kapital nicht von sich aus die Herstellung der Gesellschaftlichkeit besorgen kann, wo also nicht nur die Form der Gesellschaftlichkeit sich ändert, sondern die kapitalistische Form bereits in Frage gestellt ist. Diese zunehmende Bedeutung des Staates ist gesetzmäßig; denn mit dem historischen Prozeß der abnehmenden

Profitabilität ökonomischer Bereiche kann nur noch der Staat als dem Verwertungszwang des *Einzelkapitals* nicht unterliegende Institution gesellschaftlich notwendige Zusammenhänge herstellen: die Qualifikation und Reparatur der Arbeitskraft, die materiellen Produktionsvoraussetzungen der Einzelkapitale, soweit sie großen Kapitalvorschuß erfordern und eine lange Umschlagsdauer des Kapitals aufweisen, die ideologische Reproduktion der Gesellschaft als Legitimation herrschender Verhältnisse, die repressive Einbindung der Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft in die kapitalistische Form der Gesellschaftlichkeit durch militärischen und polizeilichen Zwang. Daß all dies heute eine größere Rolle spielt, da die bürgerliche Gesellschaft ihre Widersprüche bis hin zu Konflikten schärfer hervorbringt, ist offensichtlich.

7. Veränderte Klassenverhältnisse

In dem Maße, wie das Kapital in seiner Entwicklung vorkapitalistische Verhältnisse auflöst, beseitigt es auch alle Schichten und Klassen jenseits der „reinen" Klassenteilung der bürgerlichen Gesellschaft, jenseits einer Klasse von eigentumslosen Lohnarbeitern und einer Klasse von Kapitalisten, die gegenüber der Lohnarbeiterklasse das Monopol über die Produktionsmittel hat. Für das Klassenverhältnis ist die schon erwähnte Tendenz von Konzentration und Zentralisation von größter Bedeutung. Denn die Kehrseite der Konzentrationsprozesse ist die Verringerung der Zahl selbständiger Einzelkapitale und damit die Proletarisierung von bisherigen Mitgliedern der bürgerlichen Klasse. Die Zahl der objektiv zur Kapitalistenklasse gehörigen Personen verringert sich demzufolge, während die Zahl der Lohnarbeiter ständig zunimmt. Dieser Prozeß bedeutet aber keineswegs, daß im gleichen Maße auch die Macht der bürgerlichen Klasse abnimmt. Denn das Kapitalverhältnis ist wesentlich *ökonomisch objektiviert* und damit als Herrschaftsverhältnis weitgehend entpersonalisiert, d. h. unabhängig von der Zahl der zur bürgerlichen Klasse zählenden Personen. Je weniger die Kapitalisten als Personen eine Rolle spielen, da ihre Bedeutung rein quantitativ abnimmt, desto „rationaler" erscheint das Kapitalverhältnis als *System bloßer Sachzwänge,* denen die gesellschaftlichen Gruppen nachzukommen haben[25].

Gleichzeitig mit dem Wachstum der relativen und absoluten Zahl der Lohnarbeiter verändert sich deren Zusammensetzung im Gefolge der Bedingungen der Kapitalakkumulation. So steigt die Zahl der nicht unmittelbar produktiven Arbeiter, also sowohl derjenigen, die nicht für die Produktion, wohl aber für die Zirkulation der Kapitalwerte sorgen, als auch derjenigen, die das Personal des Staatsapparates ausmachen. Als Voraussetzung für die Wertbildung und Verwertung ist diese Entwicklung der Klassenstruktur insofern von Bedeutung, als alle diese Lohnarbeiter aus dem von den produktiven Arbeitern produzierten Wert alimentiert werden müssen und somit eine doppelte Bedeutung für das Kapital haben: Auf der einen Seite sichern sie bestimmte Bereiche des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, nämlich die Kapitalzirkulation und die Aufrechterhaltung des politischen Herrschaftsverhältnisses gegenüber allen Bestrebungen, es zu beseitigen. Auf der anderen Seite sind sie eine „Last", da sie keine Werte

und damit auch keinen Mehrwert produzieren, aber aus Teilen des gebildeten Wertes „bezahlt" werden müssen. Diese Teile werden dann entkapitalisiert, nämlich in Revenue verwandelt. Auch in der veränderten Struktur der Lohnarbeiterklasse schlagen sich also die widersprüchlichen Vergesellschaftungstendenzen des Kapitals nieder.

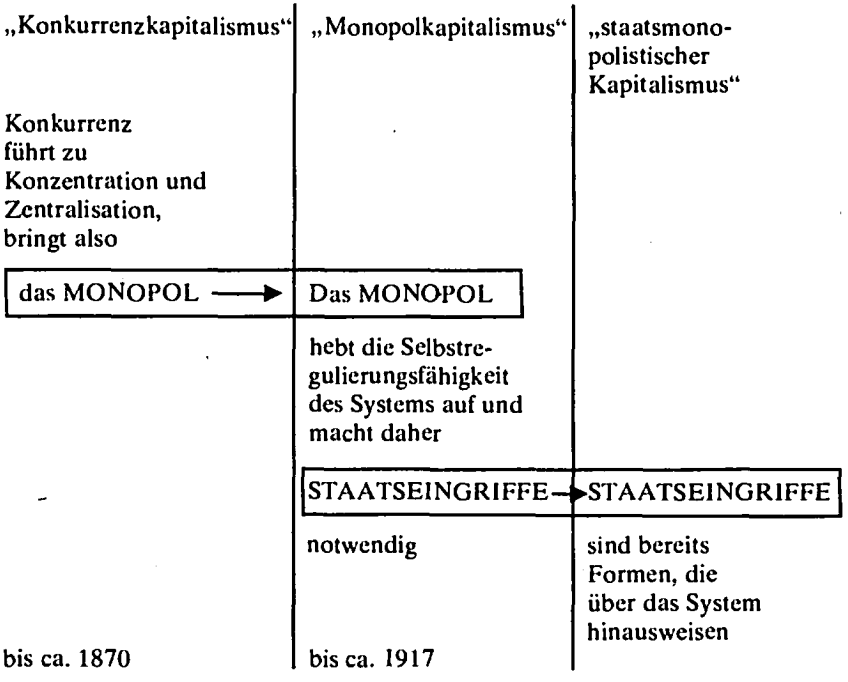
Der kapitalistische Produktionsprozeß ist also nicht nur Prozeß der Akkumulation von Kapital, sondern gleichzeitig Prozeß der Vergesellschaftung, in dem immer auch die strukturellen Voraussetzungen der Wertbildung und Verwertung sowie die Formen der Arbeitsverausgabung und -verteilung verändert werden. Wir haben dies nur recht kurz andeuten können; aber uns kam es wesentlich darauf an, die Fragestellung zu formulieren, mit der an eine Analyse der Verhältnisse im hochentwickelten Kapitalismus herangegangen werden muß. Wir haben schon gesehen, daß die Veränderungen in der Gesellschaftlichkeit kapitalistischer Produktion und Akkumulation sowohl die Bewegungsgesetze der Gesellschaft als auch die Durchsetzungsformen der Bewegungsgesetze betreffen. Denn wenn es so ist, daß die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit — als ein Moment der Vergesellschaftung — nicht planmäßig, sondern als spontanes Resultat der Aktionen der vielen Einzelkapitale erfolgt, dann ist zu fragen, welches die vermittelnden Kategorien sind, in denen sich Denken abspielt und an denen Handlungen sich orientieren, die, verwirklicht, gerade die geschilderten Veränderungen hervorbringen. In dieser Problemstellung haben wir aber eine Frage eingeschlossen, die im Zentrum der gegenwärtigen Auseinandersetzung über Kapitalismusanalyse steht: ob die geschilderten Veränderungen es rechtfertigen, von einer neuen Phase kapitalistischer Entwicklung zu sprechen, der „neue" Gesetzmäßigkeiten zukommen, die sich in ihren Entwicklungstendenzen gegenüber dem „Konkurrenzkapitalismus" oder dem schwach entwickelten Kapitalismus mehr oder weniger unterscheidet.

III. Die Unmöglichkeit und Möglichkeit der Phaseneinteilung kapitalistischer Entwicklung

1. Das „doppelte Wesen" des Kapitalismus

Wir haben die Entwicklung des Kapitalismus als Vergesellschaftungsprozeß beschrieben, in dessen Verlauf die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit und die strukturellen Voraussetzungen der Wertbildung und Verwertung, d. h. der Produktionsprozeß des Kapitals selbst, sich ändern. Die Frage ist nun, ob mit diesen Änderungen so bedeutsame *qualitative* Verschiebungen verbunden sind, daß von jeweils *neuen Phasen* kapitalistischer Entwicklung gesprochen werden kann. Wirken die strukturellen Veränderungen auf die Bewegungsgesetze zurück, verändern sie die Formen, in denen sich die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen durchsetzen? Diese Frage steht letztlich hinter Bezeichnungen von Epochen der Kapitalentwicklung, wie „Konkurrenzkapitalismus", „Monopolkapitalismus" oder „staatsmonopolistischer Kapitalismus". Dabei wird in der Regel eine spezifische Systematik angenommen, die in folgendem vereinfachenden Schema dargestellt werden kann:

Phasen der kapitalistischen Entwicklung:



Die einzelnen Phasen gehen nach der diesem Schema zugrundeliegenden Auffassung jeweils auseinander hervor, bauen historisch-wirklich und kategorial aufeinander auf. Die Unterscheidung der Phasen wird dabei wesentlich an den *Formen* festgemacht, in denen sich der ökonomisch-gesellschaftliche Prozeß der Verteilung der Arbeit vollzieht. Die Formen sind dabei einmal die Konkurrenz, dann das Monopol und schließlich der Staat in Verbindung mit dem Monopol, jeweils gedacht in historischer Aufeinanderfolge. Wenn die Formen der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit sich dementsprechend ändern, können zwei Konsequenzen gezogen werden. Nach der *ersten* Auffassung kann angenommen werden, daß mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus die von Marx analysierten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise aufgehoben und durch neue, dem Monopolkapitalismus zukommende Gesetzmäßigkeiten *ersetzt* werden. Diese Auffassung ist in der marxistischen Literatur nicht wenig verbreitet. Um nur einige wenige Beispiele anzuführen: Baran und Sweezy machen in ihrem „Monopolkapital" den Unterschied zwischen Konkurrenzkapitalismus und Monopolkapitalismus an konträren Gesetzmäßigkeiten fest. Während im Konkurrenzkapitalismus das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate gegolten habe, sei für den Monopolkapitalismus das „Gesetz des steigenden Surplus" konstitutiv[26]. Eine methodisch ähnlich gelagerte Vorstellung finden wir bei Hilferding. Mit der Herausbildung des „Generalkartells" und des organisierten Kapitalismus entsteht die Möglichkeit systematischer Planung und Leitung, die unter Bedingun-

gen des blinden Wirkens des Wert- bzw. Preisgesetzes nicht möglich war[27]. Auch manche Theoretiker des staatsmonopolistischen Kapitalismus vertreten methodisch ähnlich gelagerte Auffassungen, wenn sie davon sprechen, daß im staatsmonopolistischen Kapitalismus die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze von der Machtentfaltung der Monopole und des Staates überdeckt oder gar beseitigt worden sei.

Die *zweite* Auffassung meint, daß die aufgrund der Gesetzmäßigkeiten der Produktionsweise erfolgten historischen Entwicklungen und Veränderungen auf die Gesetze und die Formen, in denen sie sich durchsetzen, selbst modifizierend zurückwirken und neue Formen hervorbringen, ohne daß damit die allgemeinen grundlegenden Bestimmungen, wie sie in der Marxschen Analyse vorgenommen worden sind, aufgehoben oder ungültig und unwirksam würden. Darauf muß jetzt näher eingegangen werden. Bezeichnenderweise benutzen marxistische Theoretiker immer den Begriff „Kapitalismus"; sie modifizieren diesen Begriff allerdings jeweils durch ein Attribut: „Konkurrenz-", „Monopol-" oder „staatsmonopolistisch". Auf der wissenschaftstheoretischen Ebene führt diese Unterscheidung zu komplizierten Konstruktionen. „Der Kapitalismus bleibt immer Kapitalismus, und sein Wesen ist stets sich gleich. Andererseits bleibt es sich auch nicht gleich, indem es unter verschiedenen Entwicklungsbedingungen ein unterschiedliches Wesen zweiter Ordnung offenbart. Gleichzeitig existieren aber die Produktionsverhältnisse nicht in der abstrakten Reinheit ihres sozialökonomischen Wesens, sondern in konkreten, sich wandelnden Erscheinungsformen. Damit wandelt sich zugleich das Wesen ‚zweiter Ordnung', während das Wesen ‚erster Ordnung' (kapitalistische Produktionsverhältnisse) erhalten bleibt . . ."[28]. Also sollte nach dieser Auffassung eine Unterscheidung vorgenommen werden zwischen den Gesetzen, die dem „Wesen erster Ordnung" entsprechen und die den Begriff „Kapitalismus" für die Produktionsweise rechtfertigen, und denjenigen Gesetzen, die dem „Wesen zweiter Ordnung" entsprechen und das jeweilige Attribut „Konkurrenz-", „Monopol-" oder „staatsmonopolistisch" begründen.

Dieses uns fragwürdig erscheinende methodische Vorgehen wird auch auf den *Gesetzesbegriff* ausgedehnt. Oskar Lange geht davon aus, daß es in jeder „historisch entstandenen Gesellschaftsformation eine Untergliederung der in ihr wirkenden ökonomischen Gesetze nach dem unterschiedlichen historischen Wirkungsbereich und nach der unterschiedlichen Bindung an die ökonomische Basis dieser Formation"[29] gibt. Und zwar handelt es sich dabei um Gesetze, die die Produktionsweise überdauern, also in gewissen technisch und natürlich bedingten Grenzen „systemindifferent" sind, um Gesetze, die spezifisch für eine bestimmte Gesellschaftsformation sind, um Gesetze des menschlichen Verhaltens, auf die hier nicht eingegangen werden soll, und um Gesetze, die durch den Einfluß des Überbaus entstehen. Bei den spezifischen, sozusagen „systemimmanenten" Gesetzen der Gesellschaftsformation unterscheidet Oskar Lange: „Einige dieser Gesetze sind aber nicht das Ergebnis des allgemeinen Charakters der für eine gegebene Formation typischen Produktionsverhältnisse, sondern gewisser besonderer Erscheinungsformen der Produktionsverhältnisse, die sich im Verlaufe der Entwicklung der Gesellschaftsformation verändern"[30]. Als Beispiel dafür nennt er die „Ersetzung der Konkurrenz durch

Monopole", wodurch das Gesetz der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate außer Kraft gesetzt würde und „neue Gesetze der Profitverteilung unter einzelne Teile der Kapitalistenklasse" entstünden[31]. Es wird von Oskar Lange also die Gesetzmäßigkeit der Profitverteilung unter monopolistischen Verhältnissen nicht geleugnet. Aber er geht davon aus, daß das „Gesetz von der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate" nur *einer* Phase kapitalistischer Entwicklung, nämlich der Konkurrenzepoche, zugehöre. Ob und inwiefern Lange recht hat, läßt sich allerdings nur entscheiden, wenn der Charakter des Gesetzes von der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate reflektiert wird. Darauf kann hier nicht ausführlich eingegangen werden; lediglich einige allgemeine Bestimmungen werden im Teil IV vorgenommen.

Diese Konstruktion des „Wesens erster und zweiter Ordnung" oder von Gesetzen der Produktionsweise mit unterschiedlicher Reichweite werfen die entscheidende Frage auf, in welchem Verhältnis denn diese hierarchisch geordneten „Wesen" bzw. „Gesetze" stehen. Es ist also danach zu fragen, welches die Kategorien sind, in denen sich die historische Wirklichkeit des Kapitalismus in ihrer Entwicklung darstellt und welchen Bewegungsgesetzen und Formveränderungen diese historische Wirklichkeit unterworfen ist.

Bevor darauf eingegangen werden kann, soll aber noch gezeigt werden, daß diese auf allgemeinster Ebene ausgedrückte Argumentationsfigur der beiden „Wesen" auch der Leninschen Bestimmung des Monopolbegriffs zugrundeliegt. Dabei muß darauf verwiesen werden, daß es uns hier nicht um eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Leninschen Imperialismustheorie geht, sondern wir die Phaseneinteilung kapitalistischer Entwicklung methodisch zu reflektieren haben. Die Grundlagen der Leninschen Argumentation lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die von Marx analysierten Gesetze der Kapitalakkumulation führen notwendig zu Konzentration und Zentralisation. Die Konzentration der Produktion wird zur Voraussetzung des Monopols. Es ist also nicht voraussetzungslos (dies muß gerade gegenüber modelltheoretischen bürgerlichen Monopoltheoretikern betont werden), „seine Voraussetzungen liegen aber nicht in anderen Elementen des Imperialismus als besonderer Entwicklungsetappe, sondern in der Entwicklung des Kapitalismus überhaupt, der auf einer bestimmten Stufe den Imperialismus hervorbringt..."[32]. So wird das Monopol als Kategorie zu einem Angelpunkt der Bestimmung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten. Als „Ausgangskategorie" muß die Kategorie des Monopols „also die Möglichkeit und Notwendigkeit des Übergangs zu anderen Bestimmungen in seiner Notwendigkeit beinhalten"[33]. Das Monopol bestimmt sich infolgedessen als Entwicklungsresultat der allgemeinen Gesetze kapitalistischer Reproduktion und Akkumulation. So ist es auch kategorial in den Bestimmungen der Marxschen Analyse des Kapital im Allgemeinen verankert. Das Monopol hebt aber zugleich Bestimmungen, die Marx zur Analyse des Kapitals im Allgemeinen vorgenommen hatte, auf oder setzt zumindest *zusätzliche* Bestimmungen, die dem Monopolkapitalismus als bestimmter Entwicklungsphase des Kapitalismus zukommen. Zu diesen zusätzlichen und von Marx (noch) nicht analysierten Bestimmungen gehören etwa der Kapitalexport, die imperialistische Ausplünderung der

Kolonien, die Staatseingriffe, die Herrschaft des Finanzkapitals — um nur einige der von Lenin herausgearbeiteten *Merkmale* des Imperialismus zu erwähnen. So wird es methodisch möglich und begründbar, warum kapitalistische Entwicklung in Phasen eingeteilt werden kann, ohne daß grundlegende Bestimmungen des Kapitalverhältnisses aufgegeben werden müßten. Diese Ausführungen sind im obigen Schema verdeutlicht worden. So plausibel sie erscheinen, so notwendig ist es, diese Argumentation zu hinterfragen.

2. Der Marxsche Gesetzesbegriff

Die Argumentation erscheint zunächst einmal einleuchtend. Aber an diese methodische Konstruktion sind zwei Fragen zu richten. Die erste bezieht sich darauf, welches denn die allgemeinen, dem „Wesen erster Ordnung" entsprechenden Bestimmungen und welches die zusätzlichen und neuen, dem „Wesen zweiter Ordnung" entsprechenden Bestimmungen des Monopolkapitalismus sind. Und die zweite Frage bezieht sich auf das Verständnis vom Marxschen Vorgehen bei der Analyse der bürgerlichen Gesellschaft. Ohne an dieser Stelle in Einzelheiten einsteigen zu können, muß davon ausgegangen werden, daß Marx ja die Kategorien der Konkurrenz aus dem „Kapitalbegriff im Allgemeinen"[34] ableitet. Und dies aufgrund eines spezifischen Verständnisses von ökonomischen Gesetzen, die im Agieren der Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft exekutiert werden. Marx hat diesen Zusammenhang wie folgt formuliert: Er spricht *erstens* von den „immanenten Gesetzen der kapitalistischen Produktion", die *zweitens* in der „äußeren Bewegung der Kapitale erscheinen", sich *drittens* als „Zwangsgesetze der Konkurrenz" geltend machen und so *viertens* als „treibende Motive dem individuellen Kapitalisten zum Bewußtsein kommen"[35]. Von den immanenten Gesetzen der Produktionsweise zu den treibenden Motiven für das Handeln der Charaktermasken des Kapitals, der Kapitalisten, sind also *Vermittlungen* notwendig, über die die immanenten Gesetze sich im motivierten Handeln durchsetzen.

Das Handeln der Kapitalisten kommt somit, auch wenn es so scheint, nicht zufällig oder aufgrund beliebiger, z. B. anthropologisch fixierter Motivationen („Gewinnstreben") zustande, sondern in ihm manifestieren sich die immanenten Bestimmungen der Produktionsweise, die den Kapitalisten in der Konkurrenz als Zwangsgesetze aufgeherrscht werden. Zwar handeln die Kapitalisten als Individuen, und zwar als mit Willen begabte Individuen. Aber die Willensverhältnisse bestimmen nicht die Bewegungsrichtung der Produktionsweise, sondern umgekehrt: die Willensverhältnisse werden durch das Produktionsverhältnis bestimmt. Dies ist nicht in einem mechanistisch-deterministischen Sinne zu verstehen, sondern als die Basis, auf der sich auch ein gewisser Spielraum für das Wollen und Handeln der Individuen ergibt. Daher setzen sich *historisch-wirklich* die Gesetze der Produktionsweise auch nur als Tendenzen durch, niemals also in „reiner" Form. Dieser Spielraum selbst ist systematisch ableitbar. Auf seiten der Kapitalisten — für die Lohnarbeiter als Individuen lassen sich ähnliche Bestimmungen entwickeln — vermitteln die Verwertungszwänge des Kapitals einmal das Interesse an und den Willen zu möglichst großer

Verwertung, die zum Ausdruck kommen im Streben nach Maximalprofit. Zum anderen aber wird in der Konkurrenz, d. h. in den Aktionen der einzelnen Kapitale aufeinander, immer wieder klargemacht, daß dauerhaft der Maximalprofit bestimmten Grenzen unterliegt, die durch die Konkurrenz als Zwangsgesetze aufgeherrscht werden.

Wenn gegen die marxistische Theorie der Profitrate von bürgerlicher Seite eingewandt wird, die Strategien der Unternehmen seien gar nicht, zumindest nicht allein, auf Profiterzielung gerichtet, sondern auf Sicherung und Erweiterung der Marktmacht, langfristige Existenzsicherung, Erwerb finanzieller Rücklagen für Krisenzeiten usw., dann ist dies gerade ein Ausdruck dafür, daß individuelles Streben nicht in seinen gesellschaftlichen Restriktionen begriffen wird. Andererseits ist es aber so, daß kein Einzelkapital voraussetzungslos anfängt und daher selbst in den genannten Unternehmenszielen bereits die Existenz anderer Einzelkapitale und damit die durch sie wirkenden gesellschaftlichen Grenzen für individuelle Zielfindung und -verwirklichung antizipiert ist. Da kein Einzelkapital voraussetzungslos anfängt, stützt es sich in allen Aktionen auf *Erfahrungen*. Wenn er es nicht bereits weiß, dann wird der individuelle Kapitalist es merken, daß der Profitaufschlag auf seinen Kostpreis nur bis zu einer bestimmten Höhe realisiert werden kann und diese ihm durch die Konkurrenz vermittelte Erfahrung in seinen Kalkulationen berücksichtigen.

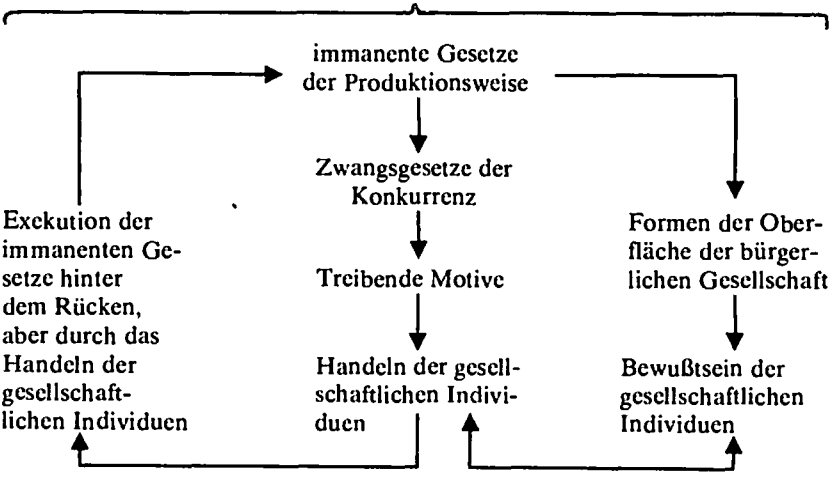
So gehen die Zwangsgesetze der Konkurrenz aufgrund der *verarbeiteten Erfahrungen* in die Willensäußerungen der Kapitalisten ein. Die Konkurrenz erscheint so als ein *Medium der Exekution kapitalistischer Gesetze,* die als solche den handelnden Individuen gar nicht bekannt oder auch nur erkennbar zu sein brauchen, um dennoch letztendlich berücksichtigt und „hinter ihrem Rücken" spontan durchgesetzt zu werden. Das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise kann nur verkehrt, die Formen, die das Produktionsverhältnis konstituieren, können nur mystifiziert erscheinen. Dementsprechend kann auch das Bewußtsein der Produktionsagenten nicht anders als in diesen mystifizierten Formen befangen, d. h. verkehrt sein. Und dennoch sorgt die Konkurrenz als Sphäre des Aufeinanderwirkens der Kapitale vermittelt über das Handeln der Produktionsagenten dafür, daß sich die immanenten Gesetze durchsetzen.

Marx hat im „Kapital" versucht, im Aufstieg vom Abstrakten zum Konkreten, von der Keimzelle der bürgerlichen Produktionsweise (Ware und Wert) bis hin zu den „verknöcherten" Formen der verschiedenen Einkommenskategorien systematisch die notwendigen Kategorien der *Oberfläche* der bürgerlichen Gesellschaft abzuleiten und damit die Voraussetzungen zu schaffen für eine Analyse der historisch wirklichen Oberfläche und ihrer Bewegung. So wird dargestellt, wie sich der Wert der Arbeitskraft über den irrationellen Ausdruck vom „Preis der Arbeit" in den Lohn verwandelt, der als Einkommenskategorie das Ausbeutungsverhältnis mystifiziert. So wird auch die Verwandlung des Mehrwerts in den Profit nachgezeichnet, weiter in den Durchschnittsprofit und schließlich noch in Zins, Rente und Unternehmergewinn als Revenueformen, so daß auch von dieser Seite her das Ausbeutungsverhältnis verschwindet, unsichtbar wird. Das Marxsche Vorgehen zeichnet sich also nicht dadurch aus, daß er den Kategorien der erscheinenden Oberfläche „Wesenskate-

gorien" gegenüberstellt als die „wahre Wirklichkeit", sondern daß er die erscheinende Oberfläche als notwendige Verkehrung und Mystifikation der Kernstruktur der bürgerlichen Gesellschaft nachweist. Wenn sich daher die Oberflächenkategorien in ihrer historischen Erscheinungsform wandeln, dann ist zu klären, inwiefern diese Änderungen selbst ein notwendiger Ausdruck der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft sind.

Die *Formbestimmungen* des Wertes, des Geldes, des Kapitals, des Lohns enthalten die Verkehrung der Gesellschaftlichkeit dieser Verhältnisse in verdinglichte Kategorien, in denen sich die handelnden Individuen wie selbstverständlich bewegen. Diese Selbstverständlichkeit ist es, die immer wieder falsches Bewußtsein entstehen und sich verhärten läßt. Die *Bewegung* des Wertes, des Geldes, des Kapitals, des Lohns vollzieht sich aber gerade in den Handlungen der Individuen aufeinander, die als Charaktermasken des Kapitals (und auch der Lohnarbeit) agieren. Damit exekutieren sie selbst immer wieder die in der Wertbewegung angelegte Widersprüchlichkeit, die periodisch zu Krisen sich verschärft. Als „bloße Steigerung der Quantität und Intensität des Alltagslebens der bürgerlichen Gesellschaft"[36] stellt die Krise immer wieder die Selbstverständlichkeit der alltäglichen Bewegungen in den vom Produktionsverhältnis vorgegebenen Formen in Frage. Die Konkurrenz als „Erscheinungsform, worin sich ihre (der ökonomischen Gesetze — EA) Notwendigkeit realisiert"[37], läßt dann auch immer Totalitätsbewußtsein, teilweise als Katastrophenbewußtsein, entstehen. Denn nun wird deutlich, daß unabhängig und gegen den Willen und das Handeln der Individuen das gesellschaftliche Verhältnis eine eigene Qualität entfaltet und seinen immanenten Notwendigkeiten auch mittels Krisen zum Durchbruch verhilft. Insofern als die Kapitalbewegung Krisen hervorbringt, werden die mystifizierten Formen immer wieder durchbrochen. Denn dann wird der Antagonismus des Kapitalverhält-

Analyse des Kapitalbegriffs im Allgemeinen
Analyse der Formen und der Bewegung des Werts



nisses unmittelbar erfahrbar; er drückt sich in allen Erscheinungsformen als solcher aus — dies als nicht weiter auszuführender Hinweis gegen die Annahme von der Durchgängigkeit mystifizierten Bewußtseins.

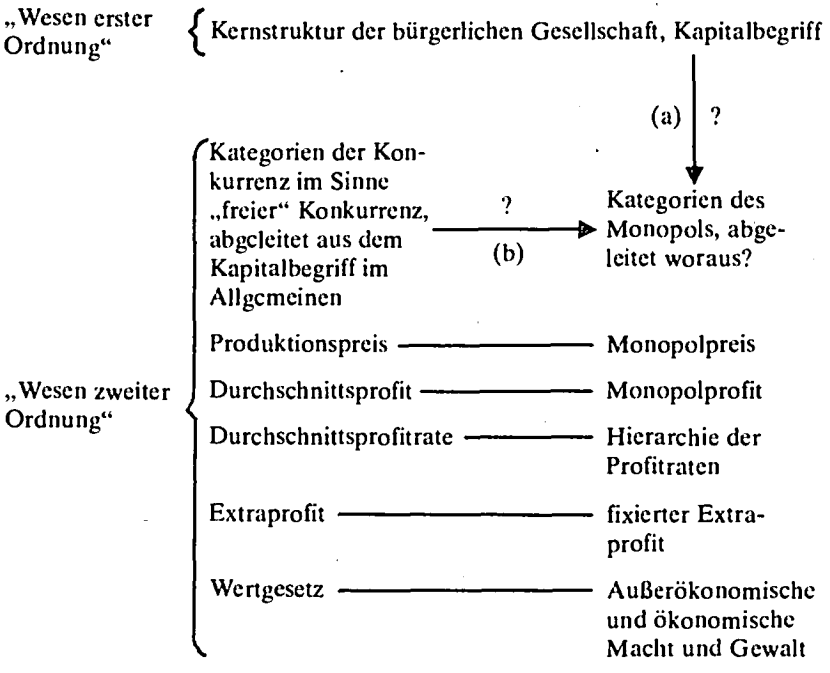
Der von Marx dargelegte Vermittlungszusammenhang zwischen den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und dem Handeln der gesellschaftlichen Individuen kann schematisch folgendermaßen zusammengefaßt werden.

Die Spezifik der Marxschen Auffassung von gesellschaftlichen Gesetzen und sozialem Handeln besteht also darin, daß die Gesetze als Entwicklungstendenzen sich aufgrund des Handelns der gesellschaftlichen Individuen, der Kapitalisten und Lohnarbeiter, durchsetzen, daß deren Handeln einem Bewußtsein folgt, das selbst in notwendig verkehrten Formen, in denen sich die bürgerliche Gesellschaft auf der Oberfläche darbietet, befangen ist, und schließlich dem Handeln treibende Motive, Zwänge zugrundeliegen, die sich aus der Konkurrenz ergeben. Da die sozialen Bewegungsgesetze und Entwicklungstendenzen also durch das gesellschaftliche Handeln exekutiert werden, kommt es in der Marxschen Theorie so wesentlich auf die Vermittlung zwischen beiden an. Dies systematisch entwickelt zu haben, ist eine der wesentlichen Seiten der Marxschen Theorie, und eine Auflösung dieses Vermittlungszusammenhangs bedeutet de facto die Aufgabe des Kerns der Marxschen Theorie.

3. Konkurrenz und Monopol

Dies wird nun relevant für das Monopolproblem. Vom Monopolisten wird ja angenommen, daß er in der Lage ist, sich den „immanenten Gesetzen der Produktion" dadurch zu entheben, daß er die Konkurrenz, die sie als „Zwangsgesetze" geltend machen würde, ausschaltet, um sein „treibendes Motiv", das Streben nach Maximalprofit, sprich: Monopolprofit, realisieren zu können. So wird deutlich, worum es — auf dieser Ebene — beim Monopolproblem geht: Während gerade aufgrund des Strebens nach möglichst großem Profit vermittelt über die Wirkungszusammenhänge der Konkurrenz die Unterschiede in der Ausbeutung und Profiterzielung *tendenziell* eingeebnet werden können, so daß letztendlich alle Kapitale die Durchschnittsprofitrate zu beziehen vermögen, wird beim Monopol das *Vermittlungsglied* der Konkurrenz zwischen den immanenten Gesetzen der Produktionsweise und den Motiven und daraus resultierenden Handlungen *gekappt*. Es entsteht die Annahme, daß einerseits die immanenten Gesetze der Produktionsweise als Bewegungsgesetze weiter Gültigkeit haben („Der Imperialismus bleibt Kapitalismus"), andererseits aber das Monopol sich den Ausgleichsgesetzen zu entziehen vermag („Ein Ausgleich der Profitraten findet nicht mehr statt."). Wertbewegung und motiviertes, interessengeleitetes Handeln verlieren so ihren Zusammenhang, so daß auch ohne zusätzliche Annahmen oder theoretische Inkonsistenzen keine Grenzen für das Handeln der monopolistischen Kapitalagenten aus der *Wertbewegung* ableitbar sind. Die Kategorie der *Macht* erweist sich von dieser Seite her als ein notwendiges Korrelat zum Auseinanderreißen des Vermittlungszusammenhangs von Gesetzen der Produktionsweise und den Aktionen der Einzelkapitale bzw. dem Handeln ihrer Agenten.

So zeigt es sich, daß es wesentlich auf die Vermittlungen zwischen allgemeinen Bewegungsgesetzen, den Formen ihrer Durchsetzung und dem in den Formen der Oberfläche befangenen Handeln der Individuen ankommt. Der so umschriebene Vermittlungszusammenhang wird bei Marx auf der kategorialen Ebene insofern entfaltet, als alle Kategorien der Konkurrenz noch aus dem Kapitalbegriff im Allgemeinen ableitbar sind. Die Kategorien des Produktionspreises, der Durchschnittsprofitrate, des Extraprofits, des Marktwerts sind *Explikate des Kapitalbegriffs*. Wie aber verhält es sich mit den Kategorien des Monopols: Monopolpreis, Monopolprofit, Macht und Herrschaft? Sind diese Kategorien aus dem Kapitalbegriff im Allgemeinen ableitbar, oder sind sie Kategorien des Monopols, und wenn das so ist, in welchem Verhältnis stehen dann Monopolbegriff und Kapitalbegriff? Man kann versuchen, diese Zusammenhänge schematisch anzuordnen:



Betreffen die aufgeführten Veränderungen in den Kategorien das „Wesen" des Kapitalismus oder lediglich die Sphäre der Konkurrenz? Wäre das erstere der Fall, dann müßten die Kategorien des Monopols so expliziert werden, wie von Marx die Kategorien der Konkurrenz aus dem Kapitalbegriff abgeleitet worden sind, es sei denn, man nimmt zu bloßen Definitionen Zuflucht. Es müßte also der Pfeil (a) expliziert werden. Im zweiten Fall müßten die Kategorien des Monopols als Weiterentwicklungen oder Modifikationen der Kategorien der Konkurrenz abgeleitet werden. Es müßte also Pfeil (b) begründet werden. In dieser logischen Alternative besteht bei den Theoretikern des staatsmonopolistischen Kapitalismus keine

Eindeutigkeit. Während die einen die Kategorien des Monopols als Ausdruck einer „neuen Qualität" des Kapitalismus verstehen, gehen die anderen davon aus, es handle sich dabei nur um weiterentwickelte Kategorien der Ausgleichsbedingungen auf der Ebene der Konkurrenz. Trotz dieser Ungeklärtheit in den — in dieser Frage jedenfalls — sehr uneinheitlichen Theorien des staatsmonopolistischen Kapitalismus soll hier davon ausgegangen werden, daß im Grunde genommen *nur gemeint sein kann,* daß die Kategorien des Monopols sich aus den Kategorien der Konkurrenz ergeben. so wie es methodologisch am Beispiel der Leninschen Imperialismustheorie Fritz Kumpf demonstriert hat[37a].

Aber damit ist die Schwierigkeit noch nicht bewältigt, den Vermittlungszusammenhang von allgemeinen Bewegungsgesetzen über die Kategorien der Durchsetzungsformen dieser Gesetze bis zum motivierten Handeln der Individuen nicht auseinanderzureißen und in den dem Monopolbegriff zukommenden Kategorien in sich stimmig darzustellen. Welcher Art diese Schwierigkeiten sind, kann am besten anhand eines Zitats verdeutlicht werden, aus dem beachtlichen, wenn auch problematischen Versuch von Fred Oelßner, die Kategorie des Monopols herzuleiten: „Der Imperialismus bleibt Kapitalismus. Aber die adäquate Form des Kapitals — die freie Konkurrenz — wird partiell und temporär aufgehoben. Dadurch werden Erkenntnis und Wirkung der adäquaten Gesetze *gestört.* Wir müssen aber, weil das Monopol im Imperialismus typisch und vorherrschend geworden ist, die eine der unerläßlichen Voraussetzungen fallen lassen, die absolute Herrschaft der freien Konkurrenz. Wie das Monopol eine Abweichung vom ‚klassisch reinen' Kapitalismus ist, so sind es auch die vorkapitalistischen Produzenten usw. Es ist somit die Frage berechtigt, ob bei der Erforschung einer solchen konkreten Kategorie wie dem Monopolpreis bzw. Monopolprofit die Abstraktion eines ‚reinen Kapitalismus' noch zulässig ist"[38]? Ist die Wirkung der adäquaten Gesetze gestört, dann „(destillieren) alle Versuche, ein exaktes ökonomisches Gesetz des Monopolprofits zu finden, ... aus dem Monopolprofit sozusagen einen reinen Monopolprofit heraus, den es nicht gibt und nicht geben kann"[39]. Aus diesen Feststellungen lassen sich vier Momente herausholen, die die Spezifik des Monopolkapitalismus gegenüber dem Kapitalismus bezeichen sollen. Damit wollen wir uns eingehender beschäftigen, um das Monopolproblem nun theoretisch genauer in den Griff zu bekommen.

Das *erste Moment* betrifft die Aussage vom „klassisch reinen Kapitalismus" im Unterschied zum Monopolkapitalismus oder Imperialismus. Es läßt sich zeigen, daß Marx keineswegs davon ausgeht, daß es so etwas wie den „klassisch reinen Kapitalismus" gebe und daß seine Darstellung des Kapitalbegriffs keineswegs die Theorie eines klassisch reinen Kapitalismus ist, sondern des Kapitalverhältnisses schlechthin. Sie ist als Darstellung Entfaltung des Kapitalbegriffs im Allgemeinen. Im Gegenteil ist es so, daß im Zuge seiner Entwicklung der Kapitalismus gerade die historischen Relikte aus der ihm vorausgehenden Produktionsweise beseitigt und sich somit in der Tendenz „auf den Begriff bringt", gerade auch in der historischen Entwicklung. So ist der Kapitalbegriff im Allgemeinen weder eine schlechte Abstraktion, die nichts mit historisch wirklichen Prozessen zu tun hätte, noch die analytisehe Erfassung nur einer bestimmten Phase der

Kapitalentwicklung. Es handelt sich dabei vielmehr um die begriffliche Reproduktion (also nicht um Widerspiegelung) historisch wirklicher Formen. Die entwickelten Kategorien des allgemeinen Kapitalbegriffs sind keine theoretischen Setzungen, bloße Definitionen eines forschenden Subjekts, sondern begrifflich-abstrakte Formen des gesellschaftlichen Lebensprozesses unter kapitalistischen Verhältnissen. Die Aussage von der klassischen Reinheit kann sich demnach gar nicht auf den Kapitalismus als historischer Gesellschaftsform beziehen, sondern nur auf die Form der begrifflichen Reproduktion des Kapitalismus in der Marxschen Darstellung, wo die Verhältnisse nur im „idealen Durchschnitt" betrachtet werden unter Absehung von historischen Besonderheiten. So aufgefaßt, würde Oelßners Formulierung programmatisch gewendet nahelegen, das Produktionsverhältnis nicht nur im idealen Durchschnitt zu untersuchen, sondern auch in seinen konkreten historischen Verlaufsformen, wobei eben Entwicklungen, Formen, Probleme zu berücksichtigen wären, die Marx bewußt aus der Analyse ausklammerte[40], die aber am Verhältnis von Gesetzen und wirklich erscheinender Bewegung nichts ändern würden. Damit wären wir beim *zweiten Moment,* das nach Oelßner — und nicht nur nach Oelßner — spezifisch für das „monopolistische Stadium" der Kapitalentwicklung ist. Es handelt sich dabei um neue Kategorien wie Monopolprofit, Monopolpreis und Monopoltribut. Dabei sind es nicht die Kategorien als solche, die „neu" wären und lediglich der monopolistischen Phase zukämen; entscheidend ist, daß in ihnen zum Ausdruck gebracht wird, daß das Monopol die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus „untergräbt" und damit auch die Existenzweise des Produktionsverhältnisses. Denn ein exaktes Gesetz des Monopolprofits gebe es nicht, ebensowenig wie einen „reinen" Monopolprofit.

An dieser Stelle wird eine Verwechslung deutlich. Schon Ricardo meinte, daß der Monopolpreis keine notwendige Beziehung zum natürlichen Wert der Ware habe und daher auch nicht durch die Bewegung ihrer Produktionskosten reguliert werden könne[41]. Auch Marx ging davon aus, daß es bestimmte Zufälligkeiten von Angebot und Nachfrage sein könnten, die zeitweise Monopolsituationen mit Monopolpreisen und Monopolprofiten hervorbringen könnten. Es ist klar, daß Zufälligkeiten als solche nicht einem Gesetz unterliegen können. Aber als Zufälligkeiten stellen sie das Korrelat zum Notwendigen dar, und die entscheidende Frage müßte daher lauten, welches die normalen, notwendigen Bedingungen eigentlich sind, auf deren Grundlage sich auch zufällig Monopolprofite ergeben. Gerade diese Frage versucht Oelßner auszuklammern.

Man kann ein solches Vorgehen akzeptieren, doch taucht hier schon die alles entscheidende Frage auf, wie sich die Kategorien des Monopols nicht nur als Veränderungen auf der Ebene der Konkurrenz als isolierter Sphäre ergeben, sondern wie sie an die Bewegungsgesetze der bürgerlichen Produktionsweise gebunden sind. Nur wenn diese Frage beantwortet wird, kann theoretische Willkür bei der Bestimmung des Monopolbegriffs vermieden und die Bewegung und Form des Monopols exakt bestimmt werden. Mit anderen Worten: Man kommt nicht umhin, die Kategorien der Konkurrenz abzuleiten, ihren systematischen Stellenwert zu bestimmen, ihre historische Bewegung und Veränderung auf die begrifflich explizierbaren Bewegungs-

gesetze zurückzubeziehen. Erst in einem solchen Rahmen kann der Monopolbegriff sinnvoll werden.

Betrachten wir das *dritte Moment* in Oelßners Bestimmung. Mit der unter monopolistischen Verhältnissen erfolgenden Untergrabung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus tritt auch eine „weitere Verschärfung der Widersprüche" ein, werden Fäulnis, Parasitismus, Zersetzung zu Kennzeichen des Imperialismus, wie im Anschluß an Lenins Imperialismus-Analyse immer wieder konstatiert wird. Der progressive Charakter, den Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest" dem Kapitalismus bescheinigten, verkehrt sich so ins Gegenteil. Das Über-sich-Hinausweisen der Produktionsweise, die Schranken, an die das Kapitalverhältnis in seiner Entwicklung stößt, ergeben sich nun vor allem aus der — notwendigen — Entstehung von Monopolen. Darin ist die Auffassung impliziert, daß der Kapitalismus mit der Herausbildung der Monopole seiner immanenten Regulierungsfähigkeit verlustig gehe und mit der Untergrabung der ökonomischen Gesetze nun *Macht und politische Gewalt* an ihre Stelle treten, was als Ausdruck der Zersetzung der Produktionsweise interpretiert wird.

Das *vierte Moment* in Oelßners Argumentation ist das in diesem Zusammenhang entscheidende. Er spricht von der zumindest partiellen und temporären Aufhebung der *Konkurrenz,* dann aber auch von dem Übergang von der *freien* Konkurrenz zur *monopolistischen* Konkurrenz. Wenn er davon ausgeht, daß auch im Monopolkapitalismus oder im staatsmonopolistischen Kapitalismus, wenn auch eingeschränkte und partiell und temporär aufgehobene Konkurrenz herrsche, dann kann sich die Unterscheidung des Konkurrenz- vom Monopolkapitalismus nicht auf die Konkurrenz als Sphäre intentionaler Aktionen der Kapitale aufeinander beziehen, sondern nur auf die *„Freiheit"* der Konkurrenz. Dies scheint mit der Marxschen Bestimmung der *freien* Konkurrenz zu korrespondieren: „Die freie Konkurrenz ist die Beziehung des Kapitals auf sich selbst als ein andres Kapital, d. h. das reelle Verhalten des Kapitals als Kapital'. . . ; die auf das Kapital gegründete Produktion setzt sich nur in ihren adäquaten Formen, sofern und soweit sich die freie Konkurrenz entwickelt, denn sie ist die freie Entwicklung der auf das Kapital gegründeten Produktionsweise; die freie Entwicklung seiner Bedingungen und seiner als diese Bedingungen sich ständig reproduzierenden Prozesses . . . Die freie Konkurrenz ist aber die adäquate Form des produktiven Prozesses des Kapitals. Je weiter sie entwickelt ist, um so reiner treten die Formen seiner Bewegung hervor . . ."[42]. Doch ist Marx' Bestimmung der freien Konkurrenz hier zunächst auf ihre Bedeutung bei der *Auflösung* von vorkapitalistischen Bindungen wie Zunftzwang, inneren Zöllen, Regierungsmaßregelung usw. gerichtet, um nach dieser *negativen* Bestimmung der Konkurrenz ihre *positive* Bedeutung für die Reproduktion des Kapitals als Kapitalverhältnis herauszustellen. Aus diesem Grunde auch kommt Marx bei vordergründiger Betrachtung durchaus zu ähnlichen Ergebnissen wie Oelßner und viele andere Theoretiker, nämlich zu einer Phaseneinteilung kapitalistischer Entwicklung: „Solange das Kapital *schwach* ist, sucht es selbst noch nach den Krücken vergangener oder mit seinem Erscheinen vergehnder Produktionsweisen. Sobald es sich *stark* fühlt, wirft es die Krücken weg, und

bewegt sich seinen eignen Gesetzen gemäß. Sobald es anfängt sich selbst als *Schranke der Entwicklung* zu fühlen und gewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Zügelung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind"[43].

Indem das Kapital die freie Konkurrenz monopolistisch zügelt, kündigt es seine Auflösung als Kapitalverhältnis bereits an. Soweit ist alles klar. Das Typische bei Oelßner wie auch bei vielen anderen aber besteht darin, daß sie einen nächsten Schritt machen, der, wie ich meine, im Widerspruch zur Marxschen Theorie und der im obigen Zitat zum Ausdruck kommenden Intention steht: Zügelung der freien Konkurrenz durch das Monopol führe dazu, daß die ökonomischen Gesetze der Bewegung des Kapitalismus nicht mehr „adäquat" funktionieren und daher auch ökonomische Gesetze zum Beispiel zur Bestimmung von Qualität und Quantität des Monopolprofits nicht mehr existieren oder zumindest doch nicht auffindbar seien. Die Hypostasierung der „Freiheit" der Konkurrenz führt notwendig dazu, daß mit ihrer Einschränkung dem Kapital bestimmte Qualitäten abgesprochen werden — Abweichung vom „klassisch-reinen Kapitalismus", Aufhebung der Ausgleichsbestimmungen der vielen Kapitale usw. — und ihm *neue Qualitäten* zugesprochen werden, z. B. die Möglichkeit der Verteilung nach der *Macht*[44]. Aber durch die *Konkurrenz*, und nicht unbedingt durch eine emphatisch hervorgehobene *„freie"* Konkurrenz, „wird das einzelne Kapital realiter erst in die Bedingungen des Kapitals überhaupt gestellt ... Wirkung der einzelnen Kapitale aufeinander bewirkt eben, daß sie als Kapital sich verhalten müssen; das scheinbar unabhängige Wirken der einzelnen und ihr regelloses Zusammenstoßen ist gerade das Setzen ihres allgemeinen Gesetzes ..."[45]. Und die Konkurrenz als Wirkung der einzelnen Kapitale aufeinander ist auch durch eine noch so weitgehende Monopolisierung der Wirtschaft nicht aufzuheben. Die Vorstellung, diese Monopolisierung könne bis zum „Generalkartell" getrieben werden — was Hilferding annahm —, müßte dann auch konsequent genug sein, um mit der Aufhebung der *Konkurrenz* — und nicht nur der *freien* Konkurrenz — die Aufhebung des Kapitalismus zu proklamieren. Eugen Varga hat diese absurde Logik anhand der inneren Widersprüchlichkeit des Begriffs des „organisierten Kapitalismus" aufzuzeigen versucht. Wenn es keine Konkurrenz mehr gebe, kein Wertgesetz, keine Notwendigkeit der Akkumulation, dann sei dies auch kein Kapitalismus mehr. „Daher enthält der Begriff des organisierten Kapitalismus einen inneren Widerspruch, sobald man ihn sich als vollendet denkt ..."[46]. Und entsprechend ist es widersprüchlich, den Imperialismus oder Monopolkapitalismus als Kapitalismus zu bezeichnen und gleichzeitig von der Aufhebung der Gesetze eines „reinen Kapitalismus" im Monopol zu sprechen.

Das Monopol kann demgegenüber als ein spezifisches Moment der Konkurrenz aufgefaßt werden. Die Einzelkapitale und deren „Kopf", die Unternehmensleiter, streben regelmäßig Monopolstellungen an bzw. versuchen, Monopolstellungen anderer, konkurrierender Einzelkapitale zunichtezumachen. Da die Konkurrenz nicht aufhört zu wirken, wenn einzelne Kapitale als Monopole existieren, wird das einzelkapitalistische Streben nach

Monopolstellungen, weil diese einen überdurchschnittlichen Profit eintragen, immer wieder durch die Ausgleichsbewegungen der Einzelkapitale — in denen sie sich als Teil des Gesamtkapitals konstituieren — konterkariert. Monopol und Konkurrenz sind daher auf der Ebene der Ausgleichsbewegungen bzw. der Durchsetzungsformen der Bewegungsgesetze der Produktionsweise nichts qualitativ Verschiedenes oder gar einander Ausschließendes. Dies hat Marx im Auge, wenn er in einer frühen Schrift schreibt, daß man „in der Praxis des Lebens ... nicht nur Konkurrenz, Monopol und ihren Widerstreit (findet), sondern auch ihre Synthese, die nicht eine Formel, sondern eine Bewegung ist. ... Die Synthese ist derart beschaffen, daß das Monopol sich nur dadurch aufrecht erhalten kann, daß es beständig in den Konkurrenzkampf eintritt"[47]. So wird deutlich gemacht, daß das Streben nach *Monopolstellungen* nichts anderes darstellt als ein *Moment der Konkurrenz,* d. h. des Aufeinanderwirkens der Einzelkapitale und der Konkurrenz von Lohnarbeit und Kapital.

Das Monopol als ein Moment der Konkurrenz stellt sich als ein Problem der Durchsetzungsform der Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise. Solange davon ausgegangen wird, daß die Durchsetzung in „reiner Form", im „idealen Durchschnitt" erfolgt, also auch die immanenten Gesetze der Produktionsweise als solche exekutiert werden, kann von der Untersuchung dieser Durchsetzungsform abstrahiert werden. So wird es auf der begrifflichen Ebene des Kapitals im Allgemeinen nicht notwendig sein, die Form der Durchsetzung der Gesetze in die Darstellung einzubeziehen. Lediglich die Notwendigkeit ihrer Durchsetzung ist auf dieser Ebene zu reflektieren. So kann Marx auch im „Kapital" weitgehend von der Sphäre der Konkurrenz abstrahieren und folglich auch das Monopolproblem nur in verstreuten Bemerkungen anschneiden. Der *Stellenwert* des Problems wird so geortet; das Problem selbst jedoch nicht näher untersucht und gelöst. Wenn das Monopolproblem die Durchsetzungsformen der Gesetze der Produktionsweise betrifft, nicht aber diese Bewegungsgesetze selbst — was, wie sich noch zeigen wird, problematisch ist —, dann scheint der Zugang zur Lösung gefunden zu sein, wie er von Margaret Wirth formuliert wird: „Denn das Kapital als Wert kann überhaupt nur quantitativ gefaßt werden; das Beziehen des Kapitals auf sich selbst als Wert hat zur Folge, daß jedes Kapital beansprucht, mindestens sich ebenso gut zu verwerten wie jeder andere Teil des gesellschaftlichen Wertes. Was sich historisch ändert, sind die Formen, in denen jedes Kapital versucht, den Durchschnittsprofit zu erreichen oder sich der Reduktion seines Profits auf den D(urchschnitts)-p(rofit) zu entziehen; subjektiv stellt sich die Tendenz gleicher Verwertung immer dar in dem Versuch, mehr zu ergattern als die anderen"[48].

Obwohl sie einleuchtend ist, reicht diese Lösung nicht aus. Denn die Frage, die von all denjenigen gestellt wird, die vom veränderten Charakter und von veränderten Gesetzen im Monopolkapitalismus oder im staatsmonopolistischen Kapitalismus sprechen, bleibt bestehen: Wenn die Formen der Durchsetzung sich so ändern, daß die Vermittlung von den immanenten Gesetzen zu den treibenden Motiven der Kapitalisten nicht vollziehbar ist, d. h. die immanenten Gesetze eine Abstraktion bleiben, da ihnen historisch keine Geltung zu verschaffen ist, sind sie dann nicht Gesetze ohne materielle Basis, Bewegungsgesetze der Produktionsweise, ohne daß sich

die Produktionsweise ihnen entsprechend auch wirklich bewegt? Die in der Frage implizierte Annahme lautet also: Die Gesetze der Produktionsweise, so wie Marx sie analysiert hat, verlieren an historischer Bedeutung, wenn die Formen ihrer Durchsetzung sich im Verlauf des historischen Prozesses ändern. Diese Annahme gilt es jedenfalls aufzulösen, wenn Theorien wie diejenigen von Natalie Moszkowska oder von Baran/Sweezy, daß die Profitrate nicht tendenziell falle, sondern zumindest unter monopolistischen Bedingungen steige, kritisiert werden sollen, oder wenn die Annahme vom „Monopol als Herrschaftsverhältnis" diskutiert werden soll[49].

Gerade in denjenigen Vorstellungen, die vom „veränderten Wesen des Monopolkapitalismus" handeln, besteht das Rationale in der Annahme, daß die Gesetze der Produktionsweise an den veränderten Formen der Durchsetzung scheitern und daher das Monopol selbst ein neues Verhältnis konstituiere. Weil die Ausgleichsgesetze nicht mehr wirken, können sich auch die Bewegungsgesetze nicht mehr in der Weise wie noch in der Phase des „Konkurrenzkapitalismus" durchsetzen. So schreiben Horst Heininger und Peter Hess: „Das Monopol ist somit eine Entwicklungsstufe der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, eine *qualitativ neue* Kategorie .... Die monopolistische Konkurrenz ist aber nicht eine gradlinige Fortentwicklung der freien Konkurrenz, sie ist eine *qualitativ neue* Kategorie, eine *qualitativ neue* Stufe in den gegenseitigen Beziehungen der Kapitale. Das ist ... nicht mehr ein einfacher Prozeß, der sich zwischen ‚gleichberechtigten Partnern' auf dem Markt vollzieht, sondern ein Prozeß des Drucks, des Abwürgens, des Diktats, der Gewalt, der Herstellung von Herrschaftsverhältnissen und der Ausübung ökonomischer und außerökonomischer Macht"[50].

Wenn man also davon ausgeht, daß mit den veränderten Durchsetzungsformen ökonomischer Gesetze, wie sie mit dem Monopol zusammenhängen, auch die Realität der kapitalistischen Reproduktionsstruktur und ihrer Bewegungsgesetze sich ändert, dann ist es berechtigt, von einer „neuen Stufe" oder „neuen Qualität" der kapitalistischen Entwicklung zu sprechen. Denn es ist richtig, daß die Veränderungen der Durchsetzungsformen von Gesetzen diese Gesetze selbst verändern müssen. Schließlich hat ein dauerhaft beziehbarer Monopolprofit auch entsprechend überdurchschnittliche Akkumulationsmöglichkeiten zur Folge, so daß sich auf Dauer jedenfalls das System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung mit dem Monopol verändern müßte. Diese vordergründig schlüssig erscheinende Auffassung aber steht und fällt mit der Annahme von der strukturell bedingten Dauerhaftigkeit der Monopolstellungen. Nur wenn die Konkurrenz tatsächlich keine Chance mehr hat, das Monopol immer wieder zu beseitigen, oder nicht-monopolistischen Kapitalen keine Chance läßt, Monopolstellungen zu gewinnen, wenn also die Tendenz zur Herausbildung der Durchschnittsprofitrate *völlig* ausgeschlossen sein sollte, kann diese Auffassung berechtigt sein. Ist es jedoch so, daß auch das Monopol zu fallen vermag, daß sich also die Durchsetzungsformen der ökonomischen Entwicklungsgesetze gegenüber dem Monopol behaupten, dann hat das Monopol nur eine Wirkung: es *modifiziert* die Durchsetzungsformen, ohne aber die Verwirklichung der ökonomischen Gesetze zu verhindern und damit dem Kapitalismus eine neue Qualität zu geben. Die Konsequenz der modi-

fizierten Wirkung des Wertgesetzes würde dann nur sein, daß die Prozesse der Durchsetzung der immanenten Gesetze der Produktionsweise *längere Zeit* benötigen. Die „längere Zeit" ist ökonomisch bestimmt: Wenn Marx davon ausging, daß sich die Ausgleichsbedingungen der vielen Einzelkapitale im Verlauf der Akkumulationszyklen durchsetzen, dann kann unter modifizierten Bedingungen die Durchsetzung länger als einen Zyklus brauchen. Darauf gehen wir im nächsten Abschnitt ein.

IV. Die Bedeutung der Kategorie der Durchschnittsprofitrate

Wir sehen also, daß die Konkurrenz als Konkurrenz und nicht erst als *freie* Konkurrenz konstitutiv für die Durchsetzung der Bewegungsgesetze im Kapitalismus ist. Die Aussage, daß das Monopol der freien Konkurrenz entgegengerichtet sei, muß daher zunächst einmal und konsequent weitergedacht keine Bedeutung für Formen und Bewegungsgesetze des Kapitals haben. Erst dann, wenn behauptet wird, das Monopol löse die Konkurrenz ab und trete an ihre Stelle, entstehen Probleme hinsichtlich der Antworten auf die Frage nach dem Verhältnis von Monopol und kapitalistischer Produktionsweise. Denn der Vermittlungszusammenhang von immanenten Bewegungsgesetzen und individuellem Handeln ist zerrissen. Nun befinden wir uns vor einer Schwierigkeit, die daraus entsteht, daß die von uns des öfteren erwähnten Bewegungsgesetze der Produktionsweise dem gesellschaftlichen *Gesamtkapital* zukommen, jedoch das gesellschaftliche Gesamtkapital nicht das handelnde Subjekt ist. Handelnde Subjekte sind vielmehr die vielen Einzelkapitale bzw. deren Agenten, die Kapitalisten auf der einen Seite und die Lohnarbeiter auf der anderen Seite.

1. Gesamtkapital und Einzelkapital

Die Frage ist daher, wie und inwiefern die handelnden Subjekte in ihrem Handeln nicht nur die Bewegungsgesetze exekutieren, sondern auch das gesellschaftliche Gesamtkapital als *wirkliche* Größe herstellen. Schließlich kann das gesellschaftliche Gesamtkapital als Kategorie nur gedacht werden, wenn die vielen Einzelkapitale in ihrem Handeln das Gesamtkapital *konstituieren*. Sie können aber das Gesamtkapital nur konstituieren, wenn sie sich selbst als Teile des Gesamtkapitals *verhalten;* denn das Gesamtkapital ist keine Kategorie, die noch jenseits der vielen Einzelkapitale als davon unabhängige Größe materiell existiert. In diesem Zusammenhang ergibt sich die Bedeutung der Kategorie der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate. Denn der Bezug zur Durchschnittsprofitrate ist ein Ausdruck des gleichen Verhaltens und *Verhältnisses* eines jeden Einzelkapitals zu sich selbst als Teil des Gesamtkapitals. Jedes Einzelkapital stellt sich so immer von zwei Seiten dar: Es ist zugleich *Einzelkapital als solches* und *Einzelkapital als Teil des Gesamtkapitals.* Als Einzelkapital bzw. als seine Charaktermaske strebt jeder Kapitalist nach Maximalprofit; da aber alle danach streben, die Profitmasse jedoch begrenzt ist — aus Gründen, die weiter unten genauer benannt werden —, wird das Streben nach Maximalprofit durch *Ausgleichsgesetze,* die dem Gesamtkapital zukommen, konterkariert. Das Einzelkapital als Teil des Gesamtkapitals wird daher letztlich lediglich

auf den Durchschnittsprofit kommen[51]. Dieses Verhältnis von *Besonderem* (Einzelkapital als Teil des Gesamtkapitals) und *Einzelnem* (Einzelkapital als Einzelkapital) liegt der Bewegung zum Ausgleich, in deren Verlauf im Handeln das Gesamtkapital, das *Allgemeine* konstituiert wird, ebenso zugrunde wie der Möglichkeit von Einzelkapitalen, sich zeitweise den Ausgleichsbedingungen zu entziehen, sich also als „Monopole" zu installieren. Daher gehen wir jetzt genauer darauf ein.

Daß die Durchschnittsprofitrate auf jedes Einzelkapital nicht in jedem Moment der Kapitalreproduktion bezogen werden kann, geht schon daraus hervor, daß sie „überhaupt bei der ganzen kapitalistischen Produktion immer nur in einer sehr verwickelten und annähernden Weise als nie festzustellender Durchschnitt ewiger Schwankungen (existiert — E. A.), daß sich das allgemeine Gesetz als die beherrschende Tendenz durchsetzt"[52]. Es ist also „normal", daß die Durchschnittsprofitrate realiter nicht bezogen wird, aber dennoch die Einzelkapitale ihrer *Wirkungsweise* unterliegen. Aber ist es einem Einzelkapital dauerhaft gelungen, sich den Ausgleichsbedingungen zu entziehen, dann hört es auf, als Teil des Gesamtkapitals zu fungieren. Diese Situation scheint den Sinn der Aussage vom Monopol als Herrschaftsverhältnis oder von der ökonomischen und außerökonomischen Macht der Monopole auszumachen. Denn dieses den Ausgleichsbedingungen enthobene Kapital hört auf, den Gesetzen des Kapitals und daher auch den ökonomisch bestimmten Grenzen beispielsweise der Profiterzielung unterworfen zu sein, und kann daher nur noch ein *Machtkonglomerat* darstellen. Damit aber wird es auch fragwürdig, dieses Machtkonglomerat überhaupt noch als Kapital begrifflich zu fassen. Und so scheint der häufig gebrauchte Begriff des Monopols einen Sinn zu geben, der sich vom Sinn des Kapitalbegriffs durchaus unterscheidet. Wir sehen jetzt auch klarer, was es mit der Kategorie der von den Monopolen angewandten ökonomischen und außerökonomischen Macht auf sich hat. Der Einsatz ökonomischer und außerökonomischer Macht durch (monopolistische) Einzelkapitale hat zur Konsequenz, daß sich diese Einzelkapitale als Einzelkapital den ökonomischen Zwängen zu entziehen vermögen, sich als Teil des Gesamtkapitals verhalten zu müssen. Wenn genügend Einzelkapitale, und zwar erfolgreich, ökonomische und außerökonomische Macht auszuüben vermögen, dann kann sich allerdings das Gesamtkapital als solches nicht mehr konstituieren. Damit wird aber auch der Begriff des Kapitals im Allgemeinen fragwürdig.

Kapital als Kategorie umschreibt ein gesellschaftliches Verhältnis, das sowohl *qualitativ* zu fassen ist — als Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital und als stoffliches Verhältnis der einzelnen Kapitale untereinander — als auch *quantitativ* betrachtet werden muß als Wertbewegung, als Verwertung des Kapitals, die sich als Vergrößerung der vorgeschossenen Wertmasse ausdrückt. Da es eine Überschaubarkeit gesellschaftlicher Prozesse weder von seiten des Einzelkapitals noch von seiten einer übergeordneten Instanz geben kann, stellt es sich immer erst im Nachhinein heraus, ob das Einzelkapital erstens mit seiner in quantitativen Wertgrößen ausgedrückten Produktion auch den qualitativen, gebrauchswertmäßigen Anforderungen der Gesellschaft entspricht und ob es zweitens auch quantitativ das erreicht, was es sich als notwendige Verwertung

ausgerechnet hatte. Denn solange überhaupt noch Einzelkapitale existieren, ist die stoffliche Reproduktion der Gesellschaft qualitativ nur als Resultat von Verwertungsprozessen einzelner Kapitale vorstellbar. Damit sind wir aber beim zweiten Prinzip, das die Konstitution der Einzelkapitale zum Gesamtkapital reguliert. Die Absicht zu möglichst großer Verwertung des Einzelkapitals steht in Konflikt mit der gleichen Absicht des anderen Einzelkapitals. Denn die Verwertung des Kapitals ist in jedem Moment durch die Masse der ausbeutbaren Arbeitskraft, die Länge der Arbeitszeit, die Arbeitsintensität, die Lohnhöhe und den Stand der Produktivkraftentwicklung begrenzt. Die Absicht möglichst großer Verwertung bricht sich demzufolge an diesen Grenzen und den Potenzen des anderen Einzelkapitals, aus dem „Arbeitsfonds" seinen Anteil zu ziehen und an seiner relativen Produktivität. Daher stehen Einzelkapitale jeweils in Konkurrenz um die ausbeutbare Arbeitskraft und um die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit. In diesem durch die Konkurrenz vermittelten Bezug aufeinander konstituieren sie sich als Teile des Gesamtkapitals und verwirklichen die der kapitalistischen Produktionsweise eigenen Vergesellschaftungstendenzen. Die Konkurrenz hat notwendigerweise zwei Seiten. Da sie um die ausbeutbare Arbeitskraft auf dem Markt und um den Grad der Ausbeutung in der Produktion geht, ist sie immer *Konkurrenz zwischen Lohnarbeit und Kapital;* da sie aber auch um die Produktivkraft der Arbeit und um den quantitativ begrenzten Arbeitsfonds geht, ist sie gleichzeitig immer *Konkurrenz der Einzelkapitale* untereinander. Dies bedeutet, daß selbst wenn zeitweise kein Durchschnittsprofit bezogen wird, sondern eine „Hierarchie von Einzelprofitraten" existiert (als Ausdruck unterschiedlicher quantitativer Teilhabe einzelner Kapitale am von der Arbeiterklasse produzierten Mehrwert), dies noch nicht als Beseitigung des Wertgesetzes interpretiert werden kann. Denn die Tatsache, überhaupt Profit auf sich als Kapital vereinigen zu müssen und zu können, impliziert bereits das qualitative Verhältnis des Kapitals zur Lohnarbeiterklasse als ein Ausbeutungsverhältnis. Auf dieser Ebene der Argumentation ist die quantitative Größe der Profitmasse ebenso irrelevant wie die der Profitrate. Denn es handelt sich ja um das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, das als grundlegendes Verhältnis die Aktionen der Einzelkapitale bestimmt.

Aber der Witz der Konkurrenz besteht darin, das *qualitative Gleichsetzen* der Kapitale — gegenüber der Lohnarbeit nämlich — auch *quantitativ umzusetzen.* Kapital als sich verwertender Wert kann an sich selbst nur quantitativ gemessen werden, und dauerhafte quantitative Unterschiede zwischen Einzelkapitalen tangieren die qualitative Existenzweise des Kapitals als Einzelkapital: Gelingt es Kapitalen nicht mehr, die Durchschnittsprofitrate zu erzielen, also durchschnittlich am Resultat des Ausbeutungsverhältnisses, dem Mehrwert, teilzunehmen, dann *entwerten* sie sich als Kapitale und verlieren ihre Qualität als Kapital. Dauerhafte, strukturelle quantitative Ungleichheit der Verwertung von Einzelkapitalen, also eine „Hierarchie von Profitraten", widerspricht folglich der inneren Natur des Kapitals. Ungleichheit der Verwertung kann nur zeitweise bestehen; ein dauerhaftes Monopol kann es dieser Argumentation zufolge nicht geben. Es ist somit zumindest problematisch, aus der Kon-

zentration und Monopolisierung der Wirtschaft zu schlußfolgern, die ökonomischen Gesetze und die Ausgleichsbestimmungen als Konstitutionsbedingungen der Einzelkapitale zum Gesamtkapital könnten nicht mehr wirksam werden oder seien „überlagert".

Die Problematik drückt sich allein schon in der Unsicherheit vieler Autoren aus, die mit dem Aufkommen von Monopolen neue Konstitutionsbedingungen des Kapitalverhältnisses verbinden, wenn sie das Verhältnis von Konkurrenz und Monopol zu bestimmen haben. Wir haben versucht, das Verhältnis von Konkurrenz und Monopol auf der Ebene des Verhältnisses von Gesamtkapital und Einzelkapital zu orten. Dabei ist klar geworden, daß das Streben nach Monopolprofiten oder Maximalprofiten ebenso systemgebunden ist wie der Ausgleich der Profitraten zur Durchschnittsprofitrate, daß also kein Widerspruch zwischen Konkurrenz und Monopol im Sinne einer möglichen Ablösung der Konkurrenz durch das Monopol besteht. Bei Hilferding dagegen, der ja von der Möglichkeit der Strukturierung des Gesamtkapitals als ein einziges „generalkartelliertes" Einzelkapital ausgeht, *löst* konsequenterweise das Monopol die *Konkurrenz ab*[53]. Das Monopol kann aber auch, sofern es aufhört als Teil des Gesamtkapitals zu fungieren, *gegen die Konkurrenz gerichtet* sein[54] oder auch *neben der Konkurrenz* existieren[55] und schließlich eine *neue Form der Konkurrenz, nämlich die monopolistische* konstituieren[56].

Die Gleichheit der Verwertung der einzelnen Kapitale konstituiert sie als Teile des Gesamtkapitals und damit das Gesamtkapital als reale Größe. Sie macht die Kategorie des Kapital im Allgemeinen erst sinnvoll. In ihrem Handeln als Einzelkapitale aber stellen die Einzelkapitale nicht nur die Gleichheit der Verwertung tendenziell her, sie *verteilen* auch die *gesellschaftliche Arbeit* auf die verschiedenen Branchen, sie entwickeln eine jeweils spezifische Reproduktionsstruktur des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, und sie exekutieren die Bewegungsgesetze der Produktionsweise, insbesondere die Tendenzen der Konzentration und Zentralisation, das Wachstum der organischen Kapitalzusammensetzung, die steigende Bedeutung des fixen Kapitalanteils, die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit und letztlich auch den tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate. Dies bedeutet, daß die von uns bisher erörterte Konstitution der vielen Einzelkapitale zum gesellschaftlichen Gesamtkapital nicht als ein statisches Zusammenfassen zu verstehen ist, sondern *im Prozeß der Kapitalakkumulation* erfolgt. Auch wenn wir systematisch zwischen den Bewegungsgesetzen der Produktionsweise und ihren Ausgleichsgesetzen sowie den Formen, in denen sich die Bewegungs- und Ausgleichsgesetze durchsetzen, zu unterscheiden haben, können wir doch nicht diese Gesetze isoliert voneinander behandeln. Sie bedingen sich gegenseitig.

Die Prozesse zum Ausgleich der Profitraten zur Durchschnittsprofitrate implizieren Bewegungen von Kapital und Arbeitskraft zwischen den Branchen, so daß immer in diesen Prozessen das System gesellschaftlicher Arbeitsteilung und die Reproduktionsstruktur verändert werden. In bezug auf das Monopolproblem heißt dies aber auch: Wenn angenommen wird, daß sich einzelne Kapitale den Ausgleichsbedingungen zu entziehen vermögen, dann ergibt sich nicht nur die Konsequenz einer spezifischen Hierarchie der Profitraten, sondern dann müssen auch die Konsequenzen

für die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Branchen und für die gesellschaftliche Reproduktionsstruktur, die wiederum für die Wertbewegung wichtig ist, untersucht werden. Wenn gesagt wird, daß die Durchschnittsprofitrate im Monopolkapitalismus nicht mehr existiere, dann ist darin impliziert, daß auch die Bewegung der Durchschnittsprofitrate Modifikationen unterworfen ist oder der tendenzielle Fall sogar nicht mehr gilt. Weiterhin erfolgt die Herausbildung der Durchschnittsprofitrate nur als Tendenz. Das heißt aber nichts anderes, als daß die Ausgleichsgesetze oder -tendenzen nur auf dem Hintergrund der Akkumulation und der ihr zugrundeliegenden Bewegungsgesetze wirksam werden. Kapitalbewegungen zur bewußtlosen Herstellung der Durchschnittsprofitrate sind für die jeweiligen Einzelkapitale, die entsprechende Kapitalanlagen vornehmen, nichts anderes als Kapitalakkumulation. So ist es klar, daß dieser Ausgleich zur Durchschnittsprofitrate daher ein Moment des Krisenzyklus ist. In bezug auf das Monopolproblem heißt das, daß der mögliche Entzug einzelner Kapitale aus den Ausgleichstendenzen Konsequenzen für die Akkumulationsbewegungen haben muß. Damit wird aber bereits deutlich, daß es zu einfach ist, das Monopol lediglich als eine spezifische Spielart der Konkurrenz auf der Ebene der Ausgleichstendenzen anzusiedeln, ohne die Konsequenzen des Monopols für den gesamten Reproduktionszusammenhang des hochentwickelten Kapitalismus zu berücksichtigen. Daher wird es notwendig, gerade bei der Untersuchung des Monopolproblems den Zusammenhang von Bewegungsgesetzen, Ausgleichsgesetzen, Durchsetzungsformen und Bewußtseinsformen der handelnden Subjekte darzustellen. Das kann in diesem Rahmen nicht geschehen. Es mag der Hinweis auf den Gesamtumfang des Problems zunächst genügen.

Es wird deutlich, welche Weiterungen die Annahme von der durchgängigen Monopolisierung mit der Folge einer Aufhebung der auf die Herausbildung der Durchschnittsprofitrate hinwirkenden Tendenzen für den Kapitalbegriff und die Gesetzmäßigkeiten der Produktionsweise hat. Die Auflösung des von uns dargestellten inneren Zusammenhangs zwischen Handeln der Individuen — in diesem Fall der Einzelkapitale — und Exekution der immanenten Gesetze der Produktionsweise verkehrt also die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung; das Monopol bleibt kein bloß strukturelles Problem, ohne daß irgendwelche Abstriche an der begrifflichen Erfassung der Entwicklungsgesetze der Produktionsweise gemacht werden müßten; es wird vielmehr zu einem verändernden Moment dieser Entwicklung selbst.

Der Zusammenhang von Bewegungsgesetzen und Ausgleichsprozessen, dessen grundlegende Struktur wir dargestellt haben, ist allerdings komplizierter, als es nach diesen Ausführungen scheint. Es ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, alle die Kategorien darzustellen, über die die Konstitution der Einzelkapitale als Teile des Gesamtkapitals und damit des Gesamtkapitals als reale Größe erfolgt. Es wäre notwendig, auf die Herausbildung der Kategorien Marktwert, Produktionspreis und Marktproduktionspreis, auf den Zusammenhang von Werten und Preisen (das sogenannte Transformationsproblem) und nicht zuletzt auf das Verhältnis von Mehrwert bzw. Mehrwertmasse und Profit bzw. Profitmasse einzu-

gehen. Hier liegen eine Reihe von ungelösten oder doch innerhalb der marxistischen Literatur kontrovers gelösten Problemen, auf die hier nur hingewiesen werden soll. Weiter unten werden wir in aller Kürze darauf noch einmal zurückkommen müssen.

2. Durchschnittsprofit und Monopolprofit

Auf der kategorialen Ebene sind wir zum Ergebnis gekommen, daß notwendigerweise in der kapitalistischen Produktionsweise eine Tendenz zur Herausbildung der Durchschnittsprofitrate besteht und jede andere Annahme den immanenten Zusammenhang zwischen den Gesetzen der Bewegung der Produktionsweise und dem Handeln der einzelnen Kapitale, das sie schließlich exekutiert, auseinanderreißt. Damit aber werden die gesellschaftlichen Zwänge und Gesetze als solche nicht mehr erfaßbar und durch Machtkategorien ersetzt — mit entsprechenden taktischen Folgerungen, auf die hier nicht eingegangen werden soll. Natürlich heißt dies nicht, daß — weil das Gesetz der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate noch wirksam ist — der gegenwärtige Kapitalismus eine Idylle kleiner Unternehmen ist. Im Gegenteil, die Bewegungsgesetze der Produktionsweise haben gerade den großen Konzern hervorgebracht mit all seinen ökonomischen, sozialen und politischen Begleiterscheinungen. Aber selbst die großen Konzerne können sich, da sie Einzelkapitale sind, nicht den Bewegungsgesetzen entziehen, bleiben ihnen unterworfen und wirken allenfalls in Richtung einer Modifikation der Ausgleichsformen und Durchsetzungsweisen der Bewegungsgesetze. Wie unklar gerade dieser Punkt ist, wird vor allem an der Behandlung des Verhältnisses von Durchschnittsprofit und Durchschnittsprofitrate auf der einen Seite und Monopolprofit auf der anderen Seite deutlich. Wenn es noch die Tendenz zur Herausbildung der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate gibt, spielen dann die im zweiten Teil beschriebenen Vergesellschaftungsformen eine gewissermaßen modifizierende Rolle? Denn da ja die Herausbildung der Durchschnittsprofitrate nichts anderes ist als der reale Ausdruck dafür, daß sich jedes Einzelkapital in einem ständigen Vergesellschaftungsprozeß als Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals verhält und damit erst das gesellschaftliche Gesamtkapital wirklich produziert, müssen auch die strukturellen Voraussetzungen der Wertbildung und Wertbewegung für diesen Prozeß von Bedeutung sein, zumal die Herausbildung der Durchschnittsprofitrate nur vermittelt über den Akkumulationsprozeß des Kapitals geschieht. Wenn es aber keine Tendenz zur Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate mehr gibt, betrifft dies die gesamte Ökonomie oder nur bestimmte Bereiche, und welche Konsequenzen ergeben sich schließlich daraus für die Konstitutionsbedingungen des Kapitals, bestehend aus vielen Einzelkapitalen, zum gesellschaftlichen Gesamtkapital?

Aufgrund von verringerter Mobilität des Kapitals im hochentwickelten Stadium des Kapitalismus finden, so wird angenommen, nicht mehr die Ausgleichsbewegungen statt, die notwendig wären, um den Ausgleich der vielen Profitraten zur gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate zu bewerkstelligen. Dabei wird weiter angenommen, daß diese Mobilität aufgrund von Machtpositionen gerade eingeschränkt wird, um den mono-

polistischen Zugriff auf besonders günstige Verwertungssituationen mit Hilfe der außerökonomischen Macht des Staates aufrechtzuerhalten oder erst zu erobern und dann zu sichern. Der Monopolbegriff wird mit der monopolistischen Verfügung über besonders günstige Bedingungen der einzelkapitalistischen Verwertung in Zusammenhang gebracht. Das heißt aber auch, daß bei einem Einzelkapital nur dann vom *Monopol* gesprochen werden kann, wenn es aufgrund besonders günstiger Umstände seiner Verwertung einen *monopolistischen, d. h. überdurchschnittlichen* Profit beziehen kann. Im Verhältnis von Durchschnittsprofit und Monopolprofit kommt somit die Tendenz des Kapitals zum Ausdruck, Monopolstellungen zuzulassen oder — in Ausgleichsbewegungen, die im Verlauf des Akkumulationsprozesses sich vollziehen — abzubauen. Wir wollen wegen der zentralen Bedeutung dieses Problems jetzt das Verhältnis von Monopolprofit und Durchschnittsprofit untersuchen.

In der Literatur zum Monopolproblem kann man grundsätzlich fünf Positionen hinsichtlich des Verhältnisses von Monopolprofit und Durchschnittsprofit unterscheiden:

1. Unter monopolistischen Verhältnissen gibt es zwei Durchschnittsprofitraten; eine, gültig für den „Konkurrenzsektor", eine zweite, gültig für den „monopolistischen Sektor".
2. Im „nichtmonopolistischen Bereich" bildet sich eine Durchschnittsprofitrate heraus, nicht aber im „monopolistischen Sektor".
3. Unter monopolistischen Verhältnissen gibt es überhaupt keine Durchschnittsprofitrate mehr, vielmehr eine Hierarchie von individuellen Profitraten.
4. Unter monopolistischen Verhältnissen gibt es keine Durchschnittsprofitrate mehr, und die Regulierung der Produktion und Verteilung erfolgt durch staatliche Einflußnahme.
5. Auch unter monopolistischen Verhältnissen wirkt das Wertgesetz in Richtung der Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate weiter, jedoch in modifizierter Weise.

Diese sich unterscheidenden und teilweise gegenseitig ausschließenden Positionen indizieren die Schwierigkeiten und Unsicherheiten bei der Behandlung des Monopolproblems und seiner Konsequenzen für die Kapitalismusanalyse.

1. Die These von den zwei Durchschnittsprofitraten wird neben anderen von Mandel vertreten. Sein Ausgangspunkt ist die Empirie: „Empirisch läßt sie (die doppelte Durchschnittsprofitrate — E.A.) sich im gesamten Zeitalter des Monopolkapitalismus einschließlich der ‚klassischen' Imperialismusperiode zwischen 1890 und 1940 bestätigen"[57]. Bevor er aber empirische Daten vorträgt, versucht er eine theoretische Begründung der Notwendigkeit einer doppelten Durchschnittsprofitrate im Spätkapitalismus. Dabei geht Mandel in drei Schritten an die Problematik heran. Da „die Surplus-Profite der monopolisierten Sektoren auf Kosten der nicht monopolisierten Sektoren gehen und damit deren Durchschnittsprofitrate senken"[58], ist zunächst darauf zu schließen, daß im monopolistischen Bereich höhere Profite erzielt werden als im nicht monopolistischen Bereich. Im zweiten Schritt der Argumentation wird dann zu begründen versucht, daß die monopolistischen Profite infolge der Konkurrenz der Großkapi-

talien zu einem Durchschnitt tendenziell ausgeglichen werden: „Diese beiden wirtschaftlichen Kräfte (Surplus-Profite führen zu Substitutionserscheinungen und ziehen „konkurrierende Großkapitalien unwiderstehlich" an — E.A.), die die Konkurrenz im monopolisierten Sektor zwar einschränken, aber nicht ausschalten, bewirken einen Angleich der Surplus-Profite, d. h. einen tendenziellen Ausgleich der Monopolprofitrate. Übertreffen einige Monopole diese durchschnittliche Profitrate sämtlicher Monopole, so wird Kapital trotz allen Schwierigkeiten in diesen Sektor hineinfließen und so die Surplus-Profite senken ... Liegt der Surplus-Profit gewisser Monopole unter diesem Durchschnitt, so wird eine Erhöhung der Monopolpreise ihn auf den Durchschnitt bringen können, ohne daß daraus größerer Widerstand entsteht"[59]. Im dritten Schritt seiner Argumentation wird nun dargelegt, warum die Profitraten im monopolistischen und nichtmonopolistischen Sektor verschieden sein müssen: „Da aber gleichzeitig der freie Ab- und Rückfluß der Kapitalien in den nichtmonopolisierten Bereichen weiterwirkt, muß sich auch in diesen Bereichen ein Prozeß des tendenziellen Ausgleichs der Profitrate vollziehen. So entstehen im Monopolkapitalismus zwei durch die Durchschnittssurplusprofitrate voneinander getrennte Durchschnittsprofitraten: eine im monopolisierten Sektor und eine im nicht-monopolisierten Sektor"[60]. Nach dieser Begründung greift Mandel den empirischen Anschein wieder auf, indem er eine Tabelle der Profitraten einzelner Industriezweige der US-Wirtschaft anführt[61] und daraus schließt, daß es Zweige mit überdurchschnittlicher und Zweige mit unterdurchschnittlicher Profitrate gibt. Abgesehen davon, daß hier das Monopol dem jeweiligen Wirtschaftszweig gleichgesetzt wird und die Einteilung der Industriezweige mit überdurchschnittlicher und unterdurchschnittlicher Profitrate erst erfolgen kann nach Berechnung der gemeinsamen Durchschnittsprofitrate, also gerade keine doppelte Durchschnittsprofitrate *vorausgesetzt* werden kann, belegt seine Tabelle auch in anderer Hinsicht das genaue Gegenteil seiner Behauptung. Berechnet man nämlich die mittlere quadratische Abweichung der Profitraten von 1958 und 1968 aus den von ihm angegebenen Daten, so fällt auf, daß sie von 12,21 auf 5,76 zurückgeht, also eine Angleichung der Profitraten der einzelnen Industriezweige an den Durchschnitt stattgefunden haben muß, wenn man die Daten der Tabelle ernst nimmt. Die behaupteten getrennten Profitraten lassen sich jedenfalls nicht mit den Daten Mandels belegen.

So muß Mandel seine These auch unverzüglich, nachdem er sie aufgestellt hat, wieder einschränken: „Es bedeutet also das Aufkommen von zwei ‚Durchschnittsprofitraten' im Monopolkapitalismus letztlich nichts anderes als eine *Verlangsamung, nicht eine Aufhebung des Prozesses der Herausbildung der gesamtgesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate.* Während sich im Zeitalter der freien Konkurrenz die Herausbildung der Durchschnittsprofitrate allgemein im Rahmen des 7—10jährigen industriellen Zyklus vollzog, entstehen aus der relativen Wirtschaftsmacht der Monopole beträchtliche Hindernisse für diesen Ausgleich. Er kann sich nur über einen längeren Zeitraum durchsetzen"[62]. Daß diese Aussage voll derjenigen von den zwei Durchschnittsprofitraten widerspricht, ist offensichtlich.

Die behauptete Existenz einer monopolistischen Durchschnittsprofitrate impliziert zweierlei: erstens die Existenz zweier Ausgleichsbewegungen und -tendenzen in der *einen* kapitalistischen Gesellschaft und damit zweitens die mögliche Existenz von *„ewigen"* Monopolen. Wenn die kapitalistische Gesellschaftlichkeit wie von Marx an der Tendenz zur Durchschnittsprofitrate festgemacht wird, dann impliziert die These von der „doppelten Durchschnittsprofitrate" auch die Auflösung der kapitalistischen Gesellschaft in zwei Gesellschaften und nicht nur in zwei Sektoren. Wenn aber dennoch davon ausgegangen wird, daß die monopolistische Durchschnittsprofitrate deshalb über derjenigen des nicht monopolistischen Sektors liegt, weil Werte zu den Monopolen übertragen werden, die sie unter sich gemäß den Erfordernissen des Durchschnitts aufteilen, dann ist die Rigidität der Argumentation von der doppelten Durchschnittsprofitrate in Frage gestellt. Denn nun werden Beziehungen zwischen den beiden „Sektoren" der Wirtschaft festgestellt, die ja bestimmten Bewegungsgesetzen gehorchen müssen, oder man nimmt ein System reiner Willkür, des Raubs und der Plünderung an. Die Widersprüchlichkeit und Fehlerhaftigkeit der Argumentation Mandels ergibt sich denn auch daraus, daß auf der einen Seite implizit die Unfähigkeit des Systems zur Regulierung seiner Bewegung behauptet wird, auf der anderen Seite jedoch eine Gesetzmäßigkeit des Verhältnisses von Konkurrenz und Monopol konstatiert wird: „Aber alle diese Hindernisse (der Konkurrenz — E.A.) sind nicht absoluter Natur. Wenn die Differenz zwischen der Durchschnittsprofitrate und der Profitrate in den monopolisierten Sektoren so groß geworden ist, daß sich die Unternehmer in den nicht-monopolisierten Industriezweigen vor dem Ruin sehen, dann wagen sie das Spiel und versuchen mit allen Mitteln in die monopolisierten Sektoren einzudringen ... Diese Versuche führen zu einem Wiederaufflackern der Konkurrenz, die den Unterschied zwischen der Durchschnittsprofitrate und der Monopolprofitrate wieder auf ein ‚vernünftiges' Maß zurückführt"[63]. Mit dieser Aussage, die wir in anderer Formulierung auch im „Spätkapitalismus" Ernest Mandels finden, ist die Position von den zwei Durchschnittsprofitraten, von der er ausging, fundamental kritisiert[64] und der Übergang zur — unten behandelten — fünften Position vollzogen. Auf deren Implikationen wird später einzugehen sein.

2. In der Auseinandersetzung mit der These von den beiden Durchschnittsprofitraten schreibt Fred Oelßner: „Die These von der Monopol-Durchschnittsprofitrate läßt sich meines Erachtens auch theoretisch nicht aufrechterhalten, weil die ökonomische Macht der Monopole sehr verschieden ist ... (Es kann) keine durchschnittliche Monopolprofitrate geben, weil unter den monopolistischen Industrie- und Handelsbetrieben nicht die alte freie Konkurrenz herrscht, sondern die Monopolkonkurrenz. Zum Unterschied von der freien Konkurrenz ist die monopolistische Konkurrenz im höchsten Grade ungleichmäßig"[65]. Allerdings, so schränkt Oelßner ein, wirkt die monopolistische Konkurrenz nur im monopolistischen Sektor und daher sei es nicht einsehbar, „warum in den Teilen der Wirtschaft, in denen noch die freie Konkurrenz herrscht, die Verteilung des verbliebenen Teils des Mehrwerts nicht nach dem Gesetz der Durchschnittsprofitrate vor sich gehen soll. Hier ist ja die freie Kapitalübertragung

noch möglich . . ."[66]. Auch hier klingt folglich die Annahme zweier Gesetzmäßigkeiten unter monopolkapitalistischen Verhältnissen an, die nebeneinander wirksam sind: das Wertgesetz zum einen und die Gewalt zum anderen[67]. Diese hängt aber von der ökonomischen Stärke der Monopole ab. Es kommt nun alles darauf an, die regulierenden Bedingungen dieser ökonomischen Stärke zu erklären.

Wenn das Monopol als Finanzkapital als „einheitliche Macht" aufgefaßt wird, wie von Rudolf Hilferding[68], dann kann auch keine regulierende Konkurrenz, die ja die Uneinheitlichkeit des Kapitals als Zusammenfassung vieler Einzelkapitale impliziert, diese Macht in Frage stellen. Im Gegenteil, nach Hilferdings Auffassung „entfalten die Kartelle ihre propagandistische Kraft. Die Kartellierung bedeutet zunächst eine Änderung der Profitrate. Diese Änderung ist erfolgt auf Kosten der Profitrate der anderen kapitalistischen Industrien. Die Ausgleichung dieser Profitraten auf ein gleiches Niveau kann nicht erfolgen durch die Wanderung des Kapitals. Denn die Kartellierung bedeutet ja, daß die Konkurrenz des Kapitals um seine Anlagesphären gehemmt ist . . . Die Ausgleichung kann nur erfolgen durch Anteilnahme an der erhöhten Profitrate durch Selbstkartellierung oder durch Ausschaltung derselben durch Kombination. Beides bedeutet erhöhte Konzentration und daher Erleichterung der Weiterkartellierung"[69]. Mit anderen Worten: Für Hilferding löst sich das Problem des möglichen Bezugs von Monopolprofiten aufgrund von ökonomischer Macht, die es ermöglicht, sich den Ausgleichsbedingungen des Wertgesetzes zu entziehen, dahin auf, daß alle Kapitale gezwungen werden, eben diese Macht zu entfalten, bis die gesamte Wirtschaft durchkartelliert ist, also bis hin zum Generalkartell. Ähnlich argumentiert auch Paul M. Sweezy: „Das Prinzip der Ausbreitung soll wie folgt geklärt werden. Eine bestimmte Industrie, z. B. die Produktion von Eisenerz, wird monopolisiert und der Preis erhöht. Ein Teil der sich daraus ergebenden Verluste wird durch die Roheisenproduzenten getragen, die nun einen erhöhten Anreiz zum Zusammenschluß haben, um sowohl ihre Preise gegenüber der Stahlindustrie zu erhöhen, wie auch um niedrigere Preise von der Eisenerzindustrie zu erhalten. So wird die Kombinationstendenz von jedem gegebenen Ausgangspunkt in konzentrischen Kreisen sich ausbreiten und auf jene Industrien übergreifen, deren Umstände günstig für die Errichtung und Aufrechterhaltung von Monopolbedingungen sind"[70]. Da dieser Ausbreitungsprozeß sehr ungleichmäßig erfolgt, wird auch die Tendenz zur Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate unter monopolistischen Bedingungen nachhaltig gestört: „Die Profite einiger werden erhöht, während die Profite anderer reduziert werden"[71]. In einer Situation des Generalkartells allerdings hört auch die Kategorie des Monopolprofits auf, noch irgendeinen Sinn abzugeben. Denn der insgesamt produzierte Mehrwert wird als reale Profitrate, die keinen Durchschnitt mehr ausdrücken kann, da es keine vielen Einzelkapitale mehr gibt, auf das insgesamt vorgeschossene Kapital bezogen. Alle Probleme lösen sich dann tatsächlich in „die Frage nach der Organisation der gesellschaftlichen Ökonomie", wie es Hilferding formulierte[72], auf.

Während Hilferding so die propagandistische Tendenz der Monopole oder Kartelle behauptet, kommt Eugen Varga zum genauen Gegenteil.

Auch er schreibt, daß das „Ergebnis des Nebeneinanderbestehens von Monopolen und unorganisierten kapitalistischen Unternehmungen ... die Spaltung der Profitrate (ist), die rein theoretisch bei freier Konkurrenz für jedes Kapital tendenziell gleich ist, in Monopolprofitraten, die über der Durchschnittsprofitrate stehen, und deren Höhe von der Stärke des Monopols abhängt, und in Profitraten der unorganisierten Kapitale, die unter der Durchschnittsprofitrate stehen"[73]. Aber er zieht daraus die Konsequenz, daß „kein Monopol für immer gesichert ist"[74], daß die Wertbewegung letztlich Monopolstellungen aushöhlt und zerstört. Konkurrenz limitiert ökonomische Macht und damit auch die Fähigkeit, sich den Ausgleichsbewegungen zwischen den vielen einzelnen Kapitalen zu entziehen. Folglich sind Monopolstellungen, d. h. die Möglichkeiten, Monopolprofite einzuheimsen, immer begrenzt und zeitlich vorübergehend.

Auch Fred Oelßner, der von der Durchschnittsprofitrate im nicht monopolistischen Sektor und überdurchschnittlichen, von keinem Ausgleich regulierten Monopolprofiten ausgeht, konstatiert „Zusammenhänge zwischen Monopolpreis und Wertgesetz"[75]. Die entscheidende ökonomische Grenze für Monopolisten — und sei ihre Macht auch noch so groß — bleibe nach wie vor der Wert. Der Wert ist, nach seiner Auffassung, erstens „logisch und historisch der Ausgangspunkt für den Monopolpreis", dessen Grenzen seien zweitens durch die gesamte Werstumme bestimmt, die Monopole umfassen drittens nicht die gesamte Wirtschaft, und viertens sei der Umfang des Monopolprofits durch die gesamte Mehrwertsumme begrenzt. Wenn trotz dieser Ansätze, das Monopol auf den Wert zu beziehen, dennoch der Gewalt eine große Bedeutung bei der Regulierung der Monopolprofite zugemessen wird, dann kann dies nur seine Begründung in einem statischen Verständnis des Kapitalverhältnisses finden.

Die von Marx gemachte Feststellung, daß es an der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate nichts ändern würde, „wenn Kapitale in bestimmten Produktionssphären aus irgendwelchen Gründen nicht dem Prozeß der Ausgleichung unterworfen würden (und) der Durchschnittsprofit dann auf den Teil des Gesellschaftskapitals, der in den Ausgleichsprozeß eingeht, (zu berechnen wäre)"[76], kann daher keineswegs im Sinne dieser zweiten Position verwendet werden. Sie ist richtig, insofern sie einen möglichen Zustand beschreibt, aber sie ist unzureichend, wenn Aussagen gemacht werden sollen über die *Wertbewegung* unter monopolkapitalistischen Bedingungen und über die *Ausgleichstendenzen der vielen Einzelkapitale* in bezug auf ihre Verwertung auf der Grundlage des kapitalistischen Akkumulationsprozesse. Wenn der Wert die Grundlage für die Kategorien Monopolpreis und Monopolprofit ist, sind monopolistische Positionen, die sich in monopolistischem Surplus-Profit ausdrücken, auch — wenn auch in modifizierter Weise — an die Ausgleichstendenzen des Wertgesetzes gebunden.

3. Konsequenter und konsequenzenreicher als die ersten beiden Positionen ist die nun darzustellende dritte Auffassung, nach der es gar keine Tendenz zur Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate unter monopolistischen Bedingungen mehr geben könne und an deren Stelle eine Profitratenhierarchie je nach der ökonomischen Stärke der Monopole getreten sei. Daß mit einer solchen Auffassung ein Versuch, die Grenzen des Mono-

pols aus dem Wertgesetz materialistisch zu bestimmen, überflüssig wird, leuchtet ein. Konsequenterweise kann daher auch Alfred Braunthal schreiben, daß unter monopolistischen Bedingungen „die Arbeitswerttheorie als Angebotstheorie überhaupt keine Erklärung der Preisbildung mehr geben"[77] kann. Und Rudolf Hilferding formuliert: „Der Monopolpreis läßt sich zwar empirisch festsetzen, seine Höhe aber nicht objektiv theoretisch erkennen, sondern nur psychologisch subjektiv begreifen"[78]. Der Kapitalismus entledigt sich dieser Auffassung zufolge also mit dem Übergang zu Monopolen seiner Gesetze, gehorcht nur noch der Macht und Gewalt und kann dann auch nicht mehr auf der Grundlage der Marxschen Theorie begriffen werden. Bei Hilferding wird theoretisch erarbeitete kategoriale Verbindlichkeit sogar so weit destruiert, daß an ihre Stelle nur noch subjektive Beliebigkeit zu treten vermag. Einer ähnlichen Auffassung neigt Paul M. Sweezy zu, der schreibt: „Zu viele verschiedene Faktoren spielen bei der Bestimmung eines bestimmten Preises eine Rolle, als daß die Bildung einer präzisen Theorie erlaubt wäre, die auch nur die begrenzteste Anwendbarkeit hätte. ... Man hat keine allgemeinen Gesetze des Monopolpreises gefunden, weil es keine gibt"[79]. Während die sozialdemokratischen Theoretiker der 20er Jahre damit gerade ihren „Revisionismus" zu begründen versuchten, beharren Theoretiker der kommunistischen Partei zu Recht auf der Marxschen Theorie, obwohl sie doch den gleichen Prozeß — mit anderen Worten, versteht sich — konstatieren. Dabei müssen sie sich in Widersprüche verwickeln, die nach einer Lösung suchen.

So schreibt Peter Hess: „Das wesentliche Neue der heutigen kapitalistischen Regulierung besteht gerade darin, daß das dem Kapitalismus gemäße regelnde Gesetz daran gehindert wird und gehindert werden muß, seine Funktion zu erfüllen, daß monopolistische Macht und Gewalt, staatliche Monopolisierung an seine Stelle getreten sind und immer mehr in den Vordergrund treten ..."[80]. Das Monopol hebt die freie Konkurrenz auf, es „untergräbt ... den auf dem Durchschnittsprofit beruhenden Mechanismus, der die einzelnen Produzenten spontan den ökonomischen Gesetzen gemäß handeln ließ und die Verteilung des Profits entsprechend der Kapitalgröße herbeiführte. An die Stelle der freien Konkurrenz und neben sie treten eben die ökonomische und außerökonomische Macht und Gewalt der Monopole. *Diese* treten den Produzenten jetzt gegenüber, *sie* bringen die inneren Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise den Produzenten gegenüber als Zwangsgesetze des Handelns zur Geltung. Die ökonomische und außerökonomische Macht und Gewalt wird so zum ‚Exekutor' der ökonomischen Gesetze"[81]. Das Monopol, das aus den von der Konkurrenz regulierten Bewegungsgesetzen des Kapitalismus entsteht, liquidiert sie dann, allerdings ohne die Bewegungsgesetze aufzuheben. So wird von Peter Hess gleichzeitig betont, und darin unterscheidet er sich fundamental von Alfred Braunthal und Rudolf Hilferding und anderen sozialdemokratischen Theoretikern, daß die Tendenz zur Durchschnittsprofitrate nicht mehr wirksam sei, während das Streben nach Profit und Maximalprofit weiterhin den nun monopolistischen Kapitalismus kennzeichnet: „Das die kapitalistische Produktion regelnde Profitkriterium kann zu keiner Lösung dieser Probleme führen,

aber ein anderes Kriterium von den kapitalistischen Monopolen zu verlangen, ist objektiv unmöglich"[82]. Das Kapital reagiert nach seiner Auffassung weiterhin nur auf den Profit, treibt aber in dieser Reaktion nicht mehr die Durchschnittsprofitrate hervor. Mit anderen Worten: Die *Motivation* des einzelnen Kapitalisten als Charaktermaske des Kapitals, nicht nur den Durchschnittsprofit, sondern einen Maximalprofit anzustreben, setzt sich gegenüber den ihre Verwirklichung immer wieder eingrenzenden Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus (Herausbildung der Durchschnittsprofitrate) durch. Wir finden hier also den oben beschriebenen Vermittlungszusammenhang von Gesetz und Handeln als zerschnittenen vor.

Die Durchschnittsprofitrate ist als die vermittelnde Kategorie zwischen Einzelkapital und Gesamtkapital zu betrachten, und darin, daß das Einzelkapital die Durchschnittsprofitrate bezieht, kommt sowohl die *qualitative* Teilnahme des Einzelkapitals am von der gesamten produktiven Arbeiterklasse erzeugten Mehrwert als auch die *quantitative* Erweiterung des Kapitals als sich selbst verwertender Wert zum Ausdruck. Auf die Implikationen, die in dieser Aussage enthalten sind, haben wir schon verwiesen. Es ergibt sich daraus eine wichtige Konsequenz: Ist die Verwertung der Einzelkapitale dauerhaft quantitativ ungleich, dann wird die Existenz derjenigen Kapitale mit unterdurchschnittlicher Verwertung auch qualitativ in Frage gestellt. Denn ihre Akkumulationsmöglichkeiten sind geringer, was zu einem relativen Positionsverlust führt, und vor allem wird das in ihnen fixierte Kapital nach höherer Verwertung durch Liquidation und Abfluß in Sphären mit höherer Verwertung streben. Mit anderen Worten: Es ist nicht möglich, die Qualität des Kapitals als profitproduzierendes und -erstrebendes Subjekt von der quantitativen Seite dieser Qualität abzulösen, nämlich an der Verwertung unter Bedingungen, wie sie andere Kapitale auch haben, beteiligt zu werden. In Hess' Argument wird ja auch nicht nur nach den Wesenszügen kapitalistischer Entwicklung (Profiterzielung) und den Durchsetzungsformen (Konkurrenz und Bezug der Durchschnittsprofitrate) unterschieden, sondern auch das Kapital als Teil des Gesamtkapitals umdefiniert: Die Einzelkapitale sind Kapitale nur noch als Einzelkapitale; als Einzelkapitale, die Teile des Gesamtkapitals sind, sind sie *Machtkomplexe,* die mit den Mitteln der ökonomischen und außerökonomischen Gewalt aufeinander reagieren. Dieser Widerspruch, der bei Hilferding dadurch gelöst wird, daß er auch dem Einzelkapital als Einzelkapital schließlich die Kapitalqualität abspricht und es nur noch als Einheit im System des organisierten Kapitalismus begreifen kann, findet bei Hess und anderen allerdings eine ganz spezifische Lösung durch den Übergang zur gekennzeichneten vierten Position, die nun eine der wichtigsten Grundlagen für die theoretische Konstruktion des Begriffs „staatsmonopolistischer Kapitalismus" wird.

4. „Das Wesen der staatlichen Wirtschaftspolitik", so schreibt Peter Hess, „besteht in dem Versuch, das mit staatlicher Macht durchzusetzen, was unter den heutigen Bedingungen der Marktmechanismus nicht mehr selbständig zu regeln vermag . . ."[83]. In anderen Worten drückt Kurt Ziesching dasselbe aus: „Diese Grundaufgabe eines gesellschaftlichen Systems der Produktion, die, solange das kapitalistische System funktionsfähig war und seine historisch notwendige Funktion erfüllt, durch die Regulierung

nach dem Durchschnittsprofit vollzogen wurde, ist im Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution auch nicht mehr durch bloße Monopolprofiterzielung oder durch eine bloße Umverteilung des Nationaleinkommens durch den imperialistischen Staat zugunsten des Monopolprofits zu verwirklichen. Sie verlangt noch umfassendere Mittel und Methoden der Wirtschaftsführung, der Zusammenfassung der Produktion . . ."[84]. Wir befinden uns so bei der vierten obenbenannten Position, die sich beinahe organisch aus der dritten Position ergibt: Die Leugnung von Gesetzen, die einen Ausgleich der Profitraten herbeiführen, leitet über zu einer Position, in der die Regulierung der Ökonomie durch den Staat behauptet wird[85]. Damit ist der oben der dritten Position angelastete Widerspruch allerdings gelöst, wenn auch in einer noch formalen Weise. Denn der Staat als regulierende Potenz wird so auf ganz äußerliche Weise als Stellvertreter des Gesetzes vom tendenziellen Ausgleich der Profitraten in das System eingeführt, um dessen Aufgaben zu übernehmen, ohne allerdings zu dessen Resultat gelangen zu können, nämlich den Ausgleich zur Durchschnittsprofitrate wirklich herbeizuführen. Im Gegenteil, infolge der politischen Macht, die der Staat als Staat in die Waagschale werfen kann, ist es ihm gerade möglich (und dazu wird er auch gebraucht), die ungleichmäßige monopolistisch-hierarchische Profitverteilung aufrechtzuerhalten und die dazu notwendigen Umverteilungsprozesse zu organisieren. „Die Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem einheitlichen System zur Bewältigung der Anforderungen der Produktivkräfte . . . , zur Bewältigung der vom Monopol selbst erzeugten gesellschaftlichen und politischen Widersprüche . . . — das ist das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus"[86]. Politik und Ökonomie verflechten sich somit immer mehr, bis zu dem Punkt sogar, wo von einem Primat der Politik über die Wirtschaft die Rede sein kann[87].

So ist die Widersprüchlichkeit, die dadurch entsteht, daß einerseits weiterhin vom Profit als kapitalistischer Zielgröße und andererseits von der Ungültigkeit der Ausgleichstendenzen zur Durchschnittsprofitrate im Monopolkapitalismus gesprochen wird, formal gelöst. Allerdings entsteht nun ein anderer Widerspruch, auf den aufmerksam gemacht werden muß. Wenn die politische Macht des Staates als notwendig bezeichnet wird nicht nur zur Umverteilung des Mehrwerts zugunsten der Monopole, sondern darüber hinaus auch zur Wirtschaftsführung generell, zur Zusammenfassung der Produktion usw., dann doch sicherlich nur deshalb, weil diese Prozesse nicht „automatisch" im Kapitalverhältnis angelegt sind. Dann impliziert aber die Konstatierung dieser Notwendigkeit auch, daß trotz Monopolisierung Tendenzen wirksam sein müssen, die der Umverteilung der Profite zugunsten der Monopole entgegenstehen, also auch auf einen Ausgleich der Profitraten hinzielen und den Prozessen der Zusammenfassung der Produktion, d. h. den Konzentrationstendenzen, zuwiderlaufen. Wenn dem aber so ist, daß auch unter monopolistischen Bedingungen die Konkurrenz mit der Tendenz zum Ausgleich der Profitraten wirkt, dann kann keineswegs vom „Primat der Politik" oder von einem „einheitlichen System von Staat und Monopolen" gesprochen werden, sondern davon, daß der Staat mit seinen regulierenden Interventionen gegen die Tendenzen des Wertgesetzes operiert, ohne sie allerdings dauerhaft eindämmen zu können,

und daß er infolgedessen Widersprüche nicht einfach reguliert, sondern auch akkumuliert. Der „Staat der Monopole" kann diese Funktion also nur halb wahrnehmen. Zugleich ist er ein Staat, der die Probleme der Monopole durch seine Aktionen verschärft, weil er gerade nicht an die Stelle des Wertgesetzes tritt, sondern seinen Tendenzen entgegenzuwirken versucht. Infolgedessen wird auch der Widerspruch auf eine weitere Ebene verlagert, nämlich diejenige zwischen Produktionsverhältnis und Produktivkräften und zwischen Kapitalismus und Sozialismus in Form der „Systemkonkurrenz". „Die Ausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zeigt, daß sich der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte in gewissem Maße auch im Rahmen des Kapitalismus Anerkennung erzwingt"[88].

Auf einen fundamentalen Widerspruch in dieser Position soll noch aufmerksam gemacht werden. Wenn aufgrund der Funktionsunfähigkeit der Konkurrenz das Ausgleichsgesetz zur Bildung der Durchschnittsprofitrate außer Kraft gesetzt ist und an seine Stelle der Staat mit seiner außerökonomischen Macht treten soll, dann kann er entweder lediglich die durch die monopolistische Umverteilung herbeigeführte Profitratenhierarchisierung befestigen — und daher nichts anderes tun, als die spontan durch ökonomische Gesetze herbeigeführten Resultate zu sanktionieren —, oder aber das Ziel der Regulierung durch staatliche Machtausübung in der Ökonomie ist gerade die Herstellung der Durchschnittsprofitrate. Im ersten Fall ist nicht einsichtig, wieso der Staat hier eine besondere, eine durch außerökonomische Macht bestimmte Rolle spielt, da sich ja die Umverteilungsprozesse *sowieso* vollziehen, auch und gerade ohne staatliches Eingreifen. Im zweiten Fall aber wird die These von der außerökonomischen Macht des Staates, die eingesetzt wird, um Werte vom nicht-monopolistischen Sektor und von der Arbeiterklasse auf die Monopole umzuverteilen, problematisch, da ja gerade der Ausgleich der Profitraten zur Durchschnittsprofitrate Ziel staatlicher Regulierung sein soll. Im ersten Fall bedürfte es im Grunde genommen gar nicht des Staates, um das Resultat der Umverteilung zugunsten der Monopole zu erreichen, und im zweiten Fall findet eher Umverteilung von den Kapitalen mit überdurchschnittlicher Profitrate auf Kapitale mit unterdurchschnittlicher Profitrate durch staatliches Eingreifen statt.

5. Angesichts dieser Problematik, die entsteht, wenn Ausgleichstendenzen unter monopolistischen Bedingungen generell geleugnet werden und der Staat nun theoretisch als Regulator des Systems konstruiert wird, geht die fünfte Position davon aus, daß auch im Monopolkapitalismus das Wertgesetz weiterhin gültig sei. Allerdings geht „der Prozeß der Ausgleichung der Profitrate im monopolistischen Kapitalismus auf verworrenere Art und Weise und komplizierter als unter den Bedinungen der freien Konkurrenz vor sich"[89]. Verworrener deshalb, weil unter monopolistischen Bedingungen nicht nur in der Konkurrenz ein Produktionspreis gebildet wird, sondern auf seiner Grundlage auch ein gesetzmäßig von ihm abweichender Monopolpreis, und weil nicht nur die Durchschnittsprofitrate bezogen wird, sondern von den Monopolen zeitweise ein darüber hinausgehender Suplusprofit[90]. Es kommt aber noch hinzu, daß die weiterhin wirksamen Ausgleichsbedingungen sich nur über längere Zeiträume als

beim Fehlen von Hindernissen für die Kapitalmobilität durchzusetzen vermögen: „Da die Konkurrenz der Kapitalien um die Anlagesphäre aber nicht aufgehoben, sondern nur gehemmt ist, ergibt sich, daß diese Monopolprofitraten zwar ebenfalls eine Tendenz haben, sich auszugleichen; diese Tendenz verwirklicht sich jedoch nicht mehr wie im vormonopolistischen Kapitalismus über einen Zyklus"[91]. Damit wäre klargestellt, „daß der Monopolpreis keine Abweichung vom Wert darstellt, sondern ein Ergebnis der Modifikation des Wertes selbst ist, eine spezifische Erscheinungsform des Wertgesetzes unter den Bedinungen des Monopolkapitalismus. Wert, Produktionspreis und Monopolprofit, sofern er auf einem modifizierten Marktwert und Produktionspreis beruht, sind Funktionsstufen des Wertes..."[92]. Das Monopol modifiziert also lediglich die Wirkungsweise der Durchsetzungsformen des Wertgesetzes, auch mit dem Resultat, daß Ausgleichsprozesse sich nur noch über längere Zeiträume durchzusetzen vermögen. Denn „kein Monopol ist für immer gesichert"[93], und „ein Blick in die Geschichte der Monopole zeigt, daß sich alle Monopole als mehr oder weniger kurzlebig erwiesen haben"[94]. Damit kann nur gemeint sein, daß monopolistische Einzelkapitale durch die Konkurrenz, durch die Aktionen der vielen Einzelkapitale aufeinander, immer wieder ihr monopolitisches Attribut, den Monopolprofit, verlieren, nicht aber als Kapitale unterzugehen brauchen.

3. Die Dauerhaftigkeit von Monopolen und Monopolprofiten

Ein Resultat kapitalistischer Entwicklung ist das Aufkommen der großen Konzerne, großer Einzelkapitale mit hoher organischer Kapitalzusammensetzung und großem Anteil von Fixkapital. Diese spezifische Existenzweise des Kapitals hat Konsequenzen für die Akkumulationsbewegung und letztlich auch für die Ausgleichsprozesse der Einzelkapitale untereinander. Aber diese Konsequenzen müssen nicht darin bestehen, daß die großen Einzelkapitale auch einen überdurchschnittlichen, monopolistischen Profit beziehen. Dies kann der Fall sein, aber das Identischsetzen von großen Kapitalen und Monopolen ist zumindest problematisch und verbaut den Blick für die wirkenden Gesetze der Produktionsweise. Auf dem einmal erreichten Entwicklungsniveau des Kapitalismus wäre jede Annahme anachronistisch und folglich dumm, die davon ausgehen würde, daß die erreichte Struktur großer Einzelkapitale rückgängig gemacht werden könnte[95]. Der einmal erreichte Stand der Vergesellschaftung von Produktion und Zirkulation wird zur Voraussetzung für jede weitere Entwicklung. Wenn dies so ist, dann kann eine Aussage wie diejenige von dem möglichen Entstehen und Schwinden der *Monopole* sich nur darauf beziehen, daß der *Monopolprofit* entsteht und vergeht, nicht aber das Einzelkapital, das ihn bezieht. Daß im Prozeß der Beseitigung des Monopolprofits sogar die Substanz des jeweiligen Einzelkapitals bis hin zum ökonomischen Kollaps, sprich Bankrott, angegriffen werden kann, ist nur ein radikaler Unterfall des Verschwindens monopolistischer Extraprofite.

Um die so gestellte Frage nach der Dauerhaftigkeit von Monopolprofiten beantworten zu können, müssen folgende Schritte in der Argumentation gemacht werden: 1. Es sind verschiedene Formen des Monopols zu

bestimmen. 2. Es müssen die unterschiedlichen Quellen monopolistischer Profite bestimmt werden. 3. Es muß die Bewegung des Monopols im Rahmen der Gesamtbewegung des Kapitals, nach Formen und Quellen unterschieden, untersucht werden. 4. In diesem Rahmen können Quantität und Dauerhaftigkeit monopolistischer Profite bestimmt werden. Es muß einer längeren Abhandlung vorbehalten bleiben, diese Argumentationsschritte systematisch und ausführlich darzustellen. Daher müssen wir uns hier darauf beschränken, wenigstens thesenhaft den Zusammenhang zwischen Wertbewegung und Monopolisierung zum Zwecke der Bestimmung der Dauerhaftigkeit von Monopolprofiten zu entwickeln.

„Natürliche", künstliche, zufällige Monopole

Gehen wir zunächst auf die möglichen Formen des Monopols ein. Diese ergeben und unterscheiden sich infolge der unterschiedlichen Bedingungen, die monopolisiert werden können. Aus verstreuten Bemerkungen bei Marx — das Monopolproblem wird von ihm nicht systematisch behandelt, es gehört nach seiner Auffassung in die Spezialuntersuchung der Konkurrenz — lassen sich drei Monopolformen entwickeln, nämlich Monopole durch Monopolisierung der Naturkraft, künstliche Monopole und zufällige Monopole.

Monopole durch *Monopolisierung der Naturkraft* werden von Marx im Rahmen der Darstellung der Kategorie der Grundrente behandelt[96]. In einem Beispiel unterstellt er, daß die Fabriken eines Landes in der Regel mit Dampfmaschinen angetrieben werden, eine Minderzahl mit der Kraft natürlicher Wasserfälle. Die Konkurrenz der Kapitale tendiert dazu, alle Unterschiede in den Produktionsmethoden auszugleichen. Bei Strafe des Untergangs sind die technologisch nachhinkenden Kapitale gezwungen, sich den jeweils moderneren Produktionsmethoden anzugleichen. Auf diese Weise tendieren mit den Produktionsmethoden die produzierten Werte der entsprechenden Waren dazu, sich erstens auf einem mittleren Niveau auszugleichen und zweitens im Prozeß der in dieser Bewegung erzwungenen Steigerung der Produktivkraft der Arbeit gesenkt zu werden. Da aber diese Wertsenkung keineswegs gleichmäßig und gleichzeitig erfolgt, gibt es immer einzelne Kapitale, die zu günstigeren Produktionsmethoden produzieren als andere. Wenn für eine in der jeweiligen Branche erzeugte Ware auch ein einheitlicher gesellschaftlicher (Markt)wert existiert, dann doch entsprechend den unterschiedlichen Produktionsmethoden unterschiedliche „individuelle" Werte[97]. Diejenigen Kapitale mit einem niedrigeren als dem gesellschaftlichen Wert können die Differenz als einen *Extraprofit* einstreichen. Aber die Konkurrenz der Kapitale führt zur Angleichung der Produktionsbedingungen und daher tedenziell zur Erosion der Extraprofite, wenn diese nicht *künstlich* vor der Konkurrenz der anderen Einzelkapitale geschützt werden. Wie dies geschieht und welche Implikationen dies hat, wird bei der Darstellung der künstlichen Monopole noch ausführlicher behandelt.

Es wird in diesem Beispiel immer unterstellt, daß die gesteigerte Produktivkraft den Potenzen des Kapitals und der Arbeit entspringt. „Es verhält sich aber anders mit dem Surplusprofit des Fabrikanten, der den Wasserfall

anwendet. Die gesteigerte Produktivkraft der von ihm angewandten Arbeit entspringt weder aus dem Kapital und der Arbeit selbst, noch aus bloßer Anwendung einer von Kapital und Arbeit unterschiednen, aber dem Kapital einverleibten Naturkraft. Sie entspringt einer ... monopolisierten Naturkraft, die wie der Wasserfall nur denen zur Verfügung steht, die über besondre Stücke des Erdbodens und seiner Appartenentien zu verfügen haben ... Der Besitz dieser Naturkraft bildet ein Monopol in der Hand ihres Besitzers, eine Bedingung hoher Produktivkraft des angelegten Kapitals, die nicht durch den Produktionsprozeß des Kapitals selbst hergestellt werden kann ..."[98]. Denn könnte sie produziert werden, dann könnten auch andere Kapitale die Naturkraft zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit anwenden, und der auf Monopolisierung der Naturkraft beruhende Extraprofit würde fortfallen. Nur wenn die besondere Produktivkraft — in diesem Beispiel des Wasserfalls — monopolisierbar bleibt, können die Eigentümer aus ihrer Anwendung einen Monopolprofit ziehen. Damit sie aber monopolisierbar bleibt, müssen zwei Bedingungen gewährleistet sein: erstens das Eigentum an Grund und Boden, auf dem der Wasserfall liegt, aufgrund dessen jeder Nichteigentümer von der Nutzung ausgeschlossen werden kann, und zweitens Produktionsbedingungen, die es nicht zulassen, daß Substitute für Energien des Wasserfalls entwickelt werden, deren Produktivkraft steigernde Potenz ebenso hoch oder sogar höher als die des Wasserfalls wäre. Der aus dem Wasserfall gezogene Extraprofit verdankt sich also nicht einer Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, sondern ausschließlich dem Privateigentum an Grund und Boden. Dieser monopolistische Surplusprofit ist auch nicht durch die Wirkung der Konkurrenz zu beseitigen, so wie es beim Extraprofit innerhalb der Branche der Fall ist. In diesem Zusammenhang hat die Kategorie des *Tributs* ihre Bedeutung. Die Grundeigentümer können der gesamten Gesellschaft einen Tribut auferlegen, der zu zahlen ist für die Nutzung des Stücks Boden, dessen Eigentümer sie sind. Marx selbst verwendet in diesem Zusammenhang die Kategorie des Tributs, er beschränkt sie jedoch auf das Monopol des Grundeigentums und das daraus abgeleitete Einkommen[99], nicht wie im Anschluß an Lenin in der Stamokap-Theorie, wo der Monopolprofit generell als Tribut bezeichnet wird. Denn dieses Monopol unterscheidet sich von anderen Monopolformen gerade dadurch, daß es an der Kategorie des Grundeigentums festgemacht ist, das durch keine noch so vollkommene Kapitalmobilität innerhalb kapitalistischer Verhältnisse aufgelöst werden kann.

Monopolistische Extraprofite aufgrund monopolisierter Naturkraft sind nicht so unbedeutend, wie es das uns heute antiquiert erscheinende von Marx verwendete Beispiel nahelegen könnte. Sowohl beim Bodeneigentum in Ballungsgebieten als auch bei der monopolistischen Verfügung über Rohstoffe — insbesondere Erdöl — herrscht die Form des natürlichen Monopols mit dem entsprechenden Monopolprofit[100].

Künstliche Monopole liegen immer dann vor, wenn ein Einzelkapital versucht, sich einen Extraprofit innerhalb der Branche dadurch zu sichern, daß es einen Konkurrenzvorsprung gegenüber anderen Kapitalen künstlich aufrechtzuerhalten strebt und andere Kapitale infolgedessen auch daran hindert, den Konkurrenzvorsprung einzuholen. Anders als beim natürlichen

Monopol, bei dem vor allem das Bodeneigentum Monopolstellungen ermöglicht, bedeutet das künstliche Monopol immer die Fixierung von Unterschieden in den Produktionsbedingungen. Seine Relevanz erhält es aus der in allen kapitalistischen Staaten gültigen Patentierungsmöglichkeit von Erfindungen, mögen sie sich auf das Produkt oder auf die Produktionsbedingungen beziehen. Mit dem *Patent* wird es einzelnen Kapitalen möglich, technologische Verfahren oder neue Produkte zeitweise für sich zu *monopolisieren* und, solange der Patentschutz währt, einen Extraprofit zu erzielen. Dieser Fall einer Monopolstellung ist nichts Außergewöhnliches und trifft vor allem nicht nur auf große Kapitale zu, sondern gerade auch auf kleinere technologisch fortschrittliche Unternehmen. Diese Extraprofite können nur unter zwei Umständen erhalten bleiben: Einmal, wenn es denjenigen Kapitalen, die diesen Extraprofit aufgrund von Patentierungen beziehen, gelingen sollte, ihren technologischen Vorsprung als materielle Voraussetzung für ausnahmsweise Produktivkraft zu erhalten, indem sie technologische Entwicklungen bei anderen Kapitalen *abblocken* (durch Patent oder andere Verfahren bis hin zu kriminellen Aktionen); zum anderen dadurch, daß der technologische Vorsprung erhalten bleibt, indem die *Geschwindigkeit der technologischen Erneuerungen* mindestens so schnell ist wie diejenige bei den konkurrierenden Einzelkapitalen. Im ersten Fall wäre die Stornierung jeglichen technischen Fortschritts und die Zementierung eines gegebenen technologischen Produktionsniveaus die Folge. Im zweiten Fall hätten wir das Gegenteil, nämlich eine progressive Zunahme technischer Neuerungen. Beide Tendenzen, obwohl sie sich auszuschließen scheinen, sind gleichermaßen wirksam, woraus sich auch die widersprüchliche Technologiepolitik gerade der großen Konzerne ergibt: einerseits die Unterhaltung von großen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen und andererseits die Sperrung technologischer Erkenntnisse durch Sperrpatente, Betriebsgeheimnisse usw., um deren Anwendung durch andere Kapitale und selbst durch das eigene Unternehmen zu verhindern.

Die widersprüchliche Position der Kapitale in bezug auf den Extraprofit — Stornierung *und* Beschleunigung des technischen Fortschritts zugleich — wird auch von Lenin zum Ausdruck gebracht. Einmal nämlich sieht er im Monopol einen „gigantischen Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion. Im Besonderen wird auch der Prozeß der technischen Erfindungen und Vervollkommnungen vergesellschaftet“[101]. Zum anderen beschreibt er das Monopol als Ausdruck der Fäulnis, des Parasitismus, der Zersetzung: „Dennoch erzeugt es wie jedes andere Monopol unvermeidlich die Tendenz zur Stagnation und Fäulnis. In dem Maße wie Monopolpreise, sei es auch nur vorübergehend, eingeführt werden, verschwindet bis zu einem gewissen Grade der Antrieb zum technischen und folglich auch zu jedem anderen Fortschritt, zur Vorwärtsbewegung: und insofern entsteht die ökonomische Möglichkeit, den technischen Fortschritt künstlich aufzuhalten . . .“[102]. Die Tendenz zur Fäulnis durch eine totale Stornierung des technischen Fortschritts wird erst dann Oberhand gewinnen, wenn das Monopol total ist, d. h. wenn gesellschaftlicher und individueller Wert zusammenfallen. Dann gibt es nur noch *ein* Einzelkapital, das zugleich auch das Gesamtkapital verkörpert. Solange aber die Dynamik der Ausgleichsbewegungen des Kapitals wirksam ist, solange sich die Einzelkapitale

also als Teile des Gesamtkapitals verhalten müssen, wird auch die Konkurrenz wirksam bleiben und die Monopolposition in Frage stellen, indem technische Vorsprünge beseitigt werden. Das hat auch Lenin im Auge, wenn er schreibt: „Gewiß kann das Monopol unter dem Kapitalismus die Konkurrenz auf dem Weltmarkt niemals restlos und auf sehr lange Zeit ausschalten ... Die Möglichkeit, durch technische Verbesserungen die Produktionskosten herabzumindern und die Profite zu erhöhen, begünstigt natürlich Neuerungen. Aber die Tendenz zur Stagnation und Fäulnis, die dem Monopol eigen ist, wirkt nach wie vor und gewinnt in einzelnen Industriezweigen, in einzelnen Ländern für gewisse Zeitspannen die Oberhand"[103]. Es ergibt sich, daß Monopole, beruhend auf einem Extraprofit, in ihrer Dauerhaftigkeit beschränkt sind, solange der Widerspruch zwischen Einzelkapital und Gesamtkapital in der Dynamik von gesellschaftlichem und „individuellem" Wert sich ausdrückt.

„Unter *zufälligem Monopol* verstehn wir das Monopol, das dem Käufer oder Verkäufer erwächst aus dem zufälligen Stand von Nachfrage und Angebot"[103a]. Damit können Fälle gemeint sein wie folgender, den Schumpeter beschreibt: „Der Dorfkrämer am Ohio kann während einer Überschwemmung für Stunden oder sogar Tage ein wirklicher Monopolist sein. Jeder erfolgreiche Corner kann für den Augenblick ein Monopol erbeuten ..."[104]. Beim zufälligen Monopol haben wir es also mit Erscheinungen zu tun, die in einer Gesellschaft, in der die Reproduktion anarchisch verläuft, also auch immer wieder Raum für Zufälligkeiten eröffnen — jedenfalls vom Einzelkapital aus betrachtet —, immer vorkommen werden. Solche zufälligen Monopole können aber — wie schon das von Schumpeter aufgeführte Beipsiel zeigt — nicht als bezeichnend für die gesellschaftliche Reproduktionsstruktur angesehen werden. Sie werden in Gesellschaften, deren Entwicklung noch nicht bis zu Beherrschung der Naturgewalten geführt hat, eine größere Rolle spielen als in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Die Spekulation mit Lebensmitteln in Überschwemmungsgebieten oder nach anderen Naturkatastrophen, wie sie immer wieder vorkommt, ist nichts anderes als die spekulative Ausnutzung von zufälligen Monopolsituationen. Aber auch hier zeigt sich bereits, daß häufig genug der Zufall *manipuliert* wird und z. B. durch Getreidehortung eine Monopolsituation künstlich hergestellt wird.

Wir könnten uns mit diesen Andeutungen zum zufälligen Monopol begnügen, wenn nicht erstens die aus der Stellung von Angebot und Nachfrage resultierenden Monopole im Rahmen der bürgerlichen Marktformenlehre eine ganz entscheidende Rolle spielen würden und zweitens von Einzelkapitalen nicht unter bestimmten Umständen *der Stand von Nachfrage und Angebot auf dem Markt manipuliert* werden könnte mit dem gleichen Effekt, wie ihn der „zufällige Stand von Angebot und Nachfrage" herbeiführen würde. Daher sprechen wir auch von *zufälligen und manipulierten* Monopolen.

In der Marktformenlehre der bürgerlichen Ökonomie figuriert das Monopol als ein Extrempunkt zwischen der Situation vieler Anbieter bzw. Nachfrager (vollkommene Konkurrenz) und der Situation eines Anbieters (Monopol) oder eines Nachfragers (Monopson)[105]. Das Monopol wird hier anhand der an der Oberfläche erscheinenden Konstellation von

Angebot und Nachfrage definiert, wobei die bloße Anzahl von Nachfragern und Anbietern bereits zum ökonomischen Strukturmerkmal wird. Dies kommt dadurch zustande, daß beim zufälligen Monopol Käufer und Verkäufer, Nachfrager und Anbieter betrachtet werden, denen es aufgrund des Standes von Angebot und Nachfrage zufällig möglich ist, aus der *Zirkulation durch nichtäquivalenten Kauf bzw. Verkauf einen Zusatzprofit* herauszuholen. Das Monopol ist hier ausschließlich an den Verkaufsakt bzw. Kaufakt gebunden und daher an die *relative Macht* des Käufers bzw. Verkäufers über den Tauschpartner, es ist nicht an der Kapitalbewegung festgemacht und aus den Produktionsbedingungen abgeleitet. Die Zufälligkeit des Standes von Angebot und Nachfrage und die daraus entspringende zeitweilige Monopollage ist nur eine seltene und unwichtige Ausnahmeerscheinung, oder aber es gelingt den einzelnen Kapitalen, solche Konstellationen von Angebot und Nachfrage, in denen aus dem Austausch Profite von anderen gezogen werden, *manipulativ* auf längere Zeit herzustellen.

Das Monopol drückt sich so also als *Marktmacht* gegenüber den anderen Marktteilnehmern aus. Insofern kann sich das Monopol auch auf die verschiedenen Märkte beziehen: auf den *Arbeitsmarkt*, den *Warenmarkt*, den *Geld- und Kreditmarkt*. Da, wie des öfteren schon betont, jedes Einzelkapital nach Maximalprofit strebt und es ihm gleichgültig ist, ob der Profit im Produktionsprozeß produziert wird oder aus der Zirkulation durch monopolistische Praktiken geholt wird, wird es — wenn möglich — Angebot und Nachfrage so zu manipulieren trachten, daß es eine Monopolsituation erreicht, und das ist identisch mit der Erzielung eines monopolistischen Surplusprofits. Es ist klar, daß zu solchen Manipulationen ein Mindestmaß an *ökonomischer Macht* beim Monopol angesammelt sein muß. Andernfalls würde sich die Macht an der Macht der anderen Marktteilnehmer brechen, deren Interessen ja notwendig dem Monopol entgegengerichtet sind.

Auf dem *Arbeitsmarkt* werden Praktiken eingesetzt, um den Preis der Arbeitskraft zu senken. Dies zu versuchen, gehört zur Natur des Kapitals und ist ein Ausdruck des grundlegenden Monopols der kapitalistischen Gesellschaft, des Monopols des Kapitals über die Produktionsmittel gegenüber den freien Lohnarbeitern. Die daraus resultierende Macht des Kapitals ist immer auch dahingehend eingesetzt worden, die Arbeitskraft unter Wert zu bezahlen, also nicht nur aus dem Arbeiter Mehrarbeit herauszupressen, sondern die Vernutzung der Arbeitskraft noch nicht einmal voll zu bezahlen. Diese Praktiken wurden und werden im großen Ausmaß dann angewendet, wenn die Arbeiterklasse schwach ist, sei es, weil (noch) keine Gewerkschaften existieren, sei es, weil staatliche Unterdrückung der Arbeiterklasse deren Machtentfaltung verhindert (Faschismus), sei es, weil eine große Reservearmee von Arbeitsuchenden das Angebot weit über die Nachfrage nach Arbeit treibt (Wirtschaftskrise), sei es, weil ein Einzelkapital in einer bestimmten Region aus der mangelnden Mobilität der ortsansässigen Arbeiter Nutzen zieht. Hier haben wir es jedenfalls mit Konstellationen zu tun, die dem Arbeit nachfragenden Kapital einen Zusatzprofit ermöglichen. Allerdings kommt eine solche Konstellation allen Einzelkapitalen, die auf dem entsprechenden Arbeits-

markt nachfragen, zugute, und so wirkt sie letztlich auf eine allgemeine Steigerung der Mehrwertrate hin, aus der alle Kapitale in Form der Steigerung der Durchschnittsprofitrate Nutzen ziehen können. Wenn das ordinäre Monopol aus den Interessen des jeweiligen Einzelkapitals nach Maximalprofit entsteht und es daher in diesem Interesse in Widerspruch zu den anderen konkurrierenden Einzelkapitalen gerät, stellt das Monopol der Kapitalistenklasse gegenüber der Lohnarbeit ein *gemeinsames Monopol* aller Einzelkapitale dar.

Formal gesehen, wäre auch eine Situation möglich, in der auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitskraft monopolisiert ist und dem Kapital Bedingungen diktiert mit dem Ergebnis, daß die Arbeitskraft über ihrem Wert verkauft wird. Bürgerliche Ökonomen haben dies im Auge, wenn sie über die monopolistische Macht der Gewerkschaften Klage führen und von „Überbeschäftigung" oder einem „angespannten Arbeitsmarkt" sprechen. Es ist sicherlich richtig, daß es der Arbeiterklasse zeitweise möglich ist, die Arbeitskraft über Wert zu verkaufen. Aber da dies die Verwertung des Kapitals insgesamt beeinträchtigt, reagiert das Kapital ganz seinen immanenten Bestimmungen gemäß: es wird Arbeit durch Kapital substituieren oder die Akkumulationsrate verringern und damit die Nachfrage nach Arbeit, was die Monopolsituation der Arbeiter notwendig wieder beseitigt. Und noch etwas ist hier wichtig. Gerade aufgrund der Tendenzen des Kapitals, sein Monopol gegenüber der Arbeiterklasse durch Lohndrückung einzusetzen, ist es für die Arbeiterklasse lebensnotwendig, den Verkauf der Ware Arbeitskraft zu „monopolisieren" durch Zusammenschluß in Gewerkschaften. Denn wenn schon dadurch nicht das Monopol des Kapitals über die Produktionsmittel und die „normale" Ausbeutung im Produktionsprozeß beseitigt werden kann, so doch immerhin die Übervorteilung der Arbeiter als Verkäufer der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt.

Auf dem *Warenmarkt* können sich Monopolsituationen aus relativen Knappheitsverhältnissen ergeben. Dieser Fall wird in der Regel der bürgerlichen Monopoltheorie vom Marshall-Cournot-Typ zugrundegelegt: Das Monopol ist in der Lage, Absatz und Preis der Ware in einer Weise zu kombinieren, daß ein Profitmaximum herausspringt, das jedenfalls höher liegt als im Falle der Konkurrenz bei Befriedigung der ganzen kaufkräftigen Nachfrage. Ein solches Monopol wird also immer weniger liefern als unter Konkurrenzbedingungen und hat insofern eine negative Wirkung auf den gesellschaftlichen Reichtum in Gebrauchswerten ausgedrückt (in Geld ausgedrückt muß die Wirkung nicht unbedingt negativ sein, da ja der Monopolprofit auch als Teil des gesellschaftlichen Reichtums in kapitalistischen Gesellschaften zählt).

Die Monopolbildung auf dem Warenmarkt hängt also mit Verknappung von Angebot und/oder Nachfrage zusammen. Dies kann sowohl auf Seiten des Käufers als auch des Verkäufers geschehen, je nach der relativen Macht. Billigeinkäufe von Rohstoffen, Errichtung von Verkaufsmonopolen für bestimmte Waren, um deren Preis über dem Marktwert zu halten, sind hierfür Beispiele, die sich in der Geschichte kapitalistischer Gesellschaften zu Hauf finden lassen. Allerdings kann es auch so sein, daß solche Manipulationen von Angebot und Nachfrage nicht einen monopolistischen Surplusprofit herbeiführen sollen, sondern lediglich dem

Fall der Profitrate des eingesetzten Kapitals einer spezifischen Branche unter den gesellschaftlichen Durchschnitt entgegenwirken sollen. Wenn das gesellschaftliche Bedürfnis bzw. die kaufkräftige Nachfrage nach einer spezifischen Ware sinkt (z. B. nach Kohle), dann hat dies nicht nur Konsequenzen für die Konstellation von Angebot und Nachfrage und den Marktpreis der Ware, sondern auch für den gesellschaftlichen Wert der Ware, sofern der Rückgang der kaufkräftigen Nachfrage nicht einer nur konjunkturellen Nachfrageschwankung entspringt. Die Monopolisierung des Angebots führt dann dazu, daß die syndizierten Einzelkapitale in der Lage sind, die Produktion so einzuschränken, daß bei Aufrechterhaltung des hohen Preises ein Profit realisiert wird, der mindestens der Durchschnittsprofitrate entspricht.

Manipulationen auf dem *Kreditmarkt* beeinflussen vor allem das Teilungsverhältnis zwischen industriellem Profit und Zins. Gerade die Höhe des Zinses ist abhängig von der Konstellation von Angebot und Nachfrage nach Leihkapitalen, diese aber verändert sich je nach der konjunkturellen Lage eines nationalen Gesamtkapitals. Bedeutsam sind Zinsmanipulationen, für die industrielle Profitrate und deren Ausgleich dann, wenn Zinsdifferenzierungen durch die Banken je nach Größe oder auch anderen Merkmalen (Branche) der Einzelkapitale vorgenommen werden. Relativ günstige Kreditkonditionen für große Kreditnehmer im Vergleich zu kleineren Einzelkapitalen behindern den Ausgleich der industriellen Profitrate. Hier spielt nicht nur der zufällige oder manipulierte Stand von Angebot und Nachfrage nach Leihkapital eine Rolle, sondern die schon von Hilferding beschriebene Verflechtung von Bank- und industriellem Kapital zum Finanzkapital[106].

Natürliche, künstliche, zufällige und manipulierte Monopole wirken also gleicherweise hemmend auf den Prozeß der Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate. Das Monopol besagt nichts anderes, als daß Einzelkapitale sich zeitweise dem Prozeß der Ausgleichung entziehen können. Sie sind dann in der Lage, einen monopolistischen Surplusprofit einzustreichen, der über dem Durchschnitt der Profitraten liegt. Die Monopole beruhen darauf, daß die Interessen des Einzelkapitals nach Maximalprofit sich gegen die Tendenzen des Gesamtkapitals in Richtung der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate behaupten können.

Aneignungsweisen von Monopolprofiten

Wie der Profit des Kapitals überhaupt, so werden auch die monopolistischen Profite von den produktiven Lohnarbeitern produziert. So könnte die Frage nach den Quellen oder Aneignungsweisen der Monopolprofite sehr leicht beantwortet werden: Quelle der Monopolprofite ist die Mehrarbeit der produktiven Arbeiter. Aber mit dieser Antwort ist nichts gewonnen, da ja das Spezifikum monopolistischer Surplusprofite nicht geklärt werden könnte. Dieses Spezifikum besteht darin, daß aufgrund behinderter Mobilität von Arbeit und Kapital das Monopol aus dem insgesamt produzierten Mehrwert einen größeren Teil herauszuziehen vermag, als es ihm als Teil des Gesamtkapitals zukäme. Aufgrund des gemeinsamen Monopols der Kapitalistenklasse gegenüber der Klasse der Lohnarbeiter

kann es nicht so sein, daß nur der bei einem einzelnen Kapital produzierte Mehrwert diesem Einzelkapital zufällt. Vermittelt über komplizierte Ausgleichsprozesse der Einzelkapitale untereinander konstituieren sie sich als Gesamtkapital und gleichzeitig als Kapitalisten*klasse* gegenüber der Lohnarbeiterklasse. In diesem Konstitutionsprozeß verwandelt sich der Mehrwert in Profit, der Profit in Durchschnittsprofit, bemißt sich das Kapital an sich selbst in Form der Profitrate und der Durchschnittsprofitrate. Diese Verwandlung der Kategorien aber setzt realiter die Wertbewegung voraus, die Verteilung des produzierten Mehrwerts auf die einzelnen Kapitale, die alle auf diese Weise in die Lage versetzt werden, an der Ausbeutung der Lohnarbeiter teilzuhaben. *Umverteilung* von Werten und Mehrwert ist also notwendig in der Ausgleichsbewegung, wie die *Konkurrenz* zwischen Lohnarbeit und Kapital und der Kapitale untereinander sie vollzieht, eingeschlossen. Wir müssen uns daher der Wirkungsweise der Konkurrenz zuwenden, um den Quellen der Monopolprofite auf die Spur zu kommen.

Die Konkurrenz hat zwei Seiten. Sie vollzieht sich als Bewegungsform des Kapitals einmal *innerhalb* und zum anderen *zwischen* den *Branchen*. Die Kapitale konkurrieren mit ihren Waren auf dem Markt. Dabei ist der doppelte Charakter der Ware unter kapitalistischen Produktionsbedingungen zu berücksichtigen. Einmal ist die Ware eine Ware mit einem bestimmten Wert und Gebrauchswert, zum anderen aber Produkt von Kapital. Einerseits konkurrieren die Waren mit identischem Gebrauchswert miteinander um das in kaufkräftiger Nachfrage sich ausdrückende gesellschaftliche Bedürfnis. Hier geht es also wesentlich um die Einheitlichkeit der Produktionsbedingungen und daher auch der ‚individuellen' Werte der von verschiedenen Produzenten produzierten Waren innerhalb einer Branche. Andererseits allerdings konkurrieren die Waren gänzlich unabhängig von ihrer Gebrauchswertgestalt. Denn als Produkte von Kapital sind sie lediglich relevant als Resultate eines Produktionsprozesses, der bestimmte Kosten verursacht hat, auf die eine bestimmte Profitrate vom einzelnen Kapitalisten „aufgeschlagen" worden ist. Die Konkurrenz hat dementsprechend eine *doppelte* Wirkung: Erstens muß sie identische Werte und Preise für die Produkte mit gleichem Gebrauchswert herstellen, und zweitens muß sie zwischen den verschiedenen Branchen eine gleiche Durchschnittsprofitrate erwirken.

Wenden wir uns der Konkurrenz innerhalb einer Branche zu. In einer bestimmten Branche, die wir damit definieren, daß in ihr ein bestimmter Gebrauchswert hergestellt wird, kann der Preis der entsprechenden Ware mit dem entsprechenden Gebrauchswert nur einheitlich sein. Dies kann allerdings nicht bedeuten, daß die Produktionsbedingungen, unter denen die Ware hergestellt wird, in jedem Moment ebenso einheitlich sind. In der Gleichheit der Preise kommt das gesellschaftliche Moment zum Ausdruck, daß alle Produzenten eines bestimmten Gebrauchswerts einen bestimmten gemeinsamen Platz im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einnehmen. In der jedesmaligen Unterschiedlichkeit der Produktionsbedingungen bei individuellen Kapitalisten dagegen drückt sich aus, daß die Produktion unter kapitalistischen Bedingungen als private erfolgt. Von der gesellschaftlichen Seite her gesehen, wird insofern immer Durchschnittlichkeit verlangt, von der privaten Seite her betrachtet, herrscht

„Individualität", in diesem Falle Individualität der Produktionsbedingungen. Bei einem Marktwert in einer Branche können also die Kostenpreise der erzeugten Waren sehr verschieden sein. Es ergibt sich also notwendigerweise eine Abweichung von „individuellen Werten" und dem gesellschaftlichen oder *Marktwert* in einer Branche. Diejenigen Kapitale, deren individueller Wert unter dem Marktwert liegt, sind in der Lage, einen *Extraprofit* zu erzielen. Daraus ergibt sich bereits das notwendige Streben aller Kapitalisten, den individuellen Wert zu senken, in der Regel, indem die Produktivkraft der Arbeit entwickelt wird. Wenn aber alle Kapitalisten dieses Resultat anstreben, wird immer wieder die Durchschnittlichkeit, d. h. die Gesellschaftlichkeit nicht nur als gemeinsamer Marktwert in einer Branche, sondern auch als angeglichene Produktionsbedingungen hergestellt.

Die einzelnen Kapitale einer entsprechenden Branche konkurrieren also miteinander. Ihre Konkurrenz aber geht noch um die Ware. Es geht dabei noch nicht um die *Ware als Produkt von Kapital.* Bei der Konkurrenz der Kapitale zwischen den Branchen spielt nicht mehr der gesellschaftliche Wert (Marktwert) die regulierende Rolle. Vielmehr geht es hier — die Ware als Produkt von Kapital — um den Ausgleich individueller Verwertungsraten der Einzelkapitale zur gesellschaftlich durchschnittlichen Verwertungsrate, zur gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate. Zwischen den beiden Ebenen der Konkurrenz innerhalb einer Branche und zwischen den verschiedenen Branchen besteht ein Widerspruch. Der Ausgleich zum gesellschaftlichen Marktwert impliziert verschiedene Profitraten entsprechend den unterschiedlichen Produktionsbedingungen. Die Ausgleichung zur gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate aber impliziert je nach der Kapitalzusammensetzung der Einzelkapitale verschiedene Marktwerte bzw. Marktpreise. Dieser Widerspruch ist der Produktionsweise eigen, aber er findet auch seine *Form,* in der er sich zu entfalten vermag, und zwar in der realen Kategorie des *Produktionspreises.* Der Produktionspreis eines produzierten Warenkapitals hat nicht nur die Eigenschaft (wie der Marktwert), daß der Preis des einzelnen Elements des Warenkapitals, der Ware, einheitlich in einer durch den Gebrauchswert bestimmten Branche ist, sondern darüber hinaus die Eigenschaft, daß (berechnet auf den Kapitalvorschuß [Kostpreis]) jeder einzelne Kapitalist eine durchschnittliche Profitrate bezieht.

Es ist einsichtig, daß zur Herausbildung des Produktionspreises und der durchschnittlichen Profitrate eine relativ hohe Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise notwendig ist. Denn erstens ist zur Konkurrenz zwischen den Branchen, deren Wirkung sich auf die Ware als Produkt von Kapital bezieht, Mobilität von Kapital und Arbeitskraft notwendig, in viel größerem Maße jedenfalls als bei der Konkurrenz innerhalb der Branche, die sich auf die Ware als Ware bezieht. Zweitens ist die Kategorie des Produktionspreises gegenüber derjenigen des Marktwertes auch insofern weiter fortbestimmt, als in ihr die durch den Gebrauchswert gesetzten Schranken (Branche) überwunden sind und das Kapital seine Einheitlichkeit und Uninteressiertheit gegenüber dem Konkretum Gebrauchswert und Arbeit nicht mehr an der Ware zu erweisen hat, sondern nur noch an sich selbst. Im Produktionspreis, der die Durch-

schnittsprofitrate impliziert, ist dem Kapital seine adäquate Preiskategorie gegeben.

Bei der Kalkulation der Profitrate eines Einzelkapitals zählt nicht mehr die Unterschiedlichkeit des variablen und konstanten Kapitals, wie wir bereits gesehen haben. Da aber entsprechend der Branche und der technologischen Entwicklung der Anteil des variablen Kapitals am gesamtvorgeschossenen Kapital sehr verschieden ist, oder anders ausgedrückt: die organische Zusammensetzung des Kapitals unterschiedlich ist, müßten die einzelnen Kapitale bei gleicher Mehrwertrate einen unterschiedlich großen Mehrwert auf das insgesamt vorgeschossene Kapital beziehen können. Je größer die organische Zusammensetzung des Kapitals, desto niedriger müßte die Profitrate sein. Die Herausbildung der Durchschnittsprofitrate also impliziert, daß es zwischen den einzelnen Kapitalen zu einer „Umverteilung" von Werten kommt. Diese Umverteilung ist jedoch keineswegs eine Art „sekundärer Umverteilung", in der die ursprünglichen Resultate der Wertbewegung mittels staatlicher Aktion oder einzelkapitalistischer Einsicht korrigiert würden, vielmehr vollzieht sich dieser Ausgleich und die damit einhergehende Umverteilung von Werten im Verlauf der Kapitalbewegung selbst. Unterschiedliche Profitraten, die empirisch immer gegeben sind, führen gerade unter Verhältnissen des entwickelten Kreditwesens zu Kapitalwanderungen, zur Anlage des Zusatzkapitals in Branchen, in denen überdurchschnittliche Profitraten erwartet werden. Vorausgesetzt ist hier Mobilität des Kapitals und Mobilität der Arbeit. Nur dann kann die Kategorie, über die dieser Ausgleich vermittelt ist, nämlich der Produktionspreis, sich wirklich herausbilden.

Die Umverteilung von Werten durch die Konkurrenz der Kapitale erfolgt also nur zwischen den Branchen, nicht innerhalb der Branchen. Die Differenz zwischen dem gesellschaftlichen und dem „individuellen" Wert ist nichts, was von dem einen zum anderen Kapital übertragen werden müßte. Der aus dieser Differenz resultierende Extramehrwert oder -profit hat folglich nichts mit Umverteilung zu tun[107]. Diese differenzierte Behandlung des Problems der Umverteilung von Werten durch die Konkurrenz der Kapitale ermöglicht uns nun auch eine differenzierte Beantwortung der Frage nach den Quellen der monopolistischen Überprofite.

Beim *künstlichen* Monopol entstehen die monopolistischen Extraprofite nicht durch Wertübertragung, da ja die Differenz zwischen gesellschaftlichem und „individuellem" Wert nicht der Wertübertragung, sondern der Unterschiedlichkeit individueller Produktionsbedingungen geschuldet ist. Das künstliche Monopol bezieht seinen Profit vielmehr daraus, daß es anderen Kapitalen der Branche unmöglich gemacht wird, aufgrund neuer Produktionsverfahren oder Produkte den „individuellen" Wert auf den Stand desjenigen des Monopols zu senken. Der gesellschaftliche Wert in der Branche muß also künstlich hochgehalten werden, um aus der Differenz zwischen gesellschaftlichem und „individuellem" Wert den entsprechenden Extraprofit ziehen zu können.

Das *zufällige und manipulierte* Monopol ist immer und notwendigerweise mit Wertübertragungen verbunden. Denn es zieht seinen Monopol-

profit aus nicht-äquivalentem Tausch, d. h. es kauft seine Vorprodukte zu einem unter dem Produktionspreis liegenden Marktpreis ein bzw. verkauft seine Waren über dem Produktionspreis. Dadurch zieht es aus der Zirkulation mehr Wert, als es ihm der Kapitalgröße entsprechend zustehen würde.

Der Monopolprofit aufgrund der *Monopolisierung von Naturkraft* kann durch Wertübertragungen zustande kommen, dies muß aber nicht sein. Bei der Behandlung der Kategorie der Grundrente geht Marx davon aus, daß sie aus der Differenz von Wert und Produktionspreis entstehe. Das bedeutet, daß bei Kapitalen mit einer vergleichsweise niedrigen organischen Zusammensetzung des Kapitals ein monopolistischer Überprofit dann anfallen kann, wenn der von diesen Kapitalen angeeignete Mehrwert *nicht* in den Ausgleichungs- und Umverteilungsprozeß der Konkurrenz eingeht. Diese Kapitale legen sozusagen auf den bei ihnen produzierten Mehrwert die Hand und verhindern so, daß er in die „Gemeinschaftskasse" des Gesamtkapitals zur Verteilung an die vielen Einzelkapitale fließt. Die Verhinderung wird ermöglicht durch das Bodenmonopol.

Wir sehen also, daß Monopolprofite auf drei scharf voneinander zu unterscheidenden Aneignungsweisen beruhen. *Erstens:* Monopolprofite entstehen, ohne daß auch nur die Spur von Wertübertragungen erfolgen müßte, dadurch, daß innerhalb einer Branche der Ausgleich zwischen gesellschaftlichem Wert der in der entsprechenden Branche produzierten Waren und dem „individuellen" Wert der von dem Monopol produzierten Waren verhindert wird. *Zweitens:* Monopolprofite entstehen, indem das Monopol aus der Zirkulation sich Werte aneignet, d. h. die monopolistischen Waren über dem Produktionspreis verkauft werden bzw. das Monopol von anderen Kapitalen unter dem Produktionspreis einkauft. Wertübertragungen von der Arbeiterklasse durch Zirkulationsakte finden nur scheinbar statt. Denn können sich die Arbeiter für monopolistisch verteuerte Waren nicht schadlos halten, indem sie höhere Löhne durchsetzen, dann steigt die Ausbeutungsrate entspreehend an. Die Monopole ziehen aus der Gesamtkaufkraft der Arbeiterklasse dann einen größeren Teil, andere Kapitale verlieren dementsprechend an kaufkräftiger Nachfrage. Wenn sich aber die Arbeiter durch entsprechende Lohnsteigerungen schadlos halten können, dann sinkt bei den Kapitalen, die ihre Preise nicht heraufzusetzen vermögen, die Mehrwertrate, während sie bei den Monopolen steigt. Vermittelt über die von den Arbeitern ausgeübte zahlungsfähige Nachfrage findet also Umverteilung innerhalb der Kapitalistenklasse statt. Hier zeigt es sich, daß das grundlegende Monopol des Kapitals gegenüber der Lohnarbeiterklasse sich im Produktionsprozeß des Mehrwerts ständig materialisiert und nicht erst im Zirkulationsprozeß einer Art „sekundären Ausbeutung" bedarf. Zirkulationsmonopole sind daher immer im wesentlichen Momente der Umverteilung innerhalb der Kapitalistenklasse. *Drittens:* Monopolprofite entstehen, indem sich einzelne Kapitale den Ausgleichsprozessen gänzlich entziehen und daher auch die unter ihrer Ägide von den produktiven Lohnarbeitern produzierten Werte und den Mehrwert gar nicht in den Ausgleichsprozeß eingehen lassen. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn die organische Kapitalzusammensetzung unterdurchschnittlich niedrig ist.

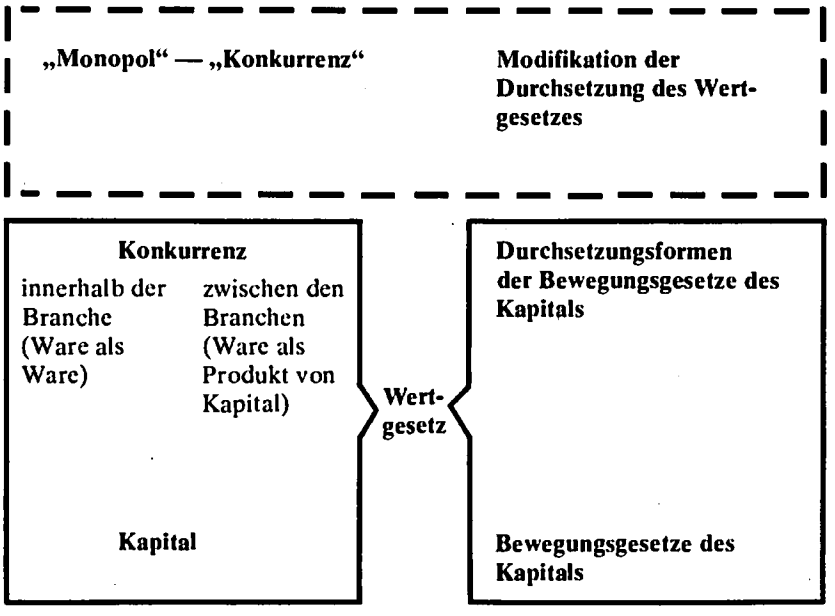
Diese drei Quellen des Monopolprofits sind scharf auseinanderzuhalten, da von ihnen auch die Reproduktionsmöglichkeiten des Monopols sowie die Wirkungen auf den Gesamtreproduktionsprozeß der Gesellschaft abhängen.

Erst auf dieser systematisch entwickelten Grundlage ist es möglich, die Methoden im einzelnen darzustellen, mit denen monopolistische Extraprofite angeeignet werden, mit denen die Mobilität von Arbeit und Kapital eingeschränkt wird, mit denen besonders günstige Verwertungssituationen errichtet und gegenüber den konkurrierenden Einzelkapitalen abgeschirmt werden. Je nach der Form des Monopols und der Aneignung monopolistischer Zusatzprofite ist aber auch deren Dauerhaftigkeit verschieden. Denn die Wege, auf denen im Prozeß der Kapitalakkumulation die Erosion von Monopolstellungen stattfindet, sind je verschieden. Die Zeiträume der Beseitigung monopolistischer Extraprofite, wenn diese z.B. durch Patentierung fixiert sein sollten, sind andere als bei Monopolprofiten, die auf der Monopolisierung von natürlichen Ressourcen aufgrund des Bodeneigentums entstehen. Die Zeitdauer bei zufälligen Monopolen ist häufig sehr gering, auch wenn die Profite in diesem kurzen Zeitraum sehr hoch sein mögen. Manipulierte Monopole aufgrund von Marktmacht sind in den Reproduktionsmöglichkeiten der Marktmacht quantitativ und zeitlich begrenzt. Daher müssen auf die Frage nach der Dauerhaftigkeit sehr differenzierte Antworten gegeben werden.

Wenn in diesem Zusammenhang auf die oben skizzierte fünfte Position hinsichtlich des Verhältnisses von Durchschnittsprofit und Monopolprofit zurückgekommen werden soll, dann unter Berücksichtigung des folgenden Ergebnisses. Das Monopol als großes Einzelkapital hört nicht auf zu fungieren, wenn der Monopolprofit erodiert. Der Monopolprofit ist keine auf Dauer zu beziehende Größe. Er wird in der Konkurrenz immer wieder abgebaut, wobei durchaus die Möglichkeit besteht, daß aufgrund besonderer Bedingungen das Schwinden von monopolistischen Profiten sich über längere Zeiträume verzögert, daß die Wirkungsweise des Wertgesetzes sich also nur *modifiziert* durchsetzt.

Dieser Zusammenhang soll anhand folgenden Schemas verdeutlicht werden: Dem Kapital sind bestimmte Bewegungsgesetze eigen, die in der Sphäre der Konkurrenz als äußere Zwangsgesetze dem Einzelkapital aufgeherrscht werden. Gesetze des Kapitals und Formen der Durchsetzung dieser Gesetze in der Sphäre der Konkurrenz zusammen sind das, was mit dem Begriff „Wertgesetz" gemeint ist. Zu unterscheiden ist dabei, daß die Konkurrenz in doppelter Form agiert, so wie die vom Kapital produzierte Ware „ordinäre" Ware einerseits und Produkt von Kapital andererseits ist. Erst auf dieser Grundlage sind die *Modifikationen* des Wertgesetzes überhaupt kalkulierbar. Auf dieser Grundlage auch wird deutlich, was Konkurrenz begrifflich bedeutet, in welchem inneren Zusammenhang Konkurrenz mit dem Kapitalbegriff steht. Danach erst ist es möglich, den Gegensatz von Konkurrenz und Monopol zu konstruieren, wobei das Monopol die hier nur angedeuteten modifizierten Wirkungen hinsichtlich der Durchsetzung der Bewegungsgesetze des Kapitals entfaltet. An dem Schema soll deutlich werden, daß die Modifikationen des Wertgesetzes sowie der Gegensatz von Monopol und Konkurrenz auf einer anderen

logischen Ebene angesiedelt sind als der Kapitalbegriff, der Konkurrenzbegriff und der Begriff des Wertgesetzes.



Wenn wir bei der Behandlung des Marxschen Gesetzbegriffs davon ausgingen, daß die Vermittlungen zwischen Bewegungsgesetzen der Produktionsweise und den Aktionen der Einzelkapitale nicht aufgelöst werden können, ohne daß damit die Vorstellung vom Wertgesetz sinnlos oder doch bedeutungslos würde, dann zeigt sich jetzt, daß der Vermittlungszusammenhang durchaus Modifikationen zuläßt. *Das Monopol ist eine solche Modifikation.* Es widerspricht dem Wertgesetz schon deshalb nicht, weil es begrifflich auf der Ebene der Aktionen der vielen Einzelkapitale aufeinander zu orten ist: nämlich als ein Einzelkapital, das wie jedes andere Einzelkapital nach Maximalprofit strebt, dabei aber aufgrund besonderer Machtkonstellationen in der Lage ist, sich den durch die Zwangsgesetze der Konkurrenz aufgeherrschten Ausgleichsbedingungen auf eine mehr oder weniger lange Zeitdauer zu entziehen. Daß hierfür neben anderen Faktoren die Größe des Kapitals verantwortlich ist, kann nicht bestritten werden. Einmal existent aber, modifiziert das Monopol die Wirkungsweise der Ausgleichsbewegungen der Kapitale. Es kann ja als Monopol nur bestehen, wenn es die Mobilität des Kapitals und der Arbeit einschränkt, um Angriffe auf seine Monopolstellung abzuwehren. Daher brauchen die Prozesse, die das Kapital als Gesamtkapital immer wieder reproduzieren, *längere Zeiträume*, als es unter Bedingungen voller Kapitalmobilität der Fall sein würde. Das Monopol kann seine Stellung nur halten, indem es seine Macht reproduziert. Diese *Reproduktionsbedingungen der Monopolmacht* aber sind nicht nur nach den Aneignungsweisen des Monopolprofits verschieden, sondern sie unterliegen der wenn

auch modifizierten Wirkungsweise des Wertgesetzes. Jede andere Annahme müßte konsequent genug sein, das der Wirkungsweise des Wertgesetzes vollends entzogene Monopol als Element einer „neuen Gesellschaft" begreifen, die alles sein könnte, nur keine kapitalistische Gesellschaft mehr.

Das Wertgesetz begrenzt also monopolistische Machtentfaltung, die Monopolmacht kann niemals an die Stelle des Wertgesetzes treten. Aber sie modifiziert seine Durchsetzung. Sie wirkt dahin, daß sich die Bewegungsgesetze der Produktionsweise eben nur als Tendenzen durchsetzen. Diese Tendenzen aber resultieren in den zu Beginn des Artikels beschriebenen Formen der Vergesellschaftung — Entstehung großer Konzerne, steigende organische Kapitalzusammensetzung, wachsender Fixkapitalanteil, Veränderungen in der reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, größere Bedeutung der politischen Intervention in die Ökonomie, wachsende Bedeutung der Kontinuität der Wertzirkulation und schließlich veränderte Klassenstrukturen —, die, gleichgültig ob einzelne Kapitale Monopolprofite beziehen oder nicht, die Strukturen darstellen, die den hochentwickelten Kapitalismus ausmachen und daher Gegenstand und/oder Basis des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Kapitalverhältnis sind.

Anmerkungen

1 Dies ist die geläufigste Phaseneinteilung kapitalistischer Entwicklung, die in unseren weiteren Ausführungen noch eingehend behandelt werden wird. Es sei daher nur darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Theoretikern andere Kriterien und Bezeichnungen benutzt:

Werner *Sombart* unterscheidet zwischen Früh-, Hoch- und Spätkapitalismus und macht diese Einteilung an der „Reinheit" der kapitalistischen Strukturprinzipien fest, die er vor allem in der Zunahme der „Rationalität" und der „Versachlichung" erblickt; *Baran* und *Sweezy* teilen nach bestimmten grundlegenden Erfindungen ein, nämlich nach der Erfindung der Dampfmaschine, der Elektrizität, des Kraftwagens; Ernest *Mandel* unterscheidet im Gefolge von *Kondratieff* mehrere „lange Zyklen" kapitalistischer Entwicklung, die sich ebenfalls an grundlegenden technologischen Neuerungen orientieren; *Schumpeter* stellt in ähnlicher Weise die Zeitalter der „industriellen Revolution", des „Dampfes und Stahls" und der „Elektrizität, der Chemie und des Motors" fest; Joan *Robinson* sieht den heutigen Kapitalismus durch die krisenregulierende Potenz des Staates und die Einflußnahme des sozialistischen Lagers auf die innere kapitalistische Entwicklung charakterisiert; Nicos *Poulantzas* unterscheidet zwischen einer Übergangsphase zum Imperialismus, einer Konsolidierungsphase und der gegenwärtigen Phase.

Wir sehen also erhebliche Differenzen bei Theoretikern der kapitalistischen Entwicklung, die strukturellen Veränderungen begrifflich zu erfassen.

2 In den Theorien über den staatsmonopolistischen Kapitalismus werden gerade in dieser Frage sehr unterschiedliche Konsequenzen gezogen. Zwar wird von allen festgestellt, der staatsmonopolistische Kapitalismus sei Kapitalismus; aber oftmals werden dieser Phase so bedeutsame Wandlungen und Änderungen der Bewegungsgesetze unterstellt, daß der Kapitalismusbegriff seine Schärfe verliert.

3 In den eher soziologisch orientierten Wachstumstheorien à la Hirshman, Lewis oder Rostow haben wir dagegen die beinahe völlige Vernachlässigung allgemeiner Entwicklungsgesetze der Gesellschaft und der daraus ableitbaren sozialen Zwänge und Grenzen.

4 Hier ist auch das neoricardianische Mißverständnis der Marxschen Theorie angesiedelt: ihre quantitative, daher formalisierbare Seite wird gegenüber der qualitativen, auch historischen Seite hypostasiert. Darauf hat ausführlich Robert Rowthorne, Marxism and the Capital Theory Controversy, in: Bulletin of the Conference of Socialist Economists, 2,2, Autumn 1972, hingewiesen.

5 G. Stiehler, Die Marxsche Analyse der Widersprüche des Kapitalismus im „Kapital" und der staatsmonopolistische Kapitalismus, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 15.Jg., 8/1967, S. 957.

5a K. Marx, MEW Bd. 23, S. 333.

6 Dies stimmt in der Rigidität der Formulierung nicht ganz. Denn die Reaktionsweisen des Arbeiters auf Veränderungen des Arbeitsprozesses können dem Kapital so große Schwierigkeiten machen, daß es doch darauf Rücksicht nehmen muß, um überhaupt Produktivkraftsteigerungen realisieren zu können. Die gegenwärtigen Tendenzen einer, wie es so euphemistisch und falsch heißt, „Humanisierung der Arbeit" stellen gerade den Versuch dar, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß der Arbeiter seine Arbeit im Interesse des Kapitals verausgabt. Seine „Zufriedenheit" und die daraus sich ergebende Kontinuität der Produktion wird so für das Kapital zu einer Produktivkraft.

7 Vgl. dazu Helmut Reichelt, Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx, Frankfurt/M. und Wien 1970, insbes. S. 126 ff.

8 „Damit das Kapital sich seinem Begriff entsprechend verwerten kann, muß es sich notwendig in seiner Reproduktion von seiner Basis, der unmittelbaren menschlichen Arbeitskraft, möglichst unabhängig machen." So Rudi Schmiede, Grundprobleme der Marxschen Akkumulations- und Krisentheorie. Frankfurt 1973, S. 72.

9 In diesem Zusammenhang wären die Maßnahmen und Entwicklungsprozesse zur Herstellung des nationalen und des Weltmarkts zu behandeln: Aufhebung innerer und äußerer Zölle, Kapitalverkehrsbeschränkungen, die Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitskraft, ihre Qualifikation zur Mobilität, die technologische Entwicklung eines Kommunikationssystems, das die Zeitdauer der Informationsübermittlung oder der Überbrückung von Entfernungen durch Waren und Menschen minimiert. Dieser Hinweis kann die systematische Abhandlung nicht ersetzen, er soll lediglich das Problem verdeutlichen.

10 „Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind. Die Schranken, in denen sich die Erhaltung und Verwertung des Kapitalwerts, die auf der Enteignung und Verarmung der großen Masse der Produzenten beruht, allein bewegen kann, diese Schranken treten daher auch beständig in Widerspruch mit den Produktionsmethoden, die das Kapital zu seinem Zweck anwenden muß und die auf unbeschränkte Vermehrung der Produktion, auf die Produktion als Selbstzweck, auf unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit lossteuern." So Karl Marx, MEW Bd. 25, S. 260.

10a K. Marx, MEW Bd. 25, S. 620.

11 Auch wenn es selten expliziert wird, schwingt in vielen Theorien über das Monopol gerade die Vorstellung vom inneren Zusammenhang von Größe und Immobilität des Kapitals mit. Dies muß jedoch keineswegs so sein.

12 Mit der Entwicklung der Produktivität werden die einzelnen Elemente des konstanten Kapitals „billiger", der Arbeitszeitaufwand für ihre Reproduktion sinkt. Wenn daher die Masse an Produktionsmitteln pro Arbeitsplatz oder Arbeiter auch zunimmt, so, infolge der partiellen Verbilligung der einzelnen Elemente dieser

Produktionsmittel und der Rohstoffe, die Quantität der *Kapitalwerte* im Vergleich mit dem für die Arbeitskraft aufzuwendenden Kapital nicht im gleichen Ausmaß.

13 Der Akkumulationsfonds umfaßt alle diejenigen Geldbeträge, die aus dem realisierten Mehrwert für die Akkumulation des Kapitals zur Verfügung stehen. Der Amortisationsfonds umfaßt die Geldbeträge, die aus dem Rückfluß der auf das Produkt übertragenen Wertteile des konstanten fixen Kapitals sich so lange ansammeln, wie kein stofflicher Ersatz für das fixe Kapital vorgenommen werden muß. Auch wenn diese Mittel für den Stoffersatz vorgesehen sind und das Korrelat für den Wertverzehr des konstanten fixen Kapitals im Produktionsprozeß darstellen, sind diese Mittel doch während der Funktionsdauer der Arbeitsmittel liquide und mobilisierbar — was denn auch in großem Umfang geschieht.

14 Aus der veränderten Wertstruktur des Kapitals lassen sich beispielsweise so komplizierte Prozesse erklären wie die permanente Inflation, die Tatsache, daß die Preise im Gegensatz zum „klassischen Zyklus" in der Krisen- oder Depressionsphase nicht mehr zurückgehen, sondern die Preissteigerungsrate gar beschleunigt wird. Vgl. dazu Elmar Altvater, Jürgen Hoffmann, Rainer Künzel, Willi Semmler, Inflation und Krise der Kapitalverwertung, in: Probleme des Klassenkampfs, Nr. 17/18, V. Jahrg. 1975, S. 237 ff.

15 Vgl. dazu Reichelt, a.a.O.

16 Grob umrissen bedeutet formelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, daß es noch nicht die ihm eigentümlichen Methoden der Mehrwertproduktion — nämlich durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit — entwickelt hat, also absoluten Mehrwert produziert. Mit reeller Subsumtion der Arbeit unter das Kapital ist dementsprechend die Produktion des relativen Mehrwerts gemeint. Formen der Produktion des relativen Mehrwerts oder der reellen Subsumtion der Arbeit sind dann die manufakturielle und die industrielle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Vgl. dazu Karl Marx, Das Kapital, Band 1, 10. bis 13. Kapitel und ders., Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. Frankfurt/M. 1970.

16a K. Marx, MEW Bd. 23, S. 389.

16b K. Marx, MEW Bd. 23, S. 390.

16c K. Marx, MEW Bd. 23, S. 401.

16d K. Marx, MEW Bd. 23, S. 407.

17 Dies hat Henryk Grossmann sehr klar erkannt: „Es sind keine historisch-deskriptiven Schilderungen, in welchen Marx die Entstehung der großen Industrie aus der Manufaktur genetisch darstellen wollte. Beide Kapitel haben einen eminent theoretischen Charakter... Was charakterisiert die Manufaktur und die maschinenmäßige Großindustrie als zwei verschiedene Phasen der kapitalistischen Produktion? Beide haben einen kapitalistischen Charakter, beide fußen auf Lohnarbeit und sind durch das Profitstreben beherrscht. Da jedoch der technische Arbeitsprozeß in beiden durchaus verschieden ist: die Manufaktur einen ‚Produktionsmechanismus (darstellt), dessen Organe Menschen sind', die moderne Großindustrie dagegen zur Grundlage die Maschinerie hat, so stempelt sie gerade diese Verschiedenheit zu verschiedenartigen Phasen des Kapitalismus...". Henryk Grossmann, Marx, die klassische Nationalökonomie und das Problem der Dynamik. Frankfurt/M. und Wien 1969, S. 36 f.

18 Grossmann, a.a.O., S. 37.

19 Alfred Sohn-Rethel, Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis. Frankfurt/M. 1970, S. 157. Eine knappe, kritische Darstellung des Taylorismus — Verwissenschaftlichung der Arbeitsorganisation durch Arbeitszerlegung und Arbeitsintensivierung — findet sich bei Jürgen H. Mendner, „Humanisierung der Arbeit" als gewerkschaftspolitisches Problem, in: mehrwert, Beiträge zur Kritik der politischen Ökonomie, Nr. 9, Juni 1975, S. 4 ff. und ders., Technologische Entwicklung und Arbeitsprozeß. Frankfurt/M., 1975.

20 Sohn-Rethel, a.a.O., S. 160.

21 Sohn-Rethel, a.a.O., S. 164.

21a Das MTM-System (Methods Time Measurement) stellt eine Methode dar, manuelle Arbeiten in kleinste Grundbewegungen zu zerlegen, wobei für jede Grundbewegung eine Normzeit ermittelt worden ist. Dies geschah aufgrund von Zeitlupenbeobachtung von hunderttausenden von Arbeitsabläufen. Daraus ergibt sich ein Schein von Objektivität. Doch sind die Grundbewegungen durch „erfahrene" Ingenieure und Arbeitswissenschaftler isoliert worden, die die Leistungsgrade zu bewerten haben. Das System dient der Intensivierung der Arbeit und der „wissenschaftlichen" Ermittlung des an die Leistung gekoppelten Lohns. Vgl. dazu: Systeme vorbestimmter Zeit. Bericht über eine Tagung der IG Chemie. Hannover 1967. Redaktionskollektiv Gewerkschaften. Zum Zusammenhang von Kapitalakkumulation, Veränderungen in den Formen der Profitproduktion und der Rolle neuerer Entlohnungsmethoden in der BRD (Teil II), in: Probleme des Klassenkampfs, Nr. 5, Dezember 1972, S. 125 ff.

21b K. Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 322.

22 Aus diesem Widerspruch begründen sich auch die einkommenspolitischen Versuche, die Gewerkschaften in staatlich verordnete Lohnbegrenzungen einzubinden.

23 Es kann uns hier nicht darum gehen, die Kategorie des Staates abzuleiten. Es soll auch nicht auf die in den letzten Jahren innerhalb der marxistischen Diskussion entwickelten verschiedenen Versuche der kategorialen Bestimmung des bürgerlichen Staates eingegangen werden. Vgl. für den nach meiner Auffassung gegenwärtig entwickeltsten Ansatz Bernhard Blanke, Ulrich Jürgens, Hans Kastendiek, Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates, in: Probleme des Klassenkampfs, Nr. 14/15, IV. Jahrg. 1974, S. 51 ff.

24 Diesen Aspekt betont Heide Gerstenberger, Zur Theorie der historischen Konstitution des bürgerlichen Staates, in: Probleme des Klassenkampfs, Nr. 8/9, III. Jahrg. 1973, S. 207 ff.

25 Dem widerspricht auch nicht die scheinbare Personalisierung, wie sie sich in Symbolfiguren vom Filmstar der Regenbogenpresse bis zum charismatischen Politiker ausdrückt. Sie selbst ist nur ein Moment in dieser Rationalität und Objektivität; denn die Symbolfiguren haben jeden Subjektcharakter bereits aufgeben müssen. Auch eine Personalisierung, wie sie in der These von der „Macht der Hundert" zum Ausdruck kommt, verkennt den Herrschaftscharakter der bürgerlichen Gesellschaft. Auch die mächtigen Hundert sind nur Charaktermasken des Systems, dessen Herrschaft *durch* diese Hundert, aber nicht *von* ihnen ausgeübt wird.

26 Paul A. Baran und Paul M. Sweezy, Monopolkapital. Frankfurt/M. 1967.

27 Vgl. Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital. Frankfurt/M. und Wien 1968 (Neuauflage). Während Hilferding im „Finanzkapital" noch widersprüchlich argumentiert, ist er in seiner bekannten Rede auf dem Sozialdemokratischen Parteitag von 1927 ganz eindeutig: „Organisierter Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion" (S. 168).

28 Stichler, a.a.O., S. 957 und 963.

29 Oskar Lange, Politische Ökonomie, Band 1, Allgemeine Probleme. Berlin 1969, S. 91.

30 Lange, a.a.O., S. 89.

31 Ebenda.

32 Fritz Kumpf, Probleme der Dialektik in Lenins Imperialismusanalyse. Eine Studie zur dialektischen Logik. Berlin/West 1968, S. 93 f. Kumpf zitiert an dieser Stelle Lenin, „daß die freie Konkurrenz die Konzentration der Produktion erzeugt, diese Konzentration aber auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung zum Mono-

pol führt" (Lenin Werke, Bd. 22, S. 204). Wir können hier nicht eine ausführliche Auseinandersetzung mit Lenins Monopolbegriff führen. Vgl. dazu aber die Ausführungen von Christel Neusüss, Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals. Erlangen 1972. In diesem Zusammenhang sei auch auf die Schrift des Projekt Klassenanalyse, Leninismus — neue Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus?, 2 Bände, Westberlin 1972 verwiesen, obwohl trotz der Umfänglichkeit der Arbeit die Ausführungen zum Monopolproblem entgegen seinem Stellenwert in der Leninschen Theorie sehr kurz wegkommen.

33 Kumpf, a.a.O., S. 95.

34 Vgl. dazu die Ausführungen bei Reichelt, a.a.O., vor allem aber bei Roman Rosdolsky, Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital". Frankfurt/M. und Wien 1968, insbes. S. 60 ff.

35 Karl Marx, MEW Bd. 23, S. 335.

36 Georg Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein. Berlin 1923, S. 112.

37 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin 1953, S. 450.

37a Vgl. Kumpf, a.a.O.

38 Fred Oelßner, Ein Beitrag zur Monopoltheorie, in: Probleme der politischen Ökonomie, Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Band 3. Berlin 1960, S. 84.

39 Oelßner, a.a.O., S. 88.

40 „Andrerseits ... zeigt unsre Methode die Punkte, wo die historische Betrachtung hereintreten muß, oder wo die bürgerliche Ökonomie als bloß historische Gestalt des Produktionsprozesses über sich hinausweist auf frühere historische Weisen der Produktion. Es ist daher nicht nötig, um die Gesetze der bürgerlichen Ökonomie zu entwickeln, die wirkliche Geschichte der Produktionsverhältnisse zu schreiben ...". Karl Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 364.

41 David Ricardo, Grundsätze der politischen Ökonomie. Berlin 1959, S. 379 f.: „Von einer Gesellschaft oder einem Einzelnen monopolisierte Waren schwanken entsprechend dem von Lord Lauderdale dargelegten Gesetz: sie sinken entsprechend dem Verhältnis, in dem die Verkäufer ihre Mengen vermehren und steigen proportional zu dem Bestreben der Käufer, sie zu kaufen. Ihr Preis hat keine notwendige Beziehung zu ihrem natürlichen Wert ..."

42 Karl Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 543 f.

43 Karl Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 544 f.

44 In diesem Zusammenhang sei auf Werner Hofmann verwiesen, der von „Machtpreisbildung" unter monopolistischen oder oligopolistischen Verhältnissen gegenüber der „Marktpreisbildung" unter Bedingungen der freien Konkurrenz spricht. So z. B. in: Die säkulare Inflation. Berlin 1962, S. 18 und in: Das „Wertgesetz" in der Erwerbsgesellschaft unserer Tage und in der sozialistischen Planwirtschaft, in: Kritik der politischen Ökonomie heute — 100 Jahre „Kapital". Frankfurt/M. und Wien 1968, S. 263 ff. insbes. S. 274 ff.

45 Karl Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 549 f.

46 Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen. Frankfurt/M. und Wien 1969, S. 27.

47 Karl Marx, Das Elend der Philosophie, MEW Bd. 4, S. 163. Es ist hervorzuheben, daß Marx in dieser Schrift aus dem Jahre 1847 den Begriff der Konkurrenz und des Monopols erst unvollständig entwickelt hatte; denn weder waren die Werttheorie noch der Kapitalbegriff entwickelt.

48 Margaret Wirth, Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfs, Heft 8/9, III. Jahrg. 1973, S. 24.

49 Vgl. dazu neben dem schon angegebenen Werk von Baran und Sweezy Natalie Moszkowska, Zur Dynamik des Spätkapitalismus. Zürich und New York

1943. Das „Monopol als Herrschaftsverhältnis" ist eine so weit verbreitete Darlegung, daß das Zitieren spezieller Literatur sich erübrigt.

50 Horst Heininger und Peter Hess, Die Aktualität der Leninschen Imperialismuskritik. Frankfurt/M. 1970, S. 27 und S. 32. Diese beiden Autoren stehen für viele andere Theoretiker des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die hier nicht angeführt werden.

51 „Jeder einzelne Kapitalist strebt nach höchstem Profit, aber die Konkurrenz unter den Kapitalisten führt dazu, daß sich die Profitrate in den einzelnen Produktionszweigen auf dem Niveau der durchschnittlichen Profitrate ausgleicht." So Lange, a.a.O., S. 85.

52 Karl Marx, MEW Bd. 25, S. 171.

53 Hilferding, a.a.O., S. 256, 315 ff.

54 Peter Hess, Monopoltheorie und Kapitalismuskritik, in: Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften. Frankfurt/M. 1971, S. 18.

55 Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus. Berlin/DDR 1972, S. 171 ff.

56 Ebenda. Heininger und Hess, a.a.O., S. 31 schreiben: „Das Monopol negiert die Konkurrenz, indem es sie auf neuer Stufe als monopolistische Konkurrenz reproduziert".

57 Ernest Mandel, Der Spätkapitalismus. Frankfurt/M. 1972, S. 475.

58 Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie. Frankfurt/M. 1968, S. 434.

59 Mandel, Der Spätkapitalismus, a.a.O., S. 476. Diese Aussage bleibt bei ihm reine Behauptung. Eine theoretische Begründung fehlt im „Spätkapitalismus" vollkommen. In der „Marxistischen Wirtschaftstheorie" wird nur ein empirischer Begründungsversuch unternommen.

60 Ebenda. Vgl. auch Mandel, Surpluskapital und Realisierung des Mehrwerts, in: Monopolkapital — Thesen zu dem Buch von Paul A. Baran und Paul M. Sweezy, herausgegeben von Federico Hermanin, Karin Monte und Claus Rolshausen. Frankfurt/M. und Wien 1969, S. 63. Er vertritt dort die gleiche These.

61 Mandel, Der Spätkapitalismus, a.a.O., S. 477.

62 Ebenda. Hervorhebung von Mandel.

63 Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, a.a.O., S. 435.

64 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Kritik des Autorenkollektivs (Bader, Bischoff, Ganssmann, Goldschmidt, Hoffmann, Riehn), „Marxistische Wirtschaftstheorie" — Ein Lehrbuch der politischen Ökonomie, in: Das Argument, Nr. 57, Mai 1970, S. 216—227, insbes. S. 223.

65 Oelßner, a.a.O., S. 76.

66 Oelßner, ebenda, S. 77.

67 Oelßner, a.a.O., S. 89.

68 Hilferding, Das Finanzkapital, a.a.O., S. 323. Vgl. dazu auch Reinhard Schimkowsky, Zur Marx-Rezeption bei Hilferding. Die Bestimmungen von Konkurrenz und Monopol in „Finanzkapital", in: Rolf Ebbighausen (Hrsg.), Monopol und Staat. Zur Marx-Rezeption in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Frankfurt/M. 1974, S. 173 ff.

69 Hilferding, a.a.O., S. 316.

70 Paul M. Sweezy, Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Köln-Deutz 1959, S. 215 f.

71 Sweezy, a.a.O., S. 215.

72 Hilferding, a.a.O., S. 323.

73 Varga, a.a.O., S. 14.

74 Varga, a.a.O., S. 21.

75 Oelßner, a.a.O., S. 83.

76 Karl Marx, MEW Bd. 25, S. 183. Ähnlich in den Theorien über den Mehrwert, Band 2: „Aber die general rate of profit ist bestimmt durch das Verhältnis

der unbezahlten Arbeit zur bezahlten und zum vorgeschossenen Kapital nicht in diesem oder jenem trade, sondern in allen trades, wozu das Kapital freely may be transferred. Das Verhältnis mag in $^9/_{10}$ dasselbe bleiben; ändert es sich in $^1/_{10}$, so muß die general rate of profit in den $^{10}/_{10}$ changieren . . .". MEW Bd. 26.2, S. 438 f.

77 Alfred Braunthal, Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze — Ein sozialistisches Lehrbuch der Nationalökonomie. Berlin 1930, S. 39. Es sei nur darauf hingewiesen, daß in dem Verständnis von der Arbeitswerttheorie als einer „Angebotstheorie" ein fundamentales Mißverständnis enthalten ist, so daß es auch nicht schwer fällt, sie kurzerhand — und typischerweise für den Revisionismus erleichternd — über Bord zu werfen.

78 Hilferding, a.a.O., S. 313.

79 Sweezy, a.a.O., S. 213. Das gründliche Mißverständnis besteht darin, eine Preistheorie als exakte Theorie postulieren zu wollen. Das, was sich anarchisch bildet und allen möglichen Zufällen gehorcht, nämlich der Preis, kann nicht allgemein theoretisch analysiert werden. Insofern trifft der häufige bürgerliche Vorwurf gegenüber der Marxschen Theorie, sie habe keine Preistheorie entwickeln können, nicht. Worauf es aber ankommt, ist die Bestimmung der Gesetze und Grenzen, denen auch jenseits aller zufälligen Schwankungen die Preisbewegung unterworfen ist. Diese können jedenfalls nicht im „Psychologischen" gesucht und gefunden werden, sondern nur in der Werttheorie. Diese bleibt insofern auch die Grundlage für alle Bestimmungsversuche des Preises im „Konkurrenzkapitalismus" oder im „Monopolkapitalismus"!

80 Hess, Der Kapitalismus und das Problem des gesellschaftlichen Fortschritts, in: Wirtschaftswissenschaft, 15 Jahrg., Nr. 6/1967, S. 1000. Ebenso Hess, Die Monopolproblematik und der heutige Kapitalismus, in: Aktuelle Probleme des Imperialismus, Zum 100. Geburtstag W. I. Lenins, DWI-Forschungshefte, Nr. 5, Heft 1/1970, S. 29.

81 Heininger und Hess, a.a.O., S. 34. Hervorhebung durch Heininger/Hess.

82 Hess, Der Kapitalismus . . . , a.a.O., S. 999.

83 Hess, Der Kapitalismus . . . , a.a.O., S. 1005.

84 Kurt Zieschang, Zu den Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Grundwiderspruchs unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution (Thesen), in: Wirtschaftswissenschaft, 17. Jahrg., Heft 6, 1969, S. 875.

85 Vgl. zu diesem Komplex Joachim Schubert, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus — Kritik der zentralen Aussagen, in: mehrwert, Beiträge zur Kritik der politischen Ökonomie, Heft 4, 1973, vor allem S. 47. Rainer Winkelmann, Grundzüge und Probleme der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Rolf Ebbinghausen (Hrsg.), a.a.O., insbes. S. 63 f.

86 Hess, Die Monopolproblematik . . . , a.a.O., S. 28.

87 Vgl. Auorenkollektiv (der Zeitschrift économie et politique), Der staatsmonopolistische Kapitalismus. Berlin 1972, S. 23. Zur Kritik: Margaret Wirth, Kapitalismustheorie in der DDR. Frankfurt/M. 1972, insbes. S. 105.

88 Robert Katzenstein, Technischer Fortschritt — Kapitalbewegung — Kapitalfixierung. Berlin 1971, S. 30. Es soll hier keineswegs bestritten werden, daß diese Widersprüche realiter existieren und wirken, also keine theoretischen Hilfskonstruktionen darstellen. Dennoch muß die Frage aufgeworfen werden, wie die Regulierung seitens des Staates anstelle (oder an der Seite) des Wertgesetzes zu begründen ist, wenn offensichtlich die Regulierung gegen die Wirkung des Wertgesetzes erfolgen muß, um wirksam zu sein. Also kann gerade nicht von der eingeschränkten Wirksamkeit oder gar Unwirksamkeit des Wertgesetzes unter monopolistischen Bedingungen gesprochen werden, da es ja offensichtlich auch in den von den genannten Autoren konstatierten Krisen einen Ausdruck an der Oberfläche der Gesellschaft findet.

89 S. L. Wygodski, Der gegenwärtige Kapitalismus (Versuch einer theoretischen Analyse). Berlin/DDR 1972, S. 163.

90 „Dabei ist es durchaus nicht so, daß gewissermaßen zwei verschiedene Durchschnittsprofite existieren: ein monopolistischer und ein gewöhnlicher. Es existiert ein einheitlicher Produktionspreis und ein einheitlicher Durchschnittsprofit als Grundlage für hohe Monopolpreise wie auch für monopolistisch bestimmte Niedrigpreise und Profite. Der Monopolpreis, der eine Form des Marktpreises darstellt, kann nichts anderes bedeuten als eine Abweichung vom Produktionspreis." Wygodski, a.a.O., S. 157.

91 Fritz Behrens, Bemerkungen zur Profitrate im monopolistischen Kapitalismus, in: Wirtschaftswissenschaft, V. Jahrg., Heft 2/1957, S. 256. Vgl. auch die bereits zitierte Auffassung Mandels, die hiermit übereinstimmt.

92 Wygodski, a.a.O., S. 206. Das Zitat geht weiter und verfällt dann der problematischen Phaseneinteilung des Kapitalismus von der einfachen Warenproduktion über den Kapitalismus zum Monopolkapitalismus. Überhaupt zeichnet sich das ansonsten interessante Buch Wygodskis durch sehr wenig reflektierte empirische „Beweisführungen" für theoretische Sätze und problematische Interpretationen von Erscheinungsformen aus.

93 Varga, a.a.O., S. 21.

94 Werner Kalweit, Über die Ursachen der Preissteigerungen im modernen Kapitalismus. Berlin/DDR 1958, S. 77.

95 Diese reaktionäre Illusion vertreten einige neoliberale Autoren in Westdeutschland, so beispielsweise in den 50er Jahren Franz Böhm oder Wilhelm Röpke. Vgl. als moderneren angepaßten Ideologen Wolfram Engels, Soziale Marktwirtschaft — Verschmähte Zukunft?, Stuttgart 1973. Diese Schrift zeichnet sich nicht nur durch ihre bodenlose Ignoranz und dummdreiste Apologetik, sondern gleicherweise durch eine erschreckend hohe Auflage aus, mit der sie unters Volk — insbesondere an den Schulen kostenlos, versteht sich — gebracht wird.

96 Vgl. dazu Karl Marx, MEW Bd. 25, sechster Abschnitt über die Verwandlung von Surplusprofit in Grundrente.

97 Wert bezeichnet immer ein gesellschaftliches Verhältnis. Daher ist es widersinnig, von individuellem Wert zu sprechen, so als ob Wert eine Eigenschaft der einzelnen Ware sei. Die Kategorie gewinnt nur insofern einen Sinn, als es um die quantitative Seite des Wertes geht und auf der Grundlage des Werts als gesellschaftlichen Verhältnis die Werte einzelner Waren quantitativ voneinander differieren können. Diese quantitativen Abweichungen sind in einer Gesellschaft mit privater Produktion der Werte unaufhebbar. Die Kategorie des Marktwerts oder des gesellschaftlichen Werts erhält daraus erst ihren Sinn und die Bezeichnung „individueller Wert" als Hilfskonstruktion ihre Berechtigung.

98 Karl Marx, MEW Bd. 25, S. 657 f.

99 „Daß es nur der Titel einer Anzahl von Personen auf das Eigentum am Erdball ist, der sie befähigt, einen Teil der Mehrarbeit der Gesellschaft sich als Tribut anzueignen und mit der Entwicklung der Produktion sich in stets steigendem Maße anzueignen, wird durch den Umstand verdeckt, daß die kapitalisierte Rente, also eben dieser kapitalisierte Tribut als Preis des Bodens erscheint..." MEW Bd. 25, S. 784.

100 Vgl. dazu den Versuch von M. Massarat, Energiekrise oder die Krise des Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfs, Nr. 11/12, IV. Jahrg. 1974, S. 219ff., die Steigerungen der Erdölpreise aus dem Monopol über natürliche Ressourcen abzuleiten. Ausführlicher hat dies M. Massarat dargestellt in seiner Dissertation „Hauptentwicklungsstadien der kapitalistischen Weltwirtschaft. Versuch einer Ableitung des Übergangs vom Grundeigentumsverhältnis zum Kapitalverhältnis auf nationaler und internationaler Ebene". FU Berlin 1975.

101 W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin Werke, Band 22, S. 209.

102 Lenin, a.a.O., S. 281.

103 Ebenda.

103a Karl Marx, MEW Bd. 25, S. 187.

104 Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern 1950, S. 167 f.

105 Vgl. beispielsweise die Darstellung bei L. J. Zimmermann, Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre. Köln 1954, S. 186 ff.

106 Auf der anderen Seite stellt der Kredit die mobilste Kapitalform dar, die somit, wie wir schon kurz dargelegt haben, am ehesten alle monopolistischen Behinderungen der Kapitalmobilität zu überwinden vermag.

107 In dieser Hinsicht herrscht auch innerhalb der marxistischen Literatur größere Verwirrung. Mandel beispielsweise geht fälschlich davon aus, Extraprofite innerhalb der Branchen entstünden durch Wertübertragung. Mandel, Der Spätkapitalismus, a.a.O., S. 70 ff. Busch, Schöller, Seelow, Weltmarkt und Weltwährungskrise, Bremen 1971 hingegen hegen die Auffassung, daß es überhaupt keine Wertübertragungen geben könne. Beide Auffassungen sind falsch. Kritisch äußert sich zu diesen Auffassungen W. Schöller, Werttransfer und Unterentwicklung — zur neueren Diskussion um Weltmarkt, Unterentwicklung und Akkumulation des Kapitals in unterentwickelten Ländern, in: Probleme des Klassenkampfs, Nr. 6, März 1973, S. 99 ff.

Thomas Hagelstange

Probleme der Klassenanalyse. Anmerkungen zur Studie des IMSF[1]

Einleitung

> *„... die Unhaltbarkeit wichtiger soziologischer Thesen des Marxismus schon längst wissenschaftlich überzeugend nachgewiesen ist, und wir es für vollkommen fruchtlos halten, dieses Thema immer und immer wieder, gestützt auf die jeweils neuesten Ergebnisse der Sozialstatistik, neu aufzurollen."* (Heinz Markmann 1955)

Die vor 20 Jahren hierzulande weit verbreitete Ansicht, „die Unhaltbarkeit wichtiger soziologischer Thesen des Marxismus" nicht einmal anhand der „jeweils neuesten Ergebnisse der Sozialstatistik" nachweisen zu müssen, hat heute — nicht zuletzt aufgrund der ökonomischen Entwicklung — zumindest etwas Glanz verloren. Bereits in den letzten Jahren mußten die bürgerlichen Soziologen die „Sozialstatistik" schon einer gezielten Interpretation unterziehen, um die bundesrepublikanische Wirklichkeit gegen zunehmende Kritik zu verteidigen. Dieses Geschäft könnte in Zukunft noch schwieriger werden, besonders wenn das Terrain der Sozialstatistik nicht mehr ausschließlich den Verteidigern der bürgerlichen Produktionsweise überlassen bleibt.

Mit der Untersuchung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen wurde zum erstenmal seit über 20 Jahren von marxistischer Seite innerhalb der BRD mit einer bisher nicht gekannten Gründlichkeit und Ausführlichkeit eine sozialstatistische Analyse der Klassen- und Sozialstruktur der BRD vorgenommen[2]. Den interessierten bürgerlichen Interpreten der Sozialstatistik das Leben schwerer zu machen, war gewiß nur eine Nebenabsicht der Autoren der IMSF-Studie. In erster Linie ging es ihnen darum, mit der detaillierten Analyse der Klassenverhältnisse der BRD eine Voraussetzung für die wissenschaftlich begründete Politik im Interesse der Arbeiterklasse zu schaffen[3]. Zentrum einer Klassenanalyse ist es, die Klasse und die Bedingungen ihrer Existenz und ihres Handelns zu bestimmen, die die bestehenden Produktionsverhältnisse umwälzen wird. Das kann sich natürlich nicht darauf beschränken, diese Klasse unter dem Aspekt der Ausbeutung und Unterdrückung oder als bloß leidende zu betrachten. Es erfordert vielmehr die differenzierte Bestimmung der Elemente der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die sowohl aufgrund

ihrer Existenzbedingungen ein objektives Interesse an einer weitestgehenden Umwälzung haben, als auch fähig sind oder sogar gezwungen werden, in bewußter Aktion ihrem objektiven Interesse Geltung zu verschaffen.

Da man die relevanten empirischen Daten nicht selbst erheben kann, erfordert eine Klassenanalyse die Kenntnisnahme des „durch die amtliche Statistik gelieferten Materials", das nach oberflächlichen Kriterien geordnet ist und kritisch aufgearbeitet werden muß. Diese Aufgabe ist jedoch nicht voraussetzungslos anzugehen. Sie erfordert die allgemeine Bestimmung der kapitalistischen Klassenstruktur und ihrer Entwicklungstendenzen, die erst eine Um- und Neugruppierung des statistischen Materials erlaubt, wodurch „der innere Zusammenhang sichtbar gemacht werden kann" (I, 160/180). Wenn in der Statistik z. B. für 1961 78 % aller Erwerbspersonen als „Abhängige" ausgewiesen werden, so legt diese Zahl den Ausgangspunkt für die marxistische Analyse unbestritten fest. Das Ergebnis der Aufschlüsselung hingegen ist dann nicht mehr unbestritten, wenn der eine Autor meint, dahinter verberge sich eine Arbeiterklasse, deren Anteil an der beschäftigten Bevölkerung 48,7 % ausmache[4], der nächste auf die Zahl von 62,5 % kommt[5], der dritte 70,7 % angibt (II, 614/X 327) und der vierte gar bei 78 % bleibt, da er die „abhängig Beschäftigten" mit der Arbeiterklasse gleichsetzt[6].

Auch wenn man die Beurteilung der verschiedenen Resultate nicht allein an einem Kürzel festmachen kann, auf das die Analyse zusammengezogen wurde („die Arbeiterklasse umfaßt 40 %" oder: „sie umfaßt 60 %" usw.), so kann man daraus doch einige Rückschlüsse ziehen. Die Widersprüchlichkeit der Ergebnisse zeugt zwar — gegen das landläufige Vorurteil über den sterilen Dogmatismus der Marxisten — von einer beträchtlichen Breite der vertretenen Positionen; angesichts der Wichtigkeit dieser Ergebnisse für eine begründete Politik der Kommunisten ist sie allerdings eher erschreckend. Auch eine möglicherweise vorgeschlagene Beschränkung etwa auf die empirischen Untersuchungen im Rahmen der Theorieansätze des „Staatsmonopolistischen Kapitalismus" oder die einfache Anwendung der Leninschen Klassendefinition führt nicht unbedingt weiter, wenn man z. B. sieht, daß Semjenow und das IMSF auf derselben theoretischen Basis zu höchst kontroversen Einschätzungen gelangen. Es genügt also keineswegs, pauschal auf diesen oder jenen marxistischen Ansatz zu verweisen. Man muß sich schon der Mühe unterziehen, selbst die jeweiligen theoretischen Bestimmungen der Arbeiterklasse kritisch nachzuvollziehen, die alle in Berufung auf die „Klassiker" des wissenschaftlichen Sozialismus, aber bei unterschiedlichem Verständnis von deren Werken vertreten werden.[6a]

Die IMSF-Studie hat innerhalb der marxistischen Diskussion bisher wenig Resonanz erfahren, obwohl die Autoren jegliche Kritik willkommen hießen (vgl. II, VII/21). Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Studie, die der Autor in einigen wichtigen Punkten teilt, in anderen aber für überzogen hält, versucht das Projekt Klassenanalyse[7]. In der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfs" wird die IMSF-Studie leichtfertig wegen „erheblicher analytischer Fehler und Unschärfen" als undiskutabel beiseite geschoben[8]. Hier sollen nun die wichtigsten theoretischen Aussagen der Studie diskutiert werden, wobei die Kürze des Artikels Einschränkun-

gen erforderlich macht. Die Diskussion muß sich deshalb auf den „Zentralpunkt einer marxistischen Analyse der Klassenstruktur" (I, 38/51; vgl. 56/70) konzentrieren. Damit ist das Problem der Bestimmung des Umfangs und der inneren Struktur der Arbeiterklasse sowie ihrer Abgrenzung von den „Mittelschichten" bezeichnet.

Die theoretische Bestimmung der Arbeiterklasse

Der eigentlichen Darlegung der Klassengliederung im Kapitalismus und — soweit diese modifiziert ist — im staatsmonopolistischen Kapitalismus stellt Jung[9] einige Ausführungen über das Verhältnis von Klassentheorie und materialistischer Geschichtsauffassung sowie von politischer Ökonomie und Klassentheorie voran. Hierauf soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden, da die Ausführungen zur objektiven Klassenstruktur im Zentrum seiner Analyse stehen und auch für sich genommen sinnvoll diskutiert werden können.

Jung behauptet, „daß die Klassenstruktur aus der ökonomischen Struktur der Gesellschaft hervorgeht" (I, 53/67) und man demnach bei der Untersuchung der Klassenbezichungen auf die politische Ökonomie verwiesen sei. Diese Feststellung kann aber nicht das charakteristische Moment seines Ansatzes sein, denn diesen Ausgangspunkt reklamieren wohl alle marxistischen Autoren für sich und kommen trotzdem zu unterschiedlichen Ergebnissen. Entscheidend für diese Differenzen ist die unterschiedliche Auffassung dessen, was alles im Komplex der ökonomischen Verhältnisse enthalten und was hierin das Dominierende und Strukturbestimmende sei. Besonders die letzte Fragestellung hat für Jungs Ansatz Bedeutung.

Wie wir oben sahen, gelten Jung die Zahlen aller „unselbständig Beschäftigten", die sich arbeitsrechtlich gesehen in „Arbeiter", „Angestellte" und „Beamte" unterteilen, nicht als Zahlen zur Kennzeichnung des Umfangs der Arbeiterklasse. Auch in dem Verfahren, einfach die Gruppe der „Arbeiter" als Arbeiterklasse anzusehen, kann er mit Recht keinen Sinn erblicken. Ein möglicher erster Schritt der Aufschlüsselung der Zahl der „unselbständig Beschäftigten" könnte daher sein, all diejenigen auszugliedern, die in Wirklichkeit sich einen aus der Verfügung über Kapital resultierenden Profit sub alia specie, d. h. unter der Form des Gehalts etc., aneignen und vorwiegend nicht vom Verkauf der Ware Arbeitskraft ihren Lebensunterhalt bestreiten. Doch eine solche Aufgliederung der „unselbständig Beschäftigten" in wirklich Unselbständige und solche, bei denen sich hinter dieser Kategorie eine Verfügung über wesentliche Teile des Profits versteckt, genügt nach Jungs Ansicht nicht[10]. Dieses so definierbare „wirkliche" Lohnverhältnis kann also für ihn offensichtlich nicht der adäquate Ausdruck der Stellung der einzelnen Agenten in der kapitalistischen Produktionsweise sein[11].

Auch nach Ansicht des Autors kann in der Analyse nicht weit genug vorgedrungen werden, wenn man das Spezifikum der Arbeiterklasse allein an dem Formunterschied festmacht, ob einer seine Arbeitskraft als Ware verkauft oder nicht. Es zeigt sich, daß die Unterscheidung zu ungenau ist, um die umwälzende Klasse in der kapitalistischen Produktionsweise

differenziert zu bestimmen. Sucht man unter den noch verbleibenden „unselbständig Beschäftigten" weiter nach Differenzierungen, die es einem vielleicht erlauben, Teile als nicht zur Arbeiterklasse gehörig zu betrachten, so gibt es anscheinend mehrere Wege. Auch wenn man dabei wie Jung — aufgrund seines postulierten Ansatzes — ablehnt, die Grenzen politisch zu definieren (vgl. I, 88/103), ist unumstritten, daß alles zur Differenzierung dieser groben Kategorie dienen kann, was an Unterschieden aufzufinden ist beim gesamtgesellschaftlichen Prozeß der Aneignung der Natur seitens der „unselbständig Beschäftigten" (eingeengt im obigen Sinn), sei es der Unterschied von Handarbeit und Kopfarbeit, von Agrikulturarbeit und Nichtagrikulturarbeit, von Arbeit in Groß- oder Kleinbetrieben, von produktiver und unproduktiver Arbeit usw. Aber welche Differenzierungen müssen bei dem Vorhaben, die Arbeiterklasse im Unterschied zu allen anderen Klassen hervorzuheben und ihre innere Struktur, ihre objektive Interessendifferenziertheit und die Umsetzbarkeit dieser Interessen aufzuzeigen, als die dominierenden gelten? Die Klärung dieser Frage ist vorausgesetzt, um sich in der Vielfalt oder dem Chaos von Bestimmungsversuchen des Umfangs und der Struktur der Arbeiterklasse zurechtfinden zu können.

Welche Differenzierungen sind als systematische aufzunehmen? Es wäre möglich, auf der Ebene der Formbestimmung fortzufahren, nicht nur zu fragen nach der Tatsache der Warenform der Arbeitskraft und der Geldform des Äquivalents, sondern auch nach der spezifischeren Form, in der das gegen Arbeitskraft zu tauschende Geld auftritt und mit der somit die ökonomische Funktion der eingetauschten Arbeitskraft näher festgelegt ist. Wird die Arbeitskraft gegen Geld als variables Kapital oder gegen Geld als bloßes Geld getauscht? In einem Fall ist es der Lohnarbeiter des Kapitals, der „seinem" Kapitalisten das Kapital verwertet oder verwerten hilft, im andern Fall ein Lohnarbeiter von sonst jemand, der zwar nützliche Dienste leisten mag, aber kein Kapital verwertet. Weiter etwa: verflüssigt sich die gegen Kapital getauschte Arbeitskraft in industriell direkt mehrwertschaffende Arbeit oder in kommerzielle Arbeit, die keinen Mehrwert erzeugt? Aus wessen Revenue stammt das Geld, wogegen die Arbeitskraft eingetauscht wird? Kommt es unmittelbar aus der Revenue der Kapitalistenklasse oder stammt es vermittelt aus den Revenuen der verschiedenen Klassen und floß per Steuer in die Hand des Staates?

Für solche Differenzierungen sprechen gewichtige inhaltliche Gründe. Jung selbst liefert Argumente dafür: „Der Zentralpunkt der Klassenanalyse des Kapitalismus ist das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital" (I, 55/70). An anderer Stelle wird noch einmal verdeutlicht, daß dieses Verhältnis nur dort auftritt, wo das Kapital seine Anlagesphäre hat (vgl. I, 70/84). Kurzum: „Die *Frage nach der Arbeiterklasse* ist deshalb nicht die *Frage nach* der Lohnarbeit schlechthin, sondern *nach der kapitalistisch verwerteten Lohnarbeit:* danach, wie die Lohnarbeit zum Antipoden des Kapitals wird und werden muß, wie sich in der Arbeiterklasse der Gegenpol verkörpert, sich in ihr deshalb auch am kompromißlosesten und klarsten die Interessen aller Lohnarbeiter und anderen vom Kapital ausgebeuteten Schichten ausdrücken müssen" (I, 85/100). Im „Verwertungsmaterial des Kapitals" müßte man demnach anscheinend „den Ansatzpunkt zur allgemeinen (ökonomischen) Bestimmung der Arbeiterklasse" suchen (vgl. ebd.).

„Verwertungsmaterial des Kapitals sind ... nicht nur produktive Arbeiter ..., sondern auch die Lohnarbeiter in allen anderen Bereichen, wo Lohnarbeit dem Kapital gegenübertritt" (I, 69/84).

Für eine solche Unterscheidung von einerseits „kapitalistisch verwerteter Arbeitskraft" und andererseits Arbeitskraft, die nicht kapitalistisch verwertet wird (etwa ein Staatsarbeiter oder ein in privaten Diensten Stehender etc.), sprechen die folgenden Argumente: Dadurch, daß Produktivkräfte „Kapitalcharakter" annehmen, stehen sie *ganz besonders* „unter der Herrschaft der spezifischen Entwicklungsgesetze dieser Produktionsweise" (vgl. I, 109/127). Die „Gesetze dieser Produktionsweise sind" — wie Jung betont — „die Gesetze der Akkumulation des Kapitals" (vgl. I, 88/103). Diese prägen zwar der ganzen gesellschaftlichen Aktion ihren Stempel auf, aber in manchen Bereichen mehr, in manchen weniger. Da es den Kapitalisten „gilt, die von ihnen geeignete Wertsumme zu verwerten durch Ankauf fremder Arbeitskraft" (vgl. I, 56/71) und sonst nichts, da „diese Profitrationalität" „der einzige Maßstab für Ausdehnung und Entwicklungsrichtung der kapitalistischen Wirtschaft" ist (vgl. I, 71/86) und die Gesetze der Akkumulation ganz unmittelbar gelten, hat das Kapital ein ganz anderes Verhältnis zu seinen Lohnarbeitern als derjenige, der sich Lohnarbeiter einstellt wegen der nützlichen Dienste, die sie verrichten. Beide Kategorien von Käufer der Ware Arbeitskraft haben zwar das Interesse gemeinsam, ein geringes Äquivalent zahlen zu müssen, aber das spezifische Interesse des als Kapitalisten näher zu bestimmenden Käufers herrscht diesem ein Verhältnis gegenüber seinen Lohnarbeitern auf, das gekennzeichnet ist durch die spezifische Art und Weise, in der die Mehrarbeit abgepreßt wird. Die Steigerung des zu erzeugenden oder zu realisierenden Profits ist unmittelbarer Maßstab und alleinige Triebkraft für das bestimmte Verhalten des Kapitalisten zu den von ihm beschäftigten Arbeitskräften. „Der Antrieb des Mehrwertes wird für den Kapitalisten ... eine Triebkraft zur Revolutionierung der Produktion, weil sich ihm das als eine Methode zur Steigerung der Mehrwertrate anbietet" (I, 89/105). „Revolutionierung der Arbeitsweise", „reelle Subsumtion unter das Kapital" etc. (vgl. I, 91/106) sind alles Begriffe, die andeuten, daß Lohnarbeiter des Kapitals zu sein und nach den unmittelbaren Bedürfnissen der Akkumulation behandelt zu werden, eine ganz besondere Sache ist: Die ausschließlich ökonomische Vermittlung der Prozesse, d. h. die ökonomische Konkurrenz als spezifisch kapitalistisches Medium zwingt den Kapitalisten, sich seinem Lohnarbeiter gegenüber als personifiziertes Kapital zu verhalten, d. h. ihn rauszuwerfen nach Maßgabe des Profits, nicht etwa nach Maßgabe politischer Opportunität, wie sie für den staatlichen Lohnherrn allein zählt, zu rationalisieren, ohne dabei auf Wählerstimmen achten zu müssen etc. Der nicht als Kapitalist auftretende Lohnherr hat hingegen, da er nicht direkt ökonomisch dem Verwertungszwang unterworfen ist, ein anderes Verhältnis zu seinen Lohnarbeitern. Zwar setzt sich z. B. auch beim Staat die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit durch, indem die Steuerzahler etwa ihr Interesse an einem „wohlfeilen" Staat geltend machen, aber diese Vorgänge sind nicht unmittelbar ökonomisch aufgeherrscht, sondern immer politisch vermittelt und dadurch von vielerlei Verzögerungen, Abschwächungen und sonstigen Halbheiten gekennzeichnet, die dem zugrunde-

liegenden ökonomischen Verhältnis von Lohnarbeiter und Lohnherr vielfach einen gemütlicheren Charakter geben[12]. Das führt auch zu einem — im Vergleich zu den Lohnarbeitern des Kapitals — modifizierten objektiven Interesse an gesellschaftlich durchgreifenden Veränderungen wie der endgültigen Abschaffung des Kapitalverhältnisses. Wenn es bestimmte Gründe gibt, die — wie Jung formuliert — „die volle Unterwerfung entsprechender Lohnarbeiterkategorien unter die Verwertungsbedingungen des Kapitals" verhindern (I, 123/142), so könnte man sie gerade darin erblicken, daß auch innerhalb des Kapitalismus nicht alle Produktionsmittel (im weiten Sinn) Kapitalcharakter haben und es z. B. auch als Nichtkapital fungierendes Staatseigentum gibt, und somit impliziert ist, daß ein Teil der Lohnarbeiter nur vermittelt und nur zum Teil unter die Gesetzlichkeiten des Kapitals gezwungen ist[13].

Aber auch wenn Jung Formulierungen gebraucht, die nahelegen, er würde die Differenzierung aller Lohnarbeiter nach weitergehenden Formunterschieden, speziell etwa nach der Unterscheidung in Lohnarbeiter des Kapitals und andere, für einen sinnvollen Ansatz halten, um die Arbeiterklasse begrifflich zu erfassen, auch wenn er Inhalte anführt, die eine solche Differenzierung der Lohnarbeiter begründen könnten, wäre er mißverstanden, wollte man diesen Ansatz als den seinigen ausgeben. Diese Unterscheidung zum Abgrenzungsmerkmal der Arbeiterklasse von anderen Lohnabhängigen zu erheben, lehnt er implizit ab, indem er eine andere Differenzierung hervorhebt[14]. Er muß daher versuchen, deren Dominanz vor der eben behandelten zu begründen. — Indem Jung an die Leninsche allgemeine Klassendefinition erinnert, verweist er auf die Wichtigkeit der Frage, welche „Rolle (die verschiedenen Agenten d. V.) in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit" (I, 31/44) spielen, d. h. wie sie in die Verhältnisse der Kooperation und Arbeitsteilung, die dort hervorgehoben seien und die zum „Ganzen der Produktionsverhältnisse" (vgl. I, 22/34) dazugehörten, eingebettet sind. „Spezifische Funktionen in der Organisation der Arbeit" oder „Sonderrollen" (vgl. I, 140/159 u. ö.) würden einige Lohnarbeiter von anderen abheben, so z. B. die Wahrnehmer von Leitungsfunktionen im Produktions- und Zirkulationsprozeß des Kapitals (vgl. I, 32/45), die Kopfarbeiter oder qualifizierten Arbeiter (vgl. I, 47, 96/62, 112), diejenigen, die die repressiven Funktionen zur Aufrechterhaltung des Lohnsystems versehen etc. Die Ausübung dieser spezifischen Funktionen erfordere in der Regel eine besondere Qualifikation, die sich im höheren Wert der Ware Arbeitskraft und somit dem Reproduktionsniveau der Träger dieser Arbeitskraft niederschlage. Bei erhöhten Bildungskosten sei „die beliebige Reproduzierbarkeit dieser Kategorien von Arbeitskräften eingeschränkt"[15]. Das bedeutet, daß ihr Warencharakter nicht voll entfaltet sei, daß sie nicht voll den „Verwertungsbedingungen des Kapitals" unterworfen seien (vgl. I, 123/142). Mit diesen Bestimmungen glaubt Jung nun die nicht zur Arbeiterklasse gehörigen Lohnarbeiter ausfindig machen zu können. Die Arbeitskräfte, deren Warencharakter dergestalt nicht voll entfaltet ist, gehören nicht zur Arbeiterklasse, selbst wenn sie sich gegen Geld in seiner Eigenschaft als variables Kapital tauschen. — Inwieweit von spezifischen Lohnarbeitern Leitungsfunktionen erfüllt werden oder nicht, inwieweit die Arbeit mehr als geistige, qualifizierte oder als einfache

Durchschnittsarbeit mit vorwiegender Muskelbetätigung zu charakterisieren ist, inwieweit jemand Repressionsfunktionen in der Gesellschaft wahrnimmt oder nicht, das sind für eine Klassenanalyse wichtige Gesichtspunkte. Aber ob diesen Gesichtspunkten wirklich die Bedeutung zuzuschreiben ist, die Jung ihnen beimißt, muß man in Frage stellen.

Ehe die Bedeutung der Formunterschiede für die Klassenbestimmung rekapituliert wird, ist zunächst noch die immanente Stringenz des von Jung angedeuteten Zusammenhangs zu prüfen. Erstens: Der Zusammenhang zwischen der Ausübung spezifischer Tätigkeiten, wie sie Jung im Auge hat, und mangelnder Ausprägung des Warencharakters ist nicht immer gegeben. Der überwiegende Teil der Arbeitskräfte im staatlichen Repressionsapparat vollzieht unqualifizierte Arbeit. Weder Bildung noch Wert und Reproduktionsniveau dieser Arbeitskräfte können eine mangelhafte Entfaltung des Warencharakters zeitigen. Jungs Konstruktion ist hier brüchig, und dies wird auch dadurch nicht besser, daß er die Brüchigkeit mit dem Zusatz „in der Regel" selbst andeutet. Der Mangel hat zur Folge, daß in der Studie die relevante Gruppe der Lohnarbeiter im staatlichen Repressionsapparat (1970 ungefähr 4 % der Erwerbsbevölkerung) mal nach ihrer spezifischen Funktion beurteilt wird, d. h. nicht zur Arbeiterklasse zählt (vgl. I, 47, 130/61, 149), dann wieder nach der Entfaltung des Warencharakters der Arbeitskraft eingestuft und somit der Arbeiterklasse zugeschlagen wird (vgl. Tabelle 6/5 in II, 614/x 327). Zweitens: Bei der Abgrenzung von voll entfaltetem und weniger entfaltetem Warencharakter der Arbeitskraft greift Jung zu zweifelhaften Konstruktionen, in denen Bestimmungen der ökonomischen Struktur mit politischen und bewußtseinsmäßigen Bestimmungen verschwimmen, wie im folgenden deutlich wird. Die begrifflich scharfe Trennung von hie Kopf-, da Handarbeit, hier ausführender, dort kommandierender Arbeit läßt sich bei der Betrachtung konkreter Funktionen, die von Arbeitskräften ausgeführt werden, gar nicht so eindeutig vornehmen. Bei der Betrachtung verschiedener Kategorien von Lohnarbeitern wird man eine abgestufte Palette des Übergangs z. B. von unqualifizierter Handarbeitskraft bis zur höchstqualifizierten geistigen Arbeitskraft finden. Es ist ziemlich schwierig, zu begründen, wo genau ein qualitativer Umschlag von Hand- in Kopfarbeit, von bloß ausführender in kommandierende Arbeit stattfindet, was natürlich nicht gegen die abstrakte Unterscheidung spricht. Entweder wegen dieser Schwierigkeiten oder weil Jung ahnt, daß bei der Erfassung gesellschaftlicher Verhältnisse nicht bei stofflichen Unterschieden (Handarbeit, Kopfarbeit) stehengeblieben werden kann, wechselt er über zur Betrachtung des mit der Qualifikation der Arbeitskraft in Zusammenhang stehenden Werts derselben und dem daraus abgeleiteten Reproduktionsniveau, das anzeige, ob der Warencharakter der Arbeitskraft schon voll entfaltet ist oder durch gewisse „Privilegien" (vgl. I, 95/110) gemindert werde. Damit ist obengenannte Schwierigkeit nicht gelöst, sondern auf eine andere Ebene gehoben, auf der wiederum nur graduelle Differenzen ausgemacht werden können. Wie ist nun eine bestimmte Wertgröße und ein dementsprechendes Reproduktionsniveau ausfindig zu machen, bei dem sich der Warencharakter der Arbeitskraft noch voll entfaltet, ohne dabei voluntaristisch zu verfahren? Für Jung scheint es am plausibelsten zu sein, einen Kern der

Arbeiterklasse auszumachen, festzustellen, bis wohin dessen Reproduktionsniveau reicht, um dann alle Lohnarbeiter, die nicht zum Kern gehören, aber noch unter dem höchstzulässigen Reproduktionsniveau des Kerns verbleiben, als Teil der Arbeiterklasse zu bestimmen[16]. Einerseits muß also ein Kern bestimmt werden und zwar — eingedenk des von Jung benannten Ausgangspunktes — auf dem Wege einer Ableitung aus der ökonomischen Struktur. „Kern" sei nicht der produktive Teil der Lohnarbeiter, sondern „der Teil unter den entwickeltsten Kapitalverhältnissen" (vgl. I, 122/141), was heute zweifellos die Industriearbeiterschaft der Großbetriebe einschließlich des Bergbaus sei (vgl. I, 45/59). Andererseits spricht Jung aber von den „Grenzen einer ausschließlich sozial-ökonomischen Bestimmung von Kern und Randschichten" (I, 188/220, Fn. 39) und scheint den Kern der Arbeiterbewegung mit dem Kern der Arbeiterklasse gleichzusetzen (vgl. I, 61/75). Damit taucht die Frage auf, ob bei Jung nicht am Anfang seiner Ableitung der Arbeiterklasse „aus der ökonomischen Struktur" (I, 53/67) gerade auch die nicht die ökonomische Struktur ausmachenden Bestimmungen wie „Kampfbereitschaft" etc. eine wesentliche Rolle spielen.

Wenn Jung bei seiner Klassenbestimmung auf Momente abzielt, die bei der Marxschen Darstellung der ökonomischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft ohne Zweifel auch eine Rolle spielen (Leitungsarbeit, qualifizierte Arbeit etc.), so bleibt zweierlei festzuhalten. Erstens sind immanent einige Unstimmigkeiten an seiner Konstruktion festzustellen: Der unterstellte Zusammenhang von bestimmten „spezifischen Funktionen in der Organisation der Arbeit" und mangelnder Entfaltung des Warencharakters der Arbeitskraft ist entweder nicht gegeben (Repressionsfunktionen) oder die Abgrenzung von voll entfaltetem und weniger entfaltetem Warencharakter bleibt vage bestimmt. Zweitens: Jung kann die Dominanz der von ihm angegebenen Momente (bestimmter Funktionen in der Arbeitsorganisation und daraus abgeleitetem nicht voll entfaltetem Warencharakter) gegenüber den Formunterschieden der Lohnarbeit (als Lohnarbeit des Kapitals oder Lohnarbeit des Nichtkapitals) nicht begründen. Es verwundert daher auch gar nicht, daß er selbst — ohne es zu beabsichtigen — eine Reihe von Argumenten dafür anführt, als entscheidende Differenzierung für die Masse der Lohnarbeiter die direkte bzw. bloß vermittelte Polarität zum Kapital herauszuarbeiten[17].

Die Diskussion abschließend, soll noch einmal die Wichtigkeit der Formunterschiede für die Bestimmung der objektiven Klassensituation unterstrichen werden, die vorrangig vor solchen konkret-stofflichen Unterschieden zu berücksichtigen sind, die zwar auch Wichtigkeit haben, aber nicht in Formunterschieden einen Niederschlag finden. Die kapitalistische Gesellschaft ist nicht nur warenproduzierende Gesellschaft, sondern eine Kapital produzierende. Die diese Gesellschaft ausreichend kennzeichnende Form, in der sich die wesentlichen sozialen Verhältnisse verdinglicht ausdrücken, ist also nicht die der Ware, sondern die des Kapitals. In der besonderen Form der Beziehungen zur alles beherrschenden Macht dieser Produktionsweisen, dem Kapital, drückt sich daher in erster Linie die je verschiedene Stellung der Klassen und Klassenfraktionen aus. Die verschiedenen Formen direkter Beziehungen zum Kapital sind die produktive Lohnarbeit des

Kapitals und die nur indirekt produktive Lohnarbeit des Kapitals. Andere Formen, wie z. B. die der unproduktiven Lohnarbeit beim Staat, drücken aus, daß die Beziehung dieser Lohnarbeiter zum Kapital nur höchst vermittelt über die aus dem Kreislaufprozeß des Kapitals abgezweigten Revenuen existiert. Darüber hinausgehende Unterschiede von Funktionen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, wie etwa die von Leitungsfunktionen und Nichtleitungsfunktionen sowie die von geistiger und körperlicher Arbeit, sind keine kapitalismusspezifischen Unterschiede, auch wenn sie innerhalb des Kapitalismus erst eine besondere Ausprägung erfahren. Sie können daher nicht als Merkmal herangezogen werden, um die typisch kapitalistischen Klassenbeziehungen zu erfassen[18]. Die objektiven Interessen, die auf das Kapital gegründete Produktionsweise zu erhalten oder zu überwinden, ergeben sich aus der jeweiligen Beziehung zum Kapital. Die Unterschiedlichkeit der objektiven Interessen der Lohnarbeiter resultiert also auch in erster Linie aus deren direktem oder bloß vermitteltem Gegensatz zum Kapital. Die Entwicklungsfähigkeit der subjektiven Interessen wird daher primär durch die soziale Beziehung zum Kapital festgelegt und durch den spezifischen Charakter der Tätigkeit nurmehr modifiziert.

Die theoretische Bestimmung der Mittelschichten

Die mangelhafte theoretische Bestimmung der Arbeiterklasse bei Jung muß Auswirkungen haben auf seine Bestimmung der „Mittelschichten", da für die meisten „unselbständig Beschäftigten" eine Nichtzugehörigkeit zur Arbeiterklasse auf eine automatische Zugehörigkeit zu den „Mittelschichten" hinausläuft. Nicht nur der Umfang, sondern auch die innere Struktur der „Mittelschichten" ist bei Jung fehlerhaft angegeben, auch wenn er richtig sieht, daß es für sie „keine einheitliche Klassensituation und demzufolge auch kein gemeinsames Klasseninteresse" gibt (I, 134/153). Seine Definition der *„selbständigen Mittelschichten"* als Schichten, deren Existenzgrundlage neben der eigenen Arbeit „der Besitz eigener Arbeitsmittel oder allgemein der Kleinbesitz" ist (I, 142/162), der ihnen auch Aneignung von nicht akkumulationsfähigem Mehrwert erlaubt, ist kaum in Frage zu stellen. Dies gilt aber nicht für seine Bestimmung der anderen Gruppen, der „lohnabhängigen Mittelschichten" und der Intelligenz als sozialer Schicht. Jung separiert die lohnabhängige Intelligenz von den anderen nicht zur Arbeiterklasse gezählten Lohnabhängigen und rechnet sie zur Intelligenz als sozialer Schicht. Die *„lohnabhängigen Mittelschichten"* umfassen dann die restlichen, aus der Arbeiterklasse herausfallenden Lohnabhängigen, die weniger „durch fachlich-theoretische Ausbildung" (I, 141/161) als durch Aufsichts- und Leitungsfunktionen gekennzeichnet sind. Eingeräumt wird jedoch, daß die „analytische Abgrenzung dieser Gruppe gegenüber den Lohnabhängigen der Intelligenz" (ebd.) schwierig sei, weil von vornherein Überlagerungen und Verflechtungen auftreten. Die Definition der *Intelligenz als sozialer Schicht* führt aber noch zu weiteren Schwierigkeiten. Bildung „in ihrer ökonomischen Substanz", insofern sie höhere Reproduktionskosten erfordert, sei „der ökonomische

‚Kern' der Charakteristik der modernen Intelligenz als sozialer Schicht" (I, 135/155). Im empirischen Teil wird sehr unspezifisch formuliert, „daß die Verwertung (!) entsprechender Spezialistenqualifikationen ihre materielle Existenzgrundlage" (II, 301/385) darstelle. Hiermit sind aber Überschneidungen nicht nur mit den lohnabhängigen, sondern auch mit den selbständigen Mittelschichten gegeben, wie Jung selbst sieht. Damit ist die Sinnfälligkeit der Untergliederung stark in Frage gestellt. Die gesellschaftliche Stellung der Intelligenz ist im übrigen innerhalb der DKP umstritten[19], und auch im IMSF-Autorenkollektiv gibt es „unterschiedliche Ansätze und Meinungen" (I, II/10)[20].

Weitere Kritikpunkte

Abschließend sei noch auf einige Punkte in der IMSF-Studie verwiesen, deren Problematik ebenfalls eine ausführlichere Diskussion rechtfertigen würde. — 1. Die Bestimmung des Umfangs der Kapitalistenklasse bleibt unklar; hier wäre insbesondere die Frage zu stellen, ob nach Jungs Ansicht zur Klassenbestimmung der der Bourgeoisie „aggregierten Gruppen" neben dem ökonomischen Verhältnis auch die politische Funktion herangezogen werden soll. Die Behauptung, daß „die für den Monopolkapitalismus wesentliche Gliederung der Bourgeoisie die zwischen monopolistischer und nichtmonopolistischer Bourgeoisie" sei (I, 112/130), und daß an „die Stelle der herrschenden Klasse" „eine herrschende Gruppe" getreten sei, bleibt unausgewiesen. — 2. Die theoretische Analyse des Staats fehlt, was Unklarheiten bei der Bestimmung der Klassenlage der Staatsagenten impliziert. — 3. Die Betrachtung des empirischen Verlaufs der Akkumulation nach dem 2. Weltkrieg bleibt viel zu schematisch an der willkürlichen Zehnjahreseinteilung der Statistik hängen. Dies ist um so unverständlicher, als die Autoren selbst formulieren: „Eine exakte analytische Untersuchung hätte sich an den Konjunkturzyklen zu orientieren" (II, 28/59)[21]. Wenigstens ein erster Ansatz dazu hätte gemacht werden müssen. — 4. Trotz theoretisch exakter Bestimmung des Übergangs vom nichtkapitalistischen Kleinbesitz zum Kapital bleibt die empirische Abgrenzung viel zu ungenau. Wieso einmal 10 Beschäftigte (II, 363/x 22), dann im Fall von Bergbau und Industrie 20 Beschäftigte (II, 392/x 58 und 166/218, Fn. 15), wieso 100 ha bearbeitete Bodenfläche in der Landwirtschaft die Grenze markieren, wird nicht begründet. Ebenso bleibt einigermaßen mysteriös, wieso gerade die Zahl von 5000 Beschäftigten als Schwellenwert gelten soll, der eine Kapitalgröße monopolistischen Zuschnitts signalisiert. — 5. Der Vorgang der empirischen Zuordnung der nicht zur Erwerbspersonen zählenden „Mantelbevölkerung" zur Klassenstruktur der Erwerbstätigen bleibt völlig im dunkeln; auch „Schätzungen" müßten begründet werden (vgl. II, 613/x 326). — 6. Die Andeutung der politischen Konsequenzen der Untersuchungsergebnisse ist mit ca. vier Seiten etwas sehr knapp geraten. Der Hinweis, daß man noch nicht umfassend die Klassenrealität untersucht habe, reicht als Begründung nicht aus.

Schlußbemerkung

Auch wenn Einwände gegen die theoretische Bestimmung der Klassenstruktur bei Jung geltend gemacht werden können und diese theoretischen Bestimmungen keineswegs belanglos sind für die sich anschließende Aufarbeitung des empirischen Materials, ist die Studie keineswegs im Ganzen als unbrauchbar abzutun, wie das „Redaktionskollektiv Klassenanalyse" suggeriert. Verglichen mit den davor erschienenen Aufsätzen in diversen Zeitschriften[22] wurde mit ihr ein wesentlicher Schritt vorwärts getan. Das umfangreiche vorgelegte Material, das bei einem Ausbleiben dieser Studie für viele Leser nur sehr schwer oder überhaupt nicht zu erreichen gewesen wäre[23], und die gründliche Aufgliederung des Materials nach Gesichtspunkten wie Leitungsarbeit, geistige Arbeit, Lohnhöhen, Verteilung der Beschäftigten auf Regionen, Wirtschaftszweige, nach Betriebsgrößenklassen etc. geben dem empirischen Teil Bedeutung. Auch wenn nach Meinung des Autors damit nicht die Hauptdifferenzierungslinien der Klassen aufgezeigt sind, dürfen diese Momente bei keiner konkreten Klassenanalyse vernachlässigt werden. Allerdings werden diese Informationen über die Klassen- und Sozialstruktur der BRD nicht genügen, um die einzelnen Schritte der Politik der organisierten Avantgarde der Arbeiterklasse begründen zu können. Dazu bedarf es vor allem auch einer Interpretation des empirischen Materials in Rückgriff auf die Formbestimmungen der kapitalistischen Produktion, die die IMSF-Autoren — wie aufgezeigt — nicht konsequent vornehmen. Jung verweist auf die Vorläufigkeit seiner theoretischen Ausführungen (vgl. I, 8/19); für die Zukunft gilt es, Anstrengungen auf die Beseitigung dieser Vorläufigkeit zu richten.

Anmerkungen

1 Autorenkollektiv am Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF): Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970, Teil I: Klassenstruktur und Klassentheorie; Teil II: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970. Sozialstatistische Analyse; Teil III: Die Intelligenz der BRD 1950—1970, Frankfurt/M. 1972, 1973 und 1974. Als Paperback wiederabgedruckt im Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1973 (Teil I), 1974 (Teil II, erster und zweiter Halbband) und 1975. Die Angaben im Text beziehen sich auf diese Arbeiten. Den Seitenangaben vorangestellt sind römische Ziffern zur Kennzeichnung von Teil I, II oder III. Die im Paperback abweichenden Seitenangaben werden nach einem Schrägstrich angeführt, wobei die Seitenzahlen des zweiten Halbbandes von Teil II mit einem x versehen sind.

2 Kurze Zeit nach Erscheinen der IMSF-Studie trat eine andere Gruppe mit einer ähnlich umfangreichen Arbeit in die Diskussion. Vgl. Projekt Klassenanalyse: Materialien zur Klassenstruktur der BRD; Teil I: Theoretische Grundlagen und Kritiken; Teil II: Grundriß der Klassenverhältnisse (1950—1970), Westberlin 1973 und 1974. Daß der Autor hierauf nicht näher eingeht, bedeutet weder eine Geringschätzung dieser Arbeit noch ein vorbehaltloses Teilen der dort vertretenen Ansichten. Er wird an anderer Stelle auf diese wichtige Arbeit zu sprechen kommen.

3 Vgl. I, 165/184: „Es kommt ihr (der Studie) letzten Endes darauf an, ... eine notwendige wissenschaftliche Grundlage zum Verständnis seiner (des Klassenantagonismus) Bewegung, also des Klassenkampfes unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu erarbeiten." Hieraus können dann „Schlußfolgerungen für die politische Orientierung gezogen werden" (II, 2/28).

4 Vgl. W. S. Semjenow: Kapitalismus und Klassen. Zur Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Köln 1973, S. 189.

5 Vgl. Projekt Klassenanalyse: Materialien zur Klassenstruktur der BRD 1950 bis 1970, Teil II, a.a.O., S. 420.

6 Vgl. Justina Marx: Strukturveränderungen der westdeutschen Arbeiterklasse in der wissenschaftlich-technischen Revolution, in: Deutsches Wirtschaftsinstitut (DWI) — Berichte, Berlin (DDR), 1969, Nr. 12, S. 355.

6a Es dreht sich also nicht nur um das Problem der „Operationalisierung" einer klaren „Klassendefinition", wie die Formulierungen des Soziologen Kleining glauben machen können. Dieses Mißverständnis verblaßt allerdings beinahe vor der bemerkenswerten Tatsache, daß selbst in der Kölner Zeitschrift für Soziologie auf die neuere marxistische Diskussion verwiesen wird. Vgl. Gerhard Kleining: Soziale Mobilität in der Bundesrepublik Deutschland. I: Klassenmobilität in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 27. Jahrgang 1975, Heft 1, S. 101.

7 Zum zentralen Beitrag des theoretischen Teils der IMSF-Studie von Heinz Jung vgl. Projekt Klassenanalyse: Materialien zur Klassenstruktur der BRD, Teil I, a.a.O., S. 370—431. Zum empirischen Teil vgl. Projekt Klassenanalyse: BRD — Klassenanalysen (Diskussionsband 4), Westberlin 1975, S. 41—106.

8 Redaktionskollektiv Klassenanalyse (Armanski, Kostede, Penth, Pohlmann): Notizen zur Klassenanalyse der BRD durch das PKA, in: Probleme des Klassenkampfs, Nr. 17/18, Westberlin 1975, S. 147 ff. „Viele Arbeiten im Rahmen dieser Zeitschrift" treten mit dem Anspruch auf eine besondere „Richtung" in der Klassenanalyse auf (vgl. Redaktionskollektiv Klassenanalyse: Notizen ..., a.a.O., S. 147), obwohl sie oft nur ein Gemisch von auszugsweise angeeigneten Teilen des Systems der Kritik der Politischen Ökonomie, Resultaten empirischer Arbeiten im Rahmen der Theorieansätze des „Staatsmonopolistischen Kapitalismus" und empirischer Darstellungen der bürgerlichen Nationalökonomie sind und zum Teil ehrlicherweise als „bruchstückhaft" und „unzulänglich" angeboten werden (vgl. Altvater, Hoffmann, Schöller, Semmler: Entwicklungsphasen und -tendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland (1. Teil), in: Probleme des Klassenkampfs, Nr. 13, Westberlin 1974, S. 101). Daß das Redaktionskollektiv erst einmal die besondere Richtung für sich reklamiert, einen „wissenschaftlichen und politischen Arbeitsplan" (Redaktionskollektiv Klassenanalyse: Notizen ... a.a.O., S. 147) jedoch erst für das nächste Heft versprechen kann, paßt gut zu seinem pauschalen Urteil, zu dessen Beleg ausschließlich auf eine dreiseitige Kritik von Gerhard Armanski an Heinz Jung verwiesen wird (vgl. Gerhard Armanski: Staatliche Lohnarbeiter im Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 16, Westberlin 1974, S. 6 ff.).

9 Hier soll nur der Hauptteil des ersten Bandes der IMSF-Studie, Jungs Arbeit „Zu den klassentheoretischen Grundlagen einer sozialstatistischen Analyse der Klassen- und Sozialstruktur der BRD" berücksichtigt werden, für den „der vorläufige und hypothetische Charakter" (I, 8/19) geltend gemacht wird.

10 Damit wäre ja auch höchstens eine Differenz von ungefähr 2 % zwischen Arbeiterklasse und „unselbständig Beschäftigten" erklärbar, bei Jung hingegen beträgt sie immerhin gut 6 %.

11 Wenn an anderer Stelle Jung genau das Gegenteil zu sagen scheint, muß er etwas anderes im Auge haben. Vgl. I, 121/140.

12 Vgl. dazu die Formulierung Kievenheims im dritten Teil der IMSF-Studie: „... so wirkte sich im Bereich des Privatkapitals der Rationalisierungsdruck ... mehr oder weniger *unmittelbar* aus", im Staatsbereich jedoch vollzogen sich diese Prozesse „nur relativ *langsam und schwerfällig*" (III, 51/76 Herv. v. V.).

13 Sofern Staatseigentum als Kapital fungiert, d. h. ausschließlich nach dem Gesichtspunkt der Verwertung der vorgeschossnen Wertsumme verwaltet wird, sind die dort beschäftigten Lohnarbeiter Lohnarbeiter des Kapitals. In der Praxis können „Mischformen" auftauchen, die besonderer Untersuchung bedürfen.

14 Nur auf den ersten Blick scheint diese Ablehnung durch die Existenz der spezifischen Besonderheiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus begründet zu sein. Jung schreibt zwar: „Unter den Bedingungen des SMK muß der Ausweitung des Klassenverhältnisses zu einem gesamtgesellschaftlichen Ausbeutungs- und Herrschaftssystem Rechnung getragen werden" (I, 125/144), aber nichts scheint anzudeuten, daß er im „vormonopolistischen Kapitalismus" andere als die dargestellten Differenzierungslinien für die Masse der Lohnarbeiter geltend machen wollte (vgl. auch I, 101/117 f.). Es verschieben sich seiner Ansicht nach im „staatsmonopolistischen Kapitalismus" nur die Proportionen, in denen bestimmte Kategorien von Lohnarbeitern — etwa des Staats — sich diesseits oder jenseits der Differenzierungslinien befinden.

15 Dähne, Jung, Kievenheim: Zur Klassenstruktur des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD, in: Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD (Hrsg. IMSF). Referate und Diskussionsbeiträge der Wissenschaftlichen Tagung des IMSF vom April 1973. Frankfurt/M. 1974, S. 20. Vgl. I, 89/104.

16 Vgl. II, 195/255. Konkretisiert wird dies folgendermaßen: Für das Jahr 1969 wird eine Einkommensgrenze (aus Lohnarbeit) von weniger als 1200 DM netto angesetzt (vgl. die Tabelle 3.0/22 in II, 197/257 mit der Aussage über nicht zur Arbeiterklasse zählende „Arbeiter" auf II, 211/272), an anderer Stelle allerdings für 1968 schon eine von ca. 1250 DM netto (II, 294/375). 1975 entspricht dies ungefähr einem Betrag von 1600 DM netto. Für die Gruppe der „Arbeiter" bedeutet dies, daß bis auf einen Anteil von 1,5—2 % alle zur Arbeiterklasse gehören (II, 211/272). Von den „Angestellten" können im Jahre 1970 ca. 84 % zur Arbeiterklasse gezählt werden (vgl. II, 253/323) und von den „Beamten" 59 % bzw. 49 %, je nach dem, ob man die Beamten im Repressionsapparat in die Arbeiterklasse miteinbezieht oder nicht (vgl. II, 296/378). Nach diesem Verfahren kommt man schließlich für 1970 zu einem Anteil der Arbeiterklasse an der Erwerbsbevölkerung von 75,6 % bzw. 71,9 %.

17 Besonders schlagend tritt dies zutage, wenn im empirischen Teil die Behauptung, daß die Industriearbeiterschaft der sozialökonomische Kern der westdeutschen Arbeiterklasse sei, in erster Linie mit dem Hinweis unterstrichen wird, sie stehe „nahezu vollständig *unmittelbar* unter dem kapitalistischen Lohnverhältnis" (II, 209/270), ehe andere Punkte angeführt werden.

18 Jung ahnt dies auch, denn er versucht, diese Unterschiede auf die Ebene der Formbestimmung zu heben, wenn er auf den voll oder weniger voll entfalteten Warencharakter qualifizierter Arbeitskräfte zu sprechen kommt. Sein Fehler liegt darin, bei einer überhaupt gegebenen Formbestimmung (Warencharakter der Arbeitskraft), die den Bezug zur die Gesellschaft durchdringenden Macht des Kapitals auch seiner Meinung nach noch nicht ausreichend erfaßt, eine weitere Differenzierung und Präzisierung dieser einen Formbestimmung durch ein vages und notwendig willkürlich fixiertes „Mehr oder Minder" dieser Form zu suchen und die in der Marxschen Analyse entwickelten Formunterschiede (Lohnarbeiter des Kapitals/andere, produktive/unproduktive Lohnarbeiter etc.) als weniger wichtig zurückzuweisen.

19 Vgl. z. B. Willi Gerns: Zwei Hauptauffassungen zum Intelligenzbegriff, in: Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD, a.a.O., S. 90 ff.

20 Es wird versichert, daß die „empirisch praktische Untersuchung und die politischen Schlußfolgerungen . . . davon jedoch nur am Rande berührt" (III, VI/10) würden. Im empirischen Teil wird versucht, mit den aus Überschneidungen resultierenden Schwierigkeiten per Fußnoten fertig zu werden, so daß man für 1970 feststellen kann, daß von der Erwerbsbevölkerung 15,8 % zu den selbständigen Mittelschichten (einschließlich selbständige Intelligenz), 2,6 % zur lohnabhängigen Intelligenz und 3,9 % zu den lohnabhängigen Mittelschichten (exclusive Arbeiterklassengruppen im Repressionsapparat) zählen (vgl. II, 615/x 328).

21 Im Hinblick auf die IMSF-Autoren von „Vertretern der Zweiphasentheorie" zu sprechen, die „tunlichst" davon abstrahieren, daß die Akkumulationsbewegung vom industriellen Zyklus geprägt ist — wie es das Projekt Klassenanalyse tut —, heißt, das Problembewußtsein der Autoren verkennen (vgl. Projekt Klassenanalyse: Materialien zur Klassenstruktur der BRD 1950—1970, Teil II, a.a.O., S. 60).

22 Vgl. die Aufsätze zu diesem Thema in: Das Argument, Westberlin, 12. Jahrgang Dezember 1970, Heft 9/10 und 11/12 (Nr. 61 und 62); Sozialistische Politik. Westberlin, 2. Jg. Juni und September 1970, Heft Nr. 6/7 und 8; Marxistische Blätter, Frankfurt/M., Jahrgang 1964, 1968, 1969 u. a.

23 Die Arbeit des Projekts Klassenanalyse ist z. B. in vielen Punkten weniger konkret als die IMSF-Studie.

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

1–21 Argument-Reprint AS 1/1 u. AS 1/2
22 Emanzipation der Frau / Sexualität und Herrschaft (I)
23 Emanzipation der Frau / Sexualität und Herrschaft (II)
24 Sexualität und Herrschaft (III)
26 Probleme der Ästhetik (I)
28 Probleme der Ästhetik (II)
29 Schule und Erziehung (I)
30 Faschismus-Theorien (I)
31 Schule und Erziehung (II)
32 Faschismus-Theorien (II)
33 Faschismus-Theorien (III)
34 Probleme der Entwicklungsländer (I)
35 Sexualität und Herrschaft (IV)
36 Die Amerikaner in Vietnam / Probleme der Entwicklungsländer (II)
37 Theorien der Vergeblichkeit / Zur Ideologiekritik des Nihilismus
38 Probleme der Entwicklungsländer (III)
39 Wirtschaftsmodelle im Sozialismus
40 Politische Bildung / Schule und Erziehung (III)
41 Staat und Gesellschaft im Faschismus / Faschismus-Theorien (IV)
42 „Formierte" Demokratie (I)
43 Wissenschaft als Politik (I)
44 Städtebau im Kapitalismus (I)
45 Dritte Welt und Opposition im Spätkapitalismus
46 Brecht/Lukácz/Benjamin / Fragen der marxistischen Theorie (I)
47 Faschismus und Kapitalismus/Faschismus-Theorien (V) / Diskussion
48 Kalter Krieg und Neofaschismus in der BRD / Materialien zur „formierten" Demokratie (II)
49 Kritik der bürgerlichen Germanistik / Wissenschaft als Politik (II)
50 Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften
51 Zur Politischen Ökonomie des gegenwärtigen Imperialismus / Probleme der Entwicklungsländer (IV)
52 Entfremdung und Geschichte / Fragen der marxistischen Theorie (II)
53 Zur politischen Ökonomie des gegenwärtigen Imperialismus / Probleme der Entwicklungsländer (V)
54 Vom Bildungsbürgertum zur Funktionselite / Schule und Erziehung (IV)
55 Argument-Register / 1.–11. Jahrgang 1959–1969
56 Sexualität und Herrschaft (V) / Schule
57 Revolution und Konterrevolution in Griechenland
58 Faschismus-Theorien (VI) / Diskussion
59 Afrika zwischen Imperialismus und Sozialismus / Probleme der Entwicklungsländer (VI)
60 Kritik der bürgerlichen Medizin
61 Klassenstruktur und Klassenbewußtsein / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (I)
62 Klassenbewußtsein und Klassenkampf / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (II)
63 Geschichte und Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung (I)
64 Probleme der Ästhetik (III)
65 Fragen der marxistischen Theorie (III)
66 Wissenschaft als Politik (III)
67 Emanzipation der Frau / Sexualität und Herrschaft (VI)
68 Ausländerbeschäftigung und Imperialismus / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (III)

69 Lohnarbeit und Medizin / Kritik der bürgerlichen Medizin (II)
70 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (I)
71 Argumente für eine soziale Medizin (III)
72 Probleme der Ästhetik (IV) / Literatur- und Sprachwissenschaft
73 Probleme der Produktivkraftentwicklung (I)
74 Fragen der marxistischen Theorie (IV)
75 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (II)
76 Entwicklungstendenzen der politischen Ökonomie in der DDR
77 Widerspiegelungstheorie und Ideologiekritik / Fragen der marxistischen Theorie (V)
78 Argumente für eine soziale Medizin (IV)
79 Kapitalistische Entwicklung und koloniale Unterentwicklung – Genese und Perspektive / Probleme der Entwicklungsländer (VII)
80 Schule und Erziehung (V)
81 Widerspiegelungs-Diskussion / Streitfragen materialistischer Dialektik (I)
82 Beiträge zu Theorie und Praxis des Sozialismus
83 Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Theorien
84 Zum Verhältnis von Logischem und Historischem / Streitfragen materialistischer Dialektik (II)
85 Widerspiegelungs-Diskussion / Streitfragen materialistischer Dialektik (III)
86 Klassenkämpfe in der BRD / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (IV)
87 Faschismus – Entstehung/Verhinderung / Faschismus-Theorien (VII)
88 Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen (I)
89 Anti-Psychiatrie – Konservative Gehalte radikaler Entwürfe / Argumente für eine soziale Medizin (VI)
90 Widerspiegelungs-Diskussion: Literatur- und Kunsttheorie / Streitfragen materialistischer Dialektik (IV)
91 Diskussion von Verhaltenstherapie und Gruppendynamik / Kritische Psychologie (I)
92 Widerspiegelungs-Diskussion: Praxis / Streitfragen materialistischer Dialektik (V)

ARGUMENT-SONDERBÄNDE

50 Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften
60 Kritik der bürgerlichen Medizin
70 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaften (I)
75 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaften (II)
80 Schule und Erziehung (V)
AS 1/1 Argument-Reprint 1–17
AS 1/2 Argument-Reprint 18–21
AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf / Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa
AS 3 Vom Faustus bis Karl Valentin / Der Bürgar in Geschichte und Literatur
AS 4 Entwicklung und Struktur des Gesundheitswesens / Argumente für eine soziale Medizin (V)
AS 5 Hanns Eisler
AS 6 Zur Theorie des Monopolkapitals / Staat und Monopole (I)
AS 7 Projekt Automation und Qualifikation: Automation in der BRD / Probleme der Produktivkraftentwicklung (II)

DAS ARGUMENT

61 Klassenstruktur und Klassenbewußtsein
Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (I)

u. a.: *M. Tjaden-Steinhauer und K. H. Tjaden:* Sozialstruktur des deutschen Kapitalismus

H. Jung: Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs „Arbeiterklasse" und zu Strukturveränderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse

F. Deppe und H. Lange: Soziologie des Arbeiter- und Klassenbewußtseins (1. Teil)

62 Klassenbewußtsein und Klassenkampf
Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (II)

F. Deppe und H. Lange: Zur Soziologie des Arbeiter- und Klassenbewußtseins (2. Teil)

H. Jung, F. Schuster und K. Steinhaus: Kampfaktionen der westdeutschen Arbeiterklasse 1966 bis 1970

W. Petschik, J. Schleifstein und H. Schlüter: Der gewerkschaftliche Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse

J. Goldberg: Pressemonopol Betriebszeitung

68 Ausländerbeschäftigung und Imperialismus
Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (III)

u. a.: *R. Becker, G. Dörr und K. H. Tjaden:* Fremdarbeiterbeschäftigung im deutschen Kapitalismus

K. Schahbazian und H. Wilke: Bewußtseinselemente türkischer Arbeiter in der BRD

K.-P. Dietzel: Die Rolle der rückkehrenden Arbeiter in der Entwicklungsstrategie des westdeutschen Imperialismus

M. Nikolinakos: Zur Frage der Auswanderungseffekte in den Emigrationsländern

G. Schiller: Die Auswanderung von Arbeitskräften als Problem der wirtschaftlichen Entwicklung

86 Klassenkämpfe in der BRD
Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (IV)

u. a.: Editorial: Eine neue Phase der Klassenauseinandersetzungen in der BRD

K. Steinhaus: Streikkämpfe in der BRD von 1971 bis 1974

P. Pätzoldt: Die Entrechtung der ausländischen Arbeiter durch das Ausländerrecht. Rechtsgeschichte der Arbeiterimmigration in Deutschland

DAS ARGUMENT

73 Probleme der Produktivkraftentwicklung (I)

M. Tjaden-Steinhauer und K. H. Tjaden: Merkmale der Produktivkraftentwicklung als Faktoren der gesellschaftlichen Reproduktion

K. Grenzdörffer: Probleme der Produktivitätsmessung in der empirischen Wirtschaftsforschung

A. Leisewitz: Die Auswirkungen der Verwissenschaftlichung der Produktion auf die Monopolbildung und auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik, am Beispiel der chemischen Industrie

R. Rilling: Zur bürgerlichen Interpretation der DDR-Forschungspolitik

AS 7 Projekt Automation und Qualifikation: Automation in der BRD Probleme der Produktivkraftentwicklung (II)

I. Begriff und Ermittlungsverfahren von Automation

II. Bedingungen und Schranken von Automation

III. Entwicklung der Produktivität

IV. Entwicklung der Arbeitskräftestruktur

V. Entwicklung der Staatstätigkeit

VI. Genese von Automation

VII. Ausbreitung automatischer Datenverarbeitung

VIII. Automation in Verwaltung, Handel und Bankwesen

IX. Automation in der Produktion

AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa

Werner Goldschmidt: Ökonomische und politische Aspekte des gewerkschaftlichen Kampfes in Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg

Paul Oehlke: Grundzüge der Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung

Detlev Albers: Von der Einheit zum Kampf um die Einheit. Grundzüge der italienischen Gewerkschaftsbewegung 1943 bis 1972

Johannes Rohbeck: Rationalisierung und Arbeitskampf bei FIAT

Ernst Piehl: Multinationale Konzerne und die Zersplitterung der internationalen Gewerkschaftsbewegung

ARGUMENT-SONDERBÄNDE

Soeben erschienen:

AS 1/2
Argument-Reprint 18–21

mit zwei Argument-Sonderflugblättern und einem
Nachwort von Helmut Gollwitzer

AS 5
Hanns Eisler

I. Zur Eisler-Rezeption

D. Süverkrüp: Was ich von Hanns Eisler gelernt habe; *Ch. Hoffmann:* Über die Arbeit des Hanns Eisler Chores; *F. Tomberg:* Politisch Lied ein garstig Lied. Zur Eisler-Kritik des Musikwissenschaftlers Carl Dahlhaus; *S. Haberditzl:* Der abscheuliche Optimismus und sein Opfer. Peter Hamms Fernsehfilm über Hanns Eisler; *W. F. Haug:* „Kunst und Gesellschaft" und Hanns Eisler; *G. Mayer:* Einige Bemerkungen zur wissenschaftlichen Eisler-Rezeption

II. Die Entwicklung der politischen und ästhetischen Position Eislers

A. Dümling: Eisler und Schönberg; *H. Fladt:* Eisler und die Neue Sachlichkeit; *J. Engelhardt:* Eislers Weg vom Agitprop zum Lehrstück; *D. Kolland:* Eislers Beitrag zur antifaschistischen Bündnispolitik unter den Musikern; *M. Tibbe:* Volkstümlichkeit als Problem des Komponierens; *D. Stern:* Zur Theorie des musikalischen Materials bei Adorno und Eisler

III. Musikalische Analysen

H. Fladt, H.-W. Heister u. D. Stern: Eislers Massenlieder – Der Rote Wedding, Solidaritätslied, Einheitsfrontlied; *H. Kolland:* „Auf den Straßen zu singen"; *W. Molkow:* „Litanei vom Hauch"; *S. Schutte:* Nationalhymnen und ihre Verarbeitung; *K. Csipák:* „Neue Deutsche Volkslieder"

IV. Faustus-Diskussion

W. Zobl: Die Auseinandersetzung um Eislers revolutionäre Umfunktionierung des Dr. Faustus; *K. Völker:* Der positive und der negative Faust; *W. F. Haug:* Hans Faust und Hans Wurst in Eislers Version der Faust-Sage

V. Besprechungen

VI. Kommentierte Bibliographie und Diskographie

A. Dümling: Rezension der Eisler-Bibliographien; *F. Niermann:* Kommentierte Diskographie: Hanns Eisler

Schallplatte

Parallel zum AS 5 erscheint eine Schallplatte mit Liveaufnahmen aus dem gemeinsam mit dem Argument-Verlag veranstalteten Konzert des Hanns Eisler Chores zum 75. Geburtstag Hanns Eislers. Sie enthält Lieder und Chorwerke, die im AS 5 analysiert werden. Preis: 6,– DM.

ARGUMENT-SONDERBÄNDE

AS 5
Hanns Eisler

I. Zur Eisler-Rezeption
D. Süverkrüp: Was ich von Hanns Eisler gelernt habe; *Chr. Hoffmann:* Bericht über die Arbeit des Hanns-Eisler-Chores; *F. Tomberg:* Politisch Lied — ein garstig Lied. Zur Eisler-Kritik bei Carl Dahlhaus; *S. Haberditzl:* Der abscheuliche Optimismus und sein Opfer. Hamms Fernsehfilm über Eisler; *H. Pauli:* „Komposition für den Film". Kritik einer Kritik; *D. Stern:* Überlegungen zur Filmmusik. Antwort auf Pauli; *W. F. Haug:* „Kunst und Gesellschaft" und Hanns Eisler; *G. Mayer:* Zur wissenschaftlichen Eisler-Rezeption

II. Entwicklung der politischen und ästhetischen Position Eislers
A. Dümling: Eisler und Schönberg; *H. Fladt:* Eisler und die Neue Sachlichkeit; *J. Engelhardt:* Eislers Weg vom Agitprop zum Lehrstück; *D. Kolland:* Eislers Beitrag zur antifaschistischen Bündnispolitik unter den Musikern; *M. Tibbe:* Volkstümlichkeit als Problem des Komponierens; *D. Stern:* Die Auffassung des musikalischen Materials bei Adorno und Eisler

III. Musikalische Analysen
H. Fladt / H.-W. Heister / D. Stern: Eislers Massenlieder — Der Rote Wedding, Solidaritätslied, Einheitsfrontlied; *H. Kolland:* „Auf den Straßen zu singen"; *W. Molkow:* „Litanei vom Hauch"; *S. Schutte:* Nationalhymnen und ihre Verarbeitung in Kompositionen; *K. Csipak:* „Neue deutsche Volkslieder"

IV. Faustus-Diskussion
W. Zobl: Die Auseinandersetzung um Eislers revolutionäre Umfunktionierung des Dr. Faust; *K. Völker:* Der positive und der negative Faust; *W. F. Haug:* Hans Faust und Hans Wurst in Eislers Version der Faust-Sage

V. Kommentierte Bibliographie und Diskographie
Albrecht Dümling: Bibliographie; *Franz Niermann:* Diskographie

VI. Besprechungen
Vierfachheft

Schallplatte
Parallel zum AS 5 erscheint eine Schallplatte mit Liveaufnahmen aus dem gemeinsam mit dem Argument-Verlag veranstalteten Konzert des Hanns-Eisler-Chores zum 75. Geburtstag Hanns Eislers. Sie enthält Lieder und Chorwerke, die im AS 5 analysiert werden.
Preis: 6,– DM

Projekt Klassenanalyse

STAMOKAP in der Krise

oder „Das Kapital" als Notanker

(Diskussionsbeiträge zu Akkumulation und Kapitalentwertung, Monopol und Konkurrenz, tendenzieller Fall der Profitrate, Grundrente, Entwicklung des Kredits etc.); ca. 160 Seiten; brosch.; DM 10,-

Die BRD befindet sich gegenwärtig in der tiefsten ökonomischen Krise seit ihrem Bestehen. Zugleich ist mit dieser Entwicklung eine Theorie in die Krise geraten, die bislang noch vielen als die gültige Erklärung und Kritik des gegenwärtigen Kapitalismus gilt: **Die Theorie des STAMOKAP.** Angetreten die dogmatisierte und verzerrte marxistische Theorie der Stalin-Ära wieder näher an die Wirklichkeit zu bringen (das hieß zu diesem Zeitpunkt: Erklärung für krisenfreie Entwicklung, Suspendierung des Zyklus), steht sie nunmehr angesichts der jüngsten ökonomischen Entwicklung in ihren altbekannten Formen (industrieller Zyklus, Weltmarktkrise) vor ihrem **Bankrott.**

Statt radikaler Kritik der falschen theoretischen Grundlagen, versuchen jedoch die Repräsentanten der STAMOKAP-Theorie angestrengt, ihre überholte Theorie durch mehr oder minder originelles Zusammenstellen einzelner Teile der Marxschen Theorie gegen alle Widersprüche zu retten.

Dieser Diskussionsband enthält die Auseinandersetzung mit einigen neueren Varianten jener Art von Theorieproduktion (z.T. mit Arbeiten, die im **Argument-Sonderheft „Zur Theorie des Monopolkapitals"** abgedruckt sind).

Huffschmidts Begründung des Monopolbegriffs, oder der VII. Abschnitt des 1. Bandes des „Kapital" als Notanker

Katzensteins Interpretation der Grundrente, oder der VI . Abschnitt des 3. Bandes des „Kapital" als Notanker

Wygodskis Kritik der gegenwärtigen Stamokap-Theorie, oder das 10. Kapitel des 3. Bandes des „Kapital" als Notanker

Boccaras Theorie der Überakkumulation, oder das 15. Kapitel des 3. Bandes des „Kapital" als Notanker

Hess' Analyse des Finanzkapitals, oder der V. Abschnitt des 3. Bandes des „Kapital" als Notanker

Wirths Stamokap-Kritik

Kramm, oder wie die SPD die Stamokap-Theorie bewältigt

Demnächst erscheint der Diskussionsband 6:

Projekt Klassenanalyse

Modischer Marxismus

Dutschke, Haug, Rabehl und andere (Mit einer Kritik an Haug's „Einführungen" ins „Kapital"); ca. 160 Seiten; ca. DM 10,–

VSA verlag + vertrieb, Erkelenzdamm 7, Postfach 307, 1000 Berlin (West) 36

DAS ARGUMENT AS 6